

Vorträge und Forschungen Sonderband 54

Stefan Esders

Die Formierung der Zensualität

Zur kirchlichen Transformation
des spätrömischen Patronatswesens
im früheren Mittelalter



THORBECKE

Stefan Esders

DIE FORMIERUNG DER ZENSUALITÄT

Vorträge und Forschungen

Herausgegeben vom Konstanzer
Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte

Sonderband 54



JAN THORBECKE VERLAG

Stefan Esders

Die Formierung der Zensualität

Zur kirchlichen Transformation
des spätrömischen Patronatswesens im
früheren Mittelalter



JAN THORBECKE VERLAG

Gedruckt mit Unterstützung
des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG WORT

Für die Schwabenverlag AG ist Nachhaltigkeit ein wichtiger Maßstab ihres Handelns. Wir achten daher auf den Einsatz umweltschonender Ressourcen und Materialien.
Dieses Buch wurde auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt. FSC (Forest Stewardship Council) ist eine nicht staatliche, gemeinnützige Organisation, die sich für eine ökologische und sozial verantwortliche Nutzung der Wälder unserer Erde einsetzt.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2010 by Jan Thorbecke Verlag der Schwabenverlag AG, Ostfildern
www.thorbecke.de · info@thorbecke.de

Alle Rechte vorbehalten. Ohne schriftliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, das Werk unter Verwendung mechanischer, elektronischer und anderer Systeme in irgendeiner Weise zu verarbeiten und zu verbreiten. Insbesondere vorbehalten sind die Rechte der Vervielfältigung – auch von Teilen des Werkes – auf photomechanischem oder ähnlichem Wege, der tontechnischen Wiedergabe, des Vortrags, der Funk- und Fernsehsendung, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, der Übersetzung und der literarischen oder anderweitigen Bearbeitung.

Dieses Buch ist aus alterungsbeständigem Papier nach DIN-ISO 9706 hergestellt.
Gesamtherstellung: Jan Thorbecke Verlag der Schwabenverlag AG, Ostfildern
Hergestellt in Deutschland
ISBN 978-3-7995-6764-0

Knut Schulz gewidmet

Inhalt

Vorwort	9
Einführung.....	11
I. Antike Voraussetzungen der mittelalterlichen Zensualität	19
1. Zensualen als Freigelassene	20
2. Der Patronat über Freigelassene in der römischen Kaiserzeit	22
3. Römische Patronatsrechte als Ursprung der späteren Zensualen-Abgaben	23
4. Die Verschärfung des Freigelassenenpatronates in der Spätantike	30
5. Die spätrömische <i>manumissio in ecclesia</i>	32
II. Die Formierung der Zensualität im früheren Mittelalter	37
1. Frühmittelalterliche Kirchen und Kleriker als Besitzer von Patronatsrechten über Freigelassene	37
2. Die <i>manumissio in ecclesia</i> als religiös motivierter Rechtsakt	44
3. Der Patronat über kirchlich Freigelassene im östlichen Merowingerreich ..	50
4. Sündenvergebung, Memoria, Wachs und Immunität: Zur Transformation des antiken Patronats- und Steuerwesens	61
5. Die Bedeutung der Karolingerzeit für die Formierung der Zensualität	73
6. Zur Emanzipation von Zensualengruppen seit dem späten 10. Jahrhundert	84
III. Die Freiheiten der Zensualen – Resumée und Ausblick	95
1. <i>Quid sit collibertus?</i>	95
2. Die Letztverantwortlichkeit des Königs für die Zensualen	102

Abkürzungen	111
Quellen- und Literaturverzeichnis.....	112
1. Quellen	112
2. Literatur.....	115
Register	130
1. Personen und Orte	130
2. Sachen	132

Vorwort

Vorliegende Abhandlung geht auf einen Festvortrag zurück, der am 3. Mai 2008 im Rahmen einer Feier zu Ehren von Knut Schulz gehalten wurde, die aus Anlass von dessen 70. Geburtstag und der Wiederveröffentlichung seiner Aufsätze zum mittelalterlichen Bürgertum Matthias Krüger im Archiv der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin organisiert hatte. Die anschließende Ausarbeitung des Vortragsmanuskriptes zeigte schnell, dass eine eingehendere Darstellung des zuvor nur thesen- und skizzenhaft Entwickelten den Rahmen eines Aufsatzes gesprengt hätte. Überdies lag mir daran, das die Epochengrenze zwischen Antike und Mittelalter überschreitende Thema möglichst quellennah darzustellen. Die Ergebnisse werden daher nun in Form einer kleinen Monographie vorgelegt.

Für Hinweise und förderliche Gespräche gilt mein erster Dank dem Jubilar selbst, dessen Studien zur Bedeutung der hochmittelalterlichen Zensualität mir nicht nur vor Jahren ein sozialgeschichtliches Verständnis der mittelalterlichen Stadtwerdung eröffnet haben, sondern zugleich Inspiration waren, diese Entwicklungen zeitlich zurückzuverfolgen und mit meinen eigenen Forschungsinteressen zu verbinden. Im Zentrum steht dabei die Absicht, das in den letzten Jahren etwas ins Abseits geratene Feld der frühmittelalterlichen Sozialgeschichte neu zu erschließen – unter Berücksichtigung seiner antiken Voraussetzungen.

In Berlin haben viele zur Verbesserung des Textes beigetragen. Michael Borgolte möchte ich sehr herzlich für die Lektüre des Manuskripts sowie für weiterführende Fragen und Hinweise zur Thematik danken, Ludolf Kuchenbuch für anregende Gespräche zu Themen und Fragen der frühmittelalterlichen Sozialgeschichte, die weit über den Gegenstand dieses Buches hinausgingen und fortwirken. Miriam Czock und Sören Kaschke haben das Manuskript gelesen und es durch Ergänzungen und Kritik bereichert. Andreas Fischer und Matthias Krüger gilt mein Dank für Hinweise zur hochmittelalterlichen Sozialgeschichte.

Am Max-Planck-Institut für Europäische Rechtsgeschichte in Frankfurt am Main gewährten mir dessen Direktor, Michael Stolleis, sowie Wolfram Brandes die Möglichkeit, die wichtigsten Thesen vor einem rechtshistorisch versierten Zuhörerkreis zur Diskussion zu stellen, was mich die Gesamteinordnung des Themas nochmals überdenken ließ. Hierfür bin ich sehr dankbar.

Schließlich gilt dem Konstanzer Arbeitskreis für Mittelalterliche Geschichte und seinem Vorsitzenden, Thomas Zotz, mein besonderer Dank für die Aufnahme der Untersuchung in die Sonderbände der Reihe „Vorträge und Forschungen“.

André Fischer schulde ich für seine Hilfe bei der Erstellung von Druckvorlage und Register großen Dank, Frank Mehnert für die Korrektur des Manuskriptes. Jürgen Weis vom Thorbecke-Verlag hat dankenswerterweise die Drucklegung seitens des Verlages auf äußerst hilfreiche und förderliche Weise betreut.

Berlin, im August 2010

Stefan Esders

Einführung

In einer Kurzfassung der „Tatenberichte der Bischöfe von Lüttich“ (*Gesta episcoporum Leodiensium*) heißt es über den Bischof Albero, der den Lütticher Stuhl in den zwanziger Jahren des 12. Jahrhunderts (1122–1128) innehatte: „*Er suchte stets eifrig den Frieden, verwandelte sein Herrschaftsgebiet in eine blühende Landschaft und löschte jene gottlose Rechtsgewohnheit aus, welche man die ‚tote Hand‘ nannte, aufgrund derer ein jeder Verstorbene mittels eines Pfandes freigekauft werden musste, beispielsweise durch ein Pferd oder einen prächtigen Ochsen oder ein kostbareres Stück aus dem Mobilium – fürwahr ein Brauch, der eines christlichen Fürsten gewiss unwürdig ist. Als Albero nämlich einmal nachts wie gewohnt die Kirche des seligen Servatius aufsuchte, hörte er, wie eine Frau am dort aufgebahrten Leichnam ihres Ehematten klagte, dass der Bischof ihr, die sie schon schwer geschlagen sei, nun noch weiteres Leid hinzufügen würde, indem er ihr für die tote Hand ihre Matratze wegnehmen werde*“. Die gruselig anmutende Befürchtung der Witwe, für eine tote Hand ihrer Schlafstatt beraubt zu werden, mag nicht erst uns Heutigen geheimnisvoll und merkwürdig erscheinen, sondern veranlasste schon den mit gut hundertjährigem Abstand zu den Ereignissen schreibenden Berichterstatter dazu, der lateinischen Wendung *pro mortua manu* eine historisch ausgreifende Erklärung beizugeben: „*In alter Zeit*“, so führte er aus, „*pfl egte man nämlich einem jeden Bauern, wenn er verstarb, stets die rechte Hand abzutrennen und diese seinem Herrn als Zeichen dafür zu präsentieren, dass der Mann ihm künftig nicht mehr dienstbar sein würde. Schließlich wurden dann die Bauern gezwungen, diese abgeschnittene Hand auszulösen, und zwar für ein besseres Stück ihrer beweglichen Habe, die sie besaßen. Diese Abgabe*“, so beschloss der Verfasser seinen geschichtlichen Exkurs, „*verdammt Bischof Albero in dem gesamten Gebiet, das ihm unterstand, für immer und ewig*“.¹

¹ [Aegidii Auraevallensis] *Gesta episcoporum Leodiensium abbreviata* III, 23: *Qui (sc. Albero) pacem semper sectatus, territorium suum florentissimum fecit et impiam legem oblitteravit, que manus mortua dicebatur, qua unusquisque vita defunctus pignore redimi debeat, puta aut equo aut bove magis prestabili aut suppellectili preciosiori, res sane plane christiano principi indigna. Hic dum ex more de nocte iret ad ecclesiam beati Servatii, audivit mulierem ad funera mariti sui plangentem, quod ei ulcerate episcopus ulnus inferret, culcitram suam tollendo pro mortua manu. Antiquitus, omni mortuo aliquo rustico dextera manus abscondebatur et domino suo presentabatur in signum quod amplius ei non serviret. Tandem coacti fuerunt hanc abscessionem redimere pro meliori re mobili quam habebant. Quam excisionem episcopus in tota (terra) sibi subjecta in perpetuum dampnavit* (Chroniques Liégeoises. Textes latins. Extraits de chronique sur les temps antérieurs à Henri de Gueldre, hg. von Sylvain BALAU, Bd. 1, Brüssel 1913, S. 22; vgl. auch die ältere Edition des Textes durch Johannes HELLER, in: MGH SS 25, Hannover 1880, S. 129–135, hier S. 131; dt. Übers.: S. E.) – Eine zweite, längere Version des Textes stellt die Aufhebung der *manus mortua*-Gewohnheit noch etwas ausführlicher dar. – Zum Episkopat Alberos, den Umständen seiner Wahl und der Situation Lüttichs im reichsgeschichtlichen Kontext vgl. Jean-Louis KUPPER, *Liège et l'église impériale XI^e–XII^e siècles* (Bibliothèque de la Faculté de Philosophie et Lettres de l'Université de Liège 228), Paris 1981, S. 154–156, und DERS., *La double mort de l'évêque de Liège Frédéric de Namur († 1121)*, in: *Bischofsmord im Mittelalter. Murder of Bishops*, hg. von Natalie FRYDE und Dirk REITZ (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 191), Göttingen 2003, S. 159–170.

Die Erzählung illustriert eine wichtige Etappe im Prozess der Ablösung von gewohnheitsrechtlichen Abhängigkeiten und Hörigkeitsmerkmalen in den entstehenden hochmittelalterlichen Stadtkommunen. Die in dem Lütticher Beispiel als *mortua manus* bezeichnete Todfallgebühr ist aus anderen Gegenden besser unter Quellenbegriffen wie „Besthaupt“, „Bestkleid“, „Kurmede“ oder auch *mortuarium* bekannt und bezeichnete eine Abgabe aus dem Nachlass eines Abhängigen, die an dessen Herrn zu zahlen war.² Neben einem jährlich zu entrichtenden Kopffzins und einer Ehegebühr, die anlässlich der Heirat an den Herrn zu entrichten war, zählte sie zu den drei charakteristischen Leistungspflichten der Gruppe der sogenannten Zensualen.³ Hinter ihnen verbirgt sich eine bedeutende Gruppe innerhalb der Hörigenschaft von Kirchen und Klöstern,⁴ in die man durch Geburt, Übertragung oder Selbsteintritt gelangte. Als abgegrenzter Rechtsstand vielerorts durch die Existenz eines eigenen *ius censualium* beziehungsweise *ius cerocensualium* bezeugt, umfasste die hochmittelalter-

² Grundlegend ist dafür der Aufsatz von Heinrich BRUNNER, Zur Geschichte der ältesten deutschen Erbschaftssteuer (1911), wieder abgedruckt in: DERS., Abhandlungen zur Rechtsgeschichte. Gesammelte Aufsätze, Weimar 1931, Bd. 2, S. 241–271. Vgl. außerdem Pierre PETOT, L'origine de la mainmorte servile, in: Revue historique de droit français et étranger 4. sér. 19/20 (1940/41), S. 275–309.

³ Aus der älteren Literatur zur Zensualität seien – allein schon aufgrund ihrer Materialfülle – hervorgehoben Georg WAITZ, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5: Die deutsche Reichsverfassung von der Mitte des neunten bis zur Mitte des zwölften Jahrhunderts, 3. Aufl. bearb. von Karl ZEUMER, Berlin 1892, S. 233–288; BRUNNER, Zur Geschichte (wie Anm. 2), passim; Léo VERRIEST, Le servage dans le comté de Hainaut. Les sainteurs. Le meilleur catel (Mémoires de l'Académie royale de Belgique, Classe des lettres et des sciences morales et politiques et Classe de beaux-arts, II^{ème} sér., 6, 3) Brüssel 1910, bes. S. 171–248; Heinrich BREBAUM, Das Wachszinsrecht im südlichen Westfalen bis zum 14. Jahrhundert, in: Zeitschrift für vaterländische Geschichte und Altertumskunde 71 (1913), S. 1–59; Studien zur Geschichte der Wachszinsigkeit, hg. von Aloys MEISTER (Münstersche Beiträge zur Geschichtsforschung N.F. 32–33), Münster 1914; Heinrich v. MINNIGERODE, Das Wachszinsrecht, in: VSWG 13 (1916), S. 184–192; PETOT, L'origine (wie Anm. 2), passim (der allerdings weniger auf den Zensualenstatus insgesamt eingeht); Charles-Edmond PERRIN, Recherches sur la seigneurie rurale en Lorraine, Straßburg 1935, S. 152–169, 190–194, 660–665 u. ö.; Petrus Cornelis BOEREN, Étude sur les tributaires d'église dans le comté de Flandre du IX^e au XIV^e siècle (Uitgaven van het Instituut voor middeleeuwse Geschiedenis der Keizer Karel Universiteit te Nijmegen 3), Amsterdam 1936; Alfons DOPSCH, Herrschaft und Bauer in der deutschen Kaiserzeit. Untersuchungen zur Agrar- und Sozialgeschichte des hohen Mittelalters mit besonderer Berücksichtigung des südostdeutschen Raumes, Jena 1939, S. 26–45; Philippe DOLLINGER, Der bayerische Bauernstand vom 9. bis zum 13. Jahrhundert (1949), dt. München 1982, S. 304–346; Wilhelm WEIZSÄCKER, Die Familia des Klosters St. Emmeram in Regensburg, in: Verhandlungen des Historischen Vereins von Oberpfalz und Regensburg 92 (1951), S. 5–48; Helmut WEIGEL, Das Wachszinsrecht im Stift Essen, in: Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen 67 (1952), S. 23–136; Karl SCHWARZENBERG, Die Hörigkeit in der Erzdiözese Salzburg bis auf die Zeit Eberhards II. nach den Quellen des Salzburger Urkundenbuchs, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde 99 (1959), S. 1–79, hier S. 54–70 u. ö.; Hans WERLE, *Denariata cerae*. Die Wachszinspflichtigen zu Udenheim, in: 1200 Jahre Udenheim 767–1967. Beiträge zur Geschichte eines Dorfes, Oppenheim 1967, S. 6–9.

⁴ Vgl. WAITZ, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5 (wie Anm. 3), S. 246f., sowie DOLLINGER, Der bayerische Bauernstand (wie Anm. 3), S. 304ff.

liche Zensualität in ihrem Verbreitungsgebiet neben Lüttich, Brabant, Flandern, dem Hennegau und Nordostfrankreich auch Lothringen und den Moselraum und erstreckte sich über das Nieder-, Mittel- und Oberrheingebiet auf Schwaben und Bayern mit Österreich sowie auf Westfalen und Teile Hessens. Ihre genaue Terminologie variierte dabei von Ort zu Ort erheblich, da unter den lateinischen Bezeichnungen einige (*censuales, tributarii, capite censi*) den jährlich zu entrichtenden Kopffzins als verbindendes Merkmal in den Vordergrund rückten,⁵ andere dagegen religiöse Gesichtspunkte wie eine zu leistende Wachsabgabe (*cerarii, cerocensuales, luminarii*) oder die Unterstellung unter einen Heiligen (*sanctuarii*) betonten, wieder andere den Status der betroffenen Personen als Patronatsabhängigkeit (*mundiales, mundiliones, munborati*) oder Freigelassensein (*colliberti*) zu charakterisieren suchten.⁶ Dort, wo solche Zensualengruppen bezeugt sind, begegnen auch die genannten Verpflichtungen zur Zinszahlung und zu weiteren Abgaben unter regional divergierenden Bezeichnungen und in unterschiedlichen Ausprägungen. Trotz dieser Ausfaltungen verwendet die moderne Forschung⁷ „Zensualen“ beziehungsweise „Zinsleute“ als Oberbegriffe, unter denen eine Vielzahl lokal verschiedener Ausprägungen gebündelt werden, da mit ihrer Abhängigkeit von einer kirchlichen Institution, der Verpflichtung zu bestimmten Leistungen (neben dem Kopffzins i. d. R. die Todfall- und Ehegebühr) und der Freistellung von weiteren Leistungen (z. B. Frondiensten) äußerst charakteristische gemeinsame Merkmale dieser Personengruppen namhaft gemacht werden können.⁸ Die „Zensualen“, wie sie auch in dieser Studie verallgemeinernd genannt werden, zählten jedoch keineswegs ausschließlich zur ländlichen Bevölkerung, sondern traten auch in den hochmittelalterlichen Bischofsstädten prominent in Erscheinung. Insbesondere Knut Schulz hat in mehreren eindringlichen Studien den Anteil der sich emanzipierenden Zensualität am Prozess der Formierung des mittelalterlichen Bürgertums herausgestellt und damit den Prozess der hochmittelalterlichen Kommunebildung in neuem Licht erscheinen lassen.⁹ In dieser sozialgeschichtlichen Perspektive er-

⁵ Überblick über die lateinischen Bezeichnungen bei WAITZ, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5 (wie Anm. 3), S. 234f.

⁶ Dem entsprechen großenteils die in der modernen Forschung gebräuchlichen Bezeichnungen. Neben „Zensualen“, „Zinsleuten“ und „tributaires“ so vor allem „Wachszinser“, „Altarhörige“, „Altarzinsler“, „Heiligenzinsler“, „sainteurs“, „Kirchen-“ und „Gotteshausleute“ beziehungsweise „hommes des églises“.

⁷ Den modernen Forschungsstand zur Zensualität umreißen prägnant die zeitgleich erschienenen Überblicke von Emil REILING, Art. Zinsleute, in: HRG 5 (1998), Sp. 1715–1719, und Knut SCHULZ, Art. Zensualen, Zinsleute, Zensualität, in: Lex.MA 9 (1998), Sp. 530–533. Vgl. außerdem die unter Anm. 14 u. 17 aufgeführten Beiträge von Pierre DUPARC und Michael MATHEUS.

⁸ An die lateinische Bezeichnung *sanctuarii* knüpft der französische Sammelbegriff „sainteurs“ an, den VERRIEST, Le servage (wie Anm. 3), S. 171, folgendermaßen definiert hat: „On peut définir le sainteur, un homme ou une femme voué au saint patron d'une abbaye ou d'une église et tenu, de ce chef, envers cette abbaye ou cette église, à certaines prestations personnelles“.

⁹ Knut SCHULZ, Die Freiheit des Bürgers. Städtische Gesellschaft im Hoch- und Spätmittelalter, hg. von Matthias KRÜGER, Darmstadt 2008. Nach dieser Sammlung werden folgende Aufsätze des Ver-

wiesen sich die Zensualen als die neben der Ministerialität wohl wichtigste Trägergruppe der tiefgreifenden politischen Veränderungen in den Bischofsstädten des 11. und 12. Jahrhunderts – ein Faktum, welches noch der eingangs wiedergegebene Lütticher Bericht in seiner legendenhaften Überformung erkennen lässt.

Um die Herkunft und Entstehung der mittelalterlichen Zensualität geht es in der vorliegenden Untersuchung.¹⁰ Auch für diese Themenstellung ist der zitierte Lütticher Bericht aufschlussreich, lehrt er doch auf anschauliche Weise, dass man bereits um die Mitte des 13. Jahrhunderts, als der Lütticher Chorherr Gilles d'Orval (Aegidius Aureaevallensis) die zitierte Legende von der „toten Hand“ in Umlauf brachte,¹¹ nicht mehr wusste oder vielleicht sogar nicht mehr wissen wollte, welches die historischen Wurzeln der Abhängigkeiten waren, die man ein gutes Jahrhundert zuvor abgestreift hatte. Mittels einer makabren Etymo-

fassers zitiert: Zum Problem der Zensualität im Hochmittelalter (1976), S. 69–105; Zensualität und Stadtentwicklung im 11./12. Jahrhundert (1982), S. 106–130; Von der *familia* zur Stadtgemeinde. Zum Prozeß der Erlangung bürgerlicher Freiheitsrechte durch hofrechtlich gebundene Bevölkerungsgruppen (1991), S. 41–68; Das Wormser Hofrecht Bischof Burchards (2000), S. 17–40. Weiterhin DERS., Stadtrecht und Zensualität am Niederrhein (12.–14. Jahrhundert), in: Soziale und wirtschaftliche Bindungen im Mittelalter am Niederrhein, hg. von Edith ENNEN u. a. (Klever Archiv 3), Kleve 1981, S. 13–36; DERS., Freikauf in der Gesellschaft des Hochmittelalters. Dargestellt an bayerischen Quellen, in: Hochfinanz, Wirtschaftsräume, Innovationen. Festschrift für Wolfgang von Stromer, hg. von Uwe BESTMANN, Franz IRSIGLER und Jürgen SCHNEIDER, Trier 1987, Bd. 3, S. 1107–1226; DERS., „Denn sie lieben die Freiheit so sehr ...“. Kommunale Aufstände und Entstehung des europäischen Bürgertums im Hochmittelalter, Darmstadt 1995, S. 92–99. – Den Forschungsstand zum Thema Zensualität und Stadt fassen zusammen Karl Siegfried BADER/Gerhard DILCHER, Deutsche Rechtsgeschichte. Land und Stadt – Bürger und Bauer im Alten Europa, Berlin u. a. 1999, S. 339–344.

¹⁰ Die Frage nach den Ursprüngen der Zensualität ist lediglich in der älteren Forschung eingehender behandelt worden, vgl. dazu WAITZ, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5 (wie Anm. 3), S. 275, der vermutete, dass Todfall und Heiratszins „in den Fränkischen Gegenden zuerst aufgekommen sind, und zwar am linken Ufer des Rheins, und sich dann erst in den Gegenden diessseits des Flusses und bei den anderen Stämmen verbreitet haben ... Vielleicht darf daraus geschlossen werden, dass sie fremden, das hiesse dann Keltischen Ursprungs waren.“ BRUNNER, Zur Geschichte (wie Anm. 2), S. 256, folgte dem hinsichtlich der Todfallabgabe, schloss jedoch keltische Einflüsse aus und favorisierte eher Wurzeln im germanischen Totenteilrecht. Alfred SCHULTZE, Seelgerät und Besthaupt, in: ZRG GA 38 (1917), S. 301–304, vermutete – allerdings aufgrund spätmittelalterlicher Quellen –, dass das Besthaupt sich aus einer Schutzverpflichtung für die verstorbene Seele ergeben habe. BREBAUM, Das Wachsinsrecht (wie Anm. 3), S. 11–13 und Aloys MEISTER, Zur Entstehung der Wachsinsigkeit, in: Studien zur Geschichte der Wachsinsigkeit (wie Anm. 3), S. 1–21, hier S. 1–4, verwies (wie auch PETOT, L'origine [wie Anm. 2], S. 300f.) auf die römischrechtliche Freilassung und nannten wie auch DOLLINGER, Der bayerische Bauernstand (wie Anm. 3), S. 305, die merowingischen *tabularii* als Vorläufer, worauf zurückzukommen sein wird.

¹¹ Zur Urheberschaft des Berichtes und zur Verbreitung der Legende von der „abgeschnittenen Hand“ vgl. Jean BART, L'imaginaire de la coutume ... ou les tentations de l'étymologie, in: Mémoires de la Société pour l'histoire du droit et des institutions des anciens pays bourguignons, comtois et romands 40 (1983), S. 315–324, bes. S. 316–322; vgl. außerdem Alan BOUREAU, Das Recht der ersten Nacht (1995), dt. Düsseldorf 2000, S. 284f.

logie führte man über den vieldeutigen Begriff der *mortua manus*¹² die Todfallabgabe auf eine posthum vorgenommene Handamputation zurück, von der man annahm oder vorgab, sie sei ursprünglich regelmäßig bei verstorbenen Bauern durchgeführt worden. Dies zeigt in aller Deutlichkeit, mit welchem Abscheu ein von veränderten religiösen Haltungen geprägter Klerus, vor allem aber ein sich formierendes Bürgertum, das gerade die Stadt als seinen gemeinsamen Bezugsrahmen entdeckte, den Überbleibseln älterer Hörigkeitsbindungen gegenüberstand: Man erklärte sich die Todfallgebühr entwicklungsgeschichtlich als eine zwangsweise auferlegte Ablösesumme, durch deren Zahlung die Bauern einst ihren Herrn hatten davon abhalten müssen, den Leichnam ihrer engsten Angehörigen zu schänden!¹³

Dem Ursprung und der Genese der Zensualität nachzugehen wird also nicht erst durch die antifeudalen Polemiken im Umfeld der Französischen Revolution erschwert, sondern bereits durch die hochmittelalterliche Verdammung ihrer Standesmerkmale als *impiae consuetudines* und als Relikte von „Unfreiheit“. Und auch in der modernen Forschung hat man viel darüber gestritten, ob die Zensualen am treffendsten durch ihre Freiheit, ihre Hörigkeit oder ihre Nähe zum Sklavenstatus zu charakterisieren seien.¹⁴ Oxy morale Wortschöpfungen wie diejenigen aus der Feder von Karl Bosl, der von „unfreier Freiheit“ oder „freier Unfreiheit“ sprach, verdeutlichen das Dilemma, dass in Beschreibung und Bewertung der Zensualität sehr unterschiedliche, mittelalterliche wie moderne, Konzepte von „Freiheit“ und „Unfreiheit“, wie es scheint, unentwirrbar miteinander vermengt sind.¹⁵ Dies gilt umso mehr, als

¹² Vgl. dazu neben der Studie von PETOT, *L'origine* (wie Anm. 2), zusammenfassend Werner OGRIS, Art. ‚Tote Hand‘, in: HRG 5 (1998), Sp. 281f. sowie Richard PUZA, Art. Tote Hand, in: Lex.MA 8 (1996), Sp. 894f.

¹³ Die legendenhafte Herleitung der Abgabe *pro mortua manu* im Sinne einer „abgeschnittenen Hand“ begegnet auch in einer späteren flandrischen Überlieferung, dem 1607 veröffentlichten, auf Quellen des ausgehenden 15. Jahrhunderts basierenden *Magnum Chronicon Belicum* des Theologen Johannes Pistorius, hier zitiert nach: *Scriptores rerum Germanicarum*, hg. von Johann PISTORIUS und Burkhard-Gotthelf STRUVE, Bd. 3, Regensburg 1726, S. 1–456, hier S. 167: *optimum proprii vel jocale, quod in ipsius domo reperiri contigerit, a domino exigeretur, si autem nihil esset, ut tum defuncti dextera manus abscissa dominis offeretur*. Vgl. bereits WAITZ, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 5 (wie Anm. 3), S. 267 Anm. 1. Zu diesen Traditionen vgl. auch BART, *L'imaginaire de la coutume* (wie Anm. 11), S. 319f. und BOUREAU, *Das Recht* (wie Anm. 11), S. 285.

¹⁴ Zusammenfassung des Forschungsgangs in Frankreich und Belgien bei Pierre DUPARC, *La question des „sainteurs“ ou hommes des églises*, in: *Journal des savants*, Année 1972, S. 25–48, hier S. 26–29. Nach wie vor grundlegend für die Problemstellung sind die auf französische Verhältnisse bezogenen Studien von Marc BLOCH, *Les colliberti. Étude sur la formation de la classe servile*, in: *Revue historique* 157 (1928), S. 1–48 u. S. 225–263; DERS., *Liberté et servitude personnelles au Moyen âge particulièrement en France*, in: *Anuario de historia del derecho español* 10 (1933), S. 57–115 (beide Aufsätze wiederabgedruckt in: DERS., *Mélanges historiques*, Paris 1963, Bd. 1, S. 286–355 u. 385–451, wonach im Folgenden zitiert wird).

¹⁵ Karl BOSL, *Freiheit und Unfreiheit. Zur Geschichte der Unterschichten in Deutschland und Frankreich während des Mittelalters*, in: *VSWG* 44 (1957), S. 193–219, hier S. 193ff.; DERS., *Die Sozialstruktur der mittelalterlichen Residenz- und Fernhandelsstadt Regensburg. Die Entwicklung des Bürgertums*, in: *Untersuchungen zur gesellschaftlichen Struktur der mittelalterlichen Städte in Europa*

das begriffliche Problem sich bis weit in die mittelalterliche Quellenüberlieferung selbst zurückverfolgen lässt: Schon in Urkunden des 11. und 12. Jahrhunderts findet man beispielsweise die Wachsinsigkeit als *liberior servitus* bezeichnet, als „freierte Diensthörigkeit“.¹⁶ Jeder Versuch, mit dem Abstand von 1000 Jahren das Verhältnis von Begriff und Sache zu klären, scheint somit dazu verurteilt zu sein, in einer völligen Aporie zu enden.

Gerade deshalb steht jedoch zu hoffen, dass eine diachron angelegte entwicklungsgeschichtliche Untersuchung zu den Ursprüngen und zur Entstehung der Zensualität vielleicht in einzelne Aspekte, deren Widersprüchlichkeit sich jedem systematisierenden Zugriff zu entziehen scheint, etwas mehr Licht zu bringen vermag. Während jüngere Forschungen vor allem für die hoch- und spätmittelalterliche Zeit deutlich gemacht haben, wie differenziert die Stellung der mittelalterlichen Zensualen betrachtet werden muss¹⁷ – etwa im Hinblick auf ihre regional unterschiedliche Nachweisbarkeit,¹⁸ die Höhe, den Umfang und die

(Vorträge und Forschungen 4), Konstanz u. a. 1966, S. 93–213, hier S. 132; DERS., Franken um 800. Strukturanalyse einer fränkischen Königsprovinz, ²München 1969, S. 48. – Zur Anwendbarkeit der modernen sozialhistorischen Begrifflichkeit auf das Frühmittelalter vgl. auch Thomas ZOTZ, Adel, Oberschicht, Freie. Zur Terminologie der frühmittelalterlichen Sozialgeschichte, in: ZGO 125 (1977), S. 3–20.

¹⁶ Den Wortwandel verdeutlichen zwei Traditionsurkunden der Abtei St. Trond aus den Jahren 956 und 1129. In der ersten Urkunde ist vom Verlust von Freigebürtigkeit und Freiheit die Rede: *et ibi sue ingenuitatis libertatem amittens et se sub iugo servitutis Deo et sancto Trudoni tradidit famulandum, ea videlicet ratione, ut annis singulis, ad festivitatem sancti Trudonis, census solvere studeat denarium 1, pro censu sui capitis*. In der zweiten wird die Zensualenfreiheit als freierte Dienstbarkeit charakterisiert: *Jura eorum qui titulum libertatis sue liberiori iugo servitutis extollentes beato se Trudoni tradiderunt* (Cartulaire de l'abbaye de Saint-Trond, hg. von Charles PIOT, Bd. 1, Brüssel 1870, Nr. 5 u. 32, S. 8f. u. 42f.). Vgl. dazu auch Franz IRSIGLER, Freiheit und Unfreiheit im Mittelalter. Formen und Wege sozialer Mobilität, in: Westfälische Forschungen 28 (1976/77), S. 1–15, hier S. 6. Zur Zensualität dieser Grundherrschaft vgl. Eberhard LINCK, Sozialer Wandel in klösterlichen Grundherrschaften des 11. bis 13. Jahrhunderts. Studien zu den *familiae* von Gembloux, Stablo-Malmedy und St. Trond (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 57), Göttingen 1979, S. 138ff. – Weitere Belege bei SCHULZ, Zum Problem der Zensualität (wie Anm. 9), S. 95. – Im übertragenen Sinne begegnet schon in der Lebensbeschreibung Ludwigs des Frommen, die vom Astronomus verfasst wurde, die Wendung *libera servitus*, um die Lebensweise von Kanonikern und Kanonissen zu kennzeichnen: Thegan, Die Taten Kaiser Ludwigs (Gesta Hludowici imperatoris). Astronomus, Das Leben Kaiser Ludwigs (Vita Hludowici imperatoris), hg. u. übers. von Ernst TREMP (MGH SS rer. Germ. in us. schol. 64) Hannover 1995, S. 376 (c. 28).

¹⁷ Vgl. insbesondere DUPARC, La question (wie Anm. 14), S. 29–24, und Michael MATHEUS, Forms of Social Mobility: The Example of *Zensualität*, in: England and Germany in the High Middle Ages, hg. von Alfred HAVERKAMP und Hanna VOLLRATH, London 1996, S. 357–369.

¹⁸ Zum überraschend spärlichen Befund für die Abtei Prüm vgl. Ludolf KUCHENBUCH, Bäuerliche Gesellschaft und Klosterherrschaft im 9. Jahrhundert. Studien zur Sozialstruktur der Familia der Abtei Prüm (VSWG Beiheft 66), Wiesbaden 1978, S. 173 u. 260–268. Vielerorts sind Zensualen trotz guter Überlieferungslage nicht als Gruppe greifbar, vgl. etwa Brigitte FLUG, Äußere Bindung und innere Ordnung. Das Altmünsterkloster in Mainz in seiner Geschichte und Verfassung von den Anfängen bis zum Ende des 14. Jahrhunderts (Geschichtliche Landeskunde 61), Stuttgart 2006, S. 258.

Darbringungsform ihrer Leistungspflichten,¹⁹ die Unterschiede zwischen städtischer und ländlicher Zensualität²⁰ sowie die gesellschaftliche Rekrutierungsbasis und geschlechtsspezifische Funktionalität des Zensualenstatus²¹ –, wird es im Folgenden um deren Frühgeschichte gehen. Im Mittelpunkt der Überlegungen steht dabei die Frage, warum sich die Kombination der genannten drei Standesmerkmale der Zensualen – des Kopfzinses, der Todfallabgabe und der Heiratsgebühr – trotz aller lokaler Unterschiede vergleichsweise einheitlich über ein kulturell und politisch doch recht verschiedenartiges Gebiet ausgedehnt hat und wie es überhaupt geschehen konnte, dass in den genannten Regionen die Zensualität als ein eigener Rechtsstand in Erscheinung trat. Das eigenartige, sich der geläufigen politischen Raumgliederung scheinbar entziehende Verbreitungsgebiet der Zensualität gibt hierzu ebenso Anlass wie das angesprochene Problem, im Zensualenstatus das Verhältnis von Freiheit und Unfreiheit näher zu bestimmen.

Um diese Fragen zu beantworten, soll zunächst (I) der Versuch unternommen werden, die historischen Wurzeln der Zensualität freizulegen, wobei vor allem den bisher in diesem Zusammenhang noch nicht berücksichtigten antiken Voraussetzungen ein besonderes Gewicht zukommt. Auf dieser Grundlage wird im Anschluss (II) versucht, die frühmittelalterliche Formierung der Zensualität in mehreren Etappen im Rahmen der Geschichte des fränkischen Reiches und seiner Nachfolgegebilde nachzuvollziehen. Diese Darstellung wird allein schon aufgrund der Quellenlage etwas holzschnittartig und hypothesenhaft ausfallen.

¹⁹ Vgl. dazu WEIZSÄCKER, Die Familia (wie Anm. 3), S. 7–19, zu verschiedenen, nach Zinshöhe zu differenzierenden Zensualengruppen innerhalb einer *familia*.

²⁰ Die Wachzinspflichtigen des St. Viktor-Stiftes zu Xanten, hg. von Friedrich-Wilhelm OEDIGER und Klaus VAN EICKELS (Die Stiftskirche des hl. Viktor zu Xanten, Bd. 8,1), Kewelae 1991. Vgl. weiterhin Klaus VAN EICKELS, Die Verzeichnisse der Wachzinsigen des Stiftes Xanten im 15. Jahrhundert, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 197 (1994), S. 93–108. – Zur rechtlichen und sozialen Stellung von „Gotteshausleuten“ und Zinsern im Gebiet der Eidgenossenschaft vgl. zusammenfassend Peter BLICKLE, Friede und Verfassung. Voraussetzungen und Folgen der Eidgenossenschaft von 1291, in: Innerschweiz und frühe Eidgenossenschaft. Jubiläumsschrift 700 Jahre Eidgenossenschaft, hg. vom Historischen Verein der Fünf Orte, Olten 1990, Bd. 1, S. 15–202, hier S. 173–184.

²¹ Erwin ILLICHMANN, Eigenleute, Zinsleute, Dienstleute des Mittelalters in Niederösterreich. Nach den Quellen der Grundherrschaft des Benediktinerstiftes Göttweig, Horn 1975, S. 31–57; LINCK, Sozialer Wandel (wie Anm. 16), S. 138ff.; Walter MÜLLER, Entwicklung und Spätformen der Leibeigenschaft am Beispiel der Heiratsbeschränkungen. Die Ehegenößsame im alemannisch-schweizerischen Raum (Vorträge und Forschungen, Sonderband 14), Sigmaringen 1974; Michael MATHEUS, Adelige als Zinser von Heiligen. Studien zu Zinsverhältnissen geistlicher Institutionen im hohen Mittelalter, unpublizierte Habilitationsschrift Universität Trier 1989 (non vidi); Monika OFER, St. Stephan in Würzburg. Untersuchungen zu Herrschafts-, Wirtschafts- und Verwaltungsformen eines Benediktinerklosters in Unterfranken 1057–1500 (Dissertationen zur mittelalterlichen Geschichte 6), Köln u. a. 1990, S. 143–152; Gudrun WITTIG, Frauen und Freiheit im Mittelalter. Fallstudie am Beispiel der „Wachzinsigkeit“ in Stift Essen und Kirchspiel Gladbeck, in: Vergessene Frauen an der Ruhr. Von Herrscherinnen und Hörigen, Hausfrauen und Hexen 800–1800, hg. von Bea LUNDT, Köln u. a. 1992, S. 77–97.

Aber vielleicht vermag eine solche Hypothese einen für die Epoche des Mittelalters so charakteristischen Prozess der rechtsständischen Abgrenzung²² besser verständlich zu machen und auf diese Weise, wie abschließend erörtert werden soll (III), sogar manche spätere Entwicklung im Zusammenhang von Zensualität und Kommunebildung in einem etwas anderen Licht erscheinen zu lassen.

²² Vgl. dazu in größerem Zusammenhang und zugleich deutlich auf das Lehnswesen fixiert Otto HINTZE, Weltgeschichtliche Bedingungen der Repräsentativverfassung (1931), in: DERS., Staat und Verfassung. Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte, Göttingen 1970, S. 84–119; vgl. grundsätzlich auch Otto Gerhard OEXLE, Art. Stand, Klasse (Antike, Mittelalter), in: Geschichtliche Grundbegriffe 6 (1990), S. 156–200; DERS., *Tria genera hominum*. Zur Geschichte eines Deutungsschemas der sozialen Wirklichkeit in Antike und Mittelalter, in: Institutionen, Kultur und Gesellschaft im Mittelalter. Festschrift für Josef Fleckenstein zu seinem 65. Geburtstag, hg. von Lutz FENSKE, Werner RÖSENER und Thomas ZOTZ, Sigmaringen 1984, S. 483–500.

I. Antike Voraussetzungen der mittelalterlichen Zensualität

Die meisten Darstellungen der Zensualität beginnen im 10. Jahrhundert und weisen darauf hin, dass Frühformen bereits in das 9. Jahrhundert zurückreichen.²³ Der früheste erhaltene Beleg, der die drei charakteristischen Leistungen Todfallabgabe, Ehegebühr und Kopfzins nebeneinander aufzählt, ist eine in die Zeit kurz vor 800 zu datierende Urkunde, derzufolge sich eine freie Frau samt ihren Söhnen *pro remedio animarum* in die Wachszinsigkeit des Klosters St. Severin in Köln übertrug: Danach sollten sie und nach Erreichen des Erwachsenenalters ihre Nachkommenschaft, wie es heißt, am Festtag des Heiligen jeder einzeln Wachs im Wert von zwei Pfennigen an den Altar des heiligen Severin zahlen, während die Heiratsgebühr und die Todfallabgabe im Umfang von jeweils sechs Denaren an den *custos* des Altars zu entrichten waren.²⁴ Hiernach zu urteilen, dürfte die Zensualität beziehungsweise die Wachszinsigkeit spätestens um diese Zeit die rechtliche Grundform gewonnen haben, deren Ausprägungen sich dann in unendlichen Variationen vielerorts bis ins 18. Jahrhundert weiterverfolgen lassen.²⁵ Da der Selbsteintritt in die Zensualität erst vor dem Hintergrund Sinn ergibt, dass diese als Rechtsstand bereits etabliert war, ist zu vermuten, dass das Phänomen als solches noch um einige Zeit älter sein dürfte. Freilich hat schon der erste Herausgeber an der Aussagekraft des nur abschriftlich erhaltenen Dokumentes für die karolingische Zeit Bedenken angemeldet und damit Widerspruch provoziert.²⁶ Ein definitives Urteil erscheint kaum möglich, so dass man, was Selbsteintritte in die Zensualität und die genannten drei Leistungspflichten der Zensualen angeht, chronologisch sicheren Boden erst etwas später betritt.²⁷ Gleichwohl ist aufgrund der großen Bedeutung gewohnheitsrechtlicher Vorstellun-

²³ Siehe die in Anm. 3 verzeichnete Literatur. Auf Einzelnachweise kann hier verzichtet werden.

²⁴ Urkundenbuch für die Geschichte des Niederrheins oder des Erzstifts Cöln, der Fürstenthümer Jülich und Berg, Geldern, Meurs, Cleve und Mark, und der Reichsstifte Elten, Essen und Werden, hg. von Theodor Joseph LACOMBLET, Bd. 1: Bis zum Jahr 1200 einschliesslich, Düsseldorf 1840, Nr. 15 (794–800): *se cum omni successione sua ad altarem beati Severini extra muros civitatis Coloniensis cere censuales pro remedio animarum suarum tradiderunt, ea tamen conditione, ut singuli huius posteritatis homines, qui ad annos per venerint virilis etatis, singulis annis in festo praenominati confessoris duas nummatus cere ad idem altarem persolverent. Pro licentia vero maritali custodi altaris 6 denarios, in morte autem uniuscuiusque viri sive mulieris 6 denarios, tantum etiam custodi assignarent.*

²⁵ Eindrucksvoll dokumentiert beispielsweise in der umfangreichen Studie von VERRIEST, *Le servage* (wie Anm. 3).

²⁶ In der älteren Forschung ist dieses Dokument aufgrund seiner späteren abschriftlichen Überlieferung in seiner Aussagekraft für die frühmittelalterlichen Verhältnisse in Zweifel gezogen worden, vgl. dazu mit Literaturangaben Jörg WETTLAUFER, *Das Herrenrecht der ersten Nacht. Hochzeit, Herrschaft und Heiratszins im Mittelalter und in der frühen Neuzeit*, Frankfurt/M. 1999, S. 116, Anm. 178.

²⁷ Selbsteintritte *ad luminaria* erwähnt bereits das vor 830 entstandene Polyptychon der Abtei St. Germain-des-Prés, siehe unten Anm. 219. Frühester sicherer urkundlicher Beleg ist die Autotra-

gen im Bereich der Zensualität schon früh und mit Recht vermutet worden, dass Heiratsgebühr und Sterbefallabgabe „schwerlich vormals unbelasteten Wachsinsern gewaltsam aufgebürdet worden“ sein können,²⁸ also doch wohl älteren Datums sein müssen. Methodisch erscheint es daher m. E. ratsam, zunächst den Erhebungsgrund dieser Abgaben im Status der Wachsinsener beziehungsweise Zensualen selbst zu suchen, den es aus diesem Grund zuerst näher zu bestimmen gilt.

1. Zensualen als Freigelassene

Über den Charakter der Zensualität in karolingischer Zeit informiert am treffendsten eine elsässische Urkunde aus dem Jahr 837, derzufolge ein Mann in einem Rechtsakt, der öffentlich in einer *villa* vorgenommen wurde, zwei Mägde (*ancillae*) in die Freiheit entließ, die sie, wie es heißt, genießen sollten, als wären sie von Freien geboren (*ingenui*); zeitgleich damit unterstellte er sie dem Schutz des Klosters Weißenburg, wobei sie ihre Habe behielten und einen Zins zu zahlen hatten, den sie auch in Wachs entrichten konnten. „Danach sollen sie“, so wörtlich, „freigeboren bleiben, so wie auch andere ‚Tributäre‘ und ‚Zinsleute‘ oder ‚per Brief Freigelassene‘, die zu denselben Bedingungen freigelassen wurden“.²⁹ Die sich auf geltendes allgemeines Recht (*leges*) berufende Urkunde zeigt damit, dass der rechtliche Rahmen, in dem die Zensualität zuvor verortet wurde, die Freiheit war. Der Verweis auf die Rechtsgewohnheiten sogenannter *tributarii*, *ensarii* und *epistolarii*, die als äquivalent gelten sollten, zeigt, dass man die Zensualität bewusst in den Zusammenhang überregional gültiger Rechtsgewohnheiten stellte, die für unterschiedliche Gruppen von Freigeborenen und Freigelassenen galten. Die Be-

dition einer freien Frau an das Kloster St. Peter in Gent, die in den Zeitraum zwischen 877 und 879 datiert werden kann: *Temporibus Ludovici regis quedam femina nomine Regneuuig, libera cum esset, tributariam se esse constituit, ut ibi annis singulis propter mundeburdum in censum solveret denarios II ad festiuitatem sancte Amalberge que evenit VI kalendas nouembris, et cum se in matrimonio copulasset per badimonium solueret denarios VI, post eius quoque de hac luce decessu de conlaboratu suo ualente denarios XII* (Maurits GYSSELING/Anton C. F. KOCH, Het ‚fragment‘ van het tiende-eeuwse Liber traditionum van he Sint-Pietersabdij te Gent, in: Bulletin de la Commission royale d'histoire 113 (1948), S. 253–312, hier S. 296; vgl. auch ebd. S. 297 einen weiteren Beleg, der in das Jahr 891 datiert werden kann und andere Zinshöhen aufweist. Vgl. auch BRUNNER, Zur Geschichte (wie Anm. 2), S. 247.

²⁸ V. MINNIGERODE, Das Wachsinsensrecht (wie Anm. 3), S. 190.

²⁹ Traditiones Wizenburgenses. Die Urkunden des Klosters Weißenburg 661–864, eingel. u. aus dem Nachlass von Karl GLÖCKNER hg. von Anton DOLL, Darmstadt 1979, Nr. 166 vom Jahr 837, S. 367: ... *in ea uero ratione ut illae annis singulis in elemosinam iam dicti domini illarum ad prefatum locum sanctorum in censum studeant dare denarios II aut in cera denarios II ualente ad festiuitatem sancti Martini electi pontificis et confessoris, et deinceps sint firmiter ingenuae permanentes, sicut et alii tributarii vel censarii seu epistolarii, qui per talem conditionem sunt relaxati ingenui. Et si de illo censu negligentes aut tarde apparuerint, legibus emendet et libere permaneant a progenie in progenies* (dt. Übers.: S. E.). Zum Inhalt dieser Urkunde vgl. auch Michael BORGOLTE, Freigelassene im Dienst der Memoria. Kulttradition und Kultwandel im Übergang von der Antike zum Mittelalter, in: FrMaSt 17 (1983), S. 234–250, hier S. 242.

zeichnungen *cenarii* und *tributarii* orientierten sich allem Anschein nach an einem regelmäßig zu entrichtenden Zins.

Diese Rechtsgewohnheiten lassen sich noch weiter zurückverfolgen, denn aus der Zeit Karls des Großen ist eine Kapitularienbestimmung zur Zensualität erhalten. Im Herstaler Kapitular aus dem Jahr 779 ist von *cerarii*, *tabularii* und *cartolariii* die Rede: Deren Bekanntheit voraussetzend, mahnte der Herrscher lediglich an, gegenüber diesen Gruppen solle so verfahren werden, wie es bereits seit langer Zeit üblich gewesen sei (*sicut a longe tempore fuit*), was, wie noch zu zeigen sein wird, offenbar nicht so ganz selbstverständlich war.³⁰ Mit diesem pauschalen Hinweis auf alte Rechtsgewohnheiten wird man wenigstens in die merowingische Zeit zurückverwiesen, und auch hier sind es wiederum Freiheit und Freilassung, die das rechtliche Definitionskriterium des Standes bildeten. Denn in der Tat sind *tabularii*, d. h. unter Einbeziehung einer Tafel in einer Kirche freigelassene Sklaven, und *cartolariii*, die mittels einer Urkunde freigelassen wurden, bereits in der *Lex Ribuaria* aus dem 7. Jahrhundert bezeugt: Die *tabularii* erscheinen dort als einstmals unfreie *servi*, die zu religiösen Zwecken in einer Kirche freigelassen worden und als Folge davon mitsamt ihren Nachkommen unter die Schutzgewalt (*tuitio*, *mundeburdum*) der Kirche getreten waren, in der man sie freigelassen hatte.³¹ Ausdrücklich wurde in diesem Zusammenhang betont, dass es sich dabei um eine Praxis des römischen Rechtes handelte, welche die Kirche im Rheinland fortsetzte, da sie ja nach römischem Recht lebe (*ecclesia vivit lege Romana*). Diese in der Praxis der Freilassung erkennbare Spur soll nachfolgend noch weiter in die römische Zeit zurückverfolgt werden, wobei die Art und Weise, wie in der Spätantike Freilassungen von Sklaven vorgenommen wurden, als ein Ausgangspunkt sichtbar gemacht wird, ohne den weder die Genese noch das Wesen der mittelalterlichen Zensualität vollständig verständlich wird.³²

³⁰ Kapitular von Herstal a. 779, c. 15: *De cerariis et tabulariis atque cartolariis, sicut a longe tempore fuit, observetur* (Capitularia regum Francorum 1, hg. von Alfred BORETIUS [MGH LL Sect. II, 1], Hannover 1883, Nr. 20, S. 50). – Siehe auch unten Anm. 266.

³¹ *Lex Ribuaria* 61 (58) [*De tabulariis*], 1: *Hoc etiam iubemus, ut, qualiscumque francus Ribvarius seu tabularius servum suum pro animae suae remedium seu pro pretium secundum legem romanam liberare voluerit, ut eum in ecclesia coram presbyteris et diaconibus seu cuncto clero et plebe in manu episcopi servo cum tabulas tradat, et episcopus archidiacono iubeat, ut ei tabulas secundum legem Romanam, quam ecclesia vivit, conscribere faciat; et tam ipse quam et omnis procreatio eius liberi permaneant, et sub tuitione ecclesiae consistant vel omnem redditum status eorum ecclesiae reddant. [...] et non alibi quam ad ecclesiam, ubi relaxati sunt, mallum teneant* (*Lex Ribuaria*, hg. von Franz BEYERLE und Rudolf BUCHNER [MGH LL nat. Germ. III, 2], Hannover 1954, S. 108f.). Wiederholt zurückzukommen ist auf den dieser Ausgabe beigegebenen Sachkommentar von Franz BEYERLE, S. 135–182. Zu den *tabularii* und den diesbezüglichen Bestimmungen der *Lex Ribuaria* siehe ausführlich unten Abschnitt II, 3, zu den *cerarii* siehe unten Anm. 215.

³² Der m. W. einzige Autor, der den im Folgenden näher entwickelten Zusammenhang der Zensualenabgaben mit dem antiken Freigelassenenpatronat bereits erwogen hat, ist Wilhelm SICKEL, *Die Privatherrschaften im fränkischen Reiche*, in: *Westdeutsche Zeitschrift für Geschichte und Kunst* 15 (1896), S. 111–171 u. 16 (1897), S. 47–78, hier S. 51 Anm. 6 u. S. 68–70 Anm. 22 u. 24. Zu Sickels Oeuvre und seiner Betonung römischer Wurzeln mittelalterlicher Institutionen vgl. Stefan ESDERS, *Verfassungsgeschichte im deutschen Kaiserreich: Wilhelm Sickel (1847–1929)*, in: *Vergangenheit und*

2. Der Patronat über Freigelassene in der römischen Kaiserzeit

Der Übergang von der Unfreiheit zur Freiheit bedeutete innerhalb der römischen Gesellschaft die Überschreitung ihrer schärfsten rechtlichen Grenzziehung. Die Freilassung barg fundamentalen Konfliktstoff in sich, wenn ein Sklave gleichsam von heute auf morgen rechtsfähig wurde und je nach Art der Freilassung sogar in den Genuss des römischen Bürgerrechts gelangen konnte. Aus diesem Grund suchte man die Gefahr eines allzu abrupten und unkontrollierten Übergangs von der Unfreiheit in die Freiheit durch eine Vielzahl von Regelungen zu entschärfen. Am wichtigsten waren hierunter Regelungen zur Dienstbarkeit der Freigelassenen und zu deren Unterstellung unter die Patronatsgewalt des Freilassers.³³

So erfolgte die Freilassung häufig unter der Voraussetzung, dass der Sklave vor seiner Freilassung seinem Herrn, gewissermaßen als Gegenleistung für die in Aussicht gestellte Freilassung, die Leistung bestimmter Dienste versprach, sog. *operae libertorum*, die häufig als Anzahl von Tagwerken genau fixiert wurden.³⁴ Der in diesem Zusammenhang von der freizulassenden Person verlangte Eid war, wie schon römische Juristen betonten, eine einmalige juristische Inkonsequenz: Es war der einzige Fall im gesamten römischen Zivilrecht, in dem ein Eid aus sich heraus eine obligatorische Verpflichtung begründete.³⁵ Das geschworene

Vergegenwärtigung. Frühes Mittelalter und europäische Erinnerungskultur, hg. von Helmut REIMITZ und Bernhard ZELLER (Forschungen zur Geschichte des Mittelalters 15), Wien 2009, S. 129–142. Ohne einen Entwicklungszusammenhang anzunehmen, konstatierte eine Nähe zwischen dem Schutzverhältnis der Zensualen und dem Patronatsverhältnis auch Bernhard DIESTELKAMP, „Freiheit der Bürger – Freiheit der Stadt“, in: Die abendländische Freiheit vom 10. zum 14. Jahrhundert, hg. von Johannes FRIED (Vorträge und Forschungen 39), Sigmaringen 1991, S. 485–510, hier S. 493.

³³ Vgl. dazu eingehend Max KASER, Das römische Privatrecht, Bd. 1: Das altrömische, das vorklassische und das klassische Recht (Handbuch der Altertumswissenschaft X,3.3.1), ²München 1971, S. 298–301; DERS., Das römische Privatrecht, Bd. 2: Die nachklassischen Entwicklungen (Handbuch der Altertumswissenschaft X,3.3.2), ²München 1975, S. 137–142.

³⁴ Wolfgang WALDSTEIN, *Operae libertorum*. Untersuchungen zur Dienstpflicht freigelassener Sklaven (Forschungen zur antiken Sklaverei 19), Stuttgart 1986, S. 82f. und passim.

³⁵ In den Institutionen des Gaius (III, 95a u. 96) heißt es im größeren Zusammenhang rechtlicher Formalakte (Stipulationen) über den verpflichtenden Charakter mündlicher Erklärungen: „Es gibt auch andere Verpflichtungen [die mündlich eingegangen werden können, ohne dass eine Frage vorangeht – S. E.]. [...] Ebenso kommt, indem nur einer spricht und ohne vorhergehende Frage ein Versprechen abgibt, eine Verpflichtung zustande, das heißt, wenn ein Freigelassener dem Patron geschworen hat, ihm ein Geschenk zu machen oder eine Last zu übernehmen oder Dienste zu leisten; dies ist aber der einzige Fall, in dem durch einen Eid eine Verpflichtung zustande kommt. In der Tat werden in keinem anderen Falle Menschen aufgrund eines Eides verpflichtet, jedenfalls nicht, wenn man nur das Recht der Römer berücksichtigt.“ (*Sunt et aliae obligationes [...] Sed haec sola causa est, ex qua iure iurando contrahitur obligatio. Sane ex alia nulla causa iureiurando homines obligantur, utique cum quaeritur de iure Romanorum*. Gaius, Institutiones. Die Institutionen des Gaius, hg., übers. u. komment. von Ulrich MANTHE [Texte zur Forschung 81], Darmstadt 2004, S. 256–259). Vgl. dazu auch Constantin Stefan TOMULESCU, Sulla forma del *iusiurandum liberti*, in: Revue internationale des droits de l'antiquité 3^e sér. 15 (1968), S. 461–471.

Versprechen diente dazu, eine auf dem Rechtswege einklagbare Bindung mit einem eigentlich noch gar nicht Rechtsfähigen zu begründen, die auch nach dessen Übergang vom außerrechtlichen in den rechtlichen Bereich Bestand haben würde und so überhaupt erst dessen Freilassung und schrittweise Integration in die römische *civitas* möglich machte.

Zahllose rechtliche Regelungen und juristische Kommentierungen zu den *operae libertorum* zeigen, dass die Freilasser offenbar größten Wert darauf legten, weiterhin über die Arbeitskraft ihrer einstigen Sklaven zu verfügen. Diese *operae* versinnbildlichten die fortbestehende Abhängigkeit, die ihren tiefsten Ausdruck darin fand, dass der Freigelassene nicht gleich völlig frei wurde, sondern unter die schützende Patronatsgewalt seines Freilassers trat, so dass frühestens seine Kinder größere Freiheit genossen. Die Patronatsgewalt umschloss nicht nur Gehorsam des Freigelassenen gegenüber seinem Patron, sondern verschaffte letzterem zahlreiche Anrechte auf das Vermögen des Freigelassenen. Und hier liegen, wie im Folgenden zu zeigen ist, auch die Wurzeln der Abgaben, welche späterhin die mittelalterliche Zensualität kennzeichnen sollten.

3. Römische Patronatsrechte als Ursprung der späteren Zensualen-Abgaben

Alle drei Abgaben der mittelalterlichen Zensualen waren nämlich, wie man schon früh betont hat, keine dinglichen, sondern – ursprünglich wenigstens – rein personenrechtliche Leistungen.³⁶ Heiratsgebühr und Todfall resultierten aus der Schutzgewalt, der die Zensualen unterstanden,³⁷ während der Kopfzins, wie darzulegen sein wird, auch noch einen anderen, wohl ursprünglich fiskalischen Hintergrund hatte.

Die von den Zensualen zu leistende Todfallabgabe, von der bereits die Rede war, erinnerte den Rechtshistoriker Heinrich Brunner an eine Art „Erbschaftssteuer“.³⁸ Dieser Begriff ist nicht völlig aus der Luft gegriffen, weil es ein wesentliches Standesmerkmal der Zensualen war, dass sie Vermögen erwerben und vererben konnten. Auf den Terminus „Steuer“ kann man allerdings verzichten, insofern die Abgabe unmittelbare Folge der Patronatsbindung war. Und eine Erbschaftsabgabe war der Todfall insofern nicht, als man in ihm keine Zahlung der Erben anlässlich der Übernahme ihres Erbes sah, sondern eine Zahlung des Verstorbenen selbst, die bei seinem Tod fällig wurde. Das Recht des Herrn lässt sich entsprechend eher als Gläubigerrecht gegenüber einem verstorbenen Schuldner charakterisieren.³⁹ Juristisch betrachtet handelt es sich also um eine Nachlassabgabe.⁴⁰

³⁶ Vgl. bereits WAITZ, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5 (wie Anm. 3), S. 248f. u. 271f.; BRUNNER, Zur Geschichte (wie Anm. 2), S. 252f.; BREBAUM, Das Wachszinsrecht (wie Anm. 3), S. 18.

³⁷ Vgl. BRUNNER, Zur Geschichte (wie Anm. 2), S. 254.

³⁸ BRUNNER, Zur Geschichte der ältesten deutschen Erbschaftssteuer (wie Anm. 2).

³⁹ So schon ebd. S. 265.

⁴⁰ Vgl. BRUNNER, ebd. S. 275, der mit Rekurs auf das germanische Totenteil dennoch von einer Erbschaftssteuer sprechen zu dürfen glaubte. Dazu auch WETTLAUER, Das Herrenrecht (wie Anm. 26),

Verfolgt man die Linie von der mittelalterlichen Zensualität zurück zur römischen Freilassung, so ist zunächst festzuhalten, dass bereits der römische Freigelassene in vielfacher Form seinem Freilasser zu materiellen Leistungen verpflichtet war, die aus Anlass seines Todes wirksam wurden.⁴¹ Diese Leistungen stehen bezeichnenderweise in Zusammenhang mit Nachlassregelungen, wofür im römischen Recht der Begriff der *bonorum possessio* steht. Der diesbezügliche Stand der Rechtsentwicklung im 2. nachchristlichen Jahrhundert findet sich in den Institutionen des Gaius in einem sehr ausführlichen Kapitel zusammengefasst: Der Freigelassene war angehalten, seinem Herrn testamentarisch die Hälfte seines Vermögens zu vermachen; je nach Anzahl vorhandener Kinder des Freigelassenen reduzierte sich der Anspruch des Freilassers (*virilis pars*) auf ein Drittel, Viertel, Fünftel usw. des Vermögens; im Falle eines kinderlosen Todes fiel das gesamte Vermögen dem Patron zu.⁴² Die Anrechte des Freilassers auf Teile des Nachlasses seines einstigen Sklaven waren gesetzlich fixiert, weshalb sie gegebenenfalls auch gegen ein anders lautendes Testament des Freigelassenen realisiert werden konnten (*bonorum possessio contra tabulam*).⁴³ Zu Beginn des 3. Jahrhunderts betonte der römische Jurist Ulpian, dass der Freigelassene seinem Patron den geschuldeten Pflichtteil (*pars debita*) auch durch eine Verfügung auf den Todfall hin übertragen konnte (*mortis causa donatio*).⁴⁴ Noch in der justinianischen Gesetzgebung, welche eigentlich auf die Gleichstellung aller Freilassungsformen und der Freigelassenen mit den Freigeborenen zielte, blieben die Patronatsbindung und die mit ihr verbundenen Anrechte des

S. 193f. Vgl. auch PETOT, L'origine (wie Anm. 2), S. 290f.: „Selon les conceptions anciennes, c'est au mainmortable lui-même qu'incombait, à son décès, le paiement du droit. Autrement dit, la mainmorte était prélevée sur la part du mort.“

⁴¹ Vgl. ausführlich Francisco SAMPER, *De bonis libertorum*. Sobre la concurrencia sucesoria del patrono con los hijos del liberto, in: Anuario de historia del derecho español 41 (1970), S. 149–235, hier S. 157–161, sowie ferner Jane F. GARDNER, *Women in Roman Law and Society*, London u. a. 1986, S. 194–196.

⁴² Gaius, Institutionen III, 41–45 (Gaius, Institutiones [wie Anm. 35], S. 232–236).

⁴³ Die Anrechte beliefen sich zeitweise auf die Hälfte, in der Spätantike auf ein Drittel des Nachlasses. So verfügte Justinian, dass immer dann, wenn ein Freigelassener starb, ohne zuvor über sein Erbe verfügt zu haben, das gesamte intestierte Erbe an den Freilasser fallen sollte; hatte er dagegen testamentarisch einen externen Erben eingesetzt, so sollte ein Drittel des testierten Erbes – notfalls gegen das Testament des Freigelassenen, wie es ausdrücklich heißt –, an den Freilasser fallen: C. Iust. VI, 4 (*De bonis libertorum et de iure patronatus*), 4, 25 vom Jahr 531 (Codex Iustinianus, hg. von Paul KRÜGER [Corpus iuris civilis II], ⁹Berlin u. a. 1915, S. 246). – In der Erbfolge wurden die Kinder und Seitenverwandten des Freilassers berücksichtigt, vgl. Iust. Inst. III, 7 (*De successione libertorum*), 3 ([Iustiniani] Institutiones, hg. von Paul KRÜGER [Corpus iuris civilis I], ¹¹Berlin 1908, S. 33).

⁴⁴ Ulpian Dig. 38, 2 (*De bonis libertorum*), 3, 17–20: *Sed et mortis causa donationibus poterit patrono debita portio suppleri: nam mortis causa donationes vice legatorum funguntur. Sed et si non mortis causa donavit libertus patrono, contemplatione tamen debita portio donata sunt, idem erit dicendum: tunc enim vel quasi mortis causa imputabuntur vel quasi adgnita repellent patronum a contra tabulas bonorum possessione. Si patrono conditionis implendae causa quid datum sit, in portionem debitam imputari debet, si tamen de bonis sit liberti profectum. Debitam autem portionem eorum, quae cum moritur libertus habuit, patrono damus: mortis enim tempus spectamus* ([Iustiniani] Digesta, hg. von Theodor MOMMSEN [Corpus iuris civilis I], ¹¹Berlin 1908, S. 568).

Patrons auf die Leistungen und das Vermögen seines Freigelassenen in nahezu vollem Umfang erhalten.⁴⁵

Die Beteiligung des Patrons am Nachlass des Freigelassenen hat der bereits zitierte Jurist Paulus auch als Alternative zur Einforderung vereinbarter *operae* (beziehungsweise *imposita*) gedeutet: „So, wie aufgrund der Errichtung eines Testamentes beim Tod des Freigelassenen dem Patron die Rechtsmacht eingeräumt wird, entweder wegen der erteilten Freiheit auferlegte Arbeiten zu verlangen oder einen Teil des Nachlasses, so bleibt dem Patron die Auswahl dieser Dinge auch, wenn der Freigelassene verstorben ist, ohne ein Testament errichtet zu haben.“⁴⁶ Hintergrund dieser Regelung dürfte gewesen sein, dass der Freigelassene, sofern er in rechtmäßiger Ehe zwei oder mehr Kinder hatte, nicht zu *operae* gezwungen werden konnte.⁴⁷ Eine Berechtigung des Patrons am Nachlass sollte dies gleichsam kompensieren. Die dem Patron eingeräumte Möglichkeit der Auswahl (*electio*) und die anteilige Berechnung seines Anrechts am Nachlass als *pars* markieren dabei Herrenrechte, wie sie auch in der volkssprachlichen Terminologie des Mittelalters in den Begriffen *kurmede* („Wahlabgabe“) bzw. *buteil* („beider Teil“) anklingen.

Auch das Ehekonsensrecht des Herrn, für das im mittelalterlichen Zensualenrecht Gebühren zu entrichten waren, die unter Begriffen wie *maritagium*, *vadimonium*, *beddemund* u. ä. bekannt sind, lässt sich eher aus dem römischen Freigelassenenpatronat als aus angenommenen germanischen Traditionen herleiten.⁴⁸ Den römischen Rechtsquellen ist zu entnehmen, dass das Patronatsrecht des Freilassers auch ein Ehekonsensrecht über die freigelassene Person einschloss. Dabei ist von Bedeutung, dass zwischen den Nachlassabgaben und dem

⁴⁵ Vgl. Helmut KRUMPHOLZ, Über sozialstaatliche Aspekte in der Novellengesetzgebung Justinians (Habelt Dissertationsdrucke, Reihe Alte Geschichte 34), Bonn 1992, S. 104–109. Zu den Veränderungen vgl. KASER, Das römische Privatrecht, Bd. 2 (wie Anm. 33), S. 508f. (erbrechtliche Berücksichtigung der im Sklavenstatus befindlichen Verwandtschaft des Freigelassenen) u. 522f. (Unterschiede im östlichen und westlichen Teil des spätrömischen Reiches).

⁴⁶ Paulus Dig. 37, 14 (*De iure patronatus*), 20: *Sicut testamento facto decedente liberto potestas datur patrono vel libertatis causa imposita petere vel partis bonorum possessionem, ita et cum intestato decesserit, earum rerum electio ei manet* ([Justiniani] Digesta [wie Anm. 44], S. 564; dt. Übers.: S. E).

⁴⁷ So der Jurist Paulus in einem Kommentar zur augusteischen Ehegesetzgebung in Dig. 38, 1 (*De operis libertorum*), 37 Praef.: *Qui libertinus duos pluresve a se genitos natusve in sua potestate habebit ...: ne quis eorum operas doni muneris aliudve quicquam libertatis causa patrono patronae liberisve eorum, de quibus iraverit vel promiserit obligatusve erit, dare facere praestare debet* ([Justiniani] Digesta [wie Anm. 44], S. 567).

⁴⁸ Vgl. Pierre PETOT, Licence de mariage et formariage de serfs dans les coutumes françaises au moyen âge (Extrait des Annales d'histoire de droit 2), Poznan 1949, S. 199–208. WETTLAUFER, Das Herrenrecht (wie Anm. 26), S. 84–88, 99–103, 115–120, 188–192 u. 331f. u. ö., hat im Rahmen seiner Erörterung möglicher Ursprünge des *ius primae noctis* mit Recht auf die Bedeutung des frühmittelalterlichen *mundium* und des daraus erwachsenen Heiratszinses im Rahmen des „germanischen“ Ehrechtes hingewiesen. Gleichwohl gilt hierfür wie für die gesamte Diskussion um das frühmittelalterliche *mundeburdium*, dass bisher kaum ernsthaft mögliche Kontinuitäten des antiken Patronatswesens in Erwägung gezogen wurden. Ausnahmen bilden lediglich SICKEL, Die Privatherrschaften (wie Anm. 32), sowie Thomas Brian ANDERSEN, *Patrocinium. The Concept of Personal Protection and Dependence in the Later Roman Empire and the Early Middle Ages*, Diss. Fordham University, New York 1974.

Ehekonsens häufig ein Zusammenhang bestand, bedeuteten doch die beschriebenen Anrechte des Patrons auf das Vermögen seines Freigelassenen faktisch, dass sich „Ehen von Freigelassenen ... erbrechtlich für die Patrone negativ“ auswirkten.⁴⁹ Versuche der Patrone, von den Freigelassenen einen Eid zu erzwingen, dass sie nicht heiraten und damit keine erbberechtigten Kinder zeugen würden, mussten daher von der augusteischen bis in die justinianische Zeit wiederholt unter Androhung des Verlustes der Patronatsrechte untersagt werden.⁵⁰ Die römischen Juristen haben das dem Patron zustehende Ehekonsensrecht vorwiegend im Kontext der Frage erörtert, wem die Arbeitsleistungen (*operae*) freigelassener Frauen gebührten, sofern der Patron ihrer Ehe zugestimmt hatte.⁵¹ In diesen Fällen ist vom *consensus* oder der *voluntas* des Patrons (bzw. der Patrone) die Rede.⁵² In einer Kaiserkonstitution aus dem frühen 3. nachchristlichen Jahrhundert heißt es etwa: „Derjenige, der seiner Freigelassenen die Zustimmung zur Heirat gewährt hat, verliert die Patronatsrechte nicht, obwohl er von ihr keine Arbeitsleistungen (mehr) einfordern kann.“⁵³

Das Ehekonsensrecht des Herrn war einer der ausschlaggebenden Gründe dafür, dass zwischen Freigelassenen sehr häufig Konkubinatsbeziehungen bezeugt sind,⁵⁴ im Fall der Zustimmung des Patrons musste der damit für ihn entstehende Verlust der *operae* auf anderem Wege kompensiert werden. Den juristischen Texten ist an verschiedenen Stellen schemenhaft zu entnehmen, dass dabei Geld floss, wobei immer wieder versucht wurde, einer rigorosen wirtschaftlichen Ausbeutung der Patronatsbeziehung durch den Herrn entgegen-

⁴⁹ Raimund FRIEDL, *Der Konkubinat im kaiserzeitlichen Rom. Von Augustus bis Septimius Severus* (Historia Einzelschriften 98), Stuttgart 1996, S. 202. Zum Eheschließungsverhalten römischer Freigelassener vgl. Paul Richard Carey WEAVER, *Children of Freedmen (and Freedwomen)*, in: *Marriage, Divorce, and Children in Ancient Rome*, hg. von Beryl RAWSON, Canberra u. a. 1992, S. 166–190.

⁵⁰ Noch das zitierte Gesetz Justinians über den Freigelassenen-Patronat (Cod. Iust. VI, 4 [*De bonis libertorum et de iure patronatus*], 5 vom Jahr 531 zog dem Handlungsspielraum des Patrons deutliche rechtliche Grenzen: Ein Patron, der seinen Freigelassenen dazu zwang, rechtsförmlich zu erklären oder einen Eid zu leisten, dass er keine Ehe eingehen oder Kinder zeugen sollte, sollte seine Patronatsrechte verlieren (Codex Iustinianus [wie Anm. 43], S. 242). Vgl. auch FRIEDL, *Der Konkubinat* [wie Anm. 49], S. 202f. m. Anm. 116–118.

⁵¹ Zu diesen Fragen, insbesondere den Arbeitsleistungen, vgl. WALDSTEIN, *Operae libertorum* (wie Anm. 34), S. 167–175 u. ö.

⁵² Dig. 38, 1, 28: [*Paulus libro singulari de iure patronatus*] *Si duorum pluriumve communis liberta unius patroni voluntate nupsit, alteri patrono ius operarum manet* ([Iustiniani] *Digesta* [wie Anm. 44], S. 566). – Zum Ehekonsensrecht des Patrons vgl. auch Dig. 38, 1, 48: [*Hermogenianus libro secundo iuris epitome*] *Sicut patronus, ita etiam patroni filius et nepos et pronepos, qui libertae nuptiis consensit, operarum exactionem amittit: nam haec, cuius matrimonio consensit, in officio mariti esse debet. Si autem nuptiae, quibus patronus consensit, nullas habeat vires, operas exigere patronus non prohibetur. Patronae, item filiae et nepti et pronepti patroni, quae libertae nuptiis consensit, operarum exactio non denegatur, quia his nec ab ea quae nupta est indecore praestantur* (ebd. S. 567).

⁵³ C. Iust. VI, 3 (*De operis libertorum*), 11: *Quod ex liberta muliere nascitur, ingenuum est. Is autem, qui libertae suae nubenti commodavit adsum, quamvis operas ab ea exigere non possit, iura patronatus non amittit* (Codex Iustinianus [wie Anm. 43], S. 241; dt. Übers.: S. E.).

⁵⁴ Dazu ausführlich FRIEDL, *Der Konkubinat* (wie Anm. 49), S. 198–213, hier bes. S. 204.

zuwirken und sie lediglich innerhalb eines bestimmten Rahmens zu gestatten, wie Raimund Friedl betont hat: „Die erlaubten freiwilligen Zahlungen nahmen in gewisser Weise die Stelle der *operae* ein“.⁵⁵

In der Spätantike scheinen viele Patrone daran gedacht zu haben, sich das Zustimmungrecht zu den Eheverbindungen ihrer Schützlinge versilbern zu lassen. Aus dem Jahr 367 ist eine knappe Bestimmung der Kaiser Valens und Valentinian I. erhalten, welche die Eheschließung zwischen Freigelassenen und Unfreien der kaiserlichen Domänen zum Gegenstand hatte; sie lautet: „*Wenn Freigelassene mit Zustimmung ihrer Patrone eine Eheverbindung mit unseren* (d. h. zum Fiskus gehörigen – S. E.) *Mägden oder Koloninnen erwählt haben, so sollen jene* (die Patrone) *wissen, dass sie danach die Einkünfte aus dem Patronat verlieren werden.*“⁵⁶ Mit der „Ausheirat“ des Freigelassenen sollte der Patron seine *commoda patronatus* verlieren. Den genauen Inhalt und Umfang dieser *commoda patronatus* erläuterte die Bestimmung zwar nicht näher, doch darf als sicher gelten, dass damit insbesondere Einkünfte gemeint waren, die aus der Patronatsbindung resultierten.

In der Gesamtheit dieser *commoda patronatus* haben zwei der wesentlichen Abgaben der mittelalterlichen Zensualität, nämlich die Ehegebühr und die Todfallabgabe, ihre am weitesten zurückreichenden Wurzeln. Für die Ehegebühr erhellt dies aus einem bekannten Brief, in dem Papst Gregor der Große die Angelegenheiten der Grundherrschaften des *patrimonium Petri* zu regeln suchte.⁵⁷ Dort heißt es: „*Uns wurde zur Kenntnis gebracht, dass aus der Eheschließung von Bauern unmäßige Gebühren eingenommen werden. Diesbezüglich schreiben wir vor, dass keine Eheschließungsgebühr jemals die Gesamtsumme von einem Solidus übersteige. Handelt es sich um ärmere Bauern, müssen sie auch weniger bezahlen, sofern es aber reiche Bauern sind, soll man den Gesamtbetrag des genannten (einen) Solidus niemals überschreiten. Diese Ehegebühr wollen wir keinesfalls in unsere Kasse eingerechnet wissen, sondern dem Nutzen der Pächter dienen sehen.*“⁵⁸ Die Bestimmung wie auch weite Teile des Briefes beziehen sich auf die Bauern der kirchlichen Güter allgemein (*rustici ecclesiarum*), wobei es sich rechtlich gesehen möglicherweise um Kolonen handelte, zu denen auch die Freigelassenen zu rechnen wären.⁵⁹ Der Begriff *commodum nuptiarum* beziehungs-

⁵⁵ FRIEDL, ebd. S. 204, Anm. 121.

⁵⁶ Cod. Iust. VI, 4 (*De bonis libertorum et de iure patronatus*), 2 aus dem Jahr 367: *Si liberti coniventibus patronis consortium cum ancillis colonisque nostris elegerint, sciant illi se deinceps commoda patronatus amissuros* (Codex Iustinianus [wie Anm. 43], S. 241; dt. Übers.: S. E.).

⁵⁷ Gregor, Registrum I, 42 vom Jahr 591 (S. Gregorii Magni registrum epistularum, hg. von Dag NORBERG [Corpus Christianorum Ser. Lat. 140], Bd. 1, Turnhout 1982, S. 49–56).

⁵⁸ *Peruenit etiam ad nos quod de nuptiis rusticorum immoderata commoda percipiuntur. De quibus praecipimus ut omne commodum nuptiarum unius solidi summam nullatenus excedat. Si qui sunt pauperes, etiam minus dare debent, si qui autem diuites, praefati solidi summam nullatenus transgrediantur. Quod nuptiale commodum nullatenus uolumus in nostra ratione redigi sed utilitati conductorum proficere* (S. Gregorii Magni registrum [wie Anm. 57], Bd. 1, S. 51; dt. Übers.: S. E.).

⁵⁹ Im Sinne des Kolonates deutete diese Abgaben Ludo Moritz HARTMANN, Geschichte Italiens im Mittelalter, Bd. 2,1: Römer und Langobarden bis zur Theilung Italiens, Leipzig 1900, S. 146. Verbindungselement zwischen Kolonen und Freigelassenen war die Patronatsgewalt, siehe unten Anm. 69.

weise *commodum nuptiale* zeigt, dass es sich um eine fest etablierte Gebühr handelte, die zu den *commoda* des „Herrn“ in seiner Eigenschaft als Patron zählten. Die Festschreibung eines Höchstbetrages mag man als humanitäre Maßnahme Gregors des Großen werten, der offenbar einer stetig ausgreifenden Kommerzialisierung von Patronatsbindungen einen Riegel vorschieben wollte. Unterhalb des Maximaltarifes sollte die Höhe der geforderten Abgabe anscheinend vom Vermögen des Bauern abhängen. Die Ehegebühr bei Außenheirat nahm demgegenüber eher den Charakter einer Strafe an.⁶⁰ Für die Diskussion um mittelalterliche Ehebeschränkungen ist dieser Befund insofern wichtig, als zwischen einem prinzipiellen Ehekonsens, wie er durch das Patronatsrecht festgelegt war, und einem „grundherrlichen“ Ehekonsens zu auswärtigen Heiraten, durch welche die Gefahr der Güterentfremdung entstand, grundsätzlich unterschieden werden muss – und zwar unabhängig davon, dass beides nicht selten nebeneinander begegnet oder später unmittelbar miteinander verbunden war.

Etwas anders liegen die historischen Zusammenhänge dagegen beim Kopfzins, der dritten, namensgebenden Abgabe der Zensualen, die im Mittelalter in der Regel in Geld oder, nach besonderer Vereinbarung, in Wachs entrichtet wurde. Da der Kopfzins als einzige der drei Abgaben regelmäßig geleistet wurde, besaß er als Indikator des Zensualenstatus wie auch in wirtschaftlicher Hinsicht besonderes Gewicht. In zahlreichen mittelalterlichen Urkunden wird der von den Zensualen geleistete Kopfzins als Ausdruck ihrer Freiheit bezeichnet. Der Kopfzins als Standesmerkmal erklärt sich wohl zuvorderst daraus, dass die so bezeichneten Personen ursprünglich keinen Grundbesitz hatten, den sie zu versteuern oder von dem sie Abgaben zu entrichten gehabt hätten. Die Kopfzinspflicht markierte also die Zugehörigkeit zur Gruppe der rechtlich Freien und war offenbar auch in ihrer sozialen Abgrenzungsfunktion nach unten bedeutsam. Das Ganze erinnert nicht von ungefähr an die römischen *capite censi*, denn die Freilassung begründete in römischer Zeit die Kopfsteuerpflicht, und vielerorts wurden auch die mittelalterlichen Zensualen noch als *capite censi* bezeichnet.⁶¹

Dies spricht dafür, dass es sich bei dem von den Zensualen geleisteten Kopfzins um eine Abgabe handelte, die im antiken Steuerwesen wurzelte – hier ist vor allem an die *capitatio* zu denken.⁶² Damit soll freilich nicht behauptet werden, dass der Kopfzins der Zensualen in

⁶⁰ Vgl. bereits WAITZ, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5 (wie Anm. 3), S. 261f.

⁶¹ Zur Kopfzinspflicht der Freigelassenen in römischer Zeit vgl. beispielsweise Nathaël ISTASSE, Les fonctions exercées par les affranchis en Égypte romaine d'après les papyrus et ostraca grecs et latins, in: Zeitschrift für Papyrologie und Epigraphik 132 (2000), S. 197–210, hier S. 198f. – Zur Verwendung der Bezeichnung *capite censi* für mittelalterliche Zensualen vgl. etwa LINCK, Sozialer Wandel (wie Anm. 16), S. 87.

⁶² Zu *capitatio* und *tributum* der spätrömischen Zeit als möglichen Vorläufern des mittelalterlichen Kopfzinses vgl. BOEREN, Étude sur les tributaires (wie Anm. 3), S. 93–96. Zur spätrömischen *capitatio* vgl. Otto SEECK, Art. Capitatio, in: Pauly-Wissowa, Realencyclopädie der classischen Altertumswissenschaft III, 1 (1899), Sp. 1513–1521, sowie Johannes KARAYANNOPULOS, Das Finanzwesen des frühbyzantinischen Staates (Südosteuropäische Arbeiten 52), München 1958, S. 28–42.

karolingischer Zeit noch eine „öffentliche Steuer“ gewesen wäre.⁶³ Vollends verständlich wird der Charakter der Vermittlung und Veränderung vielmehr erst vor dem Hintergrund des spätrömischen Kolonates.⁶⁴ Man sieht heute in der größten Gruppe der römischen Kolonen, den sog. *adscriptitii*, Bauern, die das ihnen gehörige Land einem „Grundherrn“ übertragen hatten, um dessen Pächter zu werden, wobei sie gezwungen wurden, auf diesem Gut ansässig zu bleiben. Schon Salvian von Marseille bemerkte dazu: „*Auch nach Verlust ihrer Güter müssen sie die Zahlung des Tributes ertragen, weil, während der Besitz von ihnen gewichen ist, die Kopfsteuer nicht von ihnen gewichen ist.*“⁶⁵ Bei diesem Vorgang wurde das veräußerte Land von der Grundsteuerliste gestrichen, während die nach wie vor kopfsteuerpflichtigen Kolonen mit ihrer Kopfsteuerpflicht der Steuerliste adskribiert wurden, mit der ihr Grundherr dem Staat gegenüber pflichtig war – daher ihre Bezeichnung als *adscriptitii*.⁶⁶ Für die Genese der Zensualität erscheint mir dieser Vorgang als wichtig, insofern die Kopfsteueranlagung (*capitatio*) nicht, wie manche Forscher glaubten, in der Spätantike abgeschafft wurde,⁶⁷ son-

⁶³ Der Begriff „Steuer“ führt mitten hinein in die aktuellen Kontroversen über öffentliche Finanzen und Abgaben im Frühmittelalter. Dazu Stefan ESDERS, „Öffentliche“ Abgaben und Leistungen im Übergang von der Spätantike zum Frühmittelalter: Konzeptionen und Befunde, in: Von der Spätantike zum Frühmittelalter: Kontinuitäten und Brüche, Konzeptionen und Befunde, hg. von Theo KÖLZER und Rudolf SCHIEFFER (Vorträge und Forschungen 70), Ostfildern 2009, S. 189–244.

⁶⁴ Hierzu vgl. insbesondere Walter GOFFART, *Caput and Colonate. Towards a History of Late Roman Taxation* (Phoenix, Supplementary Vol. 12), Toronto 1974, sowie Johannes KARAYANNOPULOS, Die *ingatio-capitatio*-Frage und die Bindung der Agrarbevölkerung an die Scholle, in: Proceedings of the VIIth Congress of the International Federation of the Societies of Classical Studies, hg. von János HARMATTA, Bd. 2, Budapest 1984, S. 59–72. Zum Kontinuitätsproblem vgl. jetzt auch Oliver SCHIPP, Der weströmische Kolonat von Konstantin zu den Karolingern (332 bis 861) (Studien zur Geschichtsforschung des Altertums 21), Hamburg 2009.

⁶⁵ Salvian, *De gubernatione Dei* V, 8, 42: *amissarum tamen rerum tributa patiuntur, cum possessio ab his recedit, capitatio non recedit* (Salviani presbyteri Massiliensis Libri qui supersunt, hg. von Karl HALM [MGH SS Auct. Antiq. I,1], Hannover 1877, S. 63; dt. Übers.: S. E.). Vgl. dazu Miroslava MIRKOVIĆ, *The Later Roman Colonate and Freedom* (Transactions of the American Philosophical Society 87,2), Philadelphia 1997, S. 29f., und Walter GOFFART, Salvian of Marseille, *De gubernatione Dei* 5.38–45 and the „Colonate“ Problem, in: *Antiquité tardive* 17 (2009), S. 19–38.

⁶⁶ Vgl. etwa Adriaan Johan Boudewijn SIRKS, Reconsidering the Roman Colonate, in: *ZRG RA* 110 (1993), S. 331–369.

⁶⁷ So etwa noch Karl BOSL, Die ältesten sogenannten germanischen Volksrechte und die Gesellschaftsstruktur der Unterschichten. Bemerkungen zur Kulturkontinuität der Spätantike im fränkischen Reich der Merowinger und zu den Formen und Phasen ihrer Umwandlung, in: *Gesellschaft – Kultur – Literatur. Rezeption und Originalität im Wachsen einer europäischen Literatur und Geistigkeit. Beiträge Luitpold Wallach gewidmet*, hg. von DEMS. (Monographien zur Geschichte des Mittelalters 11), Stuttgart 1975, S. 129–152, hier S. 148. – Die Nichtberücksichtigung der Kopfsteuer verstellt m. E. den Blick auf die Kontinuitätsdiskussion. Auch die Tatsache, dass die in den frühen islamischen Reichen von Nichtgläubigen geforderte Kopfsteuer vielerorts nahtlos an die Besteuerung der römischen und persischen Vorgängerstaaten anknüpfte, rät hier zur Vorsicht, vgl. dazu Daniel Clement DENNETT, *Conversion and the Poll-Tax in Early Islam*, Cambridge 1950, sowie Wadād AL-QĀDĪ, *Population Census and Land Surveys under the Umayyads (41–132/661–750)*, in: *Der Islam* 83 (2006),

dern der Grundherr zunächst zum Eintreiber und mittelfristig auch zum Empfänger einer Abgabe wurde, die ihres Eigentums beraubte Bauern als letztes Zeichen ihrer persönlichen Freiheit leisteten.⁶⁸ Mit der Annäherung des Status von Kolonen und Freigelassenen⁶⁹ wurde der Herr kraft seiner Patronatsgewalt für deren Kopfsteuer verantwortlich.⁷⁰ Und eine Folge späterer Immunitätsverleihungen sollte es sein, wenn der Patronatsherr den Kopfzins dann eines Tages im eigenen Namen erheben durfte – neben den Abgaben, die ihm kraft *ius patronatus* ohnehin zustanden.⁷¹

4. Die Verschärfung des Freigelassenenpatronates in der Spätantike

Für die weitere Entwicklung zum Mittelalter sollte es bedeutsam werden, dass sich der Status der Freigelassenen in der Spätantike erheblich verschlechterte. Ein sichtbarer Ausdruck

S. 341–416, hier S. 350f. (Kopfsteuer in Höhe von zwei Dinaren); siehe hierzu auch unten Anm. 80. – Ein ausgewogeneres Bild vermitteln für den frühmittelalterlichen Westen Reinhold KAISER, Steuer und Zoll in der Merowingerzeit, in: *Francia* 7 (1979), S. 1–17, sowie Walter GOFFART, Old and New in Merovingian Taxation in: *Past and Present* 96 (1982), S. 3–21.

⁶⁸ Vgl. dazu GOFFART, *Salvian of Marseille* (wie Anm. 65), S. 24, 31 u. ö. – Noch in karolingischer Zeit verweist diese Abgabe über den Bereich der Grundherrschaft hinaus: Das programmatische *Capitulare missorum generale* Karls des Großen aus dem Jahr 802 nannte als Inhalt der Treupflicht u. a. die Entrichtung des *census*: *Ut nullum bannum vel preceptum domni imperatoris nullus omnino in nullo marrire praesumat, neque opus eius tricare vel impedire vel minuire vel in alia contrarius fieri voluntati vel praeceptis eius. Et ut nemo debitum suum vel censum marrire ausus fuerit* (MGH Capit. 1 [wie Anm. 30], Nr. 33, c. 8, S. 93). Es ist jedoch nicht mit Sicherheit festzustellen, welche Art des Zinses damit gemeint war.

⁶⁹ Zur Patronatsgewalt über Kolonen vgl. Jens-Uwe KRAUSE, Spätantike Patronatsformen im Westen des Römischen Reiches (*Vestigia* 38), München 1987, S. 88–99, bes. S. 97, sowie SCHIPP, *Der weströmische Kolonat* (wie Anm. 64).

⁷⁰ Die Kopfsteuer gab auch den sog. *tributarii* ihren Namen, die als abhängige Bauern, deren Land seit der Spätantike ihr Grundherr deklarierte, kopfsteuerpflichtig blieben, vgl. Diether EIBACH, Untersuchungen zum spätantiken Kolonat in der kaiserlichen Gesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung der Terminologie, Bonn 1980, S. 219–232, bes. S. 230. Vgl. etwa C. Th. X, 12 (*Si vagum petatur mancipium*), 2 (368, 370 oder 373?): *Si quis etiam vel tributarius repperitur vel inquilinus ostenditur, ad eum protinus redeat, cuius se esse profitetur*. Ferner C. Th. XI, 7 (*De exactionibus*), 2 vom Jahr 319: *Unusquisque decurio pro ea portione conveniatur, in qua vel ipse vel colonus vel tributarius eius convenitur et colligit; neque omnino pro alio decurione vel territorio conveniatur. Id enim prohibitum esse manifestum est et observandum deinceps, quo iuxta hanc nostram provisionem nullus pro alio patiatur iniuriam* (Theodosiani libri XVI cum Constitutionibus Sirmondianis et Leges Novellae ad Theodosianum pertinentes, hg. von Theodor MOMMSEN und Paul M. MEYER, Berlin 1905, Bd. 1, S. 551 u. 585). – *Tributarii* werden in karolingischen Quellen teilweise Seite an Seite mit den *censuales* genannt, vgl. bereits DOPSCH, *Herrschaft und Bauer* (wie Anm. 3), S. 26. Das Nachwirken dieser Terminologie ist im 11. Jahrhundert in Bayern bezeugt (vgl. DOLLINGER, *Der bayerische Bauernstand* [wie Anm. 3], S. 305) und in Flandern, wo die Bezeichnungen *censuales* und *tributarii* nebeneinander austauschbar gebraucht wurden (vgl. dazu BOEREN, *Étude sur les tributaires* [wie Anm. 3], passim, sowie LINCK, *Sozialer Wandel* [wie Anm. 16], S. 85ff., 139 u. 252).

⁷¹ Siehe dazu auch unten bei Anm. 207–212 u. 261–262.

dieser Veränderung war die rechtliche Möglichkeit, einem Freigelassenen, der seinem Patron gegenüber undankbar wurde, die Freiheit wieder zu entziehen. Diese erstmals um 200 n. Chr. bezeugte *revocatio in servitutum* hat Konstantin gesetzlich geregelt,⁷² und auf solche Regelungen, die über das *Breviarium Alaricianum* samt dazugehöriger *Interpretationes* an die Franken weitergegeben wurden,⁷³ ist es wohl zurückzuführen, wenn sich auch in zahlreichen frühmittelalterlichen Rechtstexten die Möglichkeit findet, undankbare Freigelassene in den Sklavenstand zurückzuzwingen.⁷⁴ Die darin enthaltene Tendenz war eindeutig: Der einmal erlangte Freiheitsstatus war kein unantastbares Gut mehr, sondern in seinem Bestand an die künftige Erfüllung der Patronatspflichten gebunden. Der Freiheitsstatus wurde bereits in der Spätantike von der Patronatsgewalt überlagert.

Diese Tendenz findet sich in der spätrömischen Gesetzgebung noch dramatisch verstärkt durch das Bemühen, die Erbllichkeit der Patronatsbeziehung zu steigern. Zwar hatten schon in der früheren Kaiserzeit auch die Kinder des Freigelassenen der Patronatsgewalt des Freilassers unterstanden, doch die Möglichkeiten, die Patronatsbindung wirtschaftlich zu nutzen, wurden in der Folgezeit immer weiter ausgebaut,⁷⁵ wie Max Kaser betont hat: „Die Beziehung zwischen dem Patron und seinem *libertus* wird jetzt hauptsächlich nach ihrem unpersönlichen Vermögenswert beurteilt. Das wechselseitige Treuverhältnis, von dem die Entwicklung ausgegangen ist, reduziert sich auf eine Pflichtbindung des Freigelassenen zu Ehrerbietung und Gehorsam und zur Leistung der Dienste, die er dem Patron als Lohn für die ihm geschenkte Freiheit versprochen hat. Die ‚Entpersönlichung‘ und ‚Patrimonialisierung‘ zeigt sich am deutlichsten in einer Verschärfung der Patronatsgewalt, besonders über den ungehorsamen und undankbaren Freigelassenen, und in einer Erweiterung des Übergangs bestimmter Patronatsrechte auf die *extranei heredes* des Patrons.“⁷⁶ Bis ins kleinste Detail wurde vorgeschrieben, wer den Patron eines Freigelassenen in seinen Patronatsrechten beerben und damit Anspruch auf dessen *operae* erheben durfte; das von Konstantin kodifizierte Recht des Freilassers, seinen undankbar gewordenen Freigelassenen in den Sklavenstand zurückzurufen, war bereits im 5. Jahrhundert auf dessen Erben ausgeweitet worden.⁷⁷ Daran, dass nun nahezu alle erdenklichen Verwandten des Freilassers berechtigt wurden, diesen in seinen Patronatsrechten zu beerben, wird deutlich, dass die weitere Verfügungsgewalt über die Arbeitsleistungen des Freigelassenen (und seiner Kinder) sowie die *iura et commoda patronatus* den Grund dafür gaben, die Patronatsbindung auf beiden Seiten zu

⁷² C. Th. IV, 10 (*De libertis et eorum liberis*), 1 von 313 oder 332 (Theodosiani libri, Bd. 1 [wie Anm. 70], S. 187); vgl. KASER, Das römische Privatrecht, Bd. 2 (wie Anm. 33), S. 139 m. Anm. 8.

⁷³ Vgl. Lex Romana Visigothorum IV, 10, 1 (Lex Romana Visigothorum, hg. von Gustav HAENEL, Berlin 1849, S. 116–120).

⁷⁴ Heinrich BRUNNER, Deutsche Rechtsgeschichte, Bd. 1, ²Berlin 1906, S. 146f.

⁷⁵ Vgl. dazu KASER, Das römische Privatrecht, Bd. 2 (wie Anm. 33), S. 139–141.

⁷⁶ KASER, Das römische Privatrecht, Bd. 2 (wie Anm. 33), S. 138.

⁷⁷ Zur *revocatio* vgl. auch Cod. Iust. VI, 7 (*De libertis et eorum liberis*), 2 aus dem Jahr 326 und 3 von 423 (Codex Iustinianus [wie Anm. 43], S. 247).

einer erblichen zu machen. Damit wurde eine Tendenz begünstigt, den Freigelassenenstatus, der bis dahin ein generationenübergreifend angelegter Übergangszustand war, zu einer dauerhaften, erblichen sozialen Position zu machen.⁷⁸ Wenn man so will, liegen hier die Wurzeln zu einem Freigelassenenstand, dessen rechtliche Umschreibung das Freisein zwar stets voraussetzte, aber im engeren Sinne über die Patronatsgewalt erfolgte. Anfangs eine Phase, um verdienten Einzelpersonen und ihren Familien über zwei Generationen einen schrittweisen, mit den Konventionen der römischen Gesellschaft verträglichen Übergang von der Sklaverei in die Freiheit zu ermöglichen, wurde der Freigelassenenstatus in der Spätantike zunehmend zu einer auf Dauer angelegten gesellschaftlichen Zwischenposition, deren rechtsständige „Freiheit“ man immer stärker betonte, je mehr man sie gleichzeitig durch die Patronatsbeziehung einschränkte.⁷⁹ Dies sollte für die „mittelalterliche“ Entwicklung in „nachrömischen“ Reichen grundlegend sein.⁸⁰

5. Die spätrömische *manumissio in ecclesia*

Ein letzter für das Verständnis der mittelalterlichen Zensualität bedeutsamer, ja konstitutiver Aspekt ist die seit Konstantin gegebene Möglichkeit, voll rechtsgültige Freilassungen in der Kirche vorzunehmen. Da Freilassungen Rechtsakte von weitreichender öffentlicher Bedeutung waren, hatten sie in Rom lange Zeit auf dem Forum beziehungsweise vor den höchsten weltlichen Beamten stattgefunden.⁸¹ Im frühen Christentum wurden Freilassungen praktiziert und als gottgefälliges Werk angesehen.⁸² Indem Konstantin Freilassungen als

⁷⁸ Zugespitzt, aber treffend die Formulierung von Edgar LOENING, Geschichte des deutschen Kirchenrechts, Bd. 2: Das Kirchenrecht im Reiche der Merowinger, Straßburg 1878, S. 234: „Im römischen Recht war der Zustand der Freigelassenen eine zeitliche Übergangsstufe aus dem Sklavenstand in die volle Freiheit, nach dem mittelalterlichen Recht ein dauernder Zustand der Hörigkeit.“

⁷⁹ Zur Entwicklung vgl. auch Max KASER, Die Geschichte der Patronatsgewalt über Freigelassene, in: ZRG RA 58 (1938), S. 88–135.

⁸⁰ Zur Entwicklung im Westen vgl. ANDERSEN, *Patrocinium* (wie Anm. 48), passim. Die überragende Bedeutung des spätrömischen Patronatsrechtes wird auch daran deutlich, dass es in breitem Umfang in den frühislamischen Reichsbildungen rezipiert wurde. Vgl. Patricia CRONE, Roman, Provincial and Islamic Law. The Origins of the Islamic Patronate, Cambridge 1987, S. 77–88, die die Rechtsstellung der für die Eroberungs- und Konsolidierungsphase der Umayyadenherrschaft bedeutsamen *mawālī* (nicht-arabische Klientelabhängige, die häufig aus Kriegsgefangenen rekrutiert wurden), insbesondere ihre Patronatsabhängigkeit (*walā'*) und damit einhergehende Anrechte der neuen Herren auf ihr Vermögen, überzeugend aus dem römischen Freigelassenenpatronat herleiten konnte; vgl. dazu auch mehrere Beiträge in: Patronate and Patronage in Early and Classical Islam, hg. von Monique BERNARDS und John NAWAS (Islamic History and Civilization. Studies and Texts 61), Leiden u. a. 2005. Dazu fügt sich, dass die *mawālī* trotz ihrer Konversion zum Islam die Kopfsteuer zu zahlen hatten.

⁸¹ Vgl. KASER, Das römische Privatrecht, Bd. 2 (wie Anm. 33), S. 134.

⁸² Zu theologischen Begründung der Freilassung von Sklaven vgl. James Albert HARRILL, The Manumission of Slaves in Early Christianity (Hermeneutische Untersuchungen zur Theologie 32), Tübingen 1998.

Folge frommer Gelübde von dem verfügten Gebot der Sonntagsruhe ausnahm⁸³ und in der Kirche durchgeführte Freilassungen staatlicherseits anerkennen ließ, wurden die Kirchen grundsätzlich zu Orten der Vornahme von Rechtshandlungen allgemeiner Gültigkeit. Man konnte in ihnen einen dem römischen Bürger gleichgestellten Freienstatus erlangen.⁸⁴

Von der wohl umfangreicheren diesbezüglichen Gesetzgebung Konstantins sind nur zwei kurze Stücke erhalten.⁸⁵ Der jüngere der beiden erhaltenen Texte fügt sich in die Gesetzgebung des Jahres 321 zur Sonntagsheiligung und zur Erlaubnis, an Sonntagen Freilassungen durchzuführen, ein. Hier wird betont, dass Freilassungen in der Kirche *religiosa mente* erfolgen und dieselben Rechtswirkungen entfalten sollten wie feierliche Freilassungen, mit denen das römische Bürgerrecht verliehen wurde; Klerikern wurde überdies ein vereinfachtes, formloseres Verfahren ermöglicht, um ihre eigenen Sklaven freizulassen.⁸⁶ Eine ältere, in das Jahr 316 gehörige Bestimmung beschreibt den Vorgang so, dass bei der *manumissio in ecclesia* zwecks Erinnerung an das Rechtsgeschehen anstelle der sonst üblichen Eintragung in die öffentlichen *acta* ein Schriftstück in den Freilassungsritus einbezogen werden sollte, bei dessen Durchführung die anwesende Christengemeinde beziehungsweise ihre Vorsteher als Zeugen fungierten.⁸⁷

⁸³ Vgl. C. Th. II, 8 (*De feriis*), 1 vom Jahr 321: *Sicut indignissimum videbatur diem solis veneratione sui celebrem altercantibus iurgis et noxiis partium contentionibus occupari, ita gratum ac iucundum est eo die quae sunt maxime votiva compleri. Atque ideo emancipandi et manumittendi die festo cuncti licentiam habeant et super his rebus acta non prohibeantur* (Theodosiani libri, Bd. 1 [wie Anm. 70], S. 87). Vgl. zum Hintergrund auch Elisabeth HERMANN-OTTO, Sklaverei und Freilassung in der griechisch-römischen Welt, Hildesheim 2009, S. 213f.

⁸⁴ Vgl. Fabrizio FABBRINI, *La manumissio in ecclesia* (Università die Roma, Pubblicazioni dell'Istituto di diritto Romano e dei diritti dell'Oriente mediterraneo 40), Mailand 1965, S. 48–52 u. ö.

⁸⁵ Vgl. ausführlich zu diesen Gesetzen Hans LANGENFELD, Christianisierungspolitik und Sklavengesetzgebung der römischen Kaiser von Konstantin bis Theodosius II. (*Antiquitas* I, 26), Bonn 1977, S. 11–31.

⁸⁶ Cod. Iust. I, 13 (*De his qui in ecclesiis manumittuntur*), 2 vom Jahr 321 (= C. Th. IV, 7 [*De manumissionibus in ecclesia*], 1): *Qui religiosa mente in ecclesiae gremio servulis suis meritam concesserint libertatem, eandem eodem iure donasse videantur, quo civitas Romana sollemnitatibus decursis dari consuevit. Sed hoc dumtaxat his, qui sub aspectu antistitum dederint, placuit relaxari. Clericis autem amplius concedimus, ut, cum suis famulis tribuunt libertatem, non solum in conspectu ecclesiae ac religiosi populi plenum fructum libertatis concessisse dicantur, verum etiam cum postremo iudicio dederint libertates seu quibuscumque verbis dari praeceperint, ita ut ex die publicatae voluntatis sine aliquo iuris teste vel interprete competat directa libertas* (Codex Iustinianus [wie Anm. 43], S. 67). Anders die Interpretatio zu C. Th. IV, 7, 1: *Qui manumittendi in sacrosancta ecclesia habuerit voluntatem, tantum est, ut sub praesentia sacerdotum servos suos velit absolvere, noverit eos suscepta libertate cives esse Romanos: nam si clerici suis mancipiis dare voluerint libertates, etiamsi extra conspectum fecerint sacerdotum vel sine scriptura verbis fuerint absoluti, manebit sicut civibus Romanis integra et plena libertas* (Theodosiani libri, Bd. 1 [wie Anm. 70], S. 179). Zur Überlieferung vgl. Wolfgang KAISER, Authentizität und Geltung spätantiker Kaisergesetze. Studien zu den sogenannten *Sacra privilegia concilii Vixaceni* (Münchner Beiträge zur Papyrusforschung und antiken Rechtsgeschichte 96), München 2007, S. 427–430.

⁸⁷ Cod. Iust. I, 13 (*De his qui in ecclesiis manumittuntur*), 1 aus dem Jahr 316: *Iam dudum placuit, ut in ecclesia catholica libertatem domini suis famulis praestare possint, si sub aspectu plebis adsistentibus Christianorum antisti-*

Konstantins Neuregelungen waren eine unerhörte Maßnahme, deren Veränderungspotenzial noch Jahrhunderte später wirksam sein sollte. Nicht nur, dass in der Kirche eine Art Parallelverwaltung aufgebaut wurde, die langfristig für die Freilassung das Verhältnis von Staat und Kirche relevant werden ließ.⁸⁸ Ein ebenso grundsätzliches Problem warf die *manumissio in ecclesia* mit der Frage auf, ob eine Freilassung in der Kirche ungeachtet aller Betonung ihrer Gleichstellung mit der weltlichen Freilassung (hinsichtlich der Rechtsgültigkeit) letztlich nicht doch etwas anderes als diese war: Zu welchem Zweck, in welchen Formen und mit welchen Folgen sollten fortan Freilassungen nach weltlichem Recht und in der Kirche erfolgen?

Eine unmittelbare Folge sollte sein, dass bereits in der Spätantike die Kirchen vermehrt selbst zu Patronatsherren über Freigelassene wurden. Schon gegen Ende des 4. Jahrhunderts wurden auf einem Konzil im provençalischen Nîmes christliche Gläubige, die gegen Patronatsrechte von Kirchen über Freigelassene vorzugehen wagten, mit der Exkommunikation bedroht: „*Wir kamen überein dies hinzuzufügen, dass, weil den Kirchen häufig wegen der Schutzgewalt über Freigelassene Unrecht hinzugefügt wird, sei es wegen derjenigen, die noch zu Lebzeiten (ihres Besitzers) freigelassen werden, sei es wegen derjenigen, denen die Freiheit aufgrund einer letztwilligen Verfügung überschrieben wurde. Die Synode kam für den Fall, dass eine gläubige Person gegen den Glauben und gegen den Willen der Verstorbenen anzugeben wagt, überein kundzutun, dass, wer gegen die Kirche angeht, außerhalb der Kirche gestellt sein soll.*“⁸⁹ Aus dem Wortlaut ist nicht direkt zu ersehen, dass hier speziell an die *manumissio in ecclesia* gedacht war, doch besitzt dies eine gewisse Wahrscheinlichkeit, da aufgrund letztwilliger Verfügungen, insbesondere von Klerikern, Kirchen häufig auch die Schutzgewalt beziehungsweise Patronatsrechte vermacht wurden.⁹⁰ Klarheit verschafft diesbezüglich für die gallische Kirche eine Bestimmung des Konzils von Orange (441), auf dem die Bischöfe verfügten: „*Wenn jemand in der Kirche Freigelassene oder solche, die aufgrund testamentarischer Verfügung einer Kirche anvertraut wurden, in die Sklaverei, ein Gehorsamsverhältnis oder die Stellung eines Kolonen zu zwingen versucht, so wird er daran durch kirchliche Sanktion gehindert werden.*“⁹¹ In diesen Regelungen ist bereits zu erkennen, dass die Kirche eine Schutz-

tibus id faciant, ut propter facti memoriam vice actorum interponantur qualiscumque scriptura, in qua ipsi vice testium signent. Unde a vobis quoque ipsis non inmerito dandae et relinquendae sunt libertates, quo quis vestrum pacto voluerit, dummodo vestrae voluntatis evidens appareat testimonium (Codex Iustinianus [wie Anm. 43], S. 67).

⁸⁸ Vgl. zusammenfassend Jochen MARTIN, Spätantike und Völkerwanderung (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 4), ⁴München 2001, S. 96 u. 214.

⁸⁹ Konzil von Nîmes a. 394/396, c. 7: *Addi aetiam placuit ut, quia frequenter ecclesiis de libertorum tuitione inferuntur iniuriae, siue qui a uiuentibus manumittuntur, siue quibus libertas ultima testatione conscribetur; placuit synodo ut si fidelis persona contra fidem et contra defunctorum uoluntate uenire temptauerit, communicantes, qui contra ecclesia ueniunt, extra ecclesiam fiant* (Concilia Galliae A.314–A.506, hg. von Charles MUNIER [Corpus Christianorum, Ser. Lat. 148], Turnhout 1963, S. 51; dt. Übers.: S. E.).

⁹⁰ Die rechtlichen Voraussetzungen hierfür waren mit der konstantinischen Gesetzgebung zur Gleichstellung des Christentums mit den anderen Religionen geschaffen worden.

⁹¹ Konzil von Orange, a. 441, c. 6 (7): *In ecclesia manumissos, uel per testamentum ecclesiae commendatos si quis in seruitutem uel obsequium uel ad colonariam conditionem imprimere tentauerit, animaduersione ecclesiastica coer-*

gewalt nicht nur über die ihr kraft Testamentes übertragenen Freigelassenen, sondern auch über die in der Kirche Freigelassenen beanspruchte.

Die Akten des sog. Zweiten Konzils von Arles, bei denen es sich wahrscheinlich um eine aus dem späten 5. Jahrhundert stammende gallische Kanonessammlung handelt,⁹² nahmen die zitierte Bestimmung auf und ergänzten sie durch eine weitere: „*Wenn jemand einen kraft Testamentes Freigelassenen in die Sklaverei, ein Gehorsamsverhältnis oder die Stellung eines Kolonen zu zwingen versucht, soll er durch kirchliche Sanktion daran gebindert werden. Wenn jemand einen in der Kirche Freigelassenen aufgrund von Undankbarkeit (in die Sklaverei) zurückfordern zu müssen glaubt, dann soll ihm dies nicht eher gestattet sein, bevor er zuerst beweist, dass dieser (Freigelassene) in den Aufzeichnungen der lokalen Verwaltungsbehörden als Angeklagter steht.*“⁹³ Erkennbar hatten Klerus und Kirchen Schwierigkeiten, die Rechtsgültigkeit der *manumissio in ecclesia* zu garantieren. Der Hinweis auf die förmliche Intervention bei den *acta municipalia* deutet an, dass man befürchtete, die einstigen Herren würden auf eigene Faust tätig werden. Für Sklaven und Freigelassene ist die Flucht ins Kirchenasyl recht häufig bezeugt, insofern scheint bei diesen Bestimmungen ein Bezug zum Kirchenasyl gegeben.⁹⁴ Auf dem westgotischen Konzil von Agde (506) weitete man diesen Schutzanspruch auf alle Freigelassenen aus: „*Auf rechtmäßige Weise von ihren Herren Freigelassene soll, wenn es die Not erfordert, die Kirche schützen. Wenn jemand sie (die Freigelassenen) vor der Anhörung anzugreifen oder zu berauben wagt, soll er von der Kirche vertrieben werden.*“⁹⁵

cebitur (Concilia Galliae [wie Anm. 89], S. 79; dt. Übers.: S. E.; ebenso das sog. II. Konzil von Arles, c. 33 [32] [ebd. S. 121]).

⁹² Vgl. dazu Knut SCHÄFERDIEK, Das sogenannte zweite Konzil von Arles und die älteste Kanonessammlung der arelatenser Kirche, in: ZRG KA 71 (1985) S. 1–19; ferner Ralph W. MATHISEN, The „Second Council of Arles“ and the Spirit of Compilation and Codification in Late Roman Gaul, in: Journal of Early Christian Studies 5 (1997), S. 511–554.

⁹³ Sog. 2. Konzil von Arles, c. 33 (32): *Si quis per testamentum manumissum in servitute uel obsequium uel in colonaria condicione inpraemere temptauerit, animaduersionem ecclesiastica arceatur.* c. 34 (33): *Si quis in ecclesia manumissum crediderit ingrati titulo reuocandum, non aliter liceat nisi eum gestis apud acta municipum reum esse ante probauerit* (Concilia Galliae [wie Anm. 89], S. 121; dt. Übers.: S. E.).

⁹⁴ Zu flüchtigen Sklaven und Freigelassenen vgl. Heinz BELLEN, Studien zur Sklavenflucht im römischen Kaiserreich (Forschungen zur antiken Sklaverei 4), Stuttgart 1971. Zum Kirchenasyl vgl. Harald SIEMS, Zur Entwicklung des Kirchenasyls zwischen Spätantike und Mittelalter, in: *Libertas*. Grundrechtliche und rechtsstaatliche Gewährungen in Antike und Gegenwart. Symposion aus Anlaß des 80. Geburtstages von Franz Wieacker, hg. von Okko BEHREND und Malte DIESELHORST, Ebelsbach 1991, S. 139–186; Daniela FRUSCIONE, Das Asyl bei den germanischen Stämmen im frühen Mittelalter (Konflikt, Verbrechen und Sanktion in der Gesellschaft Alteuropas 6), Köln u. a. 2003. Zur bischöflichen Haltung in der Asylfrage vgl. Stefan ESDERS, Rechtsdenken und Traditionsbewußtsein in der gallischen Kirche zwischen Spätantike und Frühmittelalter. Zur Anwendbarkeit soziologischer Rechtsbegriffe am Beispiel des kirchlichen Asylrechts im 6. Jahrhundert, in: *Francia* 20/1 (1993), S. 97–125.

⁹⁵ Konzil von Agde a. 506, c. 29: *Libertos legitime a dominis suis factos ecclesia, si necessitas exegerit, tueatur. Quos si quis ante audientiam aut peruadere aut spoliare praesumpserit, ab ecclesia repellatur* (Concilia Galliae [wie Anm. 89], S. 206; dt. Übers.: S. E.).

Den Bestimmungen ist zu entnehmen, dass die Bischöfe ihrer Forderung nach Schutz der Freigelassenen mittels kirchlicher Sanktionsinstrumente Nachdruck zu verleihen suchten. Die *manumissio in ecclesia* wie die häufig bezeugte Flucht von Sklaven und Freigelassenen ins Kirchenasyl⁹⁶ bestärkte die Bischöfe darin, die Schutzgewalt der Kirche über Freigelassene in einem umfassenden Sinne zu postulieren und zu begründen. Von hier aus ergibt sich eine weitere wichtige Verbindungslinie zur frühmittelalterlichen Zensualität, deren Formierung im Folgenden nach Klärung ihrer antiken Voraussetzungen darzustellen ist.

⁹⁶ Vgl. dazu BELLEN, Studien zur Sklavenflucht (wie Anm. 94), S. 147–151 u. passim, sowie Heike GRIESER, Sklaverei im spätantiken und frühmittelalterlichen Gallien (5.–7. Jh.) (Forschungen zur antiken Sklaverei 28), Stuttgart 1997, S. 122–134.

II. Die Formierung der Zensualität im früheren Mittelalter

Die skizzierten römischen Hintergründe sind zum Verständnis der mittelalterlichen Zensualität unverzichtbar, wie an den erblichen Patronatsrechten des Freilassers über die Freigelassenen samt ihren Nachkommen und an der Freilassung in der Kirche besonders deutlich wird. Gleichwohl ist zu betonen, dass von den spätrömischen Verhältnissen kein zielgerichteter Weg zur frühmittelalterlichen Zensualität im Sinne eines Rechtsstandes führt. Wäre die mittelalterliche Zensualität einfach die Fortsetzung einer spätrömischen Institution gewesen, so bliebe unerklärt, warum ihr Geltungsgebiet regional begrenzt war und sich nicht auch auf die Gesamtheit der einstigen weströmischen Provinzgebiete sowie auf byzantinisches Territorium ausgedehnt hatte. Das Verbreitungsgebiet der Zensualität erstreckte sich jedoch lediglich auf Teile des Frankenreiches, und der Prozess ihrer Herausbildung scheint nach Ausweis des Herstaler Kapitulars Karls des Großen bereits in frühkarolingischer Zeit abgeschlossen gewesen zu sein.⁹⁷ Damit rückt die Merowingerzeit als formative Epoche dieses Ständebildungsprozesses in den Blickpunkt. Und da man für die historische Entwicklung in den Gebieten des Merowingerreiches, in denen die Zensualität in Erscheinung tritt, nicht ohne Weiteres germanische Traditionen verantwortlich machen darf, diese vielmehr weitenteils einstige römische Provinzgebiete waren,⁹⁸ wird es eher darum gehen, mögliche Transformationen der angesprochenen römischen Traditionen in diesen Gebieten aufzuzeigen.

1. Frühmittelalterliche Kirchen und Kleriker als Besitzer von Patronatsrechten über Freigelassene

Für die westlichen Nachfolgereiche des römischen Imperium in Gallien und Spanien ist zunächst davon auszugehen, dass die Regeln des spätrömischen Freilassungs- und Patronatsrechts in den romanischen Gegenden fortgeführt und den sich ändernden Rahmenbedingungen angepasst wurden.⁹⁹

⁹⁷ Siehe oben Anm. 30.

⁹⁸ Auf diesen Zusammenhang aufmerksam gemacht hat jüngst auch Bernd FUHRMANN, *Die Stadt im Mittelalter*, Stuttgart 2006, S. 37: „Übrigens konzentrierte sich die Zensualität auf Nordostfrankreich, Flandern, Hennegau, Brabant, den Niederrhein, Westfalen, den Mittelrhein, das rheinfränkische und alemannische Gebiet sowie den Südosten mit dem Zentrum Bayern. Allen Gebieten ist gemeinsam, dass entweder römische Traditionen an Rhein und Donau zu ihnen gehörten oder sich hier die frühesten neuen Zentren kommunaler Entwicklung finden.“

⁹⁹ Vgl. dazu bereits eingehend Numa Denis FUSTEL DE COULANGES, *Histoire des institutions politiques de l'ancienne France*, IV: *L'alleu et le domaine rural pendant l'époque mérovingienne*, Paris 1914, S. 322–341 u. ö., sowie die in wesentlich ökonomischer Perspektivierung verfassten Über-

Besonders gut dokumentiert ist dies zunächst für Kirchen und Kleriker in ihrer Eigenschaft als Grundbesitzer. Viele Kirchen besaßen selbst Sklaven¹⁰⁰ und übten Patronatsrechte über diejenigen unter diesen aus, die sie freigelassen hatten. Die im seit dem 5. Jahrhundert propagierten Gedanken der Unveräußerlichkeit des Kirchengutes wurzelnde institutionelle Kontinuität verband sich dabei mit der Erbllichkeit der Patronatsbindung. Auf westgotischen Konzilien des 7. Jahrhunderts heißt es daher wiederholt, dass freigelassene Kirchensklaven und ihre Kinder niemals (*nunquam*) die Schutzgewalt (*patrocinium*) der Kirche verlassen durften, in der sie freigelassen worden waren, und zwar deswegen, weil ihre Patronin, die Kirche, niemals sterbe (*quia nunquam moritur eorum patrona*); aus diesem Grund mussten Freigelassene und ihre Kinder dem Bischof eine feierliche *professio* leisten und bekunden, dass sie aus der *familia ecclesiae* freigelassen worden seien, dass sie deren *patrocinium* niemals verlassen und ihr nach Kräften gehorsam sein würden.¹⁰¹ Dem Amtsnachfolger eines verstorbenen Bischofs hatten alle Freigelassenen unter Präsentation ihrer Freilassungs-urkunden öffentlich ihre *professio* zu erneuern; wer es versäumte, dies binnen Jahresfrist zu tun, sollte seinen Freienstatus verlieren und auf Dauer in die Sklaverei revoziert werden, wodurch die Urkunden ihre Rechtskraft einbüßten.¹⁰² Die Väter des Konzils von Mérida

legungen von Alfons DOPSCH, Freilassung und Wirtschaft im frühen Mittelalter (1933), in: DERS., Beiträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Gesammelte Aufsätze, Bd. 2, Wien 1938, S. 95–101, und Siegfried EPPERLEIN, Die sogenannte Freilassung in merowingischer und karolingischer Zeit. Ein Beitrag zur frühmittelalterlichen Sozial- und Wirtschaftspolitik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963, Teil IV, S. 92–110. Einen sozialgeschichtlichen Überblick mit wichtigen geographischen Differenzierungen gibt Jean-Pierre DEVROEY, Puissants et misérables. Système social et monde paysan dans l'Europe des Francs (VI^e–IX^e siècles), Brüssel 2006, S. 265–315.

¹⁰⁰ Zu den *servi ecclesiae* im frühmittelalterlichen Gallien vgl. GRIESER, Sklaverei (wie Anm. 96), S. 144–146.

¹⁰¹ 4. Konzil von Toledo (633), c. 70: *Liberti ecclesiae, quia nunquam moritur eorum patrona, a patrocinio eiusdem nunquam discedant, nec posteritas quidem eorum, sicut priores canones decreverunt; ac ne forte libertas eorum in futura prole non pateat ipsaque posteritas naturali ingenuitate obtinens sese ab ecclesiae patrocinio subtrahat, necesse est ut tam idem liberti quam ab eis progeniti professionem episcopo suo faciant, per quam se ex familia ecclesiae liberos effectos esse fateantur, eiusque patrocinium non relinquunt, sed iuxta virtutem suam obsequium ei vel obedientiam praebeant* (Concilios visigóticos e hispano-romanos, hg. und ins Spanische übers. von José VIVES [España Cristiana, Textos 1], Madrid 1963, S. 215). Zur Unveräußerlichkeit des Kirchengutes auf diesem Konzil und ihren Folgen für die Freilassung von Kirchensklaven siehe auch unten Anm. 368.

¹⁰² Vgl. auch das 6. Konzil von Toledo (638), c. 9: *De professionibus et oboedientia libertorum ecclesiae. Longinquitate saepe fit temporis, ut non pateat conditio originis; unde iam decretum est in anteriori universalis concilio canone, ut professionem suam liberti ecclesiae debeant facere, qua profitenatur se et de familiis ecclesiae manumissos et ecclesiae obsequium nunquam relicturos. Unde his quoque non adicimus, ut quotiens cursum vitae sacerdos impleverit et de hac vita migraverit, mox successor eius advenerit, omnes liberti eius ecclesiae vel ab eis progeniti cartholas suas in conspectu omnium debeant ipsi substituto pontifici publicare et professiones suas in conspectu ecclesiae renovare, quatenus status sui vigorem et illi obtineant, et obedientiam eorum ecclesia non careat. Si autem ad scribituras libertatis suae intra annum ordinationis novi pontificis manifestare contempserint aut professiones renovare noluerint, vacuae et inanes cartholae ipsae remaneant, et illi originis suae redditi sint perpetuo servi* (Concilios visigóticos [wie Anm. 101], S. 240). Vgl. hierzu und zu weiteren diesbezüglichen westgotischen Konzilsanones auch Dietrich CLAUDE,

(666) bezeichneten die Kirche, in der die Freilassung erfolgte, als *vera origo* des Freigelassenen¹⁰³ und rückten über das *origo*-Konzept das *patrocinium* über die Freigelassenen nicht zufällig in die Nähe der Patronatsgewalt über Kolonen.¹⁰⁴

Für das Frankenreich sind Informationen zu freigelassenen Kirchensklaven unter jeweils verschiedenen Gesichtspunkten den erhaltenen Testamenten zu entnehmen.¹⁰⁵ Die Patronatsgewalt erscheint in ihnen als Verbindung von Rechten, Einkünften und Pflichten. Da es den vielfach prekären Freienstatus der Freigelassenen zu erhalten galt, findet man in den Testamenten wiederholt betont, dass den Freigelassenen Rechtsschutz gegen erneute Versklavung gegeben werden müsse.¹⁰⁶ Remigius von Reims, der für die Taufe Chlodwigs verantwortlich zeichnete, vermachte in seinem Testament die Schutzgewalt über die durch seine letztwillige Verfügung Freigelassenen aus diesem Grund seinem Neffen, dem Bischof Lupus von Soissons, den er zusammen mit einem Priester neben der Reimser Kirche zum Haupterben eingesetzt hatte.¹⁰⁷

Freedmen in the Visigothic Kingdom, in: Visigothic Spain. New Approaches, hg. von Edward JAMES, Oxford 1980, S. 159–188.

¹⁰³ Konzil von Merida (666), c. 20: ... *ut ille (sc. libertus) et posteritas omnis eius in servitio permaneat sanctae ecclesiae, cui debiti manent per veram originem* (Concilios visigóticos [wie Anm. 101], S. 340). Das *origo*-Konzept wird im Text daraufhin noch weiter ausgeführt.

¹⁰⁴ Vgl. dazu auch ANDERSEN, *Patrocinium* [wie Anm. 48], S. 150ff. Zum *origo*-Konzept vgl. Charles SAUMAGNE, *Du rôle de l'origo et du census dans la formation du colonat romain*, in: Byzantion 12 (1937), S. 487–581; Dieter NÖRR, *Origio*. Studien zu Orts-, Stadt- und Reichszugehörigkeit in der Antike, in: Tijdschrift voor Rechtsgeschiedenis 31 (1963), S. 525–600, sowie Campbell GREY, *Conceptualizing Colonatus: The Origio of the Late Roman Empire*, in: Journal of Roman Studies 97 (2007), S. 155–175.

¹⁰⁵ Dazu Ulrich NONN, *Merowingische Testamente*. Studien zum Fortleben einer römischen Urkundenform im Frankenreich, in: Archiv für Diplomatik 18 (1972), S. 1–129, sowie neuerdings Josef SEMMLER, *Zum Testament des gallofränkischen Bischofs*, in: Herrscher- und Fürstentestamente im westeuropäischen Mittelalter, hg. von Brigitte KASTEN (Norm und Struktur 29), Köln u. a. 2008, S. 573–597.

¹⁰⁶ So im Vorgriff bereits im Testament des Caesarius von Arles: *quos quasque liberos liberae esse iussero, liberi liberae sint totae* (Germain MORIN, *Le testament de S. Césaire d'Arles et la critique de M. Bruno Krusch*, in: Revue Bénédictine 16 [1899], S. 97–112, hier S. 101). Testament der Burgundofara, wohl 633/34 verfasst, c. 14: *De mancipiis vero meis per quasque villas vel loca superius nominatas, quaeque exinde per tabulas vel cartas conscripsi nomine ingenuitatis, liberi liberae permaneat, cum omni eorum peculiari re concessa* (Jean GUEROUT, *Le testament de Sainte Fare*. Matériaux pour l'étude et l'édition critique de ce document, in: Revue d'histoire ecclésiastique 60 [1965], S. 761–821, hier S. 819).

¹⁰⁷ Überliefert in der *Vita Remigii episcopi Remensis auctore Hincmari*, c. 32: *Commendo sanctitati tuae, fili fratris mei, Lupe episcopo, quos libertos esse precipio* [es folgen 13 Namen] *hos totos, fili fratris mei, Lupe episcopo, sacerdotali auctoritate liberos defensabis* (Passiones vitaeque sanctorum aevi merovingici et antiquiorum aliquot, hg. von Bruno KRUSCH [MGH SS rer. Merov. III], Hannover 1896, S. 336–339, hier S. 338f.). Zur Frage der Echtheit des Textes vgl. Arnold Hugh Martin JONES/Philip GRIERSON/John A. CROOK, *The Authenticity of the Testamentum S. Remigii*, in: Revue belge de philologie et d'histoire 35 (1957), S. 356–376.

Seit dem 6. Jahrhundert lassen die erhaltenen Testamente und Urkunden eine fortgeschrittene Institutionalisierung der Patronatsgewalt in Gestalt des Patronatsheiligen erkennen. Möglicherweise trifft dies schon für eine *carta manumissionis* aus der Mitte des 6. Jahrhunderts zu.¹⁰⁸ Im Testament des Aredius, Abtes von Attigny, und seiner Mutter Pelagia aus dem Jahr 573 wurden verschiedene Freigelassenengruppen, teilweise gegen Zahlung eines Zinses von einem Triens jährlich,¹⁰⁹ dem heiligen Martin von Tours als dortigem Klosterpatron anvertraut, dessen Schutzwalt wiederholt direkt angerufen wurde.¹¹⁰

¹⁰⁸ Nach einer in das Jahr 558 datierten Freilassungsurkunde, die im Chartular der Kirche von Angoulême aus dem 12. Jahrhundert überliefert ist, verlich ein Diakon namens Eparchius 175 Männern und Frauen die *libertas Romani* und unterstellte sie je nach Wohnort dem Patronat der Kirche von Angoulême beziehungsweise des Klosters von Seaciensis: *Venerabile in Christo, beatissimo sacerdote Antonio, episcopo, et venerandis presbiteris ac diaconibus Equolinsensis ecclesie, Eparchius, etsi indignus, diaconus et reclusus. Humanum genus cultus divinae religionis admonuit celestria colere et terrestria negligere. Recti ... ad meliora festinant, quos Domini repromissio ad eternitatem immortalitatis invitat, quo fit ut apud Dominum impensa servorum quam merentur ad partem obsequii gratiam dignam libertatis conditione percipient. Ideoque haec epistola quos quas per manum meam de collatorum hominum redemi, et michi per ab ipsis paret dato, liberas facio his nominibus: [es folgen 175 römische und germanische Namen] Jugo ipsorum conditionis excussum beneficium, eis romani libertas imparior, ita ut sibi agant, sibi daegant suoque jure sibi commissos esse cognoscant [...] Quorum obsequium quae pro gratia debenture, qui intro terminum Aequolinsensium civitatis consistere aut manere noscuntur, sanctae ecclesiae Aequolinsense, ubi benedictionem leviticam capite meo suscepti, reservo. Qui vero intro terminum Petrogorice civitatis similiter consistere aut manere noscuntur, Seaciense monasterio, ubi spiritualiter me Christo tota mente intentione tradidi atque devovi, obsequium studui reservare. Reliqui vero quique in aliis urbibus consistent, supra memoratae Aequolinsense ecclesiae tuitione se habere cognoscant, et obsequium implere non renuant. Simulque injungo, per singulos annos, supra scripti liberti mei, singulos coereos libralis in solemnitae Cathedrae domni Petri, qui tuitionem Equolinsense ecclesiae delegati sunt, in eadem die, qua dixi, inferre penitus non graventur, ... et si qua sibi peculiaria habent, aut deinceps laborare potuerint, ipsis volo esse concessa. Quos quas veneratione vestrae ecclesiae commendo, ut ab omnis infestantium impetus tuitionem sanctae ecclesiae muniti, in perpetuo possent esse securi. [...] Illud tamen humile prece depono, ut quaecumque de memoratis libertis ad propria remeare voluerit, vestras commendaticias accipere mereatur. Nam qui in loco residerent et in seculo voluerint obligare, nullatenus absque vestra voluntate vel consilio licentiam non debeant cupulandi. Cum itaque presens cartula in aeclesia sub vestri presentia fuerit recensita, precor ut factum vel voluntatem meam conservare dignetis, et queso ut eam in archivis ecclesiasticis custodiendam tradatis, cum stipulatione subnexa (Jules DE LA MARTINIÈRE, Saint Cybard. Étude critique de textes, in: Bulletin et memoires de la Société archéologique et historique de la Charente 7 [1906–1907], S. 1–292 [zur *carta manumissionis* allgemein S. 3–67], hier S. 4–6). Der Herausgeber bezieht das Dokument auf eine *manumissio in ecclesia*. Eine Wachleistung wird ebenso erwähnt wie die Heiratserlaubnis des Patrons und der Erwerb eines *peculium*. Freilich wurde den *liberti* sogar die Möglichkeit eines Rückzuges *ad propria* eingeräumt, weshalb manche Forscher an der Authentizität des Dokumentes gezweifelt haben, was der Herausgeber wiederum u. a. unter Hinweis auf das Namensmaterial und merowingerzeitliche Parallelquellen zu entkräften suchte. Obwohl vieles nicht zu einer sehr viel späteren Entstehung zu passen scheint, bleiben erhebliche Zweifel.*

¹⁰⁹ Sofern es sich bei dem hier genannten *triens* um einen Drittelsolidus handelt, ergäbe sich eine Wertäquivalenz mit dem für die späteren Zensualen häufig bezeugten Kopffzins von vier Denaren.

¹¹⁰ *Eustriaco portionem nostram Florentiae et filiis suis volumus donatam: ut liberi nostri, quorum nomina sunt inferius comprehensa, sub defensione tua, sancte domne Martine, consistant: id est* [es folgen über 30 Namen von freien Männern mit ihren Frauen sowie teilweise Kindern; danach werden zahlreiche testamentarische

Der Abt Widerad von Flavigny unterstellte in seinem wahrscheinlich 717 aufgesetzten (älteren) Testament¹¹¹ zahlreiche Freigelassene dem *patrocinium* und der *defensio* der dem hl. Praeictus (von Clermont) geweihten Klosterkirche von Flavigny und den Heiligen dreier weiterer Basiliken. Sein Testament lässt noch eine andere Entwicklungstendenz erkennen. Die Pertinenzformel nennt „Freigelassene, die auf den Gütern noch geboren wurden, die von anderswoher dorthin übertragen wurden und die ebendort dauerhaft bleiben“, und gibt damit zu verstehen, dass diese Freigelassenen als Zubehör der übertragenen Güter aufgefasst wurden. Unter den *liberti* bestätigte Widerad zwei Klerikern, die er *pro anime nostre remedio* freigelassen hatte, besondere Güterleihen (*cessiones*) *ad eorum ingenuitates confirmandas*, d. h. in der Absicht, damit ihre Freiheit zu garantieren. Andere Freigelassene, die an eine der vier Kirchen übertragen worden waren, sollten nach Ausweis ihrer Freiheitsurkunde auf den für Freigeborene bestimmten Ländereien bleiben (*super ipsas terras pro ingenuis commaneant*), wobei ihnen untersagt wurde, sich anderswo niederzulassen oder das Gut zu veräußern, während gleichzeitig den Erben verboten wurde, von ihnen Leistungen in Form des *lidimonium* zu verlangen.¹¹² Hier erscheinen die Freigelassenen bereits vollständig mit den Güterkomplexen verwachsen, die dann an die Kirche übertragen wurden. Bei den *terrae pro ingenuis* handelt es sich vermutlich

Freiassungen verfügt]. *Et istos liberos nostros et liberas nostras, quos bonae memoriae genitor noster Jocundus per testamentum suum commendavit, similiter et illos quos pro remedio animae bonae memoriae fratris nostri Eustadii liberos fecimus, tibi, sancte Martine, defensandos commendamus. Et si quis eis amplius, praeter hoc quod eis injunctum est, in quolibet inquietare aut dominare voluerit, tu, sancte Martine, defendas. Nam et mulieres istas, quas inferius adscripsimus, id est [es folgen 10 Frauennamen], ut singulis annis singulos trientes monachis nostris dissolvant, et nullus eis magis requirere praesumat, ne incurrat quod supra comprehensum est (Diplomata, chartae, epistolae, leges aliaque instrumenta ad res Gallo-Francicas spectantia, hg. von Jean Marie PARDESSUS, Bd. 1 [instrumenta ab anno 417 ad annum 627], Paris 1843 [Nachdr. Aalen 1969], Nr. 180, S. 138f).*

¹¹¹ The Cartulary of Flavigny, 717–1113, hg. von Constance Brittain BOUCHARD (Medieval Academy Books 99), Cambridge/Mass. 1991, Nr. 1, S. 24. Zur Datierung vgl. ebd. S. 13–16.

¹¹² *Ista omnia que superius nominavimus cum omnibus appendiciis vel adiacentiis earum quantumcumque ibidem tenere et possidere videmur, per quemlibet adtractum ad nos pervenit, aut legibus pervenire debet, totum et ad integrum cum omne superposito a die presente in honore Iesu Christi Domini nostri et Sancti Praeicti martiris, Magoaldo abbati monachisque suis tradidimus ad possidendum, cum domibus, aedificiis, mancipiis, accolabus, libertis tam ibidem oriundis quam aliunde translatis vel ibidem commanentibus, vineis, silvis, campis terris cultis et incultis, pratis, pascuis, aquis aquarumve decursibus, omne genus pecudum tam maiore quam minore, mobilibus et immobilibus, omnem rem in-exquisitam, et quicquid dici aut nominari potest, totum et ad integrum ad iam dictum monasterium Sancti Praeicti Flauiniacum vel rectores eius proficiat in augmentum. Similiter et illas cessiones quas ad libertos nostros Grisberto et Grinberto clericos ad eorum ingenuitates confirmandas Duolonecas in Bornato et in Ceresio fecimus, quando eos pro anime nostre remedio ingenuos dimisimus, ut dum adiuunt hoc teneant, et post ipsorum discessum cum omne superposito ad iam dictam casam Sancti Praeicti ubi eorum patrocinia et defensionem constituimus revertere faciant. Volumus etiam ut ingenuos eos fecimus, aut in antea fecerimus, quanticumque in ipsa loca manent, quae ad Sanctum Andochium et Sanctam Reginam et Sanctum Ferreolum vel ad Sanctum Praeictum delegavimus, inspectas eorum libertates super ipsas terras pro ingenuis commaneant, et aliubi commanendi nullam habeant potestatem, sed ad ipsa loca sancta debeant sperare, et nullus de ipsis lidemonium nostris heredibus nullatenus reddant, et de hoc quod eis per cartas dedimus ad alios alibi vendere, nec alienare habeant licentiam (The Cartulary of Flavigny [wie Anm. 111], Nr. 1, S. 24). Dazu NONN, Merowingische Testamente (wie Anm. 105), S. 53.*

um eine frühe Form der *mansi ingenuiles*. Dies und die Freistellung von *lidimonia* zeigen, dass man bemüht war, den besonderen Status der Gruppe zu erhalten. Besondere Güterleihen (*cessiones*) für die freigelassenen Kleriker verdeutlichen, dass deren Freienstatus prekär war und die Wahrnehmung ihrer religiösen Aufgaben zu gefährden drohte.

Für das südliche Frankenreich und die Provence bezeugt das 739 aufgesetzte Testament Abbos, des *rector* von Maurienne und Susa und wahrscheinlich auch *patricius* der Provence, das Fortleben des spätrömischen Freigelassenenpatronates im Kontext weltlichen und kirchlichen Grundbesitzes.¹¹³ In zahlreichen Einzellegaten vermachte Abbo zu seinem Seelenheil dem von ihm gegründeten piemontesischen Kloster Novalesa und weiteren Klöstern sowie seinen *fideles* Freigelassene, deren Patronatsrechte er vielfach von seinen Eltern geerbt oder selbst von anderen Personen gekauft hatte.¹¹⁴ Teilweise wurden ausdrücklich Freigelassene nicht nur mit ihren Kindern, sondern auch mit Brüdern und Schwestern, im Einzelfall sogar mit Enkeln vermacht.¹¹⁵ Vielen dieser Freigelassenen hatten Abbo oder ihre „Vorbesitzer“ *sub nomen libertinitatis* eigene *colonicae* als *beneficia* übertragen.¹¹⁶ In der Mehrzahl der Fälle, so scheint es, vermachte Abbo dabei die Patronatsrechte, doch häufig wurden auch hier die Freigelassenen zusammen mit Kolonen, Unfreien und weiteren Personen formelartig als Pertinenz bestimmter Güter vergeben, woraus zu schließen ist, dass die Patronatsrechte über diese Personen hier aufs engste mit konkreten Liegenschaften verbunden waren.¹¹⁷

Interessanterweise glaubte Abbo in einem Passus noch einmal in einer Art „Statut“ die Stellung dieser Freigelassenen erläutern zu müssen: Darin betonte er die Pflicht aller *liberti*, auch der von ihm als Erbe eingesetzten Kirche gegenüber Gehorsam (*obsequium*) zu zeigen und die von Rechtswegen (*iuxta legis ordine*) geschuldete *impensio* zu zahlen. Die *agentes* des von ihm als Erbe eingesetzten Klosters sollten hierzu gegebenenfalls einen frommen Zwang ausüben (*cum pietatis ordine cohercere*). Im Fall von hartnäckiger Weigerung (*contumacia*), Un-

¹¹³ Herausgegeben von Patrick J. GEARY, *Aristocracy in Provence. The Rhône Basin at the Dawn of the Carolingian Age* (Monographien zur Geschichte des Mittelalters 31), Stuttgart 1985, S. 38–78 (mit engl. Übersetzung).

¹¹⁴ Zu ihrem Status vgl. GEARY, ebd. S. 93: „The most frequently mentioned individuals in the testament are the freedpersons or *liberti*. Over fifty of these are mentioned by name, and they and their families formed the most important social group among Abbo’s dependants.“

¹¹⁵ Nr. 26: *Simile namque modo in pago Uuapencense, corte mea Talarno, una cum libertus nostros Sicualdo cum sorores suas, et infantes earum maximo cum uxore sua et infantes eorum Calaiico, una cum libertus nostros et Allionicos quem de Uuidegunde conquisuimus, et liberti nostri in ipsum Allionicos commanere videntur.* (GEARY, ebd. S. 54). Vgl. auch Nr. 31, 46, 47, 57 (ebd. S. 56, 66, 76).

¹¹⁶ Vgl. ebd. Nr. 14, 20, 22 (mit Erbrecht der Kinder), 24, 29 (Erbrecht der Kinder), 32, 33, 48 (*sub nomen libertinitatis*) u. 59 (GEARY, ebd. S. 48, 52, 54, 56, 58, 68 u. 76).

¹¹⁷ Vgl. beispielsweise ebd. Nr. 13: *Immoque quicquid in ualle Darentasiense, ex alode parentum nostrorum, uel quod de Siagria ibidem ad nos peruenit, una cum mancipiis, libertis, colonis, inquilinis. Et seruis, te heredem habere uolo, atque percipio* (GEARY, ebd. S. 48). Vgl. außerdem Nr. 15, 16 (*cum libertis ad ipsa loca aspicientes*), 17, 18, 21, 26, 37, 39, 49, 50, 51, 52 (ebd. S. 48, 50, 52, 56, 62, 64, 68, 70, 72).

dankbarkeit (*ingratia*) oder Aufsässigkeit (*rebellio*) der Freigelassenen sollte freilich der örtliche Richter (*index*) dahingehend einschreiten, dass sie ihre Abgaben zahlten und zu ihrem Patron zurückkehrten – gemäß geltendem Recht (*quod lex de ingratis et contumacis libertis continet*).¹¹⁸ Am Ende des Testaments räumte Abbo den *agentes* des Klosters das Recht ein, *liberti* und *servi*, die infolge der Sarazenenfälle verstreut, entfremdet oder geflüchtet waren, in die Rechtsgewalt (*dominatio*) des ihn beerbenden Klosters zu überführen.¹¹⁹ In der Einbeziehung des örtlichen *index*, der einschreiten sollte, wo die *agentes ecclesiae* an die Grenzen ihres Durchsetzungsvermögens stießen, und an manchen Orten auch eines *capitularius*, der wohl sicherzustellen hatte, dass die Kirche von den Freigelassenen ihre *impensio* erhielt,¹²⁰ wird erkennbar, dass die *liberti* prinzipiell auch weiterhin der öffentlichen Gewalt unterstellt waren.¹²¹ Gleichwohl zeigen die getroffenen Regelungen, dass die kirchlichen Funktionsträger im Regelfall als Sachwalter des Patrons für die Freigelassenen zuständig sein sollten.

Für die stärker von der römischen Rechtstradition geprägten Gebiete ist somit von einem weitreichenden Fortleben des römischen Patronatsrechtes auszugehen, doch verdeutlichen die zitierten Zeugnisse, wie wenig auch in merowingischer Zeit die Patronatsrechte über Freigelassene noch etwas mit persönlichen Bindungen zu tun hatten und welche wirtschaftliche Bedeutung diese besaßen.¹²² Der Großgrundbesitz forcierte die Tendenz zur Erblichkeit der Patronatsbindung bereits beträchtlich. In den fiskalischen und kirchlichen Domänen der frühmittelalterlichen *regna*, die aufgrund ihrer hohen institutionellen Stabilität

¹¹⁸ Ebd. c. 45: *Et uolo ut omnis liberti nostri, quod parentes nostri fecerunt liberos, et nos postea fecimus, ut ad ipsam heredem meam aeccliam sancto Petro aspiciant, et obsequium et impensionem sicut ad parentes nostros et nobis iuxta legis ordine debent impendere. Ita et inania ad ipsa herede meam sancto Petro novalicis monasterii constructa, facere debeant. Quod si contumacis, aut ingrati ad heredem meam suprascripta aeclesia steterint, et reuolare uoluerint, tunc liceat agentes herede meam eos cum pietatis ordine cohercere. Vt ipsi impensionem faciant, sicut ad parentes nostros et nos fecerunt. Quod si ingrati et rebellii presiterint, tunc quod lex de ingratis et contumacis, libertis continet, cum iudice interpellatione et distractione ad herede mea exsoluant, et ad ipsa reuertant, uolo ac iubeo* (GEARY, ebd. S. 66). Zum Problem, dass sich *liberti* aus dem Patronat zu lösen (*se abstrahere*) suchten, vgl. auch ebd. c. 48 (ebd. S. 68).

¹¹⁹ Ebd. c. 58: *Et notamini in hanc pagina testamentis mei addendum placuit, dum et prouintias iustas ad gentes Serracenorum dissolatas et distructas sunt, et tam liberti nostri, quam et serui et ancillas, utriusque generis, per plura loca uicinorum per necessitate dispersas fuerunt, uolo ut ubicumque adgentes heredem meam monasterii sancto Petro Noualicis constructum, eos inuenire potuerint, ut licentia habeant in eorum absque cuiuslibet contradictione reuocare dominatione. Et sicut ad parentes nostros et ad nos aspexerunt, ita et ad herede meam aeccliam sancto Petro monasterie Noualicis aspiciere debeant; uolo ac iubeo* (GEARY, ebd. S. 76).

¹²⁰ Vgl. ebd. c. 23. *Similiter libertus nostros in ualle Aquisiana, qui ad parentes nostros aspexerunt, seu et in ipso pago Brigantino commanere uidentur, unde Uitalis capitularius est, ad memorata aeccliam heredem meam ut aspiciant, et impensionem faciant, uolo ac iubeo* (GEARY, ebd. S. 52). Eventuell bezieht sich dies auf die Kopfsteuer; vgl. zur Funktion des *capitularius* auch ESDERS, ‚Öffentliche‘ Abgaben (wie Anm. 63), S. 210–213.

¹²¹ Vgl. dazu auch GEARY, ebd. S. 86 Anm. 87.

¹²² So schon zu den spätrömischen Verhältnissen KASER, Das römische Privatrecht, Bd. 2 (wie Anm. 33), S. 138.

eine wichtige Brücke zum frühmittelalterlichen Freigelassenenrecht darstellen,¹²³ steigerte sich diese Tendenz naturgemäß noch einmal erheblich.

2. Die *manumissio in ecclesia* als religiös motivierter Rechtsakt

Die Kirche gehörte in sämtlichen Gebieten des einstigen römischen Westreiches zu den größten Grund- und Sklavenbesitzern und damit potentiellen Freilassern. Aus diesem Grund kann der kirchliche Grundbesitz für sich genommen nicht genügen, um für das spezifische Verbreitungsgebiet der Zensualität eine stichhaltige Erklärung zu liefern. Die Entwicklung zur Zensualität ergibt sich vielmehr, wie in den beiden folgenden Abschnitten zu zeigen ist, aus der bereits angesprochenen Möglichkeit, Freilassungen in der Kirche vorzunehmen, denn Konstantins Regelungen legten den Keim zu einem Zielkonflikt, der in Teilen des Frankenreiches in einer Art und Weise gelöst wurde, welche die Genese der Zensualität erst verständlich macht.

Kirchlicherseits konzipierte man seine Haltung gegenüber dem Freigelassenenpatronat ausgehend von dem Gedanken, dass die Freilassung eines Sklaven, wenn sie aus frommer Motivation heraus erfolgte und in der Kirche unter maßgeblicher Beteiligung des Bischofs vorgenommen wurde, eine religiöse Handlung war, die man liturgisch nach dem Vorbild der Taufe ausgestaltete.¹²⁴ Die Freilassung in der Kirche war in dieser Sicht auch ein potentiell kirchenrechtlich relevanter Initiationsritus, den der Bischof spendete. Auf dem 5. Konzil von Orléans (549) betonten die versammelten Bischöfe, dass, wenn ein Bischof auf unkanonische Weise Kirchenvermögen verkauft oder veräußert hatte, dieses zurückgefordert werden solle, sofern er seiner Kirche kein Vermögen hinterlassen hatte, welches man zur Deckung des Schadens heranziehen konnte; hatte der Bischof dagegen Kirchensklaven freigelassen, dann sollten diese fortan frei bleiben, sofern sie sich nicht aus der Dienstbarkeit (*officium*) der Kirche entfernten. Diese unterschiedliche Behandlung bischöflicher Rechts-

¹²³ Noch zahlreiche Bestimmungen der *Lex Ribuaria* machen deutlich, dass im früheren 7. Jahrhundert im Rheinland auf eine Gleichstellung des Kirchengutes mit dem Fiskalgut hingearbeitet wurde. Vgl. auch Martin HEINZELMANN, Bischof und Herrschaft vom spätantiken Gallien zu den karolingischen Hausmeiern. Die institutionellen Grundlagen, in: Herrschaft und Kirche. Beiträge zur Entstehung und Wirkungsweise episkopaler und monastischer Organisationsformen, hg. von Friedrich PRINZ (Monographien zur Geschichte des Mittelalters 33), Stuttgart 1988, S. 23–82, hier S. 54. – Zur sozialen Gliederung der Fiskalgutabhängigen (Fiskalinen) vgl. Thomas ZOTZ, Beobachtungen zur königlichen Grundherrschaft entlang und östlich des Rheins vornehmlich im 9. Jahrhundert, in: Strukturen der Grundherrschaft im frühen Mittelalter, hg. von Werner RÖSENER (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 92), Göttingen 1989, S. 74–125, hier S. 98–113.

¹²⁴ Vgl. dazu Verena STADLER-LABHART, Freilassung und Taufe in ihren Berührungspunkten, in: Festschrift Karl Siegfried Bader, hg. von Ferdinand ELSENER und Wilhelm Heinrich RUOFF, Zürich u. a. 1965, S. 455–468. Gleichwohl waren einem sakramentalen Verständnis der Freilassung schon dadurch Grenzen gezogen, dass an eine Unwiderrufbarkeit der Freilassung kaum zu denken war.

handlungen, welche Auswirkungen auf das Kirchenvermögen hatten, wird man wohl nur damit erklären können, dass die Freilassung als religiöse Handlung gesehen wurde, deren Gültigkeit man nicht widerrufen wollte, sofern sich über die Patronatsrechte Möglichkeiten zur Kompensation boten.¹²⁵

Die religiöse Motivation, die Freilassung in der Kirche vorzunehmen, wurde von den merowingischen Bischöfen in ihren Konsequenzen weitaus stärker gewichtet als Konstantin dies ursprünglich vorgesehen hatte. In Konstantins Gesetz war die *manumissio in ecclesia* als Handlung bezeichnet worden, die *religiosa mente* erfolgte; in merowingischer Zeit reflektierte man viel stärker, welche Konsequenzen aus einer solchen religiösen Motivation heraus zu ziehen waren. Ein zentraler Gesichtspunkt war dabei, dass man – darin einer allgemeinen Tendenz folgend¹²⁶ – die in der Kirche durchgeführte Freilassung vom Gedanken der religiösen Stiftung her zu erfassen suchte.

Bischof Berthram von Le Mans verfügte in seinem abschriftlich erhaltenen Testament aus dem Jahr 616 zwei Freilassungsakte zur Pflege seiner *memoria*. In der einen Verfügung ließ er eine große Anzahl namentlich genannter Personen samt ihrer Ehefrauen und Kinder *tam natione romana quam et barbara* frei mit der Auflage, dass sie einmal jährlich sein Totengedächtnis feierlich begehen und der Patronatsgewalt des Klosters St. Peter und Paul unterstehen sollten, in dem sein Leichnam beigesetzt werden sollte.¹²⁷ Im anderen Fall bestimmte er, dass von den *villae*, die er an das Kloster St. Peter und Paul schenkte, die „Tüchtigsten“

¹²⁵ 5. Konzil von Orléans (549), c. 9: *Ut episcopus, qui de facultate propria ecclesiae nihil relinquit, si quid de ecclesiae facultate, id est, si aliter quam canones elocuntur, obligaverit, vindedirit aut distraxerit, ad ecclesiam revocetur. Sane si de servis ecclesiae libertos fecerit nomiro competenti, in ingenuitate permaneant, ita ut ab officio ecclesiae non recedant* (Concilia aevi Merovingici, hg. von Friedrich MAASSEN [MGH LL Sect. III, Concilia 1], Hannover 1883, S. 89). Ansätze dazu, eine testamentarische Freilassung in ihrem Bestand auch dann zu garantieren, wenn das Testament erfolgreich angefochten wird, finden sich bereits im spätrömischen Recht, vgl. KASER, Das römische Privatrecht, Bd. 2 (wie Anm. 33), S. 136.

¹²⁶ Vgl. Eberhard F. BRUCK, Kirchenväter und soziales Erbrecht. Wanderungen religiöser Ideen durch die Rechte der östlichen und weltlichen Welt, Berlin u. a. 1956, S. 142–146, 163–167, 217–240.

¹²⁷ Margarete WEIDEMANN, Das Testament des Bischofs Berthramn von Le Mans vom 27. März 616. Untersuchungen zu Besitz und Geschichte einer fränkischen Familie im 6. und 7. Jahrhundert (Monographien des Römisch-Germanischen Zentralmuseums 9), Mainz 1986, Verfügung Nr. 67, S. 44: *Hos has liberae liberae suae esse jubeo: Lebigselo cum uxore et filiis ...* [es folgen elf weitere namentlich aufgeführte Personen mit ihren Frauen und Kindern]. *Similiter et famulos meos, qui michi deservire videntur tam natione romana quam et barbara; id sunt ...* [es folgen weitere 12 Personen]. *Hujus omnis ad ingenios esse jubeo cum omni peculiari eorum, quod habent aut deinceps laborare potuerunt. Et defensionem sanctae basilicae Petri et Pauli apostolorum, ubi corpusculo meo in Dei nomen opto requiescere, habere mereantur, ita ut unusquisque tempore depositionis suae conveniant, et oblata tantum nominis mei ante sanctum altarium offerant vel recenseant, et ministerium – qualem egisse visi sunt – unusquisque in Dei nomen in praedicta die observent. Et abbati loci illius solacium praebeant, et postea in crastinum abbas det illis dignam refectionem et unusquisque ad domos eorum revertantur, tam isti quorum nomina hic continentur, vel quos postea de gente barbarica comparavi aut adhuc comparare potuero, tam pueri quam puellae, qui a me empti noscuntur; et epistolas eis feci et ipsi in integra ingenuitate perdurent. Et hoc observent quid et pbariseorum, et toti sub tuitione et defensione sancti Petri perseverent et das gustaldus.*

(*nitidiores*) freigelassen werden sollten, um sein Totengedächtnis zu pflegen. Zugleich wurde auch die Dienstpflicht von deren Nachkommen auf ewig festgelegt. Dies ist wohl nicht anders als durch die in der Urkunde ebenfalls genannte *tuitio et defensio* zu erklären, der alle *liberi* unterstehen sollten.¹²⁸ Die Freilassungen dienten hier der Totenmemoria Berthrams.¹²⁹ Entscheidend für die organisatorische und rechtliche Umsetzung der Dienstpflichten war die Übertragung der Patronatsrechte an das Kloster. Michael Borgolte hat am Beispiel dieser und weiterer Quellen gezeigt, wie mit der Freilassung die Patronatsrechte über den Freigelassenen auf die Kirche übergingen, an der die Freilassung durchgeführt wurde, damit diese Kirche für den Freilasser seine *memoria* organisierte; dem Freigelassenen wurde im Rahmen der *operae libertorum* die Pflege des Grabes und u. U. weitere Aufgaben übertragen.¹³⁰ Hierin manifestierte sich nicht zuletzt die Nachwirkung und Transformation vorchristlicher Formen des Totengedenkens.¹³¹ Die Bestiftung der Kirche,¹³² hier mit den Patronatsrechten über Freigelassene, dürfte wesentlich zur Institutionalisierung der Bindung beigetragen und auch ein Gruppenbewusstsein unter den mit diesen Aufgaben betrauten Freigelassenen geschaffen haben.¹³³ Auf diese Weise verstärkte der religiöse Stiftungsgedanke die bereits bestehende Tendenz zur Erbllichkeit der Patronatsbindung noch einmal erheblich und verband sich mit der Idee der Unveräußerlichkeit des von der Kirche treuhänderisch verwalteten Kirchengutes.

¹²⁸ Verfügung Nr. 69: *Ideo michi convenit, ut de quantiscumque villis sanctae basilicae domni Petri et Pauli heredis meae delegavi possidendas, ut singulos condomas de unaquaque villa qui nitidiores esse noscuntur et nos vel basilicae sanctae fideliter deserviant, volumus nomina eorum in una epistula conscribere et manu nostra firmare, ut integro relaxentur a servitio. Et ipsis una pariter cum abbate de sepulturo la mea – tam de luminario quam de cineribus meis – integra sit cura usque die ultimo vitae eorum. Tam illi quam soboles qui ex ipsis fuerant procreati in perpetuo debent cum integra diligentia deservire, et ingenuitas status illorum sub defensione ipsius abbatis debeat perpetualiter perdurare* (WEIDEMANN, ebd. S. 46). Siehe dazu auch die Erläuterungen ebd. S. 47.

¹²⁹ Dazu BORGOLTE, Freigelassene (wie Anm. 29); DERS., *Felix est homo ille, qui amicos bonos relinquit*. Zur sozialen Gestaltungskraft letztwilliger Verfügungen am Beispiel Bischof Bertrams von Le Mans (616), in: Festschrift für Berent Schwineköper zu seinem siebzigsten Geburtstag, hg. von Helmut MAURER und Hans PATZE, Sigmaringen 1982, S. 5–18; Ingrid HEIDRICH, Freilassungen als Sicherung des Totengedächtnisses im frühen Frankenreich, in: *Nomen et fraternitas*. Festschrift für Dieter Geuenich zum 65. Geburtstag, hg. von Uwe LUDWIG und Thomas SCHILP (RGA Ergänzungsband 62), Berlin u. a. 2008, S. 221–233.

¹³⁰ BORGOLTE, *Felix est homo ille* (wie Anm. 129), S. 15; DERS., Freigelassene (wie Anm. 29), S. 239–242.

¹³¹ BORGOLTE, *Felix est homo ille* (wie Anm. 129), S. 16.

¹³² Michael BORGOLTE, Einleitung, in: *Stiftungen in Judentum, Christentum und Islam vor der Moderne*. Auf der Suche nach ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieden in religiösen Grundlagen, praktischen Zwecken und historischen Transformationen, hg. von DEMS. (Stiftungsgeschichten 4), Berlin 2005, S. 9–21.

¹³³ BORGOLTE, *Felix est homo ille* (wie Anm. 129), S. 16f. Zuletzt DERS., Von der Geschichte des Stiftungsrechts zur Geschichte der Stiftungen, in: Hans LIERMANN, *Handbuch des Stiftungsrechts*. Unveränderter Nachdruck der ersten Auflage von 1963, hg. von Axel VON CAMPENHAUSEN und Christoph MECKING, Tübingen 2002, S. 13*–69*, hier S. 20f.*

Es ist vor diesem Hintergrund evident, dass sich in den erhaltenen Testamenten mit ihren letztwilligen Verfügungen der Fokus stärker auf die „soziale Gestaltungskraft“ der Freilassung verschieben musste.¹³⁴ Doch trifft dies nicht nur für die Testamente zu, deren Freilassungsverfügungen der Totenmemoria des Stifters galten, sondern es gilt für die *manumissio in ecclesia* insgesamt. Entscheidend war, dass man in merowingischer Zeit kirchlicherseits damit begann, jede in der Kirche vorgenommene Freilassung als zweckgebundene fromme Handlung zu interpretieren, die auch Auswirkungen auf die Zuteilung der Patronatsrechte haben musste. Man richtete die Perspektive darauf, dass sich die Handlungsabsichten des Rechtssubjektes rechtsschöpferisch auswirken mussten. Die *manumissio in ecclesia* wurde konsequent zu einer Handlung ausgebaut, die man in einem umfassenden rechtlich-religiösen, liturgischen und sozialen Funktionskontext sah.

Bereits in merowingischer Zeit wurde die Freilassung in der Kirche, weil sie häufig zu religiösen Zwecken erfolgte, seitens der Bischöfe als Grund dafür benutzt, den Patronat nicht nur über die freigelassenen Kirchensklaven zu fordern, sondern, was ein Novum war, über alle in der Kirche Freigelassenen – mochten diese vorher Sklaven der Kirche gewesen sein oder nicht. Anders ausgedrückt: Der Wille des Freilassers, ein frommes Werk zu tun und daher die Freilassung in einer Kirche vorzunehmen, für die der Bischof in seiner kirchenrechtlichen Kompetenz zuständig war, sollte dafür den Ausschlag geben, wem die Patronatsrechte zufielen.¹³⁵ Im Jahr 585, auf einem Konzil im burgundischen Mâcon, forderten zwei Bischöfe, dass Rechtsforderungen gegen Freigelassene, die ihren Freiheitsstatus aufgrund kirchlicher Manumission, eines Freilassungsbriefes, testamentarischer Verfügung oder von Verjährung genossen, sogar allein im bischöflichen Gericht (*iudicium episcopi*) zu verhandeln seien. Als Begründung gab man an, dass die fraglichen Freigelassenen von den Richtern bedrückt würden, weil sie der Schutzgewalt der Kirche unterstellt seien (*quia sacris sunt commendati ecclesiis*). Die anwesenden Bischöfe stimmten der Forderung zu und betonten, dass diejenigen, welche die „Schutzgewalt der unsterblichen Kirche“ (*patrocinium immortalis ecclesiae*) begehrten, gegen alle prozessrechtlichen Ränkespiele verteidigt werden sollten, wobei dem Bischof erlaubt sei, den weltlichen Richter hinzuzuziehen.¹³⁶ Die hier geltend ge-

¹³⁴ Vgl. Michael BORGOLTE, Die Stiftungen des Mittelalters in rechts- und sozialhistorischer Sicht, in: ZRG KA 74 (1988), S. 71–94, hier S. 84–86.

¹³⁵ Zu den Anfängen vgl. auch Paul ROTH, Feudalität und Untertanverband, Weimar 1863, S. 301f.

¹³⁶ 2. Konzil von Mâcon (585), c. 7: *Dum postea universo coetui secundum consuetudinem recitata innotescerent, Praetextatus et Pappolus viri beatissimi dixerunt: Decernat itaque et de miseris libertis vestrae auctoritatis vigor insignis, qui ideo plus a iudicibus affliguntur, quia sacris sunt commendati ecclesiis, ut, quas se quispiam dixerit contra eos actionis habere, non audeat eas magistratui contradere, sed in episcopi tantum iudicio, in cuius presentia litem contestans quae sunt iusticie ac veritatis, audiat. Indignum est enim, ut hii, qui in sacrosancta ecclesia iure noscuntur legitimo manumissi, aut per epistolam aut per testamentum aut per longinquitatem temporis libertatis iure fruuntur, a quolibet iniustissime inquietentur. Univerſa sacerdotalis congregatio dixit: Iustum est, ut contra calumniatorum omnium versutias defendantur, qui patrocinium immortalis ecclesiae concupiscunt et, quicumque a nobis de libertis latum decretum superbiae nisu praevaricare temptaverit, irreparabile damnationis suae sententiam feriat. Sed si placuerit episcopo, ut secum ordinarium iudicem aut quemlibet alium saecularem in audientiam arcesseret, cum libuerit, fiat, ut nullus alius audeat*

machte „Schutzgewalt der unsterblichen Kirche“, der man kommandiert war,¹³⁷ setzt den Gedanken der Unveräußerlichkeit des Kirchengutes voraus und erinnert nicht von ungefähr an die Erblichkeit der Patronatsbindung. Doch sollte der Bischof hier nicht nur als Inhaber der Patronatsgewalt, sondern auch als Gerichtsherr für die Freigelassenen zuständig sein.

Dieses kirchliche Bemühen musste auf den Widerstand vor allem der Erben des Freilassers stoßen,¹³⁸ weniger den des Freilassers selbst, denn dieser hätte seinen Sklaven ja auf andere Weise freilassen können, sofern ihm hauptsächlich daran gelegen war, seine Patronatsrechte weiterhin auszuüben;¹³⁹ folgte er hingegen seinen religiösen Wünschen und nahm die Freilassung in der Kirche vor, dann brachte ihn dies nicht selten in Konflikt mit seiner Familie, weil es einer partiellen Enterbung gleichkam.¹⁴⁰ Es wundert daher nicht, dass der kirchlichen Forderung nach Patronatsgewalt über alle kirchlich Freigelassenen in Gallien kein Erfolg beschieden war. Als die Bischöfe im Jahr 614 auf dem V. Pariser Konzil forderten, dass alle in der Kirche Freigelassenen vom Bischof verteidigt werden sollten,¹⁴¹ gab

per causas transire libertorum nisi episcopus, cuius interest, aut his, cui idem audiendum tradiderit (Concilia aevi Merovingici [wie Anm. 125], S. 167f).

¹³⁷ *Commendare* ist hier nicht als Akt der Selbstübergabe zu verstehen, sondern als vom Freilasser (beispielsweise testamentarisch) verfügte Übertragung der Patronatsgewalt über den Freigelassenen an die Kirche, vgl. dazu HEINZELMANN, Bischof und Herrschaft (wie Anm. 123), S. 56. Viele Sklaven wurden auf diese Weise unter der Bedingung freigelassen, in Zukunft der Kirche bestimmte *operae* zu leisten, vgl. ANDERSEN, *Patrocinium* (wie Anm. 48), S. 179ff.

¹³⁸ Vgl. dazu Hans HATTENHAUER, Die Entdeckung der Verfügungsmacht. Studien zur Geschichte der Grundstücksverfügung im deutschen Recht des Mittelalters (Kieler rechtswissenschaftliche Abhandlungen 9), Hamburg 1969, S. 152–155 („Exkurs 2: Die Gegner der *donatio pro salute animae*“).

¹³⁹ Skeptisch hinsichtlich einer Durchsetzung der kirchlichen Forderung äußerte sich ROTH, Feudalität (wie Anm. 135), S. 302: Niemals könne ihm zufolge die „Tendenz, die ganze Jurisdiction sich anzumassen, irgend einen praktischen Erfolg gehabt haben, da nicht einmal über Knechte und Hörige dem Herrn eine alles umfassende Jurisdiction zustand.“

¹⁴⁰ Zu einigen Hintergründen vgl. Wolfgang HARTUNG, Adel – Erbrecht – Schenkung. Zu den strukturellen Ursachen der frühmittelalterlichen Besitzübertragungen an die Kirche, in: Gesellschaftsgeschichte. Festschrift für Karl Bosl zum 80. Geburtstag, hg. von Ferdinand SEIBT, München 1988, Bd. 1, S. 417–438.

¹⁴¹ 5. Konzil von Paris (614), c. 7: *Liberti quorumque ingenuorum a sacerdotibus defensentur nec ad publicum ullatenus revocentur. Quod si ausu temerario eos inpremere voluerit aut ad publicum revocare et admonitus per pontificem ad audientiam venire neglexerit aut emendare quod perpetravit distulerit, communione privetur* (Concilia aevi Merovingici [wie Anm. 125], S. 187). Die Wendung *ad publicum revocare* bedeutet wohl sinngemäß, dass der Freigelassene dem Patronat der Kirche entzogen wurde und wieder der ‚öffentlichen‘ Rechtssphäre unterlag. – Vgl. dazu LOENING, Geschichte des deutschen Kirchenrechts, Bd. 2 (wie Anm. 78), S. 231–235, sowie Clausdieter SCHOTT, Freigelassene und Minderfreie in den alemannischen Rechtsquellen, in: Beiträge zum frühalemannischen Recht, hg. von DEMS., Bühl 1978, S. 51–72, hier S. 64: „Das Bedürfnis, ungerechtfertigte Vindikationsansprüche abzuwehren, führte zur Ausbildung eines eigenen Schutzinstituts. Hier erwies sich wiederum die Kirche als Traditionsträger des römischen Rechts, indem sie grundsätzlich und jederzeit Beistand anbot. Dabei griff sie auf den prozessualen Begriff der *defensio* zurück, der über das westgotische Breviar und die burgundische Römerlex in das fränkische Recht gelangte und damit zum Bestand des frühmittelalterlichen Freilassungsrechtes

König Chlothar II. diesem Ansinnen in dem im Anschluss an das Konzil erlassenen Pariser Edikt nur mit erheblichen Einschränkungen seine Zustimmung – entscheidend sei der genaue Inhalt der Freilassungsurkunde (*iuxta textus cartarum ingenuitatis suae*).¹⁴² Unter den Blankotexten für Freilassungen, wie sie die Formularsammlungen des 6. bis 8. Jahrhunderts überliefern, begegnen zahlreiche Formeln für Freilassungen in der Kirche, die dem Freigelassenen sogar anheimstellten, seinen Patron frei zu wählen.¹⁴³ Und eine kirchliche Freilassungsformel aus Bourges, die aus dem 8. Jahrhundert stammt, zeigt einen Freilasser, der sich ausdrücklich auf Konstantins Regelungen zur *manumissio in ecclesia* berief und bekannte, mit seiner Verfügung etwas für sein Seelenheil tun zu wollen; doch im Anschluss daran betonte er, dass das römische Recht drei verschiedene Formen der Sklavenfreilassung kenne, deren beste, diejenige zum *civis Romanus*, er im vorliegenden Fall gewählt habe, um auch die Freigelassenen und ihre Nachkommen von der üblichen Gehorsamspflicht (*libertinitatis aut patrociniatus obsequium*) auszunehmen.¹⁴⁴ Die Formel verdeutlicht, dass man in Burgund die

schlechthin wurde.“ – Justinianischer Einfluss ist hier vorstellbar. Der in Mâcon von den Bischöfen vorgebrachte Vorschlag bezog sich auf vier mögliche Formen der Freilassung: in der Kirche, durch Urkundenerteilung, testamentarisch und durch Ersitzung. Bemerkenswert ist daran, dass die Freilassung durch Urkunde (*per epistolam*) erst unter Justinian den anderen drei Formen in ihrer Rechtswirkung vollkommen gleichgestellt worden war: Cod. Iust. VII, 6, 1, (531) sowie Nov. Iust. 78 pr. (539); vgl. KASER, Das römische Privatrecht, Bd. 2 (wie Anm. 33), S. 136.

¹⁴² Pariser Edikt von 614, c. 7: *Libertus cuiuscumque ingenuorum a sacerdotibus, iuxta textus cartarum ingenuitatis suae contentis, defensandus, nec absque praesentia episcopi aut praepositi aedeclesiae esse indicandus vel ad publicum revocandus* (MGH Capit. 1 [wie Anm. 30], Nr. 9, S. 22).

¹⁴³ Vgl. bereits ROTH, Feudalität (wie Anm. 135), S. 295ff. Zur Verschiedenartigkeit der Freilassungsurkunden vgl. auch HEIDRICH, Freilassungen (wie Anm. 129), S. 228f. sowie Brigitte KASTEN, Erbrechtliche Verfügungen des 8. und 9. Jahrhunderts. Zugleich ein Beitrag zur Organisation und Schriftlichkeit bei der Verwaltung adeliger Grundherrschaften am Beispiel des Grafen Heccard aus Burgund, in: ZRG GA 107 (1990), S. 236–338, hier S. 240–244. Zu römisch-rechtlichen Vorbildern vgl. auch KASER, Das römische Privatrecht, Bd. 2 (wie Anm. 33), S. 141f.

¹⁴⁴ Formula Bituricensis Nr. 9 (*Ingenuitas*): ... *ut, quando de hac luce migravero, anima mea ante tribunal Christi veniam merear accipere, introiens in ecclesia sancti Sthefani Bitoricas in civitate, ante cornum altaris, in presencia sacerdotum ac venerabilibus adque magnificis vires, quorum numero subter tenentur adnexa, [Textlücke] vindictaque liberare servos meos his nominibus, illos et illos, de die presente de iugum servitutis mei sub constitutione bone memoriae Constantine legum imperatoris, qua sancum est, ut omnes, qui sub oculis episcoporum, presbiterorum seo et diaconibus manumittuntur, se in ecclesia sancta catholica [Textlücke]. Ita ego illi predictus servus meus, animae eorum pro animae meae de meis peccatis liberandum, ipsos eos precipio ab hac die esse bene ingenios et absolutos, ut, sive vivant, sive agant, in eorum iure et mente consistant, maneant, ubi elegerint, ambulent ubi voluerint, et nulle nulleve heredum hac proheredum meorum post hanc die nullum quicquam debeant servitium nec litimunium, nec libertinitatis aut patrociniatus obsequium eorum nec ad posteritate ipsorum non requiratur. Dum lex Romana declarat, ut, quicumque de servis suis in eis libertatem conferrae voluerit, hoc per tribus modis facire potest, ego ille in ipsos servos meos superius nominatos meliorem libertatem in ipsos pro anime peccatis meis minuandis adfirmare vellio, quia civis Romanus ipsos eos esse precipio, et secundum legum auctoritatis testamentum condere, ex testamentum sub quibuscumque personis succidere valeant, et ut civis Romani porte aperte vivant ingenui. Et quicquid de ipsos procreatum aut natum fuerit, sicut et ipsi ita et illi vivant ingenui et bene absoluti* (Formulae Merovingici et Karolini aevi, hg. von Karl ZEUMER [MGH LL Sect. V], Hannover 1886, S. 172). Zum Hintergrund dieser Formel vgl. auch Detlef LIEBS, Römische Jurispru-

römische Rechtstradition¹⁴⁵ in dem Sinne fortführte, dass die Kirchen auch dann noch Orte der Durchführung von „zivilrechtlichen“ Handlungen sein konnten, wenn letztere in frommer Absicht erfolgten. Diese Manifestation fortbestehenden römischen Rechtsdenkens mag auch eine Erklärung dafür bieten, warum in den überwiegend römischrechtlich geprägten Gebieten die vollständige Durchsetzung der radikalen kirchlichen Forderung nach Übertragung der Patronatsgewalt über alle in der Kirche Freigelassenen scheiterte.¹⁴⁶ Der „staatliche“ Rahmen blieb hier anders gezogen.¹⁴⁷

3. Der Patronat über kirchlich Freigelassene im östlichen Merowingerreich

Anders freilich war es in den östlichen Gebieten des Merowingerreiches, im austrasischen *regnum* sowie den Dukaten Alemannien und Bayern, also zusammengenommen ungefähr dem späteren Hauptverbreitungsgebiet der Zensualität.

Am deutlichsten und ausführlichsten zeigt dies der bereits erwähnte Titel *De tabulariis* in der für das Rheinland bestimmten *Lex Ribuaria* aus dem 7. Jahrhundert.¹⁴⁸ In diesem um-

denz in Gallien (2. bis 8. Jahrhundert) (Freiburger rechtsgeschichtliche Abhandlungen N. F. 38), Berlin 2002, S. 238.

¹⁴⁵ Vgl. dazu grundsätzlich Stefan ESDERS, Römische Rechtstradition und merowingisches Königtum. Zum Rechtscharakter politischer Herrschaft in Burgund im 6. und 7. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 134), Göttingen 1997. Zur späteren „privatrechtlichen“ Praxis in Burgund vgl. auch KASTEN, Erbrechtliche Verfügungen (wie Anm. 143).

¹⁴⁶ In diesem Sinne auch *Formula Avernensis* 3 und *Formula Turonensis* 12 (Formulae [wie Anm. 144], S. 30 u. 141f.). Auch in den *Leges Visigothorum* findet sich keine Äußerung zu einer Übertragung der Patronatsrechte im Falle einer *manumissio in ecclesia*: L. Vis. V, 7 [*De libertatibus et libertis*], 9 (Leges Visigothorum, hg. von Karl ZEUMER [MGH LL. nat. Germ. I, 1], Hannover 1902, S. 237f.).

¹⁴⁷ DOPSCH, Freilassung und Wirtschaft (wie Anm. 99), S. 98, hielt die freie Wahl des Schutzherrn generell für gegeben und schloss daraus, „daß die Kirche keineswegs prinzipiell die Schutzgewalt über alle Freigelassenen für sich in Anspruch genommen“ habe. Diese Aussagen müssen jedoch, wie im Folgenden gezeigt werden soll, geographisch differenziert werden.

¹⁴⁸ Siehe bereits oben Anm. 31. Die genaue Datierung der *Lex Ribuaria* ist umstritten. Gegenüber der zuletzt vertretenen Datierung in das spätere 7. Jahrhundert (vgl. Matthias SPRINGER, *Riparii* – Ribuarier – Rheinfranken nebst einigen Bemerkungen zum Geographen von Ravenna, in: Die Franken und die Alemannen bis zur ‚Schlacht bei Zülpich‘ [496/97], hg. von Dieter GEUENICH [RGA Ergänzungsband 19], Berlin u. a. 1998, S. 200–269, hier S. 224f. u. 228; differenzierend hinsichtlich späterer Redaktionen der Lex vgl. Hubert MORDEK, Die Hedenen als politische Kraft im austrasischen Frankenreich, in: Karl Martell in seiner Zeit, hg. von Jörg JARNUT, Ulrich NONN und Michael RICHTER [Beihefte der Francia 37], Sigmaringen 1994, S. 345–366, S. 359; vgl. dazu auch weiterführend Eugen EWIG, Die Merowinger und das Frankenreich, ⁴Stuttgart u. a. 2001, S. 236f.) spricht m. E. mehr für die ältere Datierung in das Jahr 633/34 anlässlich der Einrichtung des austrasischen Unterkönigtums Sigiberts III. Vgl. in diesem Sinne etwa Franz BEYERLE, Zum Kleinreich Sigiberts III. und zur Datierung der *Lex Ribuaria*, in: RhVjbl 21 (1956), S. 357–361, sowie Eugen EWIG, Die Stellung Ribuariens in der Verfassungsgeschichte des Merowingerreiches (1969), in: DERS., Spätantikes und fränkisches

fangreichen und recht kompliziert aufgebauten Text,¹⁴⁹ der m. E. als Schlüsseltext für die Entstehung der Zensualität zu gelten hat, werden das Verfahren und die Rechtsfolgen von Freilassungen in der Kirche behandelt, die mittels Übergabe von *tabulae* erfolgten¹⁵⁰ und deren Nutznießer daher als *tabularii* bezeichnet wurden. Die in der *Lex Ribuaria* genannten *tabularii* waren also nicht kirchliche, sondern in der Kirche Freigelassene,¹⁵¹ die ihre Freiheit *per tabulas* erlangten. Im vorliegenden Zusammenhang sind die allgemeinen Aussagen zum Status der *tabularii* von besonderer Bedeutung: „Auch dieses befehlen wir, dass jeder freie Ribuarier¹⁵², der für sein Seelenheil oder für einen Geldbetrag seinen Sklaven gemäß dem römischen Recht frei-

Gallien. Gesammelte Schriften (1952–1973) (Beihefte der Francia 3), Bd. 1, Zürich u. a. 1976, S. 450–503, hier S. 463–466. Ein weiteres Argument für eine Datierung in die Jahre 633/34 ist der in dieser Zeit akute Zusammenhang zwischen Treueid, Infidelität und Banngewalt, vgl. dazu Stefan ESDERS, Treueidleistung und Rechtsveränderung im frühen Mittelalter, in: Rechtsveränderung im politischen und sozialen Kontext mittelalterlicher Rechtsvielfalt, hg. von DEMS. und Christine REINLE (Neue Aspekte der europäischen Mittelalterforschung 5), Münster u. a. 2005, S. 25–62, hier S. 32f. u. 50f.

¹⁴⁹ Vgl. dazu BEYERLE, Sachkommentar (wie Anm. 31), S. 160–163. Auf Bestimmungen zur Begründung des Rechtsstandes der *tabularii* (c. 61 [58], 1–4) folgen solche, die im weitesten Sinne deren Rechtsschutz vor erneuter Versklavung zum Gegenstand haben (c. 61 [58], 5–8), wiederum gefolgt von zahlreichen Regelungen zur Eheschließung von *tabularii* beziehungsweise Angehörigen anderer nicht vollfreier Personengruppen (*homines regii*, *homines Romani*) mit freien beziehungsweise unfreien Ribuariern (c. 61 [58], 9–14 u. 19). Dabei werden ab dem Ende des zweiten Blocks die *tabularii* häufig zusammen mit anderen Personengruppen behandelt, deren Rechtsstand ihnen vergleichbar erschien, nämlich den *homines regii*, d. h. Abhängigen auf Fiskalgut, und den *homines Romani*, d. h. wohl Freigelassenen zu römischem Recht, die ebenfalls nicht als vollfrei galten (vgl. dazu BEYERLE, Sachkommentar, S. 160; in L. Rib. 64 [61] [*De libertis secundum legem Romanam*] wird die Freilassung zu *portas apertas* nach römischem Recht – im Unterschied zur Freilassung mittels *tabulae* in der Kirche – behandelt, wobei der Freigelassene hier im Fall von Kinderlosigkeit vom Fiskus beerbt werden sollte [ebd. S. 117]; vgl. dazu auch Karl ZEUMER, Ueber die Beerbung der Freigelassenen durch den Fiskus nach fränkischem Recht, in: Forschungen zur deutschen Geschichte 23 (1883), S. 189–197. – Die *tabularii* selbst wurden häufig auch den *homines ecclesiastici* zugeordnet, die *tabulariae* entsprechend den *feminae ecclesiasticae*. Die *tabularii* erscheinen somit als besondere, durch den Gesichtspunkt der Freilassung gekennzeichnete Teilgruppe innerhalb der *homines ecclesiastici*, welche man als die Gesamtheit der Abhängigkeit einer Kirche bezeichnen könnte, vgl. Ute MAASS, Die Freilassung durch Schatzwurf in den Urkunden der karolingischen, sächsischen und salischen Kaiser und Könige. Studien zur Freilassungspraxis frühmittelalterlicher Herrscher, Diss. Bochum 2007, S. 66f.

¹⁵⁰ Die römisch-rechtliche *manumissio per tabulas* war in der *Lex Romana Burgundionum* für die römische Bevölkerung des Burgunderreiches auf die *manumissio in ecclesia* bezogen worden, siehe unten Anm. 190. FABBRINI, *La manumissio in ecclesia* (wie Anm. 84), S. 110 hebt hervor, dass die Freilassung in der Kirche hier mit der *manumissio inter vivos* gleichgesetzt worden sei (im Unterschied zur *manumissio mortis causa*).

¹⁵¹ Franz BEYERLE, Die *Lex Ribuaria*. Volksrechtliche Studien I, in: ZRG GA 48 (1928), S. 264–378, hier S. 293, betonte hierzu, „daß das Wort *tabularius* seinen Sinn verengte; es bezeichnete nurmehr den unter Kirchenmunt Freigelassenen.“

¹⁵² Der lateinische Text enthält hierzu die Ergänzung *seu tabularius*, bei der es sich nach Ansicht der Herausgeber um eine spätere Zutat handelt, vgl. BEYERLE, Sachkommentar (wie Anm. 31), S. 160.

lassen möchte, diesen Sklaven zusammen mit Tafeln in der Kirche in Gegenwart von Priestern, Diakonen und dem gesamten Klerus und Volk in die Hand des Bischofs übergebe, und der Bischof soll dem Erzdiakon Anweisung geben, dass er ihm diese Tafeln gemäß dem römischen Recht, nach dem die Kirche lebt, zu beschreiben veranlasst; und sowohl er selbst als auch seine gesamte Nachkommenschaft sollen frei bleiben und dem Schutz der Kirche unterstehen und die vollständige Abgabe für ihren Rechtsstatus an die Kirche zahlen. Und niemand soll es wagen, einen mittels Tafeln in der Kirche Freigelassenen¹⁵³ vor dem König durch Schatzwurf freizulassen; wer dies tut, ist für 200 solidi schuldig zu verurteilen und nichtsdestoweniger sollen der Tabularius selbst und seine Nachkommenschaft Tabularii bleiben und die gesamten Abgaben für ihren Rechtsstatus an die Kirche entrichten; und an keinem anderen Ort als an der Kirche, wo sie freigelassen wurden, sollen sie ihren Gerichtsstand haben. Wenn aber jemand einen Tabularius beziehungsweise einen kirchlichen Mann gegen den Bischof in seine Schutzgewalt nehmen wollte, so ist er für 60 solidi schuldig zu verurteilen, und darüber hinaus soll er den Mann mit all seinen Besitzungen der Kirche zurück-erstaten – weil wir sagen, dass es verboten ist, das, was wir unlängst den Kirchen eingeräumt haben, wiederum von den Kirchen zurückzufordern. Niemand wage es, einen Kirchensklaven ohne Stellung eines Ersatzsklaven zum Freigelassenen zu machen. Ein Tabularius freilich, der ohne Kinder verstorben ist, hinterlässt niemanden anderen als die Kirche zum Erben.¹⁵⁴

Der Wortlaut des Textes lässt zunächst deutlich erkennen, dass man hier an eine Art allgemeines Privileg zugunsten der Kirchen anknüpfte (*quod dudum ecclesiae concessimus*), weshalb die Regelungen der *Lex Ribuaria* auf ein fränkisches Königsgesetz wohl Chlothars II. oder Dagoberts I. zurückgeführt worden sind.¹⁵⁵ In jedem Fall erweist sich der Passus schon sei-

¹⁵³ Dies als einmaliger Versuch einer uneleganten, aber wörtlichen Übersetzung des Wortes *tabularius*, das im Folgenden unübersetzt bleibt. Übersetzungen wie „Kirchenhörige“ u. ä. sind nicht präzise genug. – Der lateinische Text enthält an dieser Stelle den Zusatz *aut servum tabularii* – wohl erneut eine spätere Ergänzung des Textes

¹⁵⁴ *Lex Ribuaria* 61 (58) [*De tabulariis*], 1: *Hoc etiam iubemus, ut, qualiscumque francus Ribvarius [seu tabularius] servum suum pro animae suae remedium seu pro pretium secundum legem romanam liberare voluerit, ut eum in ecclesia coram presbyteris et diaconibus seu cuncto clero et plebe in manu episcopi servo cum tabulas tradat, et episcopus archidiacono iubeat, ut ei tabulas secundum legem Romanam, quam ecclesia vivit, conscribere faciat; et tam ipse quam et omnis procreatio eius liberi permaneant, et sub tuitione ecclesiae consistant vel omnem redditum status eorum ecclesiae reddant. Et nullus tabularium [aut servum tabularii] denariare ante regem praesumat. Quod si fecerit, ducentos solidos culpabilis indicetur et nihilominus ipse tabularius et procreatio eius tabularii persistent, et omnis redditus status eorum ad ecclesiam reddant; et non aliubi quam ad ecclesiam, ubi relaxati sunt, mallum teneant. 2. Quod si quis tabularium seu ecclesiasticum homine contra episcopum defensare voluerit, 60 solid. culpabilis indicetur, et insuper hominem cum omnibus rebus suis ecclesiae restituat. Quia illicitum esse dicimus, quod dudum ecclesiis concessimus, iterum ab ecclesiis revocare. 3. Nemo servum ecclesiasticum absque vicarium libertum facere praesumat. 4. Tabularius autem, qui absque liberis discesserit, nullum alium quam ecclesiam relinquat heredem* (*Lex Ribuaria* [wie Anm. 31], S. 108–110; dt. Übers.: S. E.). Die möglicherweise interpolierten Passagen sind in eckige Klammern gesetzt und in der oben gegebenen Übersetzung ausgespart worden.

¹⁵⁵ Vgl. dazu die – im Anschluss an Studien Rudolph SOHMS verfassten – Beiträge von Franz BEYERLE, *Die Lex Ribuaria* (wie Anm. 151), hier S. 282–285 u. 293, DERS., *Das Gesetzbuch Ribvariens*. Volksrechtliche Studien III, in: ZRG GA 55 (1935), S. 1–80, hier S. 27–39 mit Hinweisen auf mögliche Interpolationen im Text. Wie es scheint, wurden hier teilweise Regelungen des Fiskus auf das

ner sprachlichen Form nach als herrscherlicher Erlass, der materiell die römische Rechtspraxis fortzusetzen vorgab. Ausdrücklich wurde in der Bestimmung daher betont, dass es sich bei der Freilassung *per tabulam* um eine Praxis des römischen Rechts handelte, die in Ribuarien von den Kirchen anzuwenden war, da die Kirche, wie mehrfach hervorgehoben wurde, nach römischem Recht lebte (*ecclesia vivit lege Romana*).¹⁵⁶ Ungeachtet solcher römischer Kontinuitäten in der rechtsförmlichen Durchführung der *manumissio in ecclesia* werden in der rheinfränkischen *Lex Ribuarica* jedoch neuartige Vorstellungen zur Patronatsgewalt erstmals in Gestalt allgemeiner Rechtssätze greifbar. Der in der Kirche freigelassene *tabularius* wurde mitsamt seinen Kindern frei, jedoch verblieben er und seine Kinder Zeit ihres Lebens unter dem Schutz (*tuitio, mundeburdum*) der Kirche, in der die Freilassung erfolgt war. Das eigentlich Auffällige ist, dass mit solchen Rechtswirkungen ausgestattete Freilassungen alternativ zum Seelenheil (*pro animae suae remedium*) oder gegen die Zahlung eines Geldbetrages (*pro precio*)¹⁵⁷ vorgenommen werden konnten, was bedeutet, dass auch dort, wo das Seelenheil nicht die entscheidende Motivation der Freilassung darstellte, die Patronatsgewalt an die Kirche übergehen sollte, in der die Freilassung erfolgt war. Auch statusbezogene Abgaben (*omnis redditus status eorum*) der *tabularii* erwähnt der Text, freilich ohne sie näher zu spezifizieren: Jedenfalls sollten sie in vollem Umfang der Kirche zufallen, die zugleich Gerichtsort der *tabularii* sein würde. Da diese Abgaben aufgrund der Rechtsstellung (*status*) zu zahlen waren, wird man kaum fehlgehen, hinter der Wendung die charakteristischen Freigelassenenabgaben zu vermuten. Auch über das Erb- und Eheerrecht des *tabularius* geben die Bestimmungen Auskunft: Er konnte Vermögen an seine Kinder weitergeben; hatte er keine Kinder, gab es kein Erbrecht weiterer Verwandter, etwa in seitlicher Linie, sondern das Erbe fiel an die Kirche.

Konstitutiv für das Verständnis des Titels ist weiterhin die parallele Behandlung von *tabularii* und *homines regii*. Beide galten als patronatsabhängig, weshalb der Versuch, einen *tabularius* oder einen *homo regius* unter eine andere Schutzgewalt zu zwingen, in beiden Fällen mit dem Königsbann bedroht wurde, wie es in einem späteren Einschub des Titels heißt: „*Sollte jemand einen Angehörigen königlichen Gutes (homo regius), sowohl Mann als auch Frau, von der Schutz-*

Kirchengut und die darauf ansässigen abhängigen Personen übertragen; man stellte also Kirchen- und Fiskalgut bis zu einem gewissen Grad einander gleich, siehe auch oben Anm. 123. – Das Verbot, einen Kirchensklaven ohne Eintauschen eines Ersatzsklaven freizulassen, entstammte hingegen der römischen Kolonengesetzgebung und fand Eingang in die mittelalterliche Kirchenrechtstradition. Vgl. dazu LOENING, Geschichte des deutschen Kirchenrechts, Bd. 2 (wie Anm. 78), S. 229 m. Anm. 2 u. 4, sowie die unten Anm. 368 aufgeführte Literatur.

¹⁵⁶ Vgl. dazu Carl Gerold FÜRST, *Ecclesia vivit lege Romana?*, in: ZRG KA 61 (1975), S. 17-36, der auch die Grenzen der Fortführung römischer Rechtstraditionen innerhalb der Kirche beleuchtet. Gesamtüberblick zum Thema jetzt bei Harald SIEMS, Zum Weiterwirken römischen Rechts in der kulturellen Vielfalt des Frühmittelalters, in: *Leges – gentes – regna*. Zur Rolle von germanischen Rechtsgewohnheiten und lateinischer Schrifttradition bei der Entstehung der frühmittelalterlichen Rechtskultur, hg. von Gerhard DILCHER und Eva-Maria DISTLER, Berlin 2006, S. 231–256.

¹⁵⁷ Also durch Freikauf, wie BEYERLE, Sachkommentar (wie Anm. 31), S. 160 mit Recht betont.

gewalt des Königs fortreißen, ist er für 60 solidi schuldig zu verurteilen. In gleicher Weise werde jener, der eine Tabularia beziehungsweise eine kirchliche Frau oder (auch) einen (kirchlichen) Mann von der Schutzgewalt der Kirche fortreißt, zur Zahlung von 60 solidi für schuldig verurteilt. Und nichtsdestotrotz soll deren Nachkommenschaft zur Schutzgewalt des Königs beziehungsweise der Kirche zurückkehren.¹⁵⁸ Wie den kinderlosen *homo regius* der Fiskus, so sollte den kinderlosen *tabularius* die Kirche beerben,¹⁵⁹ und auch in den gleich zu behandelnden eherechtlichen Bestimmungen erscheinen sie als einander weitgehend gleichgestellt.

Diese außergewöhnlich scharfe Sanktionierung mit dem Königsbann von 60 *solidi* unterstreicht in aller Deutlichkeit, dass man das Vergehen als äußerst gravierend einstuft beziehungsweise offenbar mit erheblichem Widerstand rechnete. Darauf deuten auch die Regelungen hin, die getroffen wurden, den *tabularius* vor einer allzu einfachen Rückforderung (wohl vor allem durch die Erben des Freilassers) zu schützen: „Wenn aber jemand die von den Händen der Bischöfe beziehungsweise Kleriker bekräftigten Tafeln anzufechten beabsichtigt, dann soll der Erzdiakon mit den Zeugen, welche die Tafeln bekräftigt haben, vor den Bischof oder den König treten, damit die Zeugen sagen, was sie wissen. Wenn aber jener, der den Rechtsstreit anstrengt, nicht Ruhe geben will, dann sollen die Tafeln in Gegenwart eines Richters durchbohrt werden, und der Erzdiakon soll sogleich durch einen Eid Sicherheit geben, dass er nach sieben Nächten als siebter mit den Zeugen selbst, welche die Tafeln unterschrieben haben, beschwören wird, dass der Tabularius nach römischem Recht auf rechtmäßige Weise zum Freigeborenen freigelassen worden sei. Und daraufhin soll jener, der den Rechtsstreit anstrengte, sogleich gezwungen werden, sich vor dem Richter einzufinden, und zur Zahlung von 100 solidi an die kirchliche Seite für schuldig verurteilt werden, und einem jeden der Zeugen soll er zur Zahlung von 15 solidi und dem Erzdiakon von 45 solidi für schuldig verurteilt werden, und nichtsdestotrotz sollen die Tafeln unverbrüchlich gültig bleiben. Wenn aber der Erzdiakon das Gesagte zu erfüllen verschmäht und den Urheber, der jenen als Freigeborenen entließ, nicht finden sollte, dann soll dieser Erzdiakon dafür Sorge tragen, den Tabularius mit 45 solidi und mit all seinem Besitz dem eigentlichen Herrn zurückzugeben, und ein jeder der Zeugen soll zu(r Zahlung von) dreimal 5 solidi für schuldig verurteilt werden. Hat jedoch der Urheber der Freilassung ihn freigeboren gemacht, so soll derjenige, der den Rechtsstreit anstrengte, die gleiche Geldstrafe erleiden, wie wir sie oben niederschreiben befahlen, und darüber hinaus soll er von den Schwellen der Kirche solange zurückgewiesen werden, bis er seinem Bischof Genugtuung leistet.“¹⁶⁰

¹⁵⁸ Lex Ribuariorum 61 (58) [De tabulariis], 12. *Quod si quis hominem regium tam baronem quam feminam de mundeburde regis abstulerit, sexaginta solidos culpabilis indicetur.* 13. *Similiter et ille, qui tabulariam vel ecclesiasticam feminam seu baronem de mundeburdo ecclesiae abstulerit, sexaginta solidos culpabilis indicetur. Et nihilominus generatio eorum ad mundeburdo regis seu ecclesiae revertatur* (Lex Ribuariorum [wie Anm. 31], S. 112; dt. Übers.: S. E.; in diesem Sinne auch L. Rib. 39 [35], 3, ebd. S. 92). Noch schärfer, nämlich mit einer Buße von 200 *solidi*, wurde die Freilassung eines *tabularius* durch Schatzwurf sanktioniert und damit einem hochverräterischen Delikt angenähert. Zur Freilassung durch Schatzwurf und zur Rolle des Königs dabei vgl. Heinrich BRUNNER, Die Freilassung durch Schatzwurf, in: Historische Aufsätze dem Andenken an Georg Waitz gewidmet, Hannover 1886, S. 55–72, sowie MAASS, Die Freilassung (wie Anm. 149).

¹⁵⁹ Vgl. dazu ZEUMER, Ueber die Beerbung (wie Anm. 149).

¹⁶⁰ Lex Ribuariorum 61 (58) [De tabulariis], 5: *Quod si quis tabulas episcoporum manibus seu clericorum roboratas intrumpere voluerit, tunc archidiaconus cum testibus, qui tabulas roboraverunt, ante episcopum vel regem accedat, ut testes*

Da Freilasser und Patron des Freigelassenen per definitionem nicht identisch sein konnten, musste sich im Falle einer Anfechtung der Freilassung, die durch den Freilasser selbst oder durch Dritte erfolgen konnte, das vorgeschriebene Procedere verschieben. Das erbrachte eidliche Zeugnis der an dem Freilassungsakt in der Kirche beteiligten Kleriker konnte jede Anfechtung der Freilassung abweisen und legte dem Kontrahenten im Gegenzug die Verpflichtung auf, hohe Bußsummen jeweils an die Kirche als Patronin und an die von ihm zu Unrecht der Falschaussage bezichtigten Zeugen zu zahlen.¹⁶¹ Weigerte sich dieser, dem Bischof mit den *ad partem ecclesiae* zu zahlenden 100 *solidi* Genugtuung zu leisten, so sollte er bis zur Erfüllung dieser Auflagen exkommuniziert werden. Die Regelung zeigt das Ineinandergreifen von weltlichen und kirchlichen Verfahren und Sanktionsmechanismen, um die Kirche, die nun als Patronatsherrin in ganz anderer Weise angreifbar wurde, in ihrem Rechtsanspruch zu schützen: Hohe Geldstrafen gekoppelt mit der Exkommunikation sollten eine abschreckende Wirkung entfalten.

Ein dritter und letzter Themenblock des Titels schließlich galt dem Statusrecht der *tabularii* mit Blick auf Eheschließung und Kinder: „Wenn aber ein *Tabularius* eine königliche oder kirchliche Unfreie oder die Unfreie eines *Tabularius* mit sich in einer Ehe vereinigt, so soll er selbst mit dieser Sklave bleiben. [...] Wenn aber eine *Tabularia* dies tun sollte, so sollen sie selbst und ihre Nachkommenschaft in dessen Unfreiheit herabgebengt werden. Wenn aber ein *Tabularius* eine unfreie *Ribuarierin* (zur Frau) annimmt, so soll nicht er selbst, aber seine Nachkommenschaft unfrei sein. In gleicher Weise soll auch eine *Tabularia* oder eine königliche oder eine römische Frau, wenn sie einen unfreien *Ribuariier* (zum Mann) annimmt, nicht selbst, sondern ihre Nachkommenschaft unfrei sein. Wenn ein kirchlicher, römischer oder königlicher Mann eine freigeborene *Ribuarierin* (zur Frau) annimmt, oder wenn eine römische oder königliche Frau oder eine *Tabularia* einen freigeborenen *Ribuariier* zur Ehe annimmt, soll deren Nachkommenschaft immer zum schlechteren (Rechtsstand) herabgebengt werden. [...] Wenn aber ein *Ribuariier* eine Unfreie des Königs, eine kirchliche Unfreie oder die Unfreie eines *Tabularius* mit sich vereint, soll nicht er selbst, sondern dessen Nachkommenschaft unfrei sein.“¹⁶²

quod sciunt dicant. Quod si ille, qui causam prosequitur, adquiescere noluerit, tunc tabulae in praesentia iudicis perforentur, et archidiaconus in praesentia sacramentum fides faciat, ut sibi septimus super noctes septem coniuret cum ipsis testibus, qui tabulas subscripserunt, quod ipse tabularius secundum legem Romanam legitime fuisset ingenuus relaxatus. Et tunc ille, qui causam prosequitur, in presente constringatur, ut se ante iudicem representet, et ad partem ecclesiae centum solidos culpabilis indicetur, et unicuique de testibus 15 solidi. et archidiacono 45 solidi. culpabilis indicetur, et nihilominus tabulae stabiles permaneant. 6. Quod si archidiaconus ista adimplere contempserit et auctorem, qui eum ingenuum dimisit, non invenerit, tunc tabularium ipse archidiaconus cum quadraginta quinque semissolidis et cum omnibus rebus suis proprio domno studeat reformari, et unusquisque de testibus ter quinos semissolidis culpabilis indicetur. 7. Quod si auctor dimissionis eum ingenuum fecerit, cause prosecutor simili multa sustineat, sicut superius conscribere iussimus, et insuper ecclesiae liminibus repellatur, usque dum proprio episcopo satisfaciat (Lex Ribuararia [wie Anm. 31], S. 110f.; dt. Übers.: S. E.).

¹⁶¹ Vgl. BEYERLE, Sachkommentar (wie Anm. 31), S. 162.

¹⁶² Lex Ribuararia 61 (58) [*De tabulariis*], 9: *Si autem tabularius ancillam regiam aut ecclesiasticam seu ancillam tabularii in matrimonium sibi sociaverit, ipse cum ea servus permaneat. [...] Quod si tabularia hoc fecerit, ipsa et generatio eius in servitio inclinetur. 10. Si autem tabularius ancillam Ribvariam acceperit, non ipse, sed generatio eius serviat.*

Obwohl diese Bestimmungen die Eheschließung der *tabularii* behandeln, geht es in ihnen nicht um das Ehekonsensrecht des Patrons; dieses war bereits im Patronatsrecht enthalten¹⁶³ und musste wohl nicht eigens erwähnt werden. Die Bestimmungen zur Eheschließung sind daher auch nicht „zivilrechtlicher“ Natur, sondern haben deutlich standesrechtlichen Charakter; sie erweisen sich darin einem anderen Strang der römischen Rechtstradition verpflichtet, nämlich dem (erst im Mittelalter so bezeichneten) Grundsatz der „ärgeren Hand“.¹⁶⁴ Dieses Prinzip findet sich in der spätrömischen Gesetzgebung wiederholt angewandt, um die rechtlichen Trennlinien innerhalb der Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Bekanntlich hat man in der Spätantike immer stärker versucht, Eheschließungen unter standesverschiedenen Personen gesetzlich zu erschweren, indem aus solchen Verbindungen hervorgegangenen Kindern lediglich der Rechtsstatus des schlechter gestellten Ehepartners zugewiesen wurde. Die Bestimmungen zum Prinzip der ärgeren Hand zielten dahin, unstandesgemäße Heiraten zu unterbinden, und trugen einen ausgeprägten sozialkonservativen Charakter: Wenigstens implizit unterstellten sie, dass der Patron kein Interesse an einer unstandesgemäßen Heirat seiner Freigelassenen haben konnte, argumentierten aber vor allem damit, dass solche Eheschließungen dem gemeinen Nutzen widersprächen. Im Rheinland des 7. Jahrhunderts bedeutete die Anwendung dieses Prinzips auf die kirchlich Freigelassenen, dass ein freigelassener *tabularius*, der eine unfreie Frau heiratete, sogleich seine Freiheit wieder verlieren sollte. Die Trennung von der unfreien Herkunftsgruppe des Freigelassenen sollte durch solche Bestimmungen vermutlich gefördert werden. Heiratete der *tabularius* dagegen eine Freie, so sollten etwaige Nachkommen einer solchen ständisch gemischten Ehe den schlechteren Status (*ad inferiora*) erhalten. Diese Regelungen dienten offenbar dem Ziel, den Rechtsstatus der *tabularii* zwischen Unfreiheit und völliger Freiheit zu verfestigen und ein eigenes Milieu zu schaffen, innerhalb dessen die *tabularii* leben und sich fortpflanzen sollten. Sie sind daher als Weiterentwicklungen römischrechtlicher Standesgesetze im Hinblick auf eine Personengruppe zu verstehen, die erst im 7. Jahrhundert eine festere rechtliche Kontur erhielt: die in der Kirche Freigelassenen, die regelmäßig unter den Patronat der sie freilassenden Kirche traten, und die man daher mit Recht zu den unmittelbaren Vorläufern der Zensualen rechnen darf.¹⁶⁵

Similiter et tabularia vel regia aut Romana femina, si servum Ribvarium acciperit, non ipsa, sed generatio eius serviat. 11. Si ecclesiasticus, Romanus vel regius homo ingenuam Ribvariam acciperit, aut si Romana vel regia seu tabularia ingenuum Ribvarium in matrimonium acciperit, generatio eorum semper ad inferiora declinentur. [...] Et nihilominus generatio eorum ad mundeburdo regis seu ecclesiae revertatur. 14. Si autem Ribvarius ancillam regis seu ecclesiasticam vel ancillam tabularii sibi sociaverit, non ipse, sed procreatio eius serviat (Lex Ribuarum [wie Anm. 31], S. 111–114; dt. Übers.: S. E.).

¹⁶³ Siehe oben bei Anm. 48–60.

¹⁶⁴ Vgl. dazu Wulf Eckart VOSS, Der Grundsatz der „ärgeren Hand“ bei Sklaven, Kolonen und Hörigen, in: Römische Recht in der europäischen Tradition. Symposium aus Anlaß des 75. Geburtstages von Franz Wieacker, hg. von Okko BEHREND, Malte DIESELHORST und DEMS., Ebelsbach 1985, S. 117–184, der auch die Rezeption dieses Rechtsprinzips bis in die Neuzeit weiterverfolgt.

¹⁶⁵ In diesem Sinne bereits DOLLINGER, Der bayerische Bauernstand (wie Anm. 3), S. 305.

Was die in der *Lex Ribuaria* enthaltenen Bestimmungen *De tabulariis* letztlich für deren Herausbildung als Gruppe bedeuteten, wird vollends deutlich, wenn man den Titel *De libertis secundum legem Romanam* hinzunimmt. Aufgrund dieser Überschrift sollte man eigentlich erwarten, dass eine ähnliche Regelung wie bei den *tabularii* getroffen wurde, die sich ja explizit auf römisches Recht berief. Tatsächlich ging es hier jedoch um die Freilassung zum *civis Romanus*: „Wenn jemand seinen Sklaven zu einem Freigelassenen und römischen Bürger macht und ihm ‚offene Tore‘ niedergeschrieben hat, so soll dieser, wenn er kinderlos verstirbt, niemand anderen als den Fiskus zum Erben haben. Wenn er jedoch ein Verbrechen begeht, soll er gemäß dem römischen Recht verurteilt werden. Und wenn einer ihn tötet, so soll er mit hundert *solidi* bestraft werden. Wenn aber dessen Herr ihn vor dem König durch Schatzwurf freilassen möchte, habe er die Erlaubnis dazu.“¹⁶⁶ Der Kontrast zur Freilassung *per tabulam* ist deutlich: Die in der Kirche aus frommen Gründen vorgenommene Freilassung verschuf nicht mehr die römische *civitas* – obwohl sie sich auf römisches Recht berief und genau dies das Anliegen Konstantins gewesen war, als er die *manumissio in ecclesia* als Weg zur Erlangung des römischen Bürgerrechts eröffnete. Das Gegenteil war der Fall: Nach der *Lex Ribuaria* verschloss die kirchliche Freilassung vielmehr den Freigelassenen ausdrücklich die Möglichkeit, die römische oder eine weitergehende Bürgerfreiheit zu erhalten, indem sie diese für immer der Patronatsgewalt der freilassenden Kirche unterstellte. Wer kirchlich freigelassen wurde, konnte nicht mehr zum römischen Bürger werden. Konsequenterweise wurde es daher in der früher zitierten Passage der *Lex Ribuaria* streng untersagt, einen *tabularius* durch Schatzwurf vor dem König die volle Freiheit zu vermitteln, während genau dies im Fall einer Freilassung in die *civitas Romana* möglich sein sollte: „offene Tore“ (*portae apertae*) standen für eine weitreichende Bewegungsfreiheit mit vergleichsweise geringer Patronatsabhängigkeit.¹⁶⁷ Damit waren also in Ribuarien *civitas Romana* und Freilassung in der Kirche vollkommen voneinander getrennt und gleichsam auf zwei verschiedene Gleise verschoben worden, die den derart Freigelassenen und ihren Nachkommen völlig unterschiedliche Zukunftsperspektiven eröffneten.¹⁶⁸ Man wird dies als nahe-

¹⁶⁶ *Lex Ribuaria* 64 (61) (*De libertis secundum legem Romanam*), 1. *Si quis servum sum libertum fecerit et civem Romanam portasque apertas conscripserit, si sine liberis discesserit, non alium quam fiscum habeat heredem.* 2. *Quod si aliquid criminis amiserit, secundum legem Romanam iudicetur. Et qui eum interfecerit, centum solidos multetur.* 3. *Quod si dominus eius ante rege dinariari voluerit, licentiam habeat* (*Lex Ribuaria* [wie Anm. 31], S. 117; dt. Übers.: S. E.).

¹⁶⁷ Dazu ZEUMER, Ueber die Beerbung (wie Anm. 149), S. 196 sowie Ulrich STUTZ, Das Wergeld des *Romanus* nach den fränkischen Volksrechten, in: DERS., ‚Römerwergeld‘ und ‚Herrenfall‘. Zwei kritische Beiträge zur Rechts- und Verfassungsgeschichte der fränkischen Zeit (Abhandlungen der Preussischen Akademie der Wissenschaften 1934, Phil-hist. Kl. 2), Berlin 1934, S. 4–48, hier S. 43 Anm. 3 mit weiteren Belegen. – Zum Verbot, *tabularii* vor dem König durch Schatzwurf freizulassen, siehe oben Anm. 154.

¹⁶⁸ Beides waren Fortsetzungen römischer Rechtstraditionen, aber das besagte letztlich nichts mehr vor dem Hintergrund, dass die zivile Tradition der *civitas Romana* aus der Kirche ausgegliedert und der einfache Freigelassene (*cartularius*) künftig im Fall seiner Erbenlosigkeit vom Fiskus beerbt wurde. Während der Fiskus damit Patronatsrechte über alle zu römischem Bürgerrecht Freigelassenen erhielt

liegende Möglichkeit in Betracht ziehen dürfen, da in Ribuarien der römische Bevölkerungsanteil geringer war. Es zeigt jedoch vor allem, in welchem Maße die Stellung der Kirchen durch eine solche Regelung aufgewertet wurde.

Die in der *Lex Ribuarica* greifbare Sonderbehandlung der in einer Kirche Freigelassenen lässt sich anhand einzelner Spuren jedoch auch für weitere Gebiete des östlichen Frankenreiches nachweisen, beispielsweise für das alamannische Herzogtum. In der *Lex Alamannorum*, deren Bestimmungen in das 7. oder frühe 8. Jahrhundert zu datieren sind, findet sich die Regelung, dass im Fall der Tötung eines Freigelassenen, der mittels Urkunde (*per cartam*) freigelassen worden war, das Wergeld an dessen Kinder zu zahlen war; war er hingegen in einer Kirche freigelassen worden, so war das gesamte Wergeld, welches die Hälfte eines Freienwergeldes ausmachte, an die Kirche zu entrichten.¹⁶⁹ Das bedeutet jedoch nichts anderes, als dass auch im alamannischen Bereich kraft eines allgemeinen Rechtssatzes der Kirche die volle Patronatsgewalt über alle einstigen *servi* übertragen war, sofern diese in einer Kirche freigelassen worden waren.¹⁷⁰ Ein St. Galler Freilassungsformular, wohl aus dem 9. Jahrhundert, in dem kürzlich schon Ingrid Heidrich mit Recht „eine klare Vorstufe der aus dem Hochmittelalter wohl bekannten Zensualität“ erkannt hat,¹⁷¹ verband die Freilassung von 50 *mancipia* mit der Auflage, dass die Freigelassenen mitsamt ihren Nachkommen gegen einen jährlichen Kopfzins von zwei Denaren dem Schutz des Klosters unterstehen sollten.¹⁷² In einem 861/62 zu datierenden Immunitätsprivileg für ein zu St. Gallen gehöriges Kloster unterstrich Ludwig II. kraft königlicher Autorität, dass *tributarii vel censuales*, die ihr Vermögen der Kirche übertragen hatten, auf ewig dem Schutz dieser Kirche unterstehen und daher aus der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichtsbarkeit ausgegliedert sein soll-

– auch das ein eklatanter Bruch mit der römischen Rechtstradition –, wurden die Kirchen zum Patron aller kirchlich Manumittierten.

¹⁶⁹ L. Alam. 17: *De liberis qui ecclesiam dimissi sunt liberi vel per cartam libertatem acceperit, si occiduntur, LXXX solidi solvantur ad ecclesia vel a filiis eius* (Leges Alamannorum, hg. von Karl LEHMANN und Karl August ECKHARDT [MGH LL nat. Germ. V, 1], Hannover 21966, S. 79); dazu SCHOTT, Freigelassene (wie Anm. 141), S. 56.

¹⁷⁰ Zum Verhältnis von kirchlichem Patronat und den Zinszahlungen Freigelassener vgl. jedoch auch Michael BORGOLTE, Gedenkstätten in St. Galler Urkunden, in: Memoria. Der geschichtliche Zeugniswert des liturgischen Gedenkens im Mittelalter, hg. von Karl SCHMID und Joachim WOLLASCH (Münstersche Mittelalter-Schriften 48), München 1984, S. 578–602, hier S. 584–587, der betont, dass „Muntwahl und Zinsverpflichtung auseinanderfallen konnten“ (S. 586).

¹⁷¹ Vgl. HEIDRICH, Freilassungen (wie Anm. 129), S. 229f.

¹⁷² Collectio Sangallensis Salomonis III. tempore conscripta Nr. 16 (*Carta libertatis*): *decevi, ut mancipia mea numero 50 ... ea conditione libertati condono, ut absque ullius, etiam filii mei, contradictione sibi vivant et Deo, sibi laborent, pergant quo eis libuerit, serviant quibus voluerint, liberi, quasi de ingenuis et nobilissimis Alamannis sint geniti. Et ut hoc firmitus possit consistere, et alicubi municipatum (= mundeburdum) habeant et tutelam, volo, ut singula de capite suo et omnis progenies eorum 2 denarios ad monasterium sancti ill. in quocumque pretio die dominico pentecostes persolvant, nisi tantum, legitimo eos incommodo prepediente, statuto die id non potuerint implere* (Formulae [wie Anm. 144], S. 406).

ten.¹⁷³ Dies dokumentiert den im 9. Jahrhundert bereits weiter fortgeschrittenen Stand der Entwicklung.

Für Bayern, eines der Hauptverbreitungsgebiete der hochmittelalterlichen Zensualität, erfolgte allem Anschein nach erst durch die Neuchinger Dekrete Herzog Tassilos III. von 772 eine grundsätzliche Regelung, welche der zitierten in der *Lex Alamannorum* entsprach:¹⁷⁴ Den in einer Kirche Freigelassenen und ihren Nachkommen wurde die Freiheit garantiert, sofern sie nicht einen solchen Schaden anrichteten, dessen Bußzahlung ihr Vermögen überstieg; im Falle ihrer Tötung sollte das fällige Wergeld an diejenige Kirche gehen, in der sie freigelassen worden waren.¹⁷⁵ Auch hier wurde also aus der kirchlichen Freilassung wie selbstverständlich die kirchliche Patronatsgewalt gefolgert, die sich in der vollen Wergeldberechtigung der Freilassungskirche äußerte. Diese Regelung erfolgte nicht bereits in der *Lex Baiuvariorum* aus dem 7. oder früheren 8. Jahrhundert,¹⁷⁶ sondern erst im Kontext der Kirchengesetzgebung des spätagilolfingischen Herzogtums. Die Neuchinger Dekrete stellen gewissermaßen ein „Herzogskapitular“ zur Novellierung der *Lex Baiuvariorum* dar und sind deswegen auch gemeinsam mit dieser überliefert.¹⁷⁷ Dies vermag vielleicht auch zu erklären, warum sich die Zensualität erst mit einer „Verspätung“ von 100 Jahren von Westen kommend in Bayern stärker ausbreitete.¹⁷⁸

Die urkundliche Quellenüberlieferung zur Zensualität kennzeichnet bis ins Hochmittelalter, dass am meisten über Zensualen zum Zeitpunkt ihrer Freilassung und Übergabe be-

¹⁷³ Siehe unten Anm. 268.

¹⁷⁴ Zu letzterer vgl. SCHOTT, Freigelassene (wie Anm. 141), S. 58f.

¹⁷⁵ Konzil von Neuching a. 772, c. 8–10: *Ut hi qui ducali manu liberi dimissi sunt, ad eadem cogantur iudicia quae Baiuvarii urteila dicunt. Ut qui in ecclesiam libertatem conquirebant, deinceps tam ipsi quam eorum posteritas in secura libertate permaneant nisi forte ipse sibimet insolubile damnum inferent quod componere minime quiverit. Qui ex his occiderint, precium eius his solvatur ecclesiis, ubi liberi dimissi fuerint* (Concilium Neuchingense, in: *Concilia aevi Karolini*, hg. von Albert WERMINGHOFF [MGH Conc. II], Hannover 1906, Bd. 1, Nr. 16, S. 98–105, hier S. 101).

¹⁷⁶ Zur Entstehungszeit der Bayernlex vgl. Peter LANDAU, Die *Lex Baiuvariorum*. Entstehungszeit, Entstehungsort und Charakter von Bayerns ältester Rechts- und Geschichtsquelle (Sitzungsberichte der Bayerischen Akad. d. Wiss., Phil.-hist. Kl., 2004, H. 3), München 2004; Eva SCHUMANN, Entstehung und Fortwirkung der *Lex Baiuvariorum*, in: *Leges – gentes – regna*. Zur Rolle von germanischen Rechtsgewohnheiten und lateinischer Schrifttradition bei der Entstehung der frühmittelalterlichen Rechtskultur, hg. von Gerhard DILCHER und Eva-Maria DISTLER, Berlin 2006, S. 291–320; Harald SIEMS, Das Lebensbild der *Lex Baiuvariorum*, in: Rechtssetzung und Rechtswirklichkeit in der bayerischen Geschichte, hg. von Hans-Joachim HECKER, Reinhard HEYDENREUTHER und Hans SCHLOSSER (Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte. Reihe B, Beiheft 30), München 2006, S. 29–73. Die jüngere Forschung tendiert zum 8. Jahrhundert, doch scheinen mir nicht alle Argumente für das 7. Jahrhundert widerlegt zu sein.

¹⁷⁷ Vgl. dazu Hans-Georg HERMANN, Art. „Decreta Tassilonis“, in: HRG² 1 (2008), Sp. 935f.

¹⁷⁸ Vgl. DOLLINGER, Der bayerische Bauernstand (wie Anm. 3), S. 306f. u. 344. Auch für die westfälische Wachszinsigkeit ist ein Import aus den westlichen Gebieten des Karolingerreiches angenommen worden, vgl. BREBAUM, Das Wachszinsrecht (wie Anm. 3), S. 16.

ziehungsweise später ihres Selbsteintrittes¹⁷⁹ zu erfahren ist. Aus diesem Grund ist die Begründung des Zensualenstatus quantitativ deutlich überdokumentiert, während Zensualen in der zweiten oder dritten Generation und überhaupt die Gesamtheit aller Zensualen eines Klosters oder Stifts zahlenmäßig erst in den hochmittelalterlichen *libri censualium* sichtbar werden.¹⁸⁰ Vor diesem Hintergrund erhalten die behandelten generellen Aussagen der merowingischerzeitlichen Leges und der karolingischen Kapitularien ein besonderes Gewicht. Die Bestimmungen der *Lex Ribuaria* zu den *tabularii* und zum Prinzip der ärgeren Hand¹⁸¹ etwa zeigen, dass man noch lange nach dem Vorbild und in schrittweiser Modifikation römisch-rechtlicher Regelungen den Status der *tabularii* und *cartularii* für größere Regionen wie Austrasien mittels genereller Normen zu regeln suchte. Dies und die entsprechenden Regelungen für Bayern und Alemannien erklären m. E. erst die relative Einheitlichkeit der Zensualität – ohne dass mit dieser Feststellung die vielfältigen lokalen Ausdifferenzierungen, die seit dem 10. Jahrhundert zu beobachten sind, geleugnet werden sollen. Und Regino von Prüm zitierte, als er in seinem Sendhandbuch das Verbot der Klerikerweihe Unfreier erläuterte, das Gesetz Konstantins zur *manumissio in ecclesia* sowie die *Lex Ribuaria*-Bestimmung über die *tabularii*, um zu betonen, dass nach weltlichem Recht (*secundum legem mundanam*) eine seelheilstiftende Wirkung der Freilassung nur eintrete, wenn sie in der Kirche stattfindet und die Freigelassenen dem *patrocinium* dieser Kirche überantwortetete.¹⁸²

Letztlich war diese Entwicklung, die sich auf das römische Recht berief, zumindest was die Patronatsgewalt anging, gerade eine deutliche Abkehr vom römischen Recht, insofern die Freilassung in der Kirche als religiöser Akt in die Hand des Bischofs mit Rechtsfolgen konzipiert wurde, die dem religiösen Ort, an dem die heilige Handlung vorgenommen worden war, zugute kamen. In der regelmäßigen Übertragung der Patronatsgewalt auf die Freilassungskirche lag also die eigentlich neue Qualität des Erreichten, die von den stärker romanisierten Verhältnissen im Süden und Südwesten des Frankenreichs¹⁸³ und entsprechend von denjenigen in Churrätien¹⁸⁴ oder auch im Langobardenreich¹⁸⁵ abwich.

¹⁷⁹ Siehe unten bei Anm. 245–252.

¹⁸⁰ Siehe unten Anm. 283–289 u. 332.

¹⁸¹ Siehe oben Anm. 154, 158, 160 u. 162.

¹⁸² Regino von Prüm, Sendhandbuch I, 416–418: *Non solum autem, qui ad clericatus ordinem promovendi sunt, in ecclesia manumittendi sunt, verum etiam hi, quos quisque pro remedio animae suae emancipari vult, secundum legem mundanam in ecclesia absolvi debent et eiusdem ecclesiae patrocinium commendari* (Reginonis abbatis Prumiensis Libri duo de synodalibus causis et disciplinis ecclesiasticis, hg. von Friedrich Wilhelm Hermann WASSERSCHLEBEN, Leipzig 1840 [Nachdr. Graz 1964], S. 189f.). Es folgen im wörtlichen, z. T. verknappten Zitat L. Rib. 58 (61), 1 u. 4 sowie C. Th. IV, 7, 1 Interpretatio. Aus der zitierten *Lex Ribuaria*-Bestimmung hat Regino die auf die Möglichkeit des Freikaufs bezügliche Wendung *pro precio* (siehe oben Anm. 154) freilich herausgekürzt.

¹⁸³ Siehe oben bei Anm. 143–145.

¹⁸⁴ Sichtbar ist dies auch daran, dass sich entsprechende Regelungen in der *Lex Romana Curiensis* an einschlägiger Stelle (IV, 7) nicht finden: *Lex Romana Curiensis*, hg. von Elisabeth MEYER-MARTHALER (Sammlung Schweizerischer Rechtsquellen 15: Die Rechtsquellen des Kantons Grau-

4. Sündenvergebung, Memoria, Wachs und Immunität: Zur Transformation des antiken Patronats- und Steuerwesens

Im Anschluss an die konstatierten Veränderungen ist die Frage zu stellen, wie dieses schrittweise Abrücken von der antiken Praxis zu erklären ist und warum es im Osten des Frankenreiches zu der beschriebenen Sonderentwicklung kam. Mögliche Antworten auf diese Fragen sind naturgemäß hypothetisch und sollten sich insbesondere vor monokausalen Erklärungen hüten. Daher seien im Folgenden mehrere in Betracht kommende Faktoren erläutert.

An erster Stelle sind religiöse Gründe zu nennen, denn nur die Annahme religiöser und mentaler Veränderungen vermag zu erklären, warum Angehörige der wohlhabenderen Bevölkerungsschichten ihre Unfreien kirchlichen Einrichtungen zu übertragen bereit waren.¹⁸⁶ Die Freilassung in der Kirche sollte schon nach dem Willen Konstantins einer religiösen Motivation folgen. Die Entwicklung zum Frühmittelalter kennzeichnet dabei eine stetig zunehmende Bedeutung von Stiftungen und Zuwendungen zwecks Erlangung von Sünden-

bünden), Aarau 1959, S. 169, Anm. 1 mit der Bemerkung der Herausgeberin: „Von einer Schutzherrschaft der Kirche über die Freigelassenen spricht die LRC nirgends.“

¹⁸⁵ Im Langobardenreich betonte König Liutprand, dass die kirchliche Freilassung den gleichen Freiheitsstatus wie eine „Freilassung zur vierten Hand“ vermittele, d. h. die Freiheit vom Patronat (*amund*) (vgl. dazu auch Ed. Roth. 224: *a se extraneum id est amund*. Die Gesetze der Langobarden, übertr. u. bearb. von Franz BEYERLE, Weimar 1947, S. 88); gleichzeitig wurde ausgeschlossen, dass die kirchliche Freilassung zum Erwerb des Aldionenstatus führen konnte: *Si quis seruum aut ancillam suam in ecclesia circa altare amodo liberum uel liberam demiserit, sic ei maneat libertas, sicut illi, qui fulfreal in quarta manus traditus et amund factus est. Nam qui aldionem facere uoluerit, non eum ducat in ecclesia, nisi alio modo faciat, qualiter uoluerit, sibi per cartola sibi qualiter ei placuerit* (Liutprandi Leges 23, ebd. S. 194); Aistulf bestätigte dies: *Anterioris edicti leguntur capitula, ut, si quis langobardus pertinentem suum in quarta manum tradiderit et ad se amund fecerit aut circa altario deducendum sacerdoti tradiderit, soluti ab omnem conditionem seruitutis permanerint. [...] Nam qui in ecclesia liberum dimiserit per manus sacerdotis, sic maneat ei libertas, sicut anterior edictus continet* (Aistulfi Leges 11, ebd. S. 366 u. 368). Eine Bestimmung Liutprands zeigt eindeutig, dass im Langobardenreich mit der Freilassung in der Kirche keine Übertragung der Patronatsrechte an die Kirche als Ort der Freilassung einherging: *Si quis seruum aut ancillam in manum regis dederit, et ipse princeps eos per manus sacerdotis circa sacrum altarem liberos dimiserit, sic permaneant liberi, sicut illi qui fulfreal thingati sunt. Et qui mundium de ipsa libera a principe expetierit, sic eum habeat, sicut de fulfreal muliere: nam amplius ei nulla conditione debeat, neque ipsa neque filia eius. Et hoc statuimus, ut masculi, qui de ipsa libera nati fuerent, absque mundium sint, femine autem habeant mundium, sicut et mater earum, et ipse mundius non sit amplius quam solidos tres* (Liutprandi Leges 9 [De libertis], ebd. S. 176; die Patronatsgebühr belief sich im Langobardenreich je nach Wortlaut der Freilassungsurkunde auf 1, 2, 3 oder 6 *solidi*, vgl. ebd. 10). – Vgl. dazu grundsätzlich Gerhard DILCHER, „*per gairethinx secundum ritus gentis nostrae confirmantes*“. Zu Recht und Ritual im Langobardenreich, in: *Leges – gentes – regna. Zur Rolle von germanischen Rechtsgewohnheiten und lateinischer Schriftradition bei der Entstehung der frühmittelalterlichen Rechtskultur*, hg. von DEMS. und Eva-Maria DISTLER, Berlin 2006, S. 419–458, hier S. 430–434.

¹⁸⁶ In größerem Zusammenhang vgl. Arnold ANGENENDT, *Geschichte der Religiosität im Mittelalter*, 2Darmstadt 2000, S. 577–598.

vergebung, wie Arnold Angenendt gerade am Beispiel der kirchlicherseits geforderten Freilassung betont hat: „the ancient Christian social act of manumission was converted into a tariff penance of lessened penitential fasting. So the manumission of seven female slaves (*ancillae*) made up for a homicide. When blood was shed in an act of violence but did not flow all the way to the ground, a wealthy person could atone with half the price of seven female slaves; a poor person could do so with the price of only one female slave. Three slaves of each gender atoned for an intentional homicide; for one intentional homicide in a quarrel, four slaves of each gender atoned; for an accidental homicide, two of each, and for the homicide of a child, 12 female slaves sufficed for atonement.“¹⁸⁷ Die in den Bußbüchern enthaltenen Tarife verankerten die Freilassung als religiöse Praxis in einer gewaltbereiten Gesellschaft und steigerten die Bedeutung der Kirche, die nicht nur Ort der Freilassung war, sondern gleichzeitig diesen Akt als Bußleistung anerkannte. Das legte es möglicherweise nahe, dass die Kirche auch die Patronatsrechte über die Freigelassenen erhielt.

Eine zweite Veränderung der religiösen Praxis, die gravierende Auswirkungen auf die Funktionalität von Freilassungen in der Kirche hatte, war die immer festere Institutionalisierung des Totengedenkens in Klöstern und Stiften.¹⁸⁸ Dieser religiöse Mentalitätswandel bedingte nicht zuletzt, dass Freilasser wie auch freilassende Kirche die Freilassung konsequenter als religiösen Stiftungsakt verstanden, dessen Folgen nach dem Ende der irdischen Existenz des Stifters ins Leben gerufen wurden. Gerade bei letztwilligen Verfügungen war es daher naheliegend, dass der Freilasser nicht mehr als Patron in Betracht kam, was den religiös motivierten Freilasser zum Verzicht auf seine Patronatsrechte motivieren konnte. Wo die Übernahme memorialer Funktionen durch die Freigelassenen intendiert war, war es sinnvoll, dass nicht seine Erben, sondern die Kirche diese organisierte. Eine gewichtige Rolle spielte für eine solche Entscheidung auch die Tatsache, dass die religiöse Einrichtung den Freigelassenen Schutz zu gewähren versprach. Sie garantierte nicht nur die Umsetzung der religiösen Stiftungsmotivation des Freilassers, sondern hatte auch dafür zu sorgen, dass die Freilassung, die ja häufig auch Belohnung für bereits gezeigte Treue und Dienstbereitschaft war, in der Zeit nach dem Ableben des Stifters Bestand haben würde. Die in zahlreichen Urkunden enthaltenen Verfügungen bezeugen diese Stifterintention, dass die Frei-

¹⁸⁷ DERS., *Donationes pro anima*. Gift and Countergift in the Early Medieval Liturgy, in: *The Long Morning of Medieval Europe. New Directions in Early Medieval Studies*, hg. von Jennifer R. DAVIS und Michael MCCORMICK, Aldershot 2008, S. 131–154, hier S. 136f., im Anschluss an die von Cyrille VOGEL (*Composition légale et commutations dans le système de la pénitence tarifée*, in: *Revue de droit canonique* 8 [1958], S. 289–318) untersuchten Tarife in den Bußbüchern. Zur Freilassung als sündenvergebendem Werk vgl. in anderer Perspektive auch HATTENHAUER, *Die Entdeckung der Verfügungsmacht* (wie Anm. 138), S. 16–21 u. 152–155.

¹⁸⁸ Otto Gerhard OEXLE, *Memoria* und Memorialüberlieferungen im früheren Mittelalter, in: *FrMaSt* 10 (1976), S. 70–95; DERS., *Die Gegenwart der Toten*, in: *Death in the Middle Ages*, hg. von Herman BRAET und Werner VERBEKE (*Mediaevalia Lovanensia I, Studia* 9), Leuven 1983, S. 19–77; weiterhin die Beiträge in: *Memoria* (wie Anm. 170) sowie BORGOLTE, *Felix est homo ille* (wie Anm. 129), und DERS., *Freigelassene* (wie Anm. 29).

gelassenen frei bleiben sollten, ausdrücklich. Schutz dieser Art war effektiver zu organisieren, wenn eine dauerhafte Institution dafür zuständig war, die sich hierbei zudem der Unterstützung der weltlichen Gewalt erfreute.

Zu den institutionellen Veränderungen, die in enger Wechselwirkung mit den religiösen standen, ist zu rechnen, dass sich im kirchlichen Kontext der Charakter der Freilassung als Rechtsgeschäft änderte.¹⁸⁹ In der *Lex Romana Burgundionum* aus der Zeit um 500 wurde die gängige römische Rechtspraxis dahingehend präzisiert, dass eine Freilassung entweder durch rechtsgültiges Testament oder durch Verlesung von Tafeln in der Kirche (*aut testamento legitimo aut tabulis in ecclesia recitatis*) zu erfolgen hatte, die entweder der Bischof mit den Priestern oder die Priester zusammen mit den Diakonen unterschreiben sollten.¹⁹⁰ Das *Procedere der manumissio per tabulas* verweist mit den *tabulae* auf eine Rechtspraxis der römischen Kaiserzeit, deren Bedeutung und Verbreitung jüngst Elizabeth Meyer aufgezeigt hat.¹⁹¹ Von dort ist es dann auf die *manumissio in ecclesia* übertragen¹⁹² und später durch Einbeziehung von *codices* in den Rechtsvorgang modifiziert worden.¹⁹³ Die freilassende Kirche musste dafür Sorge tragen, dass die Gültigkeit der kirchlichen Freilassung auch vor weltlichen Autoritäten Bestand haben würde. Die zitierten Regelungen der *Lex Ribuaria* zur Anfechtung der Freilassung zeigen, dass man den kirchlichen, *per tabulas* durchgeführten Freilassungsakt mit den daran beteiligten Klerikern zu einem Rechtsgeschäft auszubauen suchte, welches auch vor den Anfechtungen Dritter Bestand haben würde. Diese Entwicklung ist auch zu sehen im größeren Zusammenhang der zunehmenden Liturgisierung von Rechtshandlungen wie der Oblation von Urkunden (*tabulae* und *cartae*) über dem Altar, wodurch dieser zum Be-

¹⁸⁹ Während das Testament Bertrams von Le Mans der römischen Tradition folgend bei den *gesta municipalia* allegiert werden sollte, waren die darin verfügten Freilassungen in der Kirche vorzunehmen.

¹⁹⁰ *Lex Romana Burgundionum* 3, 1: *Libertates servorum propriorum, qui cives efficiuntur, eas esse servandas, quae aut testamento legitimo aut tabulis in ecclesia recitatis secundum mandatum manumissoris subscriptis a sacerdotibus, id est aut episcopo cum presbyteris, aut presbyteris cum diaconibus subscribentibus, firmitatis robor accipiat secundum legem Theodosiani a Constantino principe latam, quae est sub titulo: De manumissionibus in ecclesia, ad Osium episcopum datum* (Leges Burgundionum, hg. von Ludwig Rudolf v. SALIS [MGH LL nat. Germ. II, 1], Hannover 1892, S. 127).

¹⁹¹ Zur Freilassung mittels *tabulae* im Rechtsleben der römischen Kaiserzeit und zur Benutzung solcher *tabulae* vor Gericht vgl. Elizabeth A. MEYER, *Legitimacy and Law in the Roman World. Tabulae in Roman Belief and Practice*, Cambridge 2004, S. 175, 207f., 213, 233–236, 277 u. 288.

¹⁹² Vgl. MEYER, ebd. S. 287 Anm. 119.

¹⁹³ Zur Eintragung von Freigelassenennamen in Memorialcodices vgl. auch Jan GERCHOW, *Die Gedenküberlieferung der Angelsachsen. Mit einem Katalog der libri vitae und Necrologien* (Arbeiten zur Frühmittelalterforschung 20), Berlin u. a. 1988, S. 81f. – Die antike Tradition behandelt Elizabeth A. MEYER, *Roman tabulae, Egyptian Christians and the Adoption of the Codex*, in: *Chiron* 37 (2007), S. 295–348, die in diesem Zusammenhang (S. 308–317) auf die besondere Bedeutung von *tabulae* zur Dokumentation rechtlicher Vorgänge (Geburtszertifikationen, Testamente, Freilassungen – vgl. Appendix 3, ebd. S. 334–338 mit Belegen) hinweist. – Zur Entwicklung im allgemeinen vgl. auch Hanns Peter NEUHEUSER, *Rechtssicherung durch Sakralisierung. Die Eintragung von Rechtstexten in liturgische Handschriften*, in: *ZRG KA* 90 (2004), S. 355–405, hier S. 365–374.

zugspunkt höchst komplexer wechselseitiger Rechts- und anderer Austauschbeziehungen wurde.¹⁹⁴

Die darin angelegte Tendenz zu einer Sakralisierung von Rechtshandlungen wurde nach dem Ende des weströmischen Reiches als Folge der Reduktion staatlicher Garantien auf lokaler Ebene noch einmal verstärkt. Als die *gesta municipalia*, die auf lokaler Ebene die Gültigkeit von Rechtshandlungen gewährleisteten hatten, vor allem im nördlichen Frankenreich zusammenbrachen, hatte dies vielerorts zur Folge, dass für manche Rechtshandlungen die vollzogene Übergabe relevanter Dokumente (*cartae, tabulae*) zum essentiellen, die Handlung abschließenden Vorgang wurde, und zwar „insbesondere wenn die einst von den Behörden hergestellte Öffentlichkeit des Verfahrens nun durch den Heiligen, über dessen Altar die Urkunde überreicht wird, und durch die Versammlung der Kirche dargestellt wurde“.¹⁹⁵ Für die östlichen Gebiete des Frankenreiches musste dies in noch höherem Maße zutreffen, weil hier der Bruch mit der antiken Lokalverwaltungstradition stärker war. Für die späten merowingischen Testamente ist ein Abgehen von der antiken Testamentstradition konstatiert worden, doch hat der Gedanke der letztwilligen Verfügung über das Instrument kirchlicher Zuwendungen im Sinne von Stiftungen auch jenseits der klassischen Testamentsform im Frühmittelalter weitergewirkt.¹⁹⁶ Dies ist auch für das Verständnis der späteren Übertragungen zu Zensualenrecht wesentlich, die teilweise „testamentarischen Charakter“ aufweisen, ohne dem in der rechtlichen Form zu entsprechen.¹⁹⁷ Der Gedanke der religiösen Zwecksetzung des Rechtsgeschäftes ermöglichte also eine Transformation der römischen Formen. Das beschriebene Procedere der *tabularii*-Freilassung in der *Lex Ribuaria* dokumentiert diese Transformation antiker Traditionen.¹⁹⁸

Als Kaiser Konstantin die *manumissio in ecclesia* zu einer staatlich anerkannten Freilassungsform erhob, hatte der Heiligen- und Reliquienkult noch keine nennenswerte Rolle gespielt. Dies sollte sich seit dem ausgehenden 4. Jahrhundert ändern. Im Zuge der fort-

¹⁹⁴ Zur Heiligkeit des Altars vgl. Johann Peter KIRSCH/Theodor KLAUSER, Art. Altar III (christlich), in: RAC 1 (1950), Sp. 334–354, bes. Sp. 351–353. Zur Bedeutung des Altars für die Vornahme von Rechtshandlungen vgl. Arnold ANGENENDT, *Cartam offerre super altare*. Zur Liturgisierung von Rechtsvorgängen, in: FrMaSt 36 (2002), S. 133–158.

¹⁹⁵ Peter CLASSEN, Fortleben und Wandel spätrömischen Urkundenwesens im frühen Mittelalter, in: Recht und Schrift im Mittelalter, hg. von DEMS. (Vorträge und Forschungen 23), Sigmaringen 1977, S. 13–54, hier S. 39.

¹⁹⁶ Goswin SPRECKELMEYER, Zur rechtlichen Funktion frühmittelalterlicher Testamente, in: Recht und Schrift im Mittelalter, hg. von Peter CLASSEN (Vorträge und Forschungen 23), Sigmaringen 1977, S. 91–113. Vgl. neuerdings in größerem Zusammenhang Adrian SCHMIDT-RECLA, Frühmittelalterliche Verfügungen von Todes wegen – juristische Begriffe und Definitionen, in: Fränkische Herrscher- und Fürstentestamente im westeuropäischen Mittelalter, hg. von Brigitte KASTEN (Norm und Struktur 29), Köln u. a. 2008, S. 35–65.

¹⁹⁷ Vgl. Alfred SCHULTZE, Der Einfluss der Kirche auf das germanische Erbrecht, in: ZRG GA 35 (1914), S. 75–110.

¹⁹⁸ Siehe oben Anm. 154.

schreitenden Funktionserweiterung des Heiligenkultes¹⁹⁹ begann der Heilige, dessen Reliquien unter dem Altar deponiert waren, nicht nur als Garant von Rechtsgeschäften zu fungieren, sondern wurde, da er die kirchliche Institution als unsterbliche Person dauerhaft verkörperte, in steigendem Maße selbst zum Adressaten beziehungsweise Empfänger von rechtswirksamen Handlungen, etwa bei Schenkungen an den Heiligen.²⁰⁰ Dies hatte auch Auswirkungen auf die Freilassung in der Kirche. Da die kirchliche Freilassung am Altar erfolgte – die späteren Zensualen wurden vielerorts auch als „Altarzinsler oder -hörige“ bezeichnet²⁰¹ –, wurde der Heilige, dessen Reliquien unter dem Altar lagen, in letzter Konsequenz zum Patron des Freigelassenen.²⁰² Der Bischof nahm an seiner Statt diese Patronatsgewalt wahr.²⁰³ Und später wurde der Kopfzins der Zensualen folgerichtig am Patronatsfest des Heiligen entrichtet.²⁰⁴

Der Kopfzins, einstmals eine fiskalische Abgabe, konnte auf diese Weise in den Händen seines Empfängers neu funktionalisiert werden – eine Möglichkeit, von der man bereits in merowingischer Zeit Gebrauch machte. Eine wesentlich veränderte Akzentsetzung bedeutete es, wenn festgelegt wurde, dass der nach der Freilassung zu entrichtende Kopfzins in Wachs zu entrichten war.²⁰⁵ Schon Gregor von Tours brachte Freigelassene mit Kerzen in

¹⁹⁹ Verviesen sei hier nur auf die klassischen Studien von Peter BROWN, *Die Heiligenverehrung. Ihre Entstehung und Funktion in der lateinischen Christenheit* (1981), dt. Leipzig 1991; DERS., *Die Gesellschaft und das Übernatürliche. Vier Studien zum frühen Christentum* (1982), dt. Berlin 1993. Vgl. auch Jochen MARTIN, *Die Macht der Heiligen* (1988), in: *Christentum und antike Gesellschaft*, hg. von DEMS. und Barbara QUINT (*Wege der Forschung* 649), Darmstadt 1990, S. 440–474, der S. 448–450 die „Märtyrer als allzuständige Patrone“ behandelt.

²⁰⁰ Vgl. Heinrich FICHTENAU, *Das Urkundenwesen in Österreich vom 8. bis zum frühen 13. Jahrhundert* (MIÖG Ergänzungsband 23), Wien u. a. 1971, S. 63f. zur Altarlegung. Zur Bedeutung des Frühmittelalters in dieser Hinsicht vgl. Nicole HERMANN-MASCARD, *Les reliques des saints. Formation coutumière d'un droit* (Société d'histoire du droit, Collection d'histoire institutionnelle et sociale 6), Paris 1975.

²⁰¹ Siehe oben Anm. 6, 8 u. 14.

²⁰² Vgl. dazu zusammenfassend Arnold ANGENENDT, *Heilige und Reliquien. Die Geschichte ihres Kultes vom frühen Christentum bis zur Gegenwart*, München 1994, S. 190–206 (Abschn. XIV „Der Patronat“). BADER/DILCHER, *Deutsche Rechtsgeschichte* (wie Anm. 9), S. 341: „Schon dadurch, daß hier der oder die Heilige als Adressat der geschuldeten Leistung angesehen wurde, erschien die Beziehung mehr als eine solche des Schutzes denn der Unfreiheit.“ – Vgl. allgemein Hans-Jürgen BECKER, *Der Heilige und das Recht*, in: *Politik und Heiligenverehrung im Hochmittelalter*, hg. von Jürgen PETERSOHN (*Vorträge und Forschungen* 42), Sigmaringen 1994, S. 53–70, hier S. 57f. u. 67f.

²⁰³ Reflexionen dieser Veränderungen in narrativen Texten behandelt John H. CORBETT, *The Saint as Patron in the Work of Gregory of Tours*, in: *Journal of Medieval History* 7 (1981), S. 1–13.

²⁰⁴ Vgl. zu dieser Praxis bei den Zensualen DOLLINGER, *Der bayerische Bauernstand* (wie Anm. 3), S. 318.

²⁰⁵ Zusammenstellung der ältesten Belege für den Wachszins bei MEISTER, *Zur Entstehung* (wie Anm. 10), S. 2–8. Die ältere Literatur ist zusammengefasst bei Eugen WOHLHAUPTER, *Die Kerze im Recht* (*Forschungen zum deutschen Recht* IV,1), Weimar 1940, S. 53–58.

Verbindung.²⁰⁶ Die merowingerzeitlichen Formulare Sammlungen nennen vereinzelt einen Wachszins als Freigelassenenabgabe.²⁰⁷ Unlängst hat Paul Fouracre die Bedeutung von Immunitätsverleihungen für die Umstrukturierung der politisch-administrativen Ordnung im Frankenreich hervorgehoben und am Beispiel von darin enthaltenen Beleuchtungsklauseln, in denen seit dem 7. Jahrhundert die Erhebung von öffentlichen Abgaben an Kirchen zwecks Finanzierung der Kirchenbeleuchtung übertragen wurde, gezeigt, wie letztere eine delegierte „öffentliche“ Finanzierungsgrundlage erhielt.²⁰⁸

Bevor auf den Wachszins näher einzugehen ist, soll zunächst die allgemeine Dimension dieses Delegationsprozesses beleuchtet werden. Auf die beschriebene Weise konnte der *census*, d. h. Kopfsteuer, Grund- und weitere Abgaben, gleichsam umgewidmet werden, indem die Kirchen diese Abgaben selbst eintraben. In einer allgemeineren Dimension verdeutlicht dies eine Urkunde Ludwigs IV. (des Kindes) aus dem Jahr 902, in welcher dem Trierer Erzbischof die Rechte auf Münze (*moneta*), Zoll (*theloneum*), Zensualen (*censales*), Kopfszins (*tributum*), Fiskalinen (*homines fiscales*) und den Ackerzins (*medema agrorum*) übertragen wurden. Hier heißt es ausdrücklich, dass diese Abgaben in der zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts bei der Errichtung einer Grafschaft unter Karl dem Großen dem Erzbischof Wiomad (753–791) entzogen und an die Grafschaft übertragen worden waren.²⁰⁹ Daraus ist zu schließen, dass ursprünglich der König und an seiner Statt der Graf die Empfänger der Abgaben von (später so bezeichneten) *censales* gewesen waren, die man aufgrund von Privilegien offenbar schon in merowingischer Zeit an das Erzbistum verliehen und in frühkarolingischer Zeit an die Grafschaft (rück)übertragen hatte,²¹⁰ bevor sie zu Beginn des 10. Jahrhunderts erneut an

²⁰⁶ Die Freilassung mit Kerzen ist bereits im 6. Jahrhundert bezeugt, vgl. Gregor von Tours, *Liber Historiarum* X, 9: *dimissi sunt cum cereis et tabulis quasi liberi et ad propria sunt regressi.* (Gregorii episcopi Turonensis libri historiarum X, hg. von Bruno KRUSCH und Wilhelm LEVISON [MGH SS rer. Mer. I, 1], 2Hannover 1951, S. 493).

²⁰⁷ Vgl. BORGOLTE, Freigelassene (wie Anm. 29).

²⁰⁸ Paul FOURACRE, *Eternal Light and Earthly Needs: Practical Aspects of the Development of Frankish Immunities*, in: *Property and Power in the Early Middle Ages*, hg. von Wendy DAVIES und DEMS., Cambridge 1995, S. 53–81.

²⁰⁹ *Poscerunt, ut Treverice civitatis monetam, theloneum, censales, tributum atque medema agrorum cum fiscalibus hominibus, que quondam tempore Wiomadi eiusdem urbis archiepiscopi de episcopatu abstracta et in comitatum conversa fuisse noscuntur, eidem episcopo nostre maiestatis auctoritas restitueret. monetam scilicet ipsius civitatis, theloneum omneque tributum infra civitatem et extra per omnem comitatum de monasteriis et villis ac vineis, sed et cunctos censales atque fiscales et medemam agrorum de comitatu ad episcopatum cum omni integritate convertimus et de nostro iure ad partem et potestatem sancti Petri reddidimus eiusque dominio per hoc nostre serenitatis preceptum sanctientes perpetua stabilitate firmiter mancipavimus, precipientes obnixae, ut omnia hec, sicut comiti solvebantur, sic a die presente deinceps in perpetuum in potestate maneant pontificis* (Die Urkunden Zwentibolds und Ludwigs des Kindes, bearb. von Theodor SCHIEFFER [MGH Die Urkunden der deutschen Karolinger 4], Berlin 1960, Nr. 17, S. 121). Vgl. dazu auch Theodor MAYER, *Fürsten und Staat. Studien zur Verfassungsgeschichte des deutschen Mittelalters*, Weimar 1950, S. 264–266.

²¹⁰ Bezeichnung und Umfang dieser Grafschaft sind in der Forschung umstritten. Vgl. dazu Ulrich NONN, *Beobachtungen zu Bid- und Moselgau im Frühmittelalter*, in: *Geschichtliche Landeskunde der*

das Erzbistum gelangten. Fragt man danach, um welche Abgaben es sich gehandelt haben könnte, so kommt, da es um fiskalische Leistungen geht, die an den Grafen flossen (*sicut comiti solvebantur*), eigentlich nur der Kop fzins in Frage, insofern die anderen Abgaben, wie gezeigt,²¹¹ aus der Patronatsbindung resultierten. Es hat demnach den Anschein, als seien die Immunitätsverleihungen mit der Übertragung von allen fiskalischen Einkünften (verklausuliert in Wendungen wie *quicquid fiscus exinde sperare potuit*) wesentlich dafür verantwortlich zu machen, dass der Kop fzins in die Hände des Patronatsherren gelangte. Erst die Immunität scheint vielerorts die antike Kopfsteuer in eine Abgabe verwandelt zu haben, die künftig regelmäßig dem Patronatsherrn zufallen sollte.²¹² Diese Veränderung ist im Kontext einer gezielten Dezentralisierung der Finanzverwaltung zu sehen, in deren Verlauf die Erhebung staatlich-fiskalischer Einkünfte direkt an Einrichtungen delegiert wurde, die ihrerseits wichtige politische, administrative und weitere Aufgaben „öffentlichen“ Interesses vor Ort wahrnahmen und mittels der Einheberechte hierfür bezahlt wurden.²¹³

Im Falle der von Fouracre behandelten Immunitätsverleihungen, die speziell der Kirchenbeleuchtung gewidmet waren, hatte dies weitreichende organisatorische Konsequenzen. Eine Folge war, dass Kirchen und Klöster in ihrer Grundherrschaft einzelnen Hufen die Erbringung eigener Beleuchtungszinse²¹⁴ oder einzelnen Gruppen ihrer *familia* solche Natural- oder Zinszahlungen auferlegten, die exklusiv dem Zweck der Kirchenbeleuchtung gewidmet waren. In dieser Sicht erweist sich die Kirchenbeleuchtung auch als Ausgangspunkt für die Herausbildung von Personengruppen wie der *cerarii* oder *luminarii*,²¹⁵ die sich innerhalb der *familiae* darüber definierten, dass der von ihnen gezahlte Zins speziell der Kirchenbeleuchtung zugute kam.²¹⁶ Im Polyptychon der Abtei St. Germain-des-Prés (vor 830) sind Zinszahlungen *ad luminaria* verzeichnet, die von den Inhabern bestimmter Hufen erbracht wurden: Manche wurden dafür von anderen Leistungen freigestellt, andere leisteten

Rheinlande. Regionale Befunde und raumübergreifende Perspektiven. Georg Droege zum Gedenken, hg. von Marlene NIKOLAY-PANTER, Wilhelm JANSSEN und Wolfgang HERBORN, Köln u. a. 1994, S. 42–64, hier S. 42 u. 63f.

²¹¹ Siehe oben Abschnitt I, 3.

²¹² Vgl. KAISER, Steuer und Zoll (wie Anm. 67), S. 9–16.

²¹³ Vgl. Alexander Callander MURRAY, Immunity, Nobility, and the Edict of Paris, in: *Speculum* 69 (1994), S. 18–39, hier S. 19 u. ö.

²¹⁴ Vgl. FOURACRE, *Eternal Light* (wie Anm. 208), S. 74f. Zur Methode, bestimmte öffentliche Leistungen auf einzelne Hufen umzulegen, vgl. auch ESDERS, ‚Öffentliche‘ Abgaben (wie Anm. 63), S. 196–200, am Beispiel des *paraveredus*.

²¹⁵ Vgl. dazu auch Gerhard SEELIGER, Forschungen zur Geschichte der Grundherrschaft im früheren Mittelalter, II: Zur Organisation der fränkischen Grundherrschaft, in: *Historische Vierteljahrsschrift* 10 (1907), S. 305–354, hier S. 327.

²¹⁶ Vgl. das Polyptychon von St. Rémi in Reims, c. 22 (*Polyptyque de l'abbaye de Saint-Remi de Reims*, hg. von Benjamin GUÉRARD, Paris 1844, S. 87f.; *Le polyptyque et les listes de cens de l'abbaye de Saint-Remi de Reims [IX^e–XI^e siècles]*, hg. von Jean-Pierre DEVROEY, Reims 1984). Zu diesem Text vgl. Britta LÜTZOW, Studien zum Reimser *Polyptychon sancti Remigii*, in: *Francia* 7 (1979), S. 19–99, bes. S. 61f. u. 65 zur Stellung von *liberti*.

daneben auch noch Frondienste;²¹⁷ auch Übertragungen von allodialen Landgütern *ad luminaria* sind bezeugt.²¹⁸ Eines der Verzeichnisse (*breuia*), die *villa* Béconcelle betreffend, enthält eine Liste mit den Namen von 20 Männern, „die sich übertragen haben an die Lichter des heiligen Germanus“ (*homines que se tradiderunt ad luminaria sancti Germani*), was auf Selbsteintritte in eine Art Wachszinsigkeit schließen lässt; ihr folgt unter der Überschrift *isti sunt similiter ad luminariam* eine Liste 39 weiterer, fast ausschließlich männlicher Namen.²¹⁹ Während die Wachszulieferung somit innerhalb einer Grundherrschaft auf sehr verschiedene Weise organisiert sein konnte, ist in diesem Fall eine Spezialisierung und Häufung solcher Zinser erkennbar, die auch Anlass zu Selbsteintritten gab. Im Polyptychon der Abtei St. Bertin aus der Mitte des 9. Jahrhunderts sind dagegen in zahlreichen Einzelverzeichnissen so bezeichnete *luminarii* aufgeführt, zum Teil in großer Zahl.²²⁰ Die eigene Gruppenbezeichnung lässt ebenfalls einen Institutionalisierungsprozess erkennen. Die urbarialen Aufzeichnungen zeigen daher vielerorts bereits lange vor dem Einsetzen einer breiteren Überlieferung an Privaturkunden

²¹⁷ Breve IX (*De Villamil*), 151: *Salamon et Benedictus tenent dimidium mansum in Casdon, habentem de terra arabili bunuaria .VII. et perticas .II. de prato tertiam partem de aripenco, de pastura bunuarium .I. Et nihil inde faciunt, nisi ad luminariam sancti Germani solidos .III.*; ebd. 263: *Salamon et Benedictus tenent in Casdon bunuaria .VII. et perticas .II. Et nihil inde faciunt. Nisi ad luminariam sancti Germani de manso suprascripto* (Das Polyptychon von Saint-Germain-des-Prés. Studienausgabe, hg. von Dieter HÄGERMANN, Köln u. a. 1993, S. 73 u. 83). Unter Beibehaltung von bestimmten Diensten: ebd. IX, 264: *Dedit mansum .I. habentem de terra arabili bunuaria .VII., de prato quartam de aripenco. Solvit ad luminaria(m) sancti Germani denarios .III. Et facit dimidium rigam* (ebd. S. 83). – Fast zeitgleich damit sah sich Ludwig der Fromme gezwungen einzuschreiten, damit die Erträge der für *luminaria* ausgewiesenen Hufen tatsächlich in vollem Umfang diesem Zweck zugute kamen, vgl. Admonitio ad omnes regni ordines a. 823–825, c. 5: *De sacerdotibus vero ad vestram curam pertinentibus magnum adhibete studium, ut, qualiter vivere debeant et quomodo populis ad suae portionis curam pertinentibus exemplo et verbo prosint, a vobis cum magna cura edoceantur et admoneantur et, ut id facere studeant, vestra pontificali auctoritate constringantur; quicquid autem in illis a populis iuste reprehenditur, in exemplo propriae conversationis vestra providentia corrigere non neglegat. Ne vero ecclesiae illis commissae in restauratione aut in luminariis iuxta possibilitatem rerum ab illis neglegantur, vestra nihilominus invigilare debet solertia; et sicut alios prohibetis, ne de mansis ad ecclesiae luminaria datis aliquid accipiant, sic et vos et vestri archidiaconi de eisdem mansis nihil accipiendo aliis exemplum praebeatis, sed potius ad id ad quod dati sunt servire concedantur, ut totum, sicut dictum est, in restauratione ecclesiarum et luminariis vestra auctoritate et studio cedere possit* (MGH Capit. 1 [wie Anm. 30], Nr. 150. S. 304).

²¹⁸ Breve III (*De cella Equalina*), 61 (Das Polyptychon von Saint-Germain-des-Prés [wie Anm. 217], S. 23).

²¹⁹ Breve XXIV (*De Bisconcella*), 182 (ebd. S. 209f.).

²²⁰ Die im Polyptychon von St. Bertin bezeugten *luminarii* waren verstreut an verschiedenen Orten der Grundherrschaft ansässig; ihre Zinse entsprachen der üblichen Kopfzinshöhe, ergaben zusammen genommen jedoch einen beträchtlichen Ertrag, vgl. beispielsweise c. 16: *In Kelmis habent monachi ecclesiam I ac bunaria XII et mancipia VI; luminarii IIII; unusquisque solvit de cera ualente denarium I*; c. 21: *In Atcona est ecclesia ad quam soluunt VII homines de lumine unusquisque de cera ualente denarios II*; c. 26: *In Pupurniga ... luminarios CLXXIII; inde ueniunt librae II, solidi XVIII* (François Louis GANSHOF, Le Polyptyque de l'abbaye de Saint Bertin [844–859]. Édition critique et commentaire [Mémoires de l'Académie des inscriptions et belles-lettres 45], Paris 1975, S. 13, 15 u. 19; vgl. auch weitere Nennungen von *luminarii* in cc. 20, 24, 25, 29, 30, 32, 33 mit den Hinweisen des Herausgebers S. 29 u. 83f.).

die wirtschaftliche Bedeutung und funktionale Abgrenzung von Zensualengruppen innerhalb kirchlicher *familiae*.

Die Funktionalität der Immunität und des Wachszinses wird daher nur verständlich, wenn man in Rechnung stellt, dass organisatorische und finanzierungstechnische Maßnahmen mit Vorgängen religiöser und liturgischer Zwecksetzung korreliert wurden.²²¹ Diese „Verrechnung“ ist nun allerdings auch zu konstatieren, wenn man Wachs und Wachszinser jenseits dieser „öffentlichen“ Dimension aus der religiösen Praxis der Zeit heraus versteht und mit dem bereits angesprochenen Streben nach Sündenvergebung und der Sorge um *memoria* in Verbindung bringt.²²² Dass der Zins in Form von Wachs entrichtet wurde oder von vornherein als Wachszins definiert war, wird man nicht für ursprünglich halten, sondern auf das kirchliche Streben zurückführen dürfen, den Kopfzins der Freigelassenen einer religiösen Zwecksetzung zu widmen.²²³

Die Genese der Wachszinsigkeit als einer besonderen Form der Zinspflicht ist daher wohl in diesen Zusammenhängen zu sehen. Sie scheint sich nach Ausweis der erwähnten Formulare in merowingischer Zeit vollzogen zu haben. Im Lorscher Codex sind drei Fälle aus der zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts erhalten, in denen an den Orten Oppenheim und Udenheim drei Männer und drei Frauen, im Text als *mancipia* bzw. *ancillae* bezeichnet, mit einem Wachszins in Höhe von zwei bzw. vier Denaren an das Kloster tradiert wurden.²²⁴ Zeitgleich begegnet erstmals die Gruppenbezeichnung *cerarii* im Herstaler Kapitular Karls des Großen von 779, wo sie als eigene Gruppe neben den *tabularii* und *cartularii* genannt werden, was darauf schließen lässt, dass der Prozess der Ausdifferenzierung der Wachszinser als einer besonderen Kategorie von „Zensualen“ spätestens im 8. Jahrhundert abgeschlossen gewesen sein muss.²²⁵ Die Benennung *cerarii* zeigt zudem, dass der Wachszins als Standesmerkmal die Bezeichnung *liberti* schon früh abgelöst und eine Gruppenbildung unter

²²¹ Auf die Bedeutung der Immunität in Zusammenhang mit der Übertragung von Gerichtsrechten wird später noch zurückzukommen sein, siehe unten bei Anm. 262–265.

²²² Dazu BORGOLTE, Freigelassene (wie Anm. 29) sowie jüngst HEIDRICH, Freilassungen (wie Anm. 129), S. 224f.

²²³ Vgl. DOLLINGER, Der bayerische Bauernstand (wie Anm. 3), S. 320f. Walter HELLINGER, Die Pfarrvisitation nach Regino von Prüm. Der Rechtsgchalt des I. Buches seiner *Libri duo de synodalibus causis et disciplinis ecclesiasticis*, in: ZRG KA 48 (1962), S. 1–116 u. 49 (1963), S. 76–137, hier S. 38ff.

²²⁴ Codex Laureshamensis, hg. von Karl GLÖCKNER, Bd. 2 (Kopialbuch, 1. Teil: Oberrhein-, Lobden-, Worms-, Nahe und Speiergau), Darmstadt 1933, Nr. 1427: *Tradidit ad s. Nazarium pro anima Irmine uxoris sue et frimoldi in Vnden(eim) mansum I et iurnales VI et duo mancipia Libgerum et Starcherum ut quisque denariatas II cere in festo s. Remigii persoluat*. Vgl. dazu WERLE, *Denariata cere* (wie Anm. 3), S. 6–9, der treffend den Ausnahmecharakter dieser Traditionen aufgrund der fehlenden Frondienste betont hat und die Wachszinser zum „Dorfpatriziat“ rechnete. Die beiden anderen Belege sind Cod. Laur. Nr. 1477 (S. 413) und 1592 (S. 431). – Dass Formulare dieser Art in die merowingische Zeit zurückweisen, betont auch BORGOLTE, Freigelassene (wie Anm. 29).

²²⁵ Siehe oben Anm. 30. Als weiteres urkundliches Beispiel vgl. auch die erwähnte Kölner Tradition aus der Zeit kurz vor 800, siehe oben Anm. 24.

dem Banner der Wachszinsigkeit eingeleitet haben muss.²²⁶ Dass man im Status der Zinsleute ein religiöses Moment sah, dürfte für deren Konstituierung als Gruppe nicht unwesentlich gewesen sein.²²⁷ Verstärkt wurde diese Entwicklung nicht zuletzt dadurch, dass das Wachs nach seiner Herstellung in besonderer Form eingezogen, verwaltet und verausgabt wurde.²²⁸ Hier liegen verschiedene Ansatzpunkte für das Streben der Wachszinser, sich aus den regulären Zuständigkeiten der grundherrlichen Funktionsträger auszugliedern und direkt denjenigen Funktionsträgern zu unterstellen, die mit der Verwendung des Wachses befasst waren, wie Hans Werle bereits für die vor 800 bezeugten Wachszinser des Klosters Lorsch betonte: „Wohl gingen nach dem Denken jener Zeit auch alle sonstigen Abgaben und Leistungen sinnbildlich an den Kirchenheiligen und alle Hintersassen des Lorschener Klosters galten als Nazariusleute, jedoch war jedermann klar, wem die Naturalabgaben, die Zinszahlungen und persönlichen Leistungen tatsächlich zugute kamen. Die Geldleistung der Wachszinspflichtigen war jedoch für die Kerzenzubereitung festgelegt, und an brennenden Kerzen hatte in erster Linie doch nur der so verehrte Heilige seine Freude. Infolge der Auflage der *denariatae ceruae* waren [die so Tradierten – S. E.] augenscheinlich dem heiligen Nazarius selbst und keiner weltlichen oder kirchlichen Gewalt unmittelbar unterstellt.“²²⁹

Insofern man zur Erklärung regionaler Besonderheiten des merowingischen Ostens nicht mehr das Paradigma einer „Germanisierung“ der Gesellschaft in Anspruch nehmen sollte, muss es darum gehen, regionale Eigenheiten möglichst differenziert zu erfassen. Diese sind beispielsweise in der tariforientierten Bußpraxis fassbar und hängen möglicherweise auch mit der im Osten des Frankenreiches stärker ausgeprägten Militarisierung der Gesellschaft zusammen.²³⁰ Auch lassen die beschriebenen institutionellen Veränderungen ein Gefälle im Bereich der Rechtspraxis erkennen, welches Auswirkungen auf die Ausgestaltung des Freilassungsaktes in den Gebieten hatte, die weniger stark an fortbestehenden römischen Traditionen partizipierten und in denen beispielsweise die Freilassung zu römischem Bürgerrecht einen vergleichsweise geringen Rechtsstatus vermittelte.²³¹

Gerade, wenn man die entscheidenden Weichenstellungen im 7. und 8. Jahrhundert vermutet, wird man nicht umhin kommen, die kirchenpolitischen Veränderungen während

²²⁶ Ähnliches ist auch für die Bezeichnung *tabularii* anzunehmen, siehe unten bei Anm. 270–273.

²²⁷ Vgl. mit Belegen aus dem 12. Jahrhundert LINCK, Sozialer Wandel (wie Anm. 16), S. 87f.

²²⁸ Vgl. dazu DOPSCH, Herrschaft und Bauer (wie Anm. 3), S. 33. Vgl. grundsätzlich zur Verwendung der Zensualenabgaben DOLLINGER, Der bayerische Bauernstand (wie Anm. 3), S. 319f.

²²⁹ WERLE, *Denariata ceruae* (wie Anm. 3), S. 7. Zu diesem Problem siehe auch unten bei Anm. 331.

²³⁰ Siehe auch die oben bei Anm. 187 zitierten Überlegungen Angenendts zur Freilassung als Buße für Tötungsdelikte. – Das regionale Gefälle der Bußpraxis und seine Wechselbeziehungen zum Rechtsgefälle im Frankenreich wird demnächst Rob MEENS in seinem Buch „Penance in the Middle Ages, 600–1200“ eingehender behandeln. – Das zur Erklärung regionaler Sonderentwicklungen einst häufiger bemühte Paradigma einer „Germanisierung“ der Religion hat hierfür inzwischen jede Überzeugungskraft eingebüßt, vgl. dazu Arnold ANGENENDT, Das Frühmittelalter. Die abendländische Christenheit von 400 bis 900, ³Stuttgart 2001, S. 36–42.

²³¹ Siehe oben Anm. 166.

dieser Zeit zu berücksichtigen. Die *Lex Ribuaria* enthält einige der bedeutendsten Überreste der merowingischen Herrschergesetzgebung. Ihre Bestimmungen zielten an vielen Stellen auf eine Gleichbehandlung von Fiskal- und Kirchengut. Die zitierten Regelungen zu den *tabularii* waren bewusst parallel zu denjenigen der *homines regii* beziehungsweise *fiscalini* gehalten, was verdeutlicht, wie groß das Interesse der Könige war, die Stellung der Kirchen in diesen Gebieten durch Ausweitung ihrer weltlichen Herrschaftsrechte nachhaltig zu stützen, ihren Charakter als „öffentliche“ Institution nach Kräften zu stärken. Fiskalgutschenkungen durch Könige und Herzöge an Kirchen und Klöster dienten nicht allein religiösen Zwecken, sondern auch der Aufwertung der begünstigten Institutionen und erklären teilweise auch die Ausweitung der kirchlichen Patronats Herrschaft.²³² Das Kolonenstatut der *Lex Baiuvariorum* lässt erkennen, wie antike Traditionen, die zunächst im Bereich der Fiskalgüter nachwirkten, nun im Rahmen der kirchlichen Grundherrschaft transformiert werden sollten.²³³ Dies gilt für die Ausstattung von Bistümern mit umfassenden weltlichen, auch militärischen Funktionen.²³⁴ Es ist daher vielleicht auch kein Zufall, dass Dagobert I., mit dem die Aufzeichnung der *Lex Ribuaria* zumeist in Verbindung gebracht wird,²³⁵ der erste fränkische Herrscher war, der auf das Kirchengut zur Ausrüstung seiner Krieger zurückgegriffen zu haben scheint.²³⁶ Die *Lex Alemannorum* und die *Lex Baiuvariorum* zeigen mit ihren generellen Rechtssätzen, dass ein Ziel dieser Aufzeichnungen die Festigung der institutionellen Position der Kirche war.²³⁷ Die schrittweise Übertragung hoheitlicher Aufgaben im Bereich von Steuererhebung und Rechtsprechung ist nicht nur als Reflex der steigenden Macht der begünstigten Einrichtungen zu sehen, sondern auch als Ausdruck des herrscherlichen Willens, diese Entwicklungen zu fördern.²³⁸ Die im Folgenden noch ausführlicher zu behan-

²³² Zur späteren Fortsetzung dieser Politik vgl. Rudolf SCHIEFFER, Über Bischofssitz und Fiskalgut im 8. Jahrhundert, in: HJb 95 (1975), S. 18–32.

²³³ Wolfgang METZ, Die hofrechtlichen Bestimmungen der *Lex Baiuvariorum* I, 13 und die fränkische Reichsgutverwaltung, in: DA 12 (1956), S. 187–196; ESDERS, ‚Öffentliche‘ Abgaben und Leistungen (wie Anm. 63), S. 191f.

²³⁴ Vgl. Wolfgang FRITZE, Zur Entstehungsgeschichte des Bistums Utrecht. Franken und Friesen 690–734, in: RhVjbl 35 (1971), S. 107–151, hier S. 110f.

²³⁵ Siehe oben Anm. 148.

²³⁶ Vgl. Michel ROUCHE, *Religio calcata et dissipata* ou Les premières sécularisations de terres d’église par Dagobert, in: Le septième siècle. Changements et continuités. The Seventh Century. Change and Continuity, hg. von Jacques FONTAINE und Jocelyn N. HILLGARTH (Studies of the Warburg Institute 42), London 1992, S. 236–246.

²³⁷ Gerhard KÖBLER, Die Begründungen der *Lex Baiuvariorum*, in: Studien zu den germanischen Volksrechten. Gedächtnisschrift für Wilhelm Ebel, hg. von Götz LANDWEHR, Frankfurt/M. u. a. 1982, S. 69–85.

²³⁸ KAISER, Steuer und Zoll (wie Anm. 67); DERS., Königtum und Bischofsherrschaft im frühmittelalterlichen Neustrien, in: Herrschaft und Kirche. Beiträge zur Entstehung und Wirkungsweise episkopaler und monastischer Organisationsformen, hg. von Friedrich PRINZ (Monographien zur Geschichte des Mittelalters 33), Stuttgart 1988, S. 83–108. Zugleich ein- und vielseitig sind die Überlegungen, die Jack GOODY, Die Entwicklung von Ehe und Familie in Europa (1983), dt. Frankfurt/M. 1989,

delnden Immunitätsverleihungen der fränkischen Herrscher haben diesen Prozess noch verstärkt.²³⁹

Dies sind nur einige allgemeine Überlegungen, die zumindest erklären helfen, warum die Ausweitung der kirchlichen Patronatshoheit in den östlichen Teilen des Merowingerreiches von den Herrschern tatkräftig gefördert wurde – nicht zuletzt durch den Erlass genereller Rechtsnormen. Während in den stärker romanisierten Gegenden des Frankenreiches mit der *manumissio in ecclesia* eine Übertragung der Patronatsgewalt an die Kirche nicht zwingend verbunden wurde, erreichte man in den östlichen Gebieten des Frankenreiches kirchlicherseits, dass die Forderung, jeder in einer Kirche freigelassene Sklave solle der kirchlichen Patronatsgewalt unterstehen, die Unterstützung der weltlichen Gewalt fand.²⁴⁰ Gerade die königlich autorisierten *Leges* zeigen, dass die soziale Umschichtung der Gesellschaft, d. h. die Freilassung von Sklaven in einen „Zwischenstand“, ein Prozess war, der hier in besonderer Weise den Kirchen zugute kam, sofern die Freilassung mit religiöser Zwecksetzung erfolgte. Da die Kirchen dauerhafte Institutionen verkörperten und auf der Erbllichkeit des Patronates beharrten, begünstigte dies die schrittweise Vergrößerung einer Gruppe bessergestellter Abhängiger unter der Schutzgewalt von Bischofskirchen, Stiftern und Klöstern.²⁴¹

Wichtig ist daher der abschließende Hinweis, dass Häufungen von Patronatsbindungen im Umfeld von Kirchen aufgrund religiöser Zuwendungen natürlich jederzeit auch in anderen Teilen des Frankenreichs denkbar blieben, wie etwa die spätere Genese der *colliberti* in

S. 116–171, anstellt, um die Zunahme des kirchlichen Grundbesitzes zu erklären; vgl. dazu auch Jochen MARTIN, Zur Anthropologie von Heiratsregeln und Besitzübertragung. 10 Jahre nach den Goody-Thesen, in: Historische Anthropologie 1 (1993), S. 149–162. Zu den Hintergründen der Delegation staatlicher Aufgaben durch Übertragung von Grundbesitz vgl. auch die Überlegungen von Matthew J. INNES, Practices of Property in the Carolingian Empire, in: The Long Morning of Medieval Europe. New Directions in Early Medieval Studies, hg. von Jennifer R. DAVIS und Michael MCCORMICK, Aldershot 2008, S. 247–266.

²³⁹ Siehe unten bei Anm. 262–269.

²⁴⁰ Vgl. auch die Feststellung von Franz STAAB, Untersuchungen zur Gesellschaft am Mittelrhein in der Karolingerzeit (Geschichtliche Landeskunde 11), Wiesbaden 1975, S. 349, Anm. 261: „Die Muntverwaltung durch den ehemaligen Herrn kommt in unserem Urkundenmaterial nur mittelbar vor“ (nämlich in der Ausschließung des Gehorsams gegenüber den Erben des Freilassers).

²⁴¹ Die ersten Bezeichnungen des Kirchenvermögens als „tote Hand“ (*manus mortua* – im Unterschied zur Todfallabgabe) reichen schon in die Karolingerzeit zurück. In diesem Sinne erstmals bezeugt ist der Begriff *mortua manus* in einem Kapitular Ludwigs des Frommen aus dem Jahr 829, vgl. Capitulare missorum Wormatiense a. 829, c. 5: *Ubicumque commutationes tam tempore nostro quamque genitoris nostri legitimae et rationabiles atque utiles ecclesiis Dei factae sunt, permaneant; ubicumque vero inutiles et incommo- dae atque irrationabiles factae sunt, dissolvantur, et recipiat unusquisque, quod dedit. Ubi vero mortua manus interiacet aut alia quaelibet causa, quae rationabilis esse videtur, inventa fuerit, diligenter describatur et ad nostram notitiam perferatur* (Capitularia regum Francorum 2, hg. von Alfred BORETIUS und Victor KRAUSE [MGH LL Sect. II, 2], Hannover 1897, Nr. 192, S. 15). Vgl. dazu auch BRUNNER, Zur Geschichte (wie Anm. 2), S. 250: Tausch von Kirchengut war von der Genehmigung des Königs abhängig.

Frankreich,²⁴² aber auch das Vorkommen der Zensualenabgaben jenseits des eigentlichen Verbreitungsgebietes der Zensualität zeigt. Die Besonderheit der Situation im Osten des Frankenreiches scheint mir demgegenüber darin zu liegen, dass hier diese Entwicklung seitens der weltlichen Gewalt in Gestalt allgemeiner Rechtsätze gezielt in diese Richtung gelenkt wurde. Dies unterstreicht die kaum zu unterschätzende strukturelle Bedeutung der merowingischen Kirchenpolitik, welche die eigentlichen Rahmenbedingungen für die spezifische regionale Ausprägung der Zensualität schuf.

5. Die Bedeutung der Karolingerzeit für die Formierung der Zensualität

Das Verbreitungsgebiet der Zensualität orientierte sich also nicht an den Grenzen der karolingischen Reichsteilungen, sondern – zugespitzt formuliert – am Geltungsgebiet der ribuarischen, alemannischen und bajuwarischen *Leges*. Wird man hieraus den Schluss ziehen dürfen, dass die rechtlichen Grundlagen dafür im Wesentlichen in vorkarolingischer Zeit gelegt worden sein müssen, so muss dieser Prozess im späteren 8. Jahrhundert einen gewissen Abschluss erreicht haben, denn im zitierten Herstaler Kapitular Karls des Großen von 779 wurden die Rechtsgewohnheiten von *cerarii*, *tabularii* und *cartolariii* als altbekannt nebeneinandergestellt, ohne dass man sie noch einer längeren Erläuterung für nötig befunden hätte.²⁴³

Während *tabularii* und *cartolariii* bereits in der *Lex Ribuaria* bezeugt sind, deutet die Bezeichnung *cerarii* darauf hin, dass die Wachszinser innerhalb der größeren Gruppe, die man als „Zensualität“ zusammenzufassen pflegt, bereits eine recht deutlich abgetrennte eigene Gruppe bildeten.²⁴⁴ Für eine Verfestigung des Zensualenstatus spricht zudem, dass aus der Zeit kurz vor 800 möglicherweise schon das früheste Beispiel für einen Selbsteintritt in die Wachszinsigkeit stammt.²⁴⁵ Mit dem Polyptychon von St. Germain-des-Prés und späteren Urkunden mehren sich seit dem 9. Jahrhundert die erhaltenen Zeugnisse für Autotraditionen.²⁴⁶ Ziel war es, die Schutzgewalt der Kirche oder eines Klosters zu erreichen.²⁴⁷

²⁴² Vgl. dazu BLOCH, *Les colliberti* (wie Anm. 14); siehe auch unten bei Anm. 343.

²⁴³ Kapitular von Herstal a. 779, c. 15: *De cerariis et tabulariis atque cartolariis, sicut a longe tempore fuit, observetur* (MGH Capit. 1 [wie Anm. 30], Nr. 20, S. 50).

²⁴⁴ Siehe oben Anm. 30.

²⁴⁵ Siehe oben Anm. 24.

²⁴⁶ Siehe oben Anm. 219. Im Jahr 887 traten zwei vom Niederrhein beziehungsweise aus Flandern stammende Freie in die Wachszinsigkeit des Klosters Werden an der Ruhr ein: *Temporibus regis Karoli iunioris uenit quidam homo liber de Bergon sine de Gent nomine Eremfrid et eius coniux Adaluui et tradiderunt se ipsos ad sanctum Lindgerum censum soluentes duorum denariorum in cera in pentecoste omni anno et post eos filii eorum quo usque constaret successio generis eorum, ut de cetero liberi permaneant* (Die Urbare der Abtei Werden a. d. Ruhr, A. Die Urbare vom 9.–13. Jahrhundert, hg. von Rudolf KÖTZSCHKE [Rheinische Urbare 2, Publikationen der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde 20], Bonn 1906, Urbar A, § 10, S. 33).

²⁴⁷ Zum *mundeburdum* der Kirche als Grund der Autotraditionen vgl. Gerd TELLENBACH, *Servitus und libertas* nach den Traditionen der Abtei Remiremont, in: *Saeculum* 21 (1970), S. 228–234, hier S. 234.

Solche Selbsteintritte in die Zensualität zeigen, dass sich dieser Status als eine auf Dauer angelegte gesellschaftliche Zwischenposition im Schatten der großen Kirchen und Klöster des östlichen Frankenreiches verfestigt hatte.

Diese Position verkörperte zugleich ein Milieu sozialer Mobilität,²⁴⁸ welches für unterschiedliche Zwecke zu nutzen attraktiv werden konnte. In vielen Fällen suchte man Schutz vor Bedrückung. Der zahlenmäßig überaus hohe Anteil von Frauen innerhalb vieler Zensualitäten lässt sich hiermit wohl in erheblichem Maß erklären.²⁴⁹ Auch in fortgeschrittenem Alter versorgt zu werden, konnte den Eintritt in die Zensualität motivieren, doch Einzelfälle lassen noch weitaus vielfältigere Hintergründe erkennen. In Regensburg etwa übertrug um 880 ein Mann eine *ancilla* zusammen mit ihren drei Söhnen als Zinshörige mit einem jährlichen Kopfzins von vier Denaren an den Altar St. Emmeram des Hochstifts, damit sie von dort *patrocinium ac defensio* erhielten – der Wortlaut macht deutlich, dass es sich bei den Söhnen um die Kinder des Mannes samt ihrer Mutter handelte.²⁵⁰ Übertragungen von Zensualen dienten häufig der Versorgung unehelicher Kinder samt ihrer Mütter.²⁵¹ Aus dem früheren 10. Jahrhundert ist ein Fall bekannt, in dem ein Elternpaar seine Tochter wegen *infirmitas* in die Wachzinsigkeit des Klosters Weißenburg übertrug und dafür den Zins entrichtete.²⁵² Häufig wurde dieser Schutz mittels bestimmter Gegenleistungen erkauft: Man suchte Rechtsbeistand, gab Land gegen eine Geldrente und anderes mehr, begann unterschiedliche „Güter“ miteinander zu verrechnen. Die frühmittelalterlichen Domkirchen und größeren Klöster waren multifunktionale Gebilde:²⁵³ Unter einem Dach vereint sehen wir, modern gesprochen, eine religiöse Einrichtung mit einem äußerst komplizierten Widerspiel von Leistungen und Gegenleistungen, einen landwirtschaftlichen Großbetrieb mit eigenem Absatzsystem²⁵⁴ und weiterverarbeitendem Handwerk,²⁵⁵ ein Kreditinstitut,²⁵⁶ eine Immo-

²⁴⁸ Dazu MATHEUS, *Forms of Social Mobility* (wie Anm. 17).

²⁴⁹ Vgl. DOLLINGER, *Der bayerische Bauernstand* (wie Anm. 3), S. 315f., der auch darauf hinweist, dass zahlreiche Frauen vermögend waren. Zur Bedeutung der Zensualität für Frauen vgl. ausführlich WITTIG, *Frauen und Freiheit* (wie Anm. 21).

²⁵⁰ ... *ea ratione, vt inde patrocinium ac defensionem speraret atque per singulos annos nihil plus quam quatuor denarios persolueret, reliquum quoque vitae huius tempus proprio dispensaret arbitrio. Denique tres filios meos, quos mihi supra genuit mulier, nomine Alauuinum, Johannem, Bernhardum, liberos atque ab omni seruitutis humanae uinculo securos reliqui* (Die Traditionen des Hochstifts Regensburg und des Klosters S. Emmeram, hg. von Josef WIDEMANN [Quellen und Erörterungen zur bayerischen Geschichte N.F. 8], München 1943, Nr. 93, S. 84, ca. 880–885).

²⁵¹ Vgl. SCHULZ, *Zum Problem* (wie Anm. 9), S. 101; DERS., *Art. Zensualen* (wie Anm. 7), Sp. 532.

²⁵² *Traditiones possessionesque Wizenburgenses. Codices duo cum supplementis*, hg. von Kaspar ZEUSS, Speyer 1842, S. 303, Nr. 305 von 928; dazu STAAB, *Untersuchungen* (wie Anm. 240), S. 351.

²⁵³ Vgl. dazu grundsätzlich Dieter HÄGERMANN, *Der Abt als Grundherr. Kloster und Wirtschaft im frühen Mittelalter*, in: *Herrschaft und Kirche. Beiträge zur Entstehung und Funktionsweise episkopaler und monastischer Organisationsformen*, hg. von Friedrich PRINZ (Monographien zur Geschichte des Mittelalters 33), Stuttgart 1988, S. 345–388.

²⁵⁴ Franz IRSIGLER, *Grundherrschaft, Handel und Märkte zwischen Maas und Rhein im frühen und hohen Mittelalter*, in: *Grundherrschaft und Stadtentstehung am Niederrhein*, hg. von Klaus FLINK

bilienbörse,²⁵⁷ ein Sozialamt und eine Versorgungseinrichtung für unterschiedlichste Personen.²⁵⁸

Daneben konnten viele Klöster und Kirchen jedoch auch, um im modernen Bild zu bleiben, als Gericht,²⁵⁹ Wehrbehörde und Rüstungsbetrieb²⁶⁰ und als Finanzamt²⁶¹ fungieren, übernahmen also auf lokaler Ebene und bezogen auf die eigenen Hintersassen wichtige politische, jurisdiktionelle und administrative Hoheitsfunktionen. Viele Entwicklungen in diese Richtung sind in merowingischer und karolingischer Zeit durch Immunitätsprivilegien angebahnt oder verstärkt worden, die den geistlichen Einrichtungen das Recht einräumten, verschiedene hoheitliche Funktionen in eigener Regie durchzuführen und von Personen

und Wilhelm JANSSEN (Klever Archiv 9), Kleve 1989, S. 52–78, behandelt die Bedeutung grundherrlicher Märkte für den Absatz lokaler Produkte.

²⁵⁵ Fred SCHWIND, Zu karolingerzeitlichen Klöstern als Wirtschaftsorganismen und Stätten handwerklicher Tätigkeit, in: Institutionen, Kultur und Gesellschaft im Mittelalter. Festschrift für Josef Fleckenstein zu seinem 65. Geburtstag, hg. von Lutz FENSKE, Werner RÖSENER und Thomas ZOTZ, Sigmaringen 1984, S. 101–123.

²⁵⁶ Hansmartin SCHWARZMAIER, Ein Reichenauer Schuldregister des 9. Jahrhunderts. Ein Beitrag zum Überlieferungsproblem in der Abtei Reichenau, in: Die Abtei Reichenau. Neue Beiträge zur Geschichte und Kultur des Inselklosters, hg. von Helmut MAURER, Sigmaringen 1974, S. 17–30.

²⁵⁷ Timothy REUTER, Property Transactions and Social Relations between Rulers, Bishops and Nobles in Early Eleventh-century Saxony: The Evidence of the *Vita Meinwerci*, in: Property and Power (wie Anm. 208), S. 165–199. Dass Eintritte in die Zensualität eines Klosters oder Stifts dadurch motiviert sein konnten, von diesem Güter zu erhalten, betont WITTIG, Frauen und Freiheit (wie Anm. 21), S. 82.

²⁵⁸ Grundsätzlich dazu Joachim WOLLASCH, Gemeinschaftsbewußtsein und soziale Leistung im Mittelalter, in: FrMaSt 9 (1975), S. 268–286; Egon BOSHOF, Armenfürsorge im fränkischen Reich des 9. Jahrhunderts, in: AKG 58 (1976), S. 265–339; DERS., Armenfürsorge im Frühmittelalter. *Xenodochium, matricula, hospitale pauperum*, in: VSWG 71 (1984), S. 153–174; Franz Georg GAST, Stipendium und Unterhaltsvertrag im fränkisch-kirchlichen Recht, in: ZRG KA 51 (1965) S. 24–138, hier S. 42–52. Gesine JORDAN, „Nichts als Nahrung und Kleidung.“ Laien und Kleriker als Wohngäste bei den Mönchen von St. Gallen und Redon (8. und 9. Jahrhundert) (Europa im Mittelalter. Abhandlungen und Beiträge zur historischen Komparatistik 9), Berlin 2007.

²⁵⁹ Vgl. dazu auch die unter Anm. 262 genannte Literatur zur frühmittelalterlichen Immunität.

²⁶⁰ Zur militärischen Rekrutierung von klösterlichen Hintersassen und Vasallen vgl. Friedrich PRINZ, Klerus und Krieg im frühen Mittelalter. Untersuchungen zur Rolle der Kirche beim Aufbau der Königsherrschaft (Monographien zur Geschichte des Mittelalters 2), Stuttgart 1971; DERS., *Fortissimus abba*. Karolingischer Klerus und Krieg, in: *Consuetudines monasticae*. Eine Festgabe für Kassius Hallinger aus Anlaß seines 70. Geburtstages, hg. von Joachim F. ANGERER u. Josef LENZENWEGER (Studia Anselmiana 85), Rom 1982, S. 61–95. Für die spätere Zeit Leopold AUER, Der Kriegsdienst des Klerus unter den sächsischen Kaisern, in: MIOG 79 (1971), S. 317–407, u. 80 (1972), S. 48–70. Exemplarisch Konrad LÜBECK, Vom Reichskriegsdienste des Klosters Fulda, in: Fuldaer Geschichtsblätter 28 (1936) S. 1–13, u. 29 (1937), S. 55–64. Die Rüstungsproduktion einer klösterlichen Grundherrschaft behandelt am Beispiel St. Gallens SCHWIND, Zu karolingerzeitlichen Klöstern (wie Anm. 255), S. 115f.

²⁶¹ Vgl. KAISER, Steuer und Zoll (wie Anm. 67), S. 9–17; DERS., Königtum und Bischofsherrschaft (wie Anm. 238), S. 89–91.

wahrnehmen zu lassen, die sie selbst bestellten.²⁶² Dies gilt für die Eintreibung von bestimmten Steuern und Abgaben ebenso wie für die Ausübung von Gerichtsfunktionen über die auf dem kirchlichen Grund und Boden ansässige Bevölkerung. Obwohl die Zensualen in aller Regel nicht als kirchliche oder klösterliche Grundholden anzusprechen sind, sollte sich diese Entwicklung dennoch auch auf ihren Status gravierend auswirken. Letztlich bewirkten die Immunitäten eine Regionalisierung von Hoheitsrechten und verliehen den kirchlichen Einrichtungen einen ausgeprägteren herrschaftlichen Charakter, der gravierende Auswirkungen auf das Verhältnis der Standesunterschiede zwischen deren freien und unfreien Abhängigen haben konnte. Karl Hans GANAHL hat am Beispiel des Klosters St. Gallen verschiedene Aspekte dieses Wandels in der *longue durée* herausgearbeitet: Über das Standesrecht wurden häufig freie Vereinbarungen getroffen, etwa hinsichtlich des Umfangs von Frondiensten, bei der Übernahme einer freien oder unfreien Hufe oder auch mit Blick auf die Todfallabgaben. Unfreiheit und Freiheit lassen sich aufgrund dessen bei manchen Personengruppen nicht mehr begrifflich, sondern nur noch an der Höhe der gezahlten Abgaben unterscheiden; die Freilassung verschwand, an ihre Stelle trat die Übertragung beziehungsweise Schenkung von Personen zu einem bestimmten Zinsrecht an den Altar der geistlichen Einrichtung, am Ende der Entwicklung steht ein – vor allem im Hochmittelalter fassbarer – neuer Stand der „Gotteshausleute“, innerhalb dessen die Standesunterschiede fast nivelliert waren und die Leistungspflichten fast unterschiedslos auf die gesamte Abhängigkeit angewandt wurden.²⁶³

Sind in den karolingischen Immunitätsprivilegien die rechtlichen Anfänge dieser Entwicklung zu greifen, so waren es vor allem die mit der Ausübung der weltlichen Belange betrauten Vögte, in deren Person die Veränderung der Kräfteverhältnisse sichtbar wurde.²⁶⁴ Insgesamt ist zwar davon auszugehen, dass die vogteiliche Gerichtspraxis ständische Unter-

²⁶² Aus der älteren Literatur vgl. Gerhard SEELIGER, Die soziale und politische Bedeutung der Grundherrschaft im früheren Mittelalter. Untersuchungen über Hofrecht, Immunität und Landleihen (Abhandlungen der Königlich Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften, Philologisch-historische Klasse, 22/1), Leipzig 1903, S. 56–173; Edmund Ernst STENGEL, Die Immunität in Deutschland bis zum Ende des 11. Jahrhunderts. Forschungen zur Diplomatie und Verfassungsgeschichte, I. Teil: Diplomatie der Immunitätsprivilegien vom 9. bis zum Ende des 11. Jahrhunderts, Innsbruck 1910, S. 553–577; Elisabeth MAGNOU-NORTIER, Étude sur le privilège d'immunité du IV^e au IX^e siècle, in: *Revue Mabillon* 60 (1981/84), S. 465–512; FOURACRE, *Eternal Lights* (wie Anm. 208); MURRAY, *Immunity* (wie Anm. 213); Carlrichard BRÜHL, Die merowingische Immunität (1995), in: DERS., *Aus Mittelalter und Diplomatie. Gesammelte Aufsätze*, Bd. 3: Studien zur Verfassungsgeschichte und Diplomatie, Hildesheim u. a. 1997, S. 148–165; Barbara H. ROSENWEIN, *Negotiating Space. Power, Restraint, and Privileges of Immunity in Early Medieval Europe*, Ithaca/N.Y. 1999, S. 75–134.

²⁶³ Karl Hans GANAHL, *Studien zur Verfassungsgeschichte der Klosterherrschaft St. Gallen von den Anfängen bis ins hohe Mittelalter* (Forschungen zur Geschichte Vorarlbergs und Liechtensteins 6), Innsbruck 1931, S. 83–108 („Der Einfluß der Immunität auf die Standesverhältnisse“). Vgl. zu diesem Problem auch KUCHENBUCH, *Bäuerliche Gesellschaft* (wie Anm. 18), S. 361f. u. 371–379 („Zur Rolle der Immunität für die rechtsständische Gliederung der Prümer *familia*“).

²⁶⁴ GANAHL, *Studien* (wie Anm. 263), S. 71–82.

schiede berücksichtigte,²⁶⁵ doch ist ebenso bezeugt, dass Vögte aufgrund ihrer Machtfülle vielerorts die Zensualen innerhalb der nun als Rechtsverband aufzufassenden *familia* auf das Niveau der anderen Grundholden herabzudrücken suchten. Die Kulmination dieser Dinge führte bereits in karolingischer Zeit vielerorts eine Situation herbei, in der die Zensualen eher schutzlos als geschützt dem Willen ihrer Herrschaft ausgesetzt waren. Vor einigen Jahren hat Hubert Mordek auf ein bis dahin unbekanntes, zumindest teilweise in Flandern zu lokalisierendes Memorandum aufmerksam gemacht, das in den ersten Regierungsjahren Ludwigs des Frommen als Kaiser den Erlass eines Kapitulars vorbereiten sollte. Es enthält unter anderem einen Beratungspunkt unter der Überschrift „Über Freigelassene, die Wachs oder einen anderen Zins an eine Kirche zahlen und wie Unfreie behandelt werden“:²⁶⁶ Die daraufhin erlassene Bestimmung ist zwar nicht mehr auf uns gekommen, doch ist noch an dem Erhaltenen zu erkennen, dass der Gesetzgeber die Zensualen der größeren Gruppe der Freigelassenen (*liberti*) zuordnete und von diesem Grundgedanken ausgehend einer Herabdrückung dieser Gruppe in den Status von unfreien *servi* entgegenzuwirken suchte. Der Beratungspunkt lässt sich damit in den weiteren Kontext anderer Regelungen der früheren Karolinger einordnen, die Gruppe der Freien (*liberi homines*) zu erhalten.²⁶⁷ Ob Ludwig der Fromme tatsächlich entsprechende gesetzliche Maßnahmen verfügt hat und diese ggf. den gewünschten Erfolg zeitigten, ist heute nicht mehr feststellbar. Das Hauptproblem scheint im Fall der Zensualen darin bestanden zu haben, dass sie wiederholt von den weltlichen Funktionsträgern der kirchlichen Immunität beziehungsweise Grundherrschaft in einer Weise bedrückt wurden, die ihren besonderen Status gefährdete. Ihr besonderer Status als Freie scheint auch immer Zweifel begründet zu haben, ob sie der Immunität unterstanden, und von ihnen dazu genutzt worden zu sein, sich dieser zu entziehen. Dass die Immunität die ordentliche Gerichtsgewalt von sämtlichen Handlungen ausschloss, die *tributarii vel censuales*²⁶⁸ beziehungs-

²⁶⁵ Vgl. KUCHENBUCH, Bäuerliche Gesellschaft (wie Anm. 18), S. 376. Ein positiveres Bild der Funktionalität karolingerzeitlicher Vögte im Lichte der allgemeinen Reformen zeichnet Charles WEST, The Significance of the Carolingian Advocate, in: Early Medieval Europe 17 (2009), S. 186–206.

²⁶⁶ Capitula adhuc conferenda, c. 11: *De libertis, qui ceram vel alium censum ad ecclesia solvunt et pro servis tenentur* (Hubert MORDEK, Unbekannte Texte zur karolingischen Gesetzgebung. Ludwig der Fromme, Einhard und die Capitula adhuc conferenda, in: DA 42 [1986], S. 446–470, hier S. 470; dt. Übers.: S. E.). Zu diesem Text vgl. auch Georges DECLERCQ, De *Capitula adhuc conferenda* van Lodewijk de Vrome en de domeinen van de Gentse Sint-Baafsabdij in Noord-Frankrijk, in: Peasants and Towns-men in Medieval Europe. Studia in honorem Adriaan Verhulst, hg. von Jean-Marie DUVOSQUEL und Erik THOEN, Gent 1995, S. 325–345.

²⁶⁷ Eckhard MÜLLER-MERTENS, Karl der Große, Ludwig der Fromme und die Freien. Wer waren die *Liberi homines* der karolingischen Kapitularien (742/743-832)? Ein Beitrag zur Sozialgeschichte und Sozialpolitik des Frankenreiches (Forschungen zur Mittelalterlichen Geschichte 10), Berlin (Ost) 1963, bes. S. 72–77 u. 120–136.

²⁶⁸ So in einer Immunitätsverleihung Ludwigs II. an den Abt Salamannus und sein nicht sicher identifizierbares Marienklöster aus dem Jahr 861/62: *Et quicquid exinde fiscus noster exigere poterat, totum in luminaribus ipsius ecclesiae et subsidiis pauperum et stipendia servorum ibidem deo famulantium concessimus, in perpetuo ibidem proficiat in augmentum. Cunctos vero tributarios vel censuales qui res suas tradiderunt eidem ecclesiae vel in*

weise *tabellarii* betrafen, für deren *defensio* allein die begünstigte kirchliche Institution und die von ihr autorisierten Funktionsträger zuständig seien, wurde daher eigens hervorgehoben.²⁶⁹

Es leuchtet ein, dass, je mehr der Freigelassenenstatus zu einer dauerhaften gesellschaftlichen Zwischenposition wurde und das Selbstbewusstsein als Gruppe wuchs, eine Bezeichnung der fraglichen Personen als „Freigelassene“ (*liberti*) ihren Sinn zu verlieren drohte. In Abgrenzung zu anderen Gruppen wurde die genaue Charakterisierung ihrer Freiheit beziehungsweise Dienstbarkeit (*servitus*) wichtiger. Eine Fuldaer Urkunde aus der Zeit Ludwigs des Frommen berief sich noch auf eine *lex tabularia*, um die jährliche Zahlung eines Kopfszinses in Höhe von zwei Denaren oder demselben Wert in Wachs zu begründen.²⁷⁰ Diese zeigt deutlich, dass im Fuldaer Einzugsgebiet anschließend an die *Lex Ribuaria*²⁷¹ und das Herstaler Kapitular²⁷² für *tabularii* besondere Rechtsgewohnheiten galten, die man auch durch das weltliche Recht (*lex*) geschützt sah.

Gleichwohl ist der Begriff in den erhaltenen Fuldaer Urkunden singular, in den Traditionen übereignete Personen werden einfach als *mancipia* bezeichnet, so dass anhand der ver-

antea tradituri sunt, ut in perpetuo sub defensionem eiusdem ecclesiae per hanc nostram auctoritatem consistant, sanctimus, ne comes neque iuniores sui nullam habeant potestatem ad distringere (Die Urkunden Ludwigs II., hg. von Konrad WANNER [MGH Die Urkunden der Karolinger 4], München 1994, Nr. 36, S. 142).

²⁶⁹ Immunitätsbestätigung Ludwigs des Deutschen für das Bistum Straßburg aus dem Jahr 873: *Et nullus hominum vel index publicus vel quislibet ex iudicaria potestate in ecclesiae baptismales vel oracula curtes villas loca vel agros seu reliquas possessiones memorati episcopii, quas moderno tempore in quibuslibet pagis ac territoriis infra dictionem imperii nostri iuste et legaliter possidet vel quae deinceps in iure ipsius sancti loci divina pietas augere voluerit, ad causas iudicario more audiendas vel freda aut telonea exigenda aut mansiones vel paratas faciendas aut fideiussores tollendas seu homines ipsius ecclesiae tam liberos quam servos fiscalinos et tabellarios distringendos nec ullas redibitiones aut illicitas occasiones requirendas ullo umquam tempore ingredi audeat vel ea, quae supra memorata sunt, penitus exigere praesumat, sed liceat memorato venerabili vocato episcopo suisque successoribus res praedictae ecclesiae cum omnibus sibi subiectis sub immunitatis nostrae defensione quieto ordine possidere absque cuiuspiam contrarietate, quatinus pro nostra incolumitate coniugis et prolis seu etiam totius imperii a domino nobis collati ingiter domini misericordiam exorare delectetur* (Die Urkunden Ludwigs des Deutschen, Karlmanns und Ludwigs des Jüngeren, hg. von Paul Fridolin KEHR [MGH Diplomata regum Germaniae ex stirpe Karolinorum 1], Berlin 1934, Nr. 149, S. 209; zur Frage möglicher Interpolationen im Text vgl. die Bemerkungen des Herausgebers ebd. S. 208).

²⁷⁰ ... *tradidit Germunt in uilla quae dicitur Mareesfeld omnem possessionem suam et tres ancillas suas quarum nomina haec sunt. Reginiu Ribniu Sigirat. ea conditione ut censum persoluerent ad ecclesiam sancti Bonifatii per singulos annos et ab alia servitute excusabiles fierent. idcirco ego Hrabannus abbas cum consilio et consensu fratrum nostrorum praedictam rem confirmo decernens ut lege tabularia per singulos annos unaquaeque de nobis duos denarios argenti missa sancti Bonifatii aut tantum de cera ualentem censum reddatis ad ecclesiam sancti Michaelis quae est in loco qui dicitur Rore constructa sub regimine monasterii sancti Bonifatii et ab alia seruitute liberae sitis omni tempore uitae uestrae. Res vero quascunque acquisieritis uel elaboraueritis in toto spatio uitae uestrae ad praedictum monasterium post obitum uestrum redeant in elemosinam eius qui uos sub huius census persolutione sancto Bonifatio tradidit* (Codex diplomaticus Fuldensis, hg. von Ernst Friedrich Johann DRONKE, Kassel 1850, Nr. 466, S. 205 aus dem Jahr 826). Der Zugewinn sollte als *elemosina*-Stiftung des Tradenten dem Kloster zukommen.

²⁷¹ Siehe oben Anm. 154.

²⁷² Siehe oben Anm. 30.

wandten Terminologie allein nicht erkennbar wird, ob es sich um Freigelassene oder Unfreie handelte.²⁷³ Der besondere Status einer Gruppe von *mancipia* wird vielmehr erst daran deutlich, dass diese im Unterschied zu den Hunderten anderer *mancipia*, die übertragen wurden, einen Zins zu leisten hatten,²⁷⁴ der in Form von Wachs zu entrichten war und zumeist einem Wert von vier Denaren entsprach.²⁷⁵ Unter dem Abt Ratgar (802–817) beispielsweise tradierte eine Frau namens Burcswind an das Kloster Fulda 141 namentlich genannte *mancipia*, von denen die Männer einen Zins von sieben, die Frauen von fünf Denaren zu zahlen hatten.²⁷⁶ Im Jahr 827 übertrug ein Mann namens Eiat neben Ländereien und 13 namentlich genannten *mancipia* eine Frau namens Tetta zusammen mit deren drei Söhnen und einer Tochter, deren Vater der Tradent selbst war. Einziges Zeichen ihrer *servitus* sollte der jährliche Zins von fünf Denaren sein, der in Form von Leinen oder Wachs zu entrichten war.²⁷⁷ In einer anderen Urkunde sollte im Fall dreifacher Säumnis das *plenum servitium* geleistet werden.²⁷⁸ Dass der Zins hier für die Freiheit stand beziehungsweise eine strikt beschränkte *servitus* meinte, zeigt auch eine *cartula ingenuitatis* aus dem Jahr 823, in welcher der Wachszins von vier Denaren als eigentliches Zeichen der neu gewonnenen Freiheit des Begünstigten gekennzeichnet wurde, für dessen *mundburt vel defensio* künftig das Kloster zuständig sein würde.²⁷⁹ Begriffliche Befunde wie diese erklären, warum sich über den Zins als Standes-

²⁷³ Vgl. dazu auch Étienne RÉNARD, Les *mancipia* carolingiens étaient-ils esclaves? Les données du polyptyque de Montier-en-Der dans le contexte documentaire du IX^e siècle, in: Le moines du Der 673–1790, hg. von Patrick CORBET, Langres 2000, S. 179–203, sowie DEVROEY, Puissants et misérables (wie Anm. 99), S. 287–295 („*Mancipium* ou la confusion des mots“). Zum Problem vgl. auch Walter GOFFART, The „Techniques of Accommodation“ Revisited, in: DERS., Barbarian Tides. The Migration Age and the Later Roman Empire, Philadelphia 2006, S. 119–186, hier S. 257–262.

²⁷⁴ Dass das Wort *mancipia* in Verbindung mit einem Kopfszins auch Zensualen meinen konnte, betonte schon DOPSCH, Herrschaft und Bauer (wie Anm. 3), S. 26

²⁷⁵ Vgl. Codex diplomaticus Fuldensis (wie Anm. 270), Nr. 264 (S. 134) aus dem Jahr 812, Nr. 279 (S. 139) vom Jahr 813, Nr. 359 u. 361 (S. 168f.), Nr. 368 (S. 170)

²⁷⁶ Ebd. Nr. 296, S. 145f.: *ea scilicet ratione, ut per singulos annos [ad missam] sancti Bonifa[ti]i censum det vir VII mulier V denarios*; dazu Wolfgang HESSLER, Fuldaer Studien I. Eine Urkunde zur Sozialgeschichte der Karolingerzeit aus dem Codex Eberhardi, in: Archiv für Diplomatik 7 (1961), S. 1–32, hier S. 30.

²⁷⁷ Ebd. Nr. 474, S. 209: *reliquorum autem quae trado haec sunt nomina Icha, Bilibilt, Othilt, Bernbilt, Oloff, Theothilt, Ratun, Ernst, Raitant, Heririb, Leobprabt, Hruodbrabt, Nuoring, Tetta et tres filios meos Gundultum, Hruodoltum Uuidaroltum et filiam meam Gunthiltam ea ratione ut filii praedicti et filia mea quamdiu uixerint nulla ni seruitutis constringantur nisi quod singuli annis singulis V. denarios aut ex lino uel cera quantitatem eiusdem pretii ad sanctum Bonifatium reddant.*

²⁷⁸ Ebd. Nr. 378, S. 171: *Ego in Dei nomine Einheri et frater meus Benno donamus atque tradamus in elemosinam Theotilun ad sanctum Bonifatium VIII. mancipias et haec nomina illorum Nana, Elphilt, Perabtsuwind, Vodilbilt, Pauglind, Hiltuwin, Alagund, Unolfger. ea uero ratione ut singulis annis censum reddant ad ecclesiam sancti Bonifatii IIII. denarios siue in cera pretium IIII. denariorum et si unum annum uel duos annos censum impediunt ad missam duplum restituant et si tres annos censum neglegant tribuendi plenum seruitium et debitum seruitutis sancti Remedi incurrant.*

²⁷⁹ Ebd. Nr. 417, S. 187: *Dilectissimo meo Frumigiso. Ego in dei nomine Ata plenius pertractaui pro dei timore et pro remedio animae meae ut ab ingo seruitutis te laxare uolero ingenuum quod et ita feci ut ab hac die presente in-*

merkmal schließlich die Gruppenbezeichnung *zensuales* durchsetzte, um die so bezeichneten Personen von den Unfreien abzugrenzen.²⁸⁰ Die Traditionen unterschlagen gleichsam den Vorgang der Freilassung²⁸¹ und erwähnen lediglich die Übergabehandlung – allein aus der Zinszahlung kann auf eine vorherige Freilassung, auf eine Tradition zu gehobenem Recht beziehungsweise auf die Weitergabe eines solchen Rechtsstatus über Generationen geschlossen werden. Hieran ist zu erkennen, dass das Problem der unscharfen Quellenbegrifflichkeit im Bereich von „Freiheit“ und „Unfreiheit“ bereits in die Karolingerzeit zurückreicht und häufig besondere regionale Bedingungen zum Hintergrund hat wie hier im Falle Fuldas. Es stellt sich in ähnlicher Weise jedoch auch in den Traditionsnotizen, die in den *Liber memorialis* von Remiremont eingetragen wurden.²⁸²

Ein Grund für diese Entwicklung ist m. E. auch in den Autotraditionen Freier zu sehen, die seit dem 9. Jahrhundert vermehrt auftraten. Dadurch, dass sich die Zensualengruppe gleichsam von „oben“ wie von „unten“ rekrutierte, verlor ihre Bezeichnung als „Freigelassenenstand“ die Berechtigung. Offenkundig aus diesem Grund kam man in der Karolingerzeit immer mehr von der Bezeichnung *tabularii* ab, weil diese Bezeichnung nur auf das Freilassungsritual bezogen Sinn ergab. Dies dürfte nicht nur ein Indiz dafür sein, dass sich die Gruppe verfestigt hatte, sondern auch dafür, dass sie vielleicht jetzt schon in größerem Umfang aus Personen bestand, die den Status ererbt hatten oder sogar von sich aus in die Zensualität eingetreten waren, ohne dass zuvor noch eine Freilassung erfolgt wäre. Hier wurde dann der Zins das wesentliche Erkennungs- und Bezeichnungsmerkmal der Gruppe.

Auf diesen Veränderungsprozess deuten auch die aus dem 9. und 10. Jahrhundert erhaltenen Überreste von Zensualenverzeichnissen hin. Sie dokumentieren zugleich die Konsolidierung und Vergrößerung dieser Gruppe, wobei sich die Entwicklung an Bistümern, Stiftern und Klöstern mit erheblichen regionalen und zeitlichen Unterschieden vollzog. Als wahrscheinlich älteste erhaltene Aufzeichnungen dieser Art sind zwei bereits früher behandelte Verzeichnisse mit den Namen von 20 beziehungsweise 39 *luminarii* anzusprechen, die sich dem Kloster St. Germain-des-Prés übertragen hatten und deswegen im vor 830 ent-

genus sis et ingenuus permanens et nulli heredum et proheredum meorum nullo umquam tempore nisi tantum annis singulis denarios IIII. de cera ad ecclesiam sancti Bonifatii quae est constructa in silva quae dicitur Buochonia ubi ipse sanctus dei ac gloriosus martyr sacro requiescit corpore et ubi uir uenerabilis Hrabanus abba praeesse videtur et ad festiuitatem sancti Bonifatii dare studeas et si exinde negligens uisus fueris cum uno solido restituas et cui dono ad confirmandum ingenuitatem ipsius quicquid peculiare habes aut deinceps elaborare poteris concessum habeas mundburt uel defensionem ad ipsam ecclesiam in omnibus habeas.

²⁸⁰ Der Kopfzins diente im Übrigen später auch der Abgrenzung von den Ministerialen, vgl. dazu Benjamin ARNOLD, *German Knighthood, 1050–1300*, Oxford 1985, S. 58 u. 65–67.

²⁸¹ Vgl. auch Friedrich LÜTGE, *Die Agrarverfassung des frühen Mittelalters im mitteldeutschen Raum vornehmlich in der Karolingerzeit*, Jena 1937, S. 112f.: „In dem gesamten Urkundenmaterial der Karolingerzeit treffen wir nirgends auf einen Freigelassenen oder eine Freilassung.“ Ähnlich für St. Gallen GANAHL, *Studien* (wie Anm. 263f.), S. 97f.

²⁸² Vgl. TELLENBACH, *Servitus* (wie Anm. 247). Zur Zensualität des Klosters Remiremont vgl. außerdem PERRIN, *Recherches* (wie Anm. 3), S. 152–169.

standenen Polyptychon der Abtei namentlich festgehalten wurden.²⁸³ Aus der Mitte des 9. Jahrhunderts stammt eine Auflistung der *ensores* des Klosters St. Gallen, die im Wehntal (im heutigen Kanton Zürich) ansässig waren. Unter den 19 namentlich aufgeführten, an verschiedenen Orten wohnhaften Personen leisteten sechs einen Kopzfins in Höhe von vier Denaren, während bei den übrigen Personen der Zins erheblich schwankte: Es begegnen Zinssätze von einem Denar bis zu einem *solidus*, alternativ in Einzelfällen auch Wachs oder die Bezahlung mit einem Pflug, was möglicherweise Rückschlüsse auf die Tätigkeit der Personen erlaubt. Einzelne Personen waren überdies im Besitz von Unfreien oder Land des Klosters.²⁸⁴ Ein Zensualenverzeichnis der Abtei St. Peter in Gent ist als Zusatz der Traditionsverzeichnisse überliefert und überschrieben *Item nomina de familia sancti Petri qui censum debent dare festivitatem sancti Martini ad mensam fratrum*. Die noch dem späten 9. oder dem 10. Jahrhundert zuzuordnende Liste enthält die Namen von gut 40 Personen (mit Angaben zu vorhandenen Kindern und Geschwistern), die an 20 verschiedenen, namentlich aufgeführten *villae* wohnten, und führt den von ihnen zu leistenden Kopzfins (i. d. R. in der Höhe von zwei Denaren) auf.²⁸⁵ Als ein Zensualenverzeichnis des Klosters Lorsch anzusprechen ist wohl eine in einen Kanonescodex des 8. und 9. Jahrhunderts eingetragene zwispaltige Namensliste, die Franz Staab in das späte 9. oder frühe 10. Jahrhundert datiert hat: Die Liste mit 39 überwiegend vollständig erhaltenen Männer- und Frauennamen gibt jeweils die Höhe des von ihnen zu entrichtenden Zinses an (in der Regel drei Denare).²⁸⁶ Wohl noch aus dem 10. Jahrhundert stammt ein in einem Evangeliar enthaltenes Wachszinserverzeichnis der Abtei Seligenstadt: Es listet in vier Spalten geordnet nach 39 großenteils in Mainfranken und Hessen gelegenen Orten insgesamt 107 Personennamen von erwachsenen Männern und Frauen jeweils mit dem von ihnen zu entrichtenden Zins auf, der nahezu durchgängig die Höhe von zwei oder vier Denaren aufweist. Schon aus der großen Anzahl der Orte ergibt sich eine breite geographische Streuung der Zinsler. Insgesamt sind neun weitere Namen

²⁸³ Siehe oben Anm. 219.

²⁸⁴ *Censores de Vaninctale: Ruadinc vomeres II. Kerlob denarios IIII. Willibere de Sickingun denarios XVI. Othere de Dassarun denarios IIII. Hato de eodem loco denarios IIII. Adalsind de suo capite denarios II aut duo libra de cera. Ruadger et Engilbold de Tellinchorun inter utrosque denarium. Hvito de dassaba denarios IIII. Filii Wielanti de Afaltraba solidos V. Crifo de Winingun denarios III. Engilger de Ottenwilare solidum I et Altman in simul, Winirat de Husinbab, servus sancti Galli, solidum I. Sigibert habet servum sancti Galli; pro illo censum dat solidum I. Scerun servum nostrum idem Sigibert habet. Uto et fratres ejus pro uno agro vomerem I aut IIII denarios annis singulis* (Urkundenbuch der Abtei Sanct Gallen, bearb. von Hermann WARTMANN, Bd. 2: 840–920, Zürich 1866, Anhang Nr. 23, S. 398).

²⁸⁵ Hg. von GYSSELING/KOCH, Het ‚fragment‘ (wie Anm. 27), S. 298f. Text und Übersetzung auch in: Ludolf KUCHENBUCH, Grundherrschaft im früheren Mittelalter, Idstein 1991, S. 190f. u. 193f.

²⁸⁶ Vatikanstadt, Bibliotheca Palatina, Lat. 493, fol. 100. Edition des Stückes und Einordnung der Handschrift durch Franz STAAB, Aspekte der Grundherrschaftsentwicklung des Klosters Lorsch vornehmlich aufgrund der Urbare des *Codex Laureshamensis*, in: Strukturen der Grundherrschaft im frühen Mittelalter, hg. von Werner RÖSENER (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 92), Göttingen 1989, S. 285–334, hier S. 300, Anm. 39.

ausradiert, was auf eine zeitweise Benutzung und Aktualisierung schließen lässt. Die Überlieferung im Rahmen eines Evangeliars ist möglicherweise auch mit den Usancen der Abgabenzahlung an Patronatsfesten in Verbindung zu bringen, gerade im Fall der Zensualen erscheint eine solche Vermutung naheliegend.²⁸⁷ Ein Urbar des Klosters Remiremont aus der Mitte des 10. Jahrhunderts hat Charles-Edmond Perrin rekonstruiert: Es enthielt unter anderem Verzeichnisse von Wachsinsern (*cerarii*) mit den Namen von 26 Männern und Frauen, die durchgängig drei Denare als Kopfzins zahlten und deren Entfremdung man offenbar befürchtete, sowie weiteren *cerarii* aus drei *villae* mit den Namen von 15, 5 beziehungsweise 6 Männern und Frauen – meist ohne Angabe des Zinses. Auch hier ist eine deutliche Konzentration an einzelnen Orten zu konstatieren.²⁸⁸ Im Urbar des Klosters Werden an der Ruhr ist ein von einer Hand des 10./11. Jahrhunderts geschriebenes Verzeichnis von Einkünften aus dem Rheindelta erhalten, welches ohne nähere Ortsangabe 58 Männer und Frauen namentlich mit ihrer Zinspflicht (zwischen zwei und sechs Denaren) aufführt, wohingegen an den anderen Orten des Verzeichnisses Einkünfte aus Hufenbesitz, weitere Leistungen sowie klösterliche *homines* verzeichnet sind.²⁸⁹

Überlieferungsumstände und Umfang dieser Listen erwecken den Eindruck einer zunehmenden administrativen Spezialisierung zwecks Erfassung dieser Gruppe beziehungsweise Einhebung des von ihren Mitgliedern geschuldeten Zinses. In vielen dieser Listen fehlt eine eigentliche Gruppenbezeichnung für die genannten Personen – man findet lediglich Personennamen mit Ortsangaben und Zinszahlungen. Überdies lassen sie erkennen, dass die Zensualen der genannten Klöster recht breit verstreut lebten und es lediglich an wenigen Orten etwas größere Verbände gab.²⁹⁰ Für die Erstellung der Listen war es den

²⁸⁷ Das Evangelienbuch der Abtei Seligenstadt (sog. *Liber comitis*; Darmstadt, Universitäts- und Landesbibliothek, Hs. 1957) enthält auf zwei als Schutzleinband benutzten zusätzlichen Pergamentblättern Nachträge, die aus dem 10. oder 11. Jahrhundert stammen. Das auf dem ersten Blatt fol 182^v enthaltene Zinsregister wurde ediert von: Adolf SCHMIDT, Mitteilungen aus Darmstädter Handschriften, III. Zinsregister und Urkunden der Abtei Seligenstadt, in: NA 13 (1888), S. 603–622, hier S. 607–613. – Vgl. auch NEUHEUSER, Rechtssicherung durch Sakralisierung (wie Anm. 193), S. 388–391, der beginnend mit dem Darmstädter Text mehrere früh- und hochmittelalterliche Liturgiecodices auflistet, in welche Zins- und Abgabenverzeichnisse eingetragen sind.

²⁸⁸ PERRIN, Recherches (wie Anm. 3), S. 693–703, das Kopfzinsverzeichnis S. 696f.: *Cerarios in Curvico et unicuique potestate cerarios habet*. Es folgen zunächst Wachs- und andere Zahlungen aus anderen Orten, schließlich das mit *Isti homines de Curvi* eingeleitete Verzeichnis mit 26 Personen, die drei Denare zu zahlen hatten, das abgeschlossen wird mit der Drohung: *Qui istos homines abstraere voluerit adque census eorum, ira Dei et sancti Petri et omnium sanctorum incurrat*. Das Verzeichnis der *cerarii* ebd. S. 701. Weitere Teile des Gesamtverzeichnisses enthalten möglicherweise noch weitere Kopfzinse, vereinzelt ist auch von Wachsabgaben und Zahlungen *ad luminaria* die Rede. Zu den Zensualen des Klosters Remiremont siehe auch Anm. 247, 282 u. 347.

²⁸⁹ Die Urbare des Klosters Werden (wie Anm. 246), Urbar A, § 43, S. 87. Die Geschlechterrelation ist ungefähr ausgeglichen, mit leichter Überzahl der Männer.

²⁹⁰ Eine genauere Auswertung unter siedlungshistorischen Aspekten kann im Rahmen dieser Studie nicht geleistet werden.

Klöstern anscheinend wichtig, sich einen Überblick über den zu zahlenden Kopfzins zu verschaffen, weshalb die Angaben sich vorzugsweise auf die erwachsenen Personen konzentrierten, in manchen Fällen auf vorhandene Kinder hingewiesen wurde, die aber nicht namentlich genannt wurden. Der Kopfzins war die einzige regelmäßig zu entrichtende Abgabe der Zensualen. Auf diesen administrativen Zweck ist es wohl zurückzuführen, dass die Listen keine Angaben über Todfallabgabe und Heiratsgebühr enthalten. Insofern geben diese Zeugnisse nur begrenzt über den Umfang der Leistungspflichten Auskunft.

Die Karolingerzeit markiert in der Entwicklung der Zensualität eine Phase, in der die Ausdifferenzierung lokaler Zensualengewohnheiten voranschritt. Dafür sind im Wesentlichen zwei Faktoren verantwortlich zu machen: Die verstärkten Selbsteintritte in die Zensualität und die Immunitätsverleihungen an Stifter und Klöster. Die Selbsteintritte führten dazu, dass sich die Zensualität als ein Zwischenstatus verfestigte, der Zulauf von „oben“ und von „unten“ erhielt. Beim Eintritt in die Zensualität wurden anscheinend nicht selten mit einer gewissen Flexibilität die Bedingungen ausgehandelt, so dass sich auf der Grundlage von Kopfzins und Patronatsrechten eigene lokale „Zensualenkulturen“ entwickelten und entsprechend auch die Zinszahlungen und die Höhe der anderen Abgaben divergierten. Das Bewusstsein, dass es sich bei der Zensualität ursprünglich um einen Freigelassenenstatus handelte, trat damit im Laufe der Zeit immer mehr in den Hintergrund.

Die zahlreichen Stiftern und Klöstern verliehenen Immunitäten dürften diesen Prozess wenn nicht schon initiiert, so doch zumindest erheblich beschleunigt haben. Die Flexibilität vieler Kirchen und Klöster, für Versorgungsprobleme unterschiedlichster Art Lösungsmöglichkeiten bereitzustellen, und der von ihnen erhoffte Schutz vor den Zudringlichkeiten und Oppressionen äußerer Gewalten waren hierfür besonders wichtig. Zugleich sind innerhalb der Immunitäten als gegenläufige Tendenzen die Verwischung mancher Standesgrenzen wie auch das Bemühen erkennbar, diese aufrecht zu erhalten und sichtbar zu machen. Auf lange Sicht haben die Immunitätsverleihungen damit den angesprochenen Prozess zur Ausprägung regional unterschiedlicher *consuetudines* forciert, dessen Resultate dann seit dem Hochmittelalter in den mannigfach ausdifferenzierten Zensualenrechten sowie teilweise auch den Hof- und Dienstrechten zu greifen sind.²⁹¹

²⁹¹ Karl BOSL, *Das ius ministerialium*. Dienstrecht und Lehnrecht im deutschen Mittelalter, in: DERS., *Frühformen der Gesellschaft im mittelalterlichen Europa*. Ausgewählte Beiträge zu einer Strukturanalyse der mittelalterlichen Welt, München u. a. 1964, S. 277–325; Knut SCHULZ, *Reichskloster und Ministerialität*. Gefälschte Dienstrechte des 12. Jahrhunderts – Ursachen und Absichten, in: Knut SCHULZ, *Reichskloster und Ministerialität*. Gefälschte Dienstrechte des 12. Jahrhunderts – Ursachen und Absichten, in: *Gesellschaftsgeschichte*. Festschrift für Karl Bosl zum 80. Geburtstag, hg. von Ferdinand SEIBT, München 1988, Bd. 2, S. 37–54; DERS., *Das Wormser Hofrecht* (wie Anm. 9); Ulrich RITZERFELD, *Hof-, Dienst-, Markt- und Stadtrechte der Kölner Erzbischöfe aus dem 12. Jahrhundert*. Eine vergleichende Studie, in: *Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein* 197 (1994), S. 7–25; ARNOLD, *German Knighthood* (wie Anm. 280), S. 76–99; Pirmin SPIESS, *Das Limburger Hofrecht*. Ein Sozialmodell des Jahres 1035, in: *Wege europäischer Rechtsgeschichte*. Karl Kroeschell zum 60. Geburtstag, hg. von Gerhard KÖBLER, Frankfurt/M. u. a. 1987, S. 467–475;

6. Zur Emanzipation von Zensualengruppen seit dem späten 10. Jahrhundert

Die weitere Entwicklung der Zensualen vom dem Ende des 9. bis zum späten 10. Jahrhundert ist nur schemenhaft zu erkennen, da es sich bei den wenigen Quellen, von denen sich auch keineswegs alle sicher datieren lassen, zumeist um einzelne Traditionsnotizen handelt. Zudem ist zu berücksichtigen, dass keineswegs in allen klösterlichen *familiae* zum Ausgang der Karolingerzeit Zensualen nachweisbar sind. Im Urbar des Eifelklosters Prüm vom Ende des 9. Jahrhunderts beispielsweise werden jeweils einmal *censales*²⁹² und *mundiliones* genannt,²⁹³ an anderer Stelle eine Gruppe Kopfzinspflichtiger,²⁹⁴ die zu entrichtenden Zinse lagen bei fünf oder sechs Denaren. Doch handelte es sich dabei jeweils um peripher gelegene Besitztümer. An einer Stelle wird sogar als Sterbefallabgabe ein „Besthaupt“ erwähnt,²⁹⁵ doch handelt es sich dabei offenkundig um eine singulär bezeugte Leistung.²⁹⁶

Für die ostfränkischen Gebiete ist zudem zu berücksichtigen, dass die ständische und soziale Struktur von derjenigen in den westfränkischen Gebieten beispielsweise darin abwich, dass es im Osten und in den Grenzgebieten wesentlich mehr Minderfreie (Liten)²⁹⁷

Franz-Josef JAKOBI, Ministerialität und *ius ministerialium* in Reichsabteien der frühen Stauferzeit, in: Sprache und Recht. Beiträge zur Kulturgeschichte des Mittelalters. Festschrift für Ruth Schmidt-Wiegand zum 60. Geburtstag, hg. von Karl HAUCK u. a., Berlin u. a. 1986, Bd. 1, S. 321–352; Werner RÖSENER, Frühe Hofrechte und Weistümer im Hochmittelalter, in: Agrargeschichte 23 (1990), S. 12–29; Rolf SCHMIDT, *Legitimum ius totius familiae*. Recht und Verwaltung bei Bischof Ulrich von Augsburg, in: Aus Archiven und Bibliotheken. Festschrift für Raymund Kottje zum 65. Geburtstag, hg. von Hubert MORDEK (Freiburger Beiträge zur mittelalterlichen Geschichte 3), Frankfurt/M. u. a. 1992, S. 207–222.

²⁹² Über das nahe der Lahn gelegene Flacht lautet der Eintrag in c. 109: *Sunt in Wlatthe mansa plenaria .XII., qui similiter serviunt sicut superiores. Servilia mansa .XII. Censales, qui censum solvunt, sunt .XV.* (Das Prümer Urbar, hg. von Ingo SCHWAB [Rheinische Urbare 5, Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde 20], Düsseldorf 1983, S. 247).

²⁹³ Über den Fernbesitz in Faxe (Seillegau, südöstlich von Metz gelegen) wird vermerkt in c. 43: *Sunt in prefato Fagit de terra iornales .V., quos tenet prevendarii. Sunt ibi mundiliones .VII., quorum hec sunt nomina: Eileuertus, Wileram, Vernardus, Roulf, Fulcardus, Seibaldus, Waringerus. Solvit unusquisque denarios .V., qui fiunt denarii .XXXV.* (ebd. S. 200). Zu den Prümer *mundiliones* vgl. KUCHENBUCH, Bäuerliche Gesellschaft (wie Anm. 18), S. 261.

²⁹⁴ Im Eintrag de Wihe (Vice-sur-Seille), welches in der Diözese Metz gelegen ist, heißt es in c. 41: *Invenimus ibi fratres .III. his nominibus Ingillardus, Ermenardus, Adelardus, Teodaldus et Gibuinum cum filiis .III. et Folbertum. Solvit unusquisque pro capite suo denarios .V. Sunt ibidem femine .VI., solvit unaquaque denarios .VI., quod fiunt solidi .III.* (ebd. S. 198).

²⁹⁵ *Descriptio* der Domäne Iversheim im Prümer Urbar, c. 55: *Si quis obierit, optimum, quod habuerit, seniori datur, reliqua vero cum licentia senioris et magistri disponit in suos.* (ebd. S. 219).

²⁹⁶ Vgl. KUCHENBUCH, Bäuerliche Gesellschaft (wie Anm. 18), S. 172f. mit der skeptischen Feststellung: „ob das ‚Besthaupt‘ von allen Prümern Mansusbewohnern, ja allen Einwohnern auch nur der Iversheimer *potestas* zu entrichten war, bleibt offen, die Form des *si quis* ... ist zu indifferent.“ (S. 173).

²⁹⁷ Vgl. etwa die Beobachtung von KUCHENBUCH, ebd. S. 264f., dass die zahlreichen *mansi lediles* in der Prümer Grundherrschaft Folge von vielen Freilassungen sein müssten. Zu den Liten vgl. auch Jo-

und Unfreie gab, und entsprechend im ausgehenden 10. Jahrhundert die Zahl der Freilassungen beziehungsweise *mancipia*-Traditionen zu Zensualenrecht wesentlich höher lag.²⁹⁸ Doch ist es schwierig, hieraus weitere Schlüsse im Hinblick auf die Stellung der Zensualen zu ziehen.

Trotz der genannten lokalen Unterschiede kennzeichnet fast alle bezeugten Zensualengruppen, wo die Überlieferung solche Aussagen gestattet, eine Sonderstellung innerhalb der kirchlichen *familiae*. So hat man für Lothringen die dort unter Bezeichnungen wie *mundiales* oder *ecclesiales* bezeugten Zensualen als Gruppe innerhalb der kirchlichen *familiae* erweisen können, deren Angehörige keineswegs üblicherweise auf Kirchengut ansässig waren.²⁹⁹ In verschiedenen regionalen Kontexten ist bezeugt, dass den Zensualen ausdrücklich die freie Wahl ihres Wohnortes zugesichert wurde.³⁰⁰

Die angesprochenen Tendenzen zu einer stärker herrschaftlichen Prägung hat insbesondere bei vielen bischöflichen *familiae* dadurch zugenommen, dass es den Bischöfen gelang, ihre weltliche Macht durch den Zugewinn von Grafschaftrechten in ihrer Stadt und im Umland erheblich zu stärken.³⁰¹ Die Formierung zahlreicher Stifts- und Klosterministerialitäten, die sich fast zeitgleich vollzog,³⁰² wird auch einen gewissen Veränderungsdruck innerhalb der *familiae* zur Folge gehabt haben. Auf derartige Machtkonzentrationen und auf die zahlenmäßige Zunahme vieler Zensualitäten ist es wohl zurückzuführen, dass seit ungefähr 1000 vermehrt Spuren zensualischer Emanzipationsbestrebungen erkennbar werden. In

séph BALON, *Les lètes chez les Francs*, in: *Tijdschrift voor Rechtsgeschiedenis* 33 (1965), S. 430–446; STAAB, *Untersuchungen* (wie Anm. 240), S. 43–64; Götz LANDWEHR, *Die Liten in den altsächsischen Rechtsquellen. Ein Diskussionsbeitrag zur Textgeschichte der Lex Saxonum*, in: *Studien zu den germanischen Volksrechten. Gedächtnisschrift für Wilhelm Ebel*, hg. von DEMS., Frankfurt/M. u. a. 1982, S. 117–142.

²⁹⁸ Vgl. dazu DEVROEY, *Puissants et misérables* (wie Anm. 99), S. 275–277.

²⁹⁹ PERRIN, *Recherches* (wie Anm. 3), S. 191–194 u. ö. – Ähnlich für das hoch- und spätmittelalterliche Westfalen auch BREBAUM, *Das Wachsinsrecht* (wie Anm. 3), S. 11.

³⁰⁰ Vgl. DOLLINGER, *Der bayerische Bauernstand* (wie Anm. 3), S. 337–339; SCHULZ, *Zum Problem der Zensualität* (wie Anm. 9), S. 101, sowie Ernst MÜNCH, *Bäuerliche Zensualität und entwickelter Feudalismus in Altbayern*, in: *Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus* 10 (1986), S. 29–59, hier S. 45f. – Zur Mobilität bayerischer Zensualengruppen vgl. auch Karl BRUNNER, *Herzogtümer und Marken. Vom Ungarnsturm bis ins 12. Jahrhundert* (*Österreichische Geschichte, 907–1156*), Wien 1994, S. 417: „Die Residenzpflicht war weitgehend aufgehoben, solange die jährliche Abgabe abgeliefert wurde, meist am Patronatsfest der Kirche, der die Zinsleute zugeordnet waren. Sie mußten nicht vor das regelmäßige Vogtgericht kommen, konnten aber – wie Ministerialen – nicht ohne weiteres ‚auswärts‘ heiraten.“ – Zum Eheschließungsverhalten und zur Mobilität von Zensualen vgl. exemplarisch auch SCHWARZENBERG, *Die Hörigkeit in der Erzdiözese Salzburg* (wie Anm. 3), S. 70–79 und Byung Yong KIM, *Familie und soziale Mobilität im 11. und 12. Jahrhundert. Nach den Traditionen des Hochstiftes Brixen*, in: *VSWG* 86 (1999), S. 343–366, hier S. 354–362.

³⁰¹ Vgl. Hartmut HOFFMANN, *Grafschaften in Bischofshand*, in: *DA* 46 (1990) S. 375–480.

³⁰² Vgl. dazu Thomas ZOTZ, *Die Formierung der Ministerialität*, in: *Gesellschaftlicher und ideengeschichtlicher Wandel im Reich der Salier*, hg. von Stefan WEINFURTER (*Die Salier und das Reich*, Bd. 3), Sigmaringen 1991, S. 3–50.

dem Bemühen, Übermächtigungen entgegenzuwirken, lässt sich eine Verbindungslinie von den zitierten karolingischen Kapitularienbestimmungen zu den hochmittelalterlichen Rechtsaufzeichnungen ziehen. Bischof Burchard von Worms beispielsweise entzog um das Jahr 1000 seinen Ministerialen die Eintreibung der von den Zensualen der Domkirche St. Peter zu entrichtenden Abgaben (Wergeld, Todfall- und Ehegebühr) und übertrug diese auf den Domkustos, während die Erhebung des Kopfszinses offenbar weiterhin dem Bischof vorbehalten bleiben sollte.³⁰³ Aus dem Wortlaut der darüber ausgestellten Urkunde geht zwar nicht deutlich hervor, ob diese Verfügung auf wirtschaftliche Interessen der Domkustodei zurückzuführen ist oder auf das Interesse der Zensualen, nicht weiter dem direkten Zugriff der Ministerialität des Domstifts ausgesetzt zu sein. Für letztere Vermutung spricht allerdings nicht nur, dass zeitgleich der Prozess der Herausbildung der Ministerialität eine neue Qualität erreichte,³⁰⁴ sondern sprechen auch Regelungen, die derselbe Burchard von Worms im Jahr 1016 verfügte, als er die Rechte der Zensualen des Wormser Petersklosters, die er an das Kloster Nonnenmünster vor den Toren der Stadt zu dessen Ausstattung übertrug, fixieren ließ – die älteste heute erhaltene Aufzeichnung eines Zensualenrechts: Der von Männern und verheirateten Frauen zu entrichtende Kopfszins wurde dabei auf zwei Denare festgesetzt, und zwar, wie betont wurde, unabhängig davon, ob ein Zensuale einen *mansus* innehatte oder nicht. Außerdem bestimmte der Bischof, „*dass kein Vogt, noch die Äbtissin oder irgendeine andere Person mit Gerichtsgewalt die genannten Manzipien zu irgendeinem Dienst zwingen dürfe*“. Für die Eintreibung der Todfallgebühr sollte die Äbtissin den Zensualen einen eigenen *magister* bestellen. Vormundschaft und Rechtsschutz (*mundiburdium et defensio*) waren allein vom Bischof und der Klosterleitung auszuüben, und zwar auf zwei von dem eigens für die Zensualen eingesetzten *magister (censualium)* anzukündigenden Versammlungen pro Jahr.³⁰⁵ Und ausdrücklich wurde festgelegt, dass, wenn ein Zensuale not- oder krankheitsbedingt dreimal oder häufiger seinen Kopfszins zu entrichten oder die Gerichtsversammlungen zu besuchen versäumte, dies nicht als Grund dafür dienen durfte, ihm seine Freiheit zu entziehen.³⁰⁶ Diese Regelungen lassen deutlich erkennen, dass ungeachtet der weiterhin be-

³⁰³ Urkundenbuch der Stadt Worms, hg. von Heinrich BOOS (Quellen zur Geschichte der Stadt Worms I), Bd. 1: 627–1300, Berlin 1886, Nr. 37, S. 29.

³⁰⁴ Vgl. ZOTZ, Die Formierung (wie Anm. 302), der S. 24 auf das Verhältnis von Zensualität und Ministerialität eingeht und S. 25–30 die Hofrechte der Wormser (1025) und Limburger (1035) *familiae* behandelt. Zum Verhältnis von Zensualität und Ministerialität vgl. auch ARNOLD, German Knighthood (wie Anm. 280), S. 41f., 57f., 65–67, 170f. u. ö.

³⁰⁵ *Magistri censualium* sind verschiedentlich bezeugt und dokumentieren den besonderen Status der Zensualen, vgl. etwa für Bayern DOPSCH, Herrschaft und Bauer (wie Anm. 3), S. 26.

³⁰⁶ Urkundenbuch der Stadt Worms, Bd. 1 (wie Anm. 303), Nr. 45, S. 35–37: ... *trado ea ratione, ut singuli masculi sive mansum habeant sive mansum non habeant, quando ad suos dies perveniant, singulis annis ad predictum monasterium in assumptione sanctae Mariae II denarios persolvant; feminae autem postquam nupserint in eadem festivitate ad ipsum monasterium similiter II denarios persolvant. Et hoc constituto, ut nullus advocatus neque abbatis-sima nec ulla iudicaria persona supradicta mancipia ad ullum servitium cogat nisi ut male [Textlücke] [f]eminae ab omni servitute liberi sint, postquam censum suum ad predictum monasterium persolverint. Post mortem autem virorum*

stehenden Schutzbedürftigkeit der Zensualen deren Emanzipationsprozess bereits in vollem Gange gewesen sein muss. Die Ausgliederung der Zensualen aus der Zuständigkeit des Vogtes, die Bestellung eines eigenen *magister* für die Erhebung der Abgaben³⁰⁷ und die Freiheitsgarantie selbst im Falle wiederholter Abgabensäumnis lassen erkennen, dass hier eine Gruppe ihre eigenen Interessen durchzusetzen verstand und sich dabei auch der Unterstützung des Bischofs erfreute. Unter den Zensualen befanden sich offenbar auch zahlreiche wirtschaftlich vergleichsweise leistungsfähige Personen. Die ausdrückliche Betonung im Text, dass die Freiheit und der Rechtsstand der Zensualen nichts damit zu tun hätten, ob jemand einen *mansus* innehatte oder nicht,³⁰⁸ erlaubt den Schluss, dass die Zensualen insgesamt innerhalb der *familia* einen Sonderstatus einnahmen, dessen Eigenart der moderne Ordnungsbegriff der „Grundherrschaft“ fast bis zur Unkenntlichkeit überdeckt.

In den Zensualengruppen anderer *familiae* findet dies seine Bestätigung. Im späteren 10. Jahrhundert erscheinen in der Urkundenüberlieferung des Regensburger Klosters St. Emmeram Traditionen von Unfreien zu Zensualenrecht in zahlenmäßig großer Dich-

magister, qui illis ab abbatis ad accipiendum censum positus est, quam magnam substantiam habuerit, nihil plus ad manus abbatis accipiat nisi XII denarios, hereditatem vero illorum sui heredes, si ex eadem familia sint, habeant atque possideant. Si autem alienas uxores acceperint post obitum vitae duas partes illorum substantiae abbatis accipiat et heredes illorum, qui ex eadem familia sunt, predium illorum, si habeant, accipiant. Si vero ex eadem familia uxores acceperint, sui heredes hereditatem possideant. A feminis igitur post earum mortem similiter XII denarii recipiantur, si talis substantia ibi reperiatur; si autem non invenitur, nihil inde auferatur. Mundiburdium autem et defensionem ab episcopo et a rectoribus supradicti monasterii habeant et bis in anno ad duo legitima placita in Firmannin veniant, quae illis certo tempore magister illorum nunciaverit, qui censum ab eis requisierit. Et si aliqua necessitate vel infirmitate interveniente censum suum et placita uno aut duobus vel tribus annis seu plus neglexerint et per hoc abbatis vel alia aliqua persona libertatem [eorum] eis infringere voluerit, supersessum ius emendent et libertatem suam ut prius habeant.

³⁰⁷ Dazu auch DOLLINGER, Der bayerische Bauernstand (wie Anm. 3), S. 319.

³⁰⁸ Dass die Zensualen gerade kein Gut ihres Schutzherrn besaßen, betonte Ludmil HAUPTMANN, Colonus, Barschalk und Freimann, in: Wirtschaft und Kultur. Festschrift zum 70. Geburtstag von Alfons Dopsch, Wien 1938, S. 170–190, hier S. 183f., der zudem feststellte, dass die Zensualen häufig auf dem Boden ihres Freilassers blieben. – In einem auf Karl den Großen gefälschten Dienstrecht des Klosters Neustadt am Main wurden im 12. Jahrhundert die Zensualen von den Hüfnern deutlich abgegrenzt und mit *extranei* verglichen, weshalb die Heirat mit einer Zensualin den aus dieser Ehe hervorgegangenen Kindern kein Erbrecht an der Hufe verschaffte: *Illi vero, qui censuales per nos facti sunt sive vir sive mulier, quinque denarios in assumptione sancte Mariae solvant; et si quis per triennium talem censum non persolverit, cottidiane servituti et iuri subiacebit. De viro mortuo optimam iumentum, si habet, sin autem, melius vestimentum eius ecclesia habebit; femina preciosius vestimentum dabit. Qui extra familiam ecclesiae nupsit, gemina pars substantiae eius ecclesiae erit. Mansionarii autem statutum servitium et censum de hube sua solvant. [...] Qui censualem duxerit uxorem sive extraneam, filii eius heredes hube non erunt et ideo mortuo eo gemina pars substantiae eius ecclesiae solvetur. Qui in hube mortuus fuerit, optimum iumentum eius cum vestitu superiori ecclesiae habebit et filius eius heres hube erit* (Die Urkunden Pippins, Karlmanns und Karls des Großen, hg. von Engelbert MÜHLBACHER [MGH Diplomata Karolorum 1], ²Berlin 1956, Nr. 283, S. 424). Der Text zeigt überdies, wie Besthaupt etc. auch auf Hüfner angewandt wurden. – Grundsätzlich zu solchen Fälschungen und ihrer Tendenz vgl. SCHULZ, Reichskloster und Ministerialität (wie Anm. 291).

te.³⁰⁹ Für dieses Kloster ist in einer Abschrift des 12. Jahrhunderts ein 1031 erstelltes Urbar erhalten, welches in geographischer Aufgliederung den klösterlichen Grundbesitz an verschiedenen Orten und dabei die von Sal- und Hufenland sowie weiteren Ländereien fälligen Natural- und Geldabgaben sowie von den Abhängigen gefertigte Produkte aufführt. Die Liste verzeichnet ohne Angabe von Namen insgesamt 311 *zensuales*, deren Zahl jeweils getrennt nach Geschlecht angegeben wurde. An zwei Stellen wurde auch die Höhe der Zinsleistung angemerkt, die im einen Fall für zwei Männer und elf Frauen zusammen 4 *solidi* und 10 *denarii*, im anderen für zehn Frauen 10 Denare betrug.³¹⁰ An einer Stelle wurde gesondert festgehalten, dass die Zensualen im Besitz von drei Hufen waren, was wohl darauf schließen lässt, dass es sich um eine Ausnahme handelte.³¹¹ Neben der Geschlechterrelation (fast vier Fünftel Frauen) fällt auf, dass die Zensualen lediglich an 17 der insgesamt 107 in dem Urbar aufgeführten Örtlichkeiten begegnen; dabei handelte es sich ausschließlich um solche Orte, an denen auch Salland mit angegliederten Hufen bezeugt ist, von denen wiederum viele als Abgabe Leinentücher leisteten. Ob dies eher mit der Wirtschaftstätigkeit der Zensualen oder mit ihrer Versorgung zusammenhängt, ist nicht mehr sicher festzustellen. In jedem Fall ist eine geographisch wie wirtschaftlich herausgehobene Position der Zensualen zu konstatieren. Fünf dieser Orte befinden sich im Gebiet des heutigen Landkreises Regensburg. In Regensburg selbst wurde nicht einmal 50 Jahre später das Zensualenrecht als *ius urbanum* beziehungsweise *urbana lex* bezeichnet.³¹² Weitere Beispiele bestätigen diese Entwicklung.

³⁰⁹ Im Kloster St. Emmeram setzen die Traditionen zu Zensualenrecht (*abiecto omni iugo servitutis*) und jährlicher Zinspflicht zwischen 3 und 12 (zumeist 5) Denaren kurz vor 1000 in großer Breite ein: Die Traditionen des Hochstifts Regensburg (wie Anm. 250), Nr. 219, 222–241, 243–249, S. 198–209 (zwischen 975 und 990). Zu den Regensburger Zensualen vgl. DOLLINGER, Der bayerische Bauernstand (wie Anm. 3), sowie WEIZSÄCKER, Die Familia (wie Anm. 3), S. 13–33.

³¹⁰ Die Nichterwähnung des Kopfzinses an anderen Stellen ist wohl darauf zurückzuführen, dass der Kopfzins standardisiert war.

³¹¹ DOLLINGER, Der bayerische Bauernstand (wie Anm. 3), S. 455–463. Auf anderer Textgrundlage und mit veränderter Kapiteleinteilung Paul MAI, Der St. Emmeramer Rotulus des Güterverzeichnisses von 1031, in: Beiträge zur bayerischen und deutschen Geschichte. Hans Dachs zum Gedenken, hg. vom Historischen Verein für Oberpfalz und Regensburg, Regensburg 1966, S. 87–101 (im Folgenden in eckigen Klammern angegeben). Insgesamt führt die Liste 59 Männer und 212 Frauen sowie, an einer Stelle (c. 36 [70]), 40 Männer und Frauen auf. Die Zinszahlung ist in c. 31 u. 32 [62 u. 63] verzeichnet, der Hufenbesitz in c. 29 [58].

³¹² Als Beispiel für die Konzentration von Zensualen an Orten, an denen auch Salland bezeugt ist, sei der Eintrag für das unweit von Ingolstadt gelegene Hartheim genannt (c. 32 [63]): *De Hartheim terrae salicae 4 bobae, mansi 5; singuli solvent ovem tremissam valentem et porcos totidem valentes et nutriunt 4 porcellos, et 6 denarios pro vermiculo et duos pullos et 12 ova; et tres faciunt pannum de lana in longitudine cubitorum 9, in latitudine 4, et tres faciunt pannum de lino in longitudine cubitorum 10, in latitudine 4. Servi salici habent 30 iugera. Censuales 2 viri et 11 mulieres 10 denarios et 4 solidos* (DOLLINGER, Der bayerische Bauernstand [wie Anm. 3], S. 460; vgl. auch die Edition von MAI, Der St. Emmeramer Rotulus [wie Anm. 311], S. 97). – Vom *ius urbanum* ist bereits in einer ca. 1083/84 zu datierenden Urkunde die Rede, derzufolge ein freier Mann für seine Frau und deren Nachkommenschaft das Zensualenrecht erwarb: *homo quidam ex utroque parente liber nomine Liubman uxorem suam, cui nomen Irminrat, cum omni sue prolis posteritate ab omni servitio legitime*

Für die Zensualität des Hochstifts Brixen stellte Karl Brunner fest: „In den Brixener Traditionen stammte fast die Hälfte der zu Zensualenrecht freigelassenen Personen aus dem unmittelbaren Haushalt der Bischöfe, waren *famuli* bzw. *famulae*. Wir haben also einen gründlichen Wandel in der sozialen Umgebung des Bischofs vor uns, der mit der Urbanisierung des Bischofssitzes zusammenhängen dürfte.“³¹³

Doch wäre es verkehrt, diese Emanzipationsbestrebungen allein auf das städtische Milieu beschränkt zu sehen. In der von dem Bayernherzog Welf IV. († 1101) verfügten Aufzeichnung der Zensualenrechte des welfischen Hausklosters Weingarten wurde den Zensualen ausdrücklich zugesichert, dass weder Abt noch Vogt sie als Benefizium verleihen oder mit anderen Gruppen austauschen dürften.³¹⁴ Am Beispiel der *tributarii* des Klosters Stablo-Malmedy hat Eberhard Linck die relative Selbständigkeit und Selbstverwaltung der flandrischen Zensualengruppen charakterisiert: „In Stablo wurde nun [1152 – S. E.] der alte Rechtsstatus der *tributarii* fixiert: Die Einsammlung des Zinses oblag einem *cenarius*, der ihn dem Kustos ablieferte; von *hospitatio* und *precatio* waren sie alle befreit; der *cenarius* nahm unter Mitwirkung des Vogtes auch Gerichtsfunktionen wahr; sie waren an Heiraten innerhalb der eigenen *familia* gebunden, ein Gebot, das der *cenarius* überwachte; bei Todfall ging das *supremum vestimentum* an den *cenarius*. Dies war der Inhalt der *parentum et progenitorum lex*. Charakteristisch ist für diese Gruppe ihre Geschlossenheit und die ihr eigene Organisation: Sie wohnen in einem bestimmten geographischen Gebiet in Verwandtschaftsgruppen zusammen, die zugleich als Organisationszellen dienen; aus ihnen heraus werden die *cenarii* gewählt, sie sind Gerichtsgemeinde und wirtschaftliche Produktionseinheit. Damit sind sie nicht in das Villikationssystem integriert. Funktional ist der gewählte *cenarius* mit der Kombination von rechtlichen und administrativen Kompetenzen dem *villicus* vergleichbar. Er ist aber, viel mehr als der *villicus*, Repräsentant der Gruppe, die ihn wählt. Auch dem Vogt gegenüber sind sie relativ selbständig: Der *cenarius* übt Nieder- und Hochgerichtsbarkeit, wobei die Rolle des Vogtes eine primär finanzielle zu sein scheint. Diese *tributarii* gehören zur *familia* des Klosters, gehen aber doch nicht ganz in ihr auf. Ihre Privilegien konstituieren sie als besondere Gruppe in der *familia*. Ihr eigener Gerichtsstand hebt sie aus der *familia* hervor: Sie haben eine eigene, vom Fronhofgericht unabhängige Ge-

absoluit et in urbani iuris conditionem redegit, tantum ut camerario fratrum persoluant annualem censum (Die Traditionen des Hochstifts Regensburg [wie Anm. 250], Nr. 654, S. 320f.; ebd. Nr. 683, S. 329, ebenfalls noch aus dem ausgehenden 11. Jahrhundert: *Quidam urbanus Oto nominatus tradidit in altare sancti Emmerami ancillam suam Richild nominatam una cum suo filio Chonrat uocato ea ratione, ut conditione urbane legis ipsi et omnis posteritas eorum perfruantur*). Vgl. dazu BOSL, Die Sozialstruktur (wie Anm. 15), S. 132f.

³¹³ BRUNNER, Herzogtümer und Marken (wie Anm. 300), S. 416f. Zur Brixener Zensualität vgl. auch KIM, Familie und soziale Mobilität (wie Anm. 300), S. 354–362

³¹⁴ Württembergisches Urkundenbuch Bd. 1, Stuttgart 1849, Nr. 244, S. 300: *Censuales, quos eadem ecclesia nunc habet vel habitura est, nulla de causa, nec ab advocatione nec ab abbate, cuiquam inbeneficientur, neque sub specie cuiusquam utilitatis unquam commutentur*. Vgl. ARNOLD, German Knighthood (wie Anm. 280), S. 57 u. 158 m. Anm. 115 mit weiteren Beispielen. Verlehnung und Tausch von *mancipia* begegnen dagegen häufig.

richtsorganisation; sie können sich an die königliche *curia* wenden, was sie in dieser Beziehung auf die gleiche Stufe wie die Ministerialen stellt.³¹⁵ Linck hat ähnliche Beobachtungen auch an den Zensualengruppen anderer Klosterherrschaften gemacht und die Attraktivität ihres Sonderstatus innerhalb der *familia* herausgearbeitet, der durch zahlreiche Autotraditionen in die Zensualität des Klosters Stablo bezeugt wird.³¹⁶

Auch in den Quellen zur bayerischen Zinshörigkeit wird gelegentlich ein *consortium* von Zensualen erwähnt.³¹⁷ Alfred Haverkamp hat für die Zensualen des bambergischen Fernbesitzes in Niederbayern ein Auseinandertreten von „Grundherrschaft und Schutzherrschaft“ konstatiert,³¹⁸ weshalb der Schutz der Zensualen vor dem Vogt immer wieder zu einer virulenten Frage werden konnte³¹⁹ und um 1172 in einer hofrechtlichen Aufzeichnung, dem sog. Osterhofener Hofrecht, grundsätzlich geregelt wurde.³²⁰ Die Zensualen waren dabei deutlich von den hufenbesitzenden *coloni* getrennt, denen ihr bäuerliches Lehen unter bestimmten Voraussetzungen (bei wiederholter Abgabensäumnis) nach dem Urteil ihrer Standesgenossen (*sententia colonorum*) entzogen werden konnte.³²¹ Folgerichtig stellte Haverkamp die Annahme in Frage, dass „die Zensualen ihren Kopffzins für die Befreiung vom *servitium cottidianum* zu zahlen“ gehabt hätten;³²² die Selbsttraditionen in die Zensualität schlossen dies aus, vielmehr müsse der Zins als Schutzabgabe³²³ verstanden werden: „Die Zensualen unterstanden ... unmittelbar dem Schutz ihrer Zinsherrschaft, der sie dafür *tributum*, also eine ordentliche Steuer, zu geben hatten.“³²⁴ Dieser Zins, der nicht als „Ersatz für Realleistungen“ entrichtet wurde und aufgrund seiner Höhe auch nicht als Recognitionszins eingestuft werden könne,³²⁵ war direkt in die *camera episcopi* zu entrichten.³²⁶ Für den Freien-

³¹⁵ LINCK, Sozialer Wandel (wie Anm. 16), S. 85f.

³¹⁶ Vgl. zusammenfassend LINCK, ebd. S. 252f. Die Eintreibung des Zinses durch einen selbstgewählten *magister censuum* ist im 13. Jahrhundert auch am Niederrhein bezeugt, vgl. SCHULZ, Stadtrecht und Zensualität (wie Anm. 9), S. 16.

³¹⁷ Vgl. MÜNCH, Bäuerliche Zensualität (wie Anm. 300), S. 46.

³¹⁸ Alfred HAVERKAMP, Das bambergische Hofrecht für den niederbayerischen Hochstiftsbesitz, in: ZBLG 30 (1967), S. 423–506, hier S. 478f.

³¹⁹ Vgl. HAVERKAMP, ebd. S. 483ff.

³²⁰ Sog. Osterhofener Hofrecht, c. 16: *Censuales V denariorum nec placitis nec exactionibus nec qualibet violentia ab advocato arctabuntur nec foedi iure advocatum eis preponet, nisi a prepositis vel procuratoribus pro externis nuptiis vel aliqua supradictarum culparum ei delati fuerint, pro quibus vadium supradictum exsolvent.* (zitiert nach Rec. a und D, hg. von HAVERKAMP, Das bambergische Hofrecht [wie Anm. 318], S. 506). Auch Ernst Münch wollte „bestimmte Elemente eines besonderen Schutzes durch den Zinsherrn“ nicht in Abrede stellen: „Es sind diesbezüglich etwa der direkte Kontakt von Zinsherr und Zensualen (teilweise unter Ausschaltung des Vogtes), die Verhinderung ungerechter Bedrückung und der Entfremdung vom Zinsherrn zu nennen“ (MÜNCH, Bäuerliche Zensualität [wie Anm. 300], S. 46).

³²¹ HAVERKAMP, Das bambergische Hofrecht (wie Anm. 318), S. 451 u. 460.

³²² Ebd. S. 471.

³²³ In diesem Sinne auch SCHULZ, Zum Problem der Zensualität (wie Anm. 9), S. 87.

³²⁴ HAVERKAMP, Das bambergische Hofrecht (wie Anm. 318), S. 474f.

³²⁵ Ebd. S. 476 u. S. 480ff.

status der Zensualen bedeutete daher ihre *libertas* „die Freiheit von jeglicher Bedrückung und ungerechtfertigter Gewaltanwendung durch Dritte, was ja durch die unmittelbare Stellung der Zensualen unter ihrer Steuerherrschaft, quasi einer ‚Reichsunmittelbarkeit‘ auf anderer Herrschaftsebene, gegeben sein sollte“.^{326,327} Die Einwände, die Haverkamps Deutung des Zinses im Sinne einer Schutzsteuer von Ernst Münch entgegengehalten wurden, überzeugen deswegen nicht, weil letzterer, ausgehend von einer marxistischen Feudalismusbewertung, den Zensualen eine Bodenbindung unterstellte und deswegen die Eigenheit dieses Standes vor allem als Milieu für Aufsteiger aus einer verschärften Feudalabhängigkeit zu werten suchte.³²⁸ Die Autotraditionen in den Zensualenstand und die Tatsache, dass viele Zensualen Vermögen besaßen und vererbten, verblassten in dieser Sicht.³²⁹

Unabhängig davon, ob die Begriffswahl „ordentliche Steuer“ genau die Realitäten des 12. Jahrhunderts trifft,³³⁰ ist es doch gerade angesichts der oben vorgenommenen Herleitung aus der römischen *capitatio* bemerkenswert, dass dieser Kop fzins über die Jahrhunderte nicht mit anderen grundherrlichen Abgaben verschmolz. Die Zensualen selbst werden das größte Interesse daran gehabt haben, dass der besondere Charakter des von ihnen geleisteten Zinses sichtbar blieb. Der Kop fzins findet sich tatsächlich durchgängig als Abgabe in Geld (*denarii*) oder Wachs (*cera*) definiert und scheint in der Regel auch in dieser Form eingezogen und von eigenen Funktionsträgern verwaltet worden zu sein³³¹ – womit möglicherweise auch die vielerorts seit dem 12. Jahrhundert bezeugten *libri censualium* korrespondieren,³³² die sich nun gegenüber den Traditionsbüchern deutlich in den Vordergrund

³²⁶ Ebd. S. 475.

³²⁷ Ebd. S. 476.

³²⁸ MÜNCH, Bäuerliche Zensualität (wie Anm. 300), S. 48. Diese Perspektive bestimmt auch die – ansonsten sehr nützliche – Studie von Wolfgang KAGEL, Bemerkungen zum Problem der bäuerlichen Abwanderung und der Wachszinsigkeit im Kölner Raum im 12. und 13. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1982, I, S. 137–152.

³²⁹ Vgl. MÜNCH, Bäuerliche Zensualität (wie Anm. 300), S. 35f. u. 44.

³³⁰ Dazu bereits WAITZ, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5 (wie Anm. 3), S. 248.

³³¹ Mit Recht betonte DOLLINGER, Der bayerische Bauernstand (wie Anm. 3), S. 320, dass der Kop fzins „schon in ältesten Zeiten in Geld zu entrichten war. Immer sind es Geldstücke, die der Zensuale auf dem Altar niederzulegen hat. Dadurch unterscheidet sich der Kop fzins im 10. und 11. Jahrhundert grundlegend von den dinglichen Abgaben, die fast ausschließlich in Naturalien entrichtet wurden.“ – Den personenrechtlichen Charakter des Kop fzinses noch der hochmittelalterlichen Zensualität betonte BRUNNER, Herzogtümer und Marken (wie Anm. 300), S. 417: „Finanzielle Verpflichtungen über den Kop fzins hinaus können für Zensuale durchaus bestanden haben, etwa aufgrund von geliehenem Gut. Sie hatten aber nur Vertragscharakter und keinen Einfluß auf den Status der Person.“

³³² Zu verschiedenen Arten von Zinsverzeichnissen vgl. grundsätzlich Hans Hermann ZILLER, Art. Zinsbuch, in: HRG 5 (1998), Sp. 1714. Exemplarisch für Zensualenverzeichnisse seien die *Libri censualium* des Passauer Domkapitels aus dem 12. und 13. Jahrhundert genannt: Die Traditionen des Hochstifts Passau, hg. von Max HEUWIESER (Quellen und Erörterungen zur bayerischen Geschichte N. F. 6), München 1930, Nr. 1042–1492, S. 353–460. Vgl. dazu und zu weiteren bayerischen Beispielen Joachim WILD, *Libri censualium*, in: Archivalische Zeitschrift 88/2 (2006) (= Festschrift Hermann

schoben und als Vorläufer der spätmittelalterlichen Zinsrodel anzusprechen sind.³³³ Gerade der Kopfzins machte den Freienstatus der Zensualen sichtbar, während man die beiden anderen Abgaben, wie eingangs gezeigt, immer auch als Form von minderer Freiheit deuten konnte. Und als Merkmal der zensualischen *libertas* bezeichnete der Kopfzins nicht nur die Freiheit des einzelnen Zensualen, sondern unterstrich den besonderen Status der Gruppe in ihrer Gesamtheit. Es ist vor diesem Hintergrund vielleicht kein Zufall, dass in den hochmittelalterlichen Städten von den Zensualenabgaben der Kopfzins vielerorts als die wohl wichtigste Abgabe am spätesten abgeschafft wurde – als nämlich die Bürgerfreiheit an die Stelle der Zensualenfreiheit trat.³³⁴

Der Zensualenstatus war erblich, doch hat das Eheschließungsverhalten vieler Zensualen immer wieder Unklarheiten im Hinblick auf den Status der Nachkommen aufkommen lassen. Im Polyptychon der Abtei St. Germain-des-Prés ist ein Nachtrag wohl des 12. Jahrhunderts enthalten, in dem für eine Gruppe von Zensualen, die einen jährlichen Wachszins *ad luminariam* des Patronatsheiligen entrichteten, eine regelrechte Deszendenztafel erstellt wurde, die von einem früheren *homo* der Abtei hinabgeführt wurde, der einst, im Pariser Gau geboren, abgewandert war und eine freie Frau geheiratet hatte. Die Nachkommenschaft dieser Verbindung reichte über mehrere Generationen und Seitenlinien zu der klösterlichen Wachszinserschaft hinab, wobei interessanterweise die gesamte Deszendenz über die weibliche Linie konstruiert wurde.³³⁵ Diese Eigenheit ist in vielen Hinsichten verall-

Rumschöttel zum 65. Geburtstag, hg. von Gerhard HETZER und Bodo UHL, Bd. 2), S. 1105–1122, bes. S. 1107f., 1111, 1113 u. 1115f. – Zu den Überresten frühmittelalterlicher Zensualenverzeichnisse siehe oben bei Anm. 283–290.

³³³ Vgl. dazu Heinrich WANDERWITZ, Traditionsbücher bayerischer Klöster und Stifte, in: Archiv für Diplomatik 24 (1978), S. 359–380, hier S. 365f. „Schon im 12. Jahrhundert ist eine formale Trennung von Landschenkungen und Zensualenschenkungen in den Traditions-codices zu beobachten, wobei entsprechend der wirtschaftlichen Veränderung im Laufe des 12. Jahrhunderts die Zensualensachen die Liegenschaften immer in den Hintergrund drängen. Zahlreiche Traditionsbücher wandeln mit der Zeit ihre Funktion zu ‚Personenstandsregistern‘ der klösterlichen Grundherrschaften mit Registercharakter.“ Außerdem ebd. Anm. 42: „Zwar nehmen die Urbarialaufzeichnungen zu, doch praktisch in jedem Traditionsbuch finden sich Zensualenverzeichnisse, außerdem sind die jüngeren Eintragungen stark von Zensualenschenkungen dominiert.“

³³⁴ So beispielsweise in Worms unter Friedrich Barbarossa im Jahr 1184, vgl. dazu SCHULZ, Zensualität und Stadtentwicklung (wie Anm. 9), S. 120–123; DERS., Das Wormser Hofrecht (wie Anm. 9), S. 39 mit Anm. 113. Für Bayern vgl. DOPSCH, Herrschaft und Bauer (wie Anm. 3), S. 28 u. 31.

³³⁵ Polyptychon der Abtei S. Germain-des-Prés XIX (*De Acanto*), 51, Nachtrag wohl des 12. Jahrhunderts: *Quidam homo, Rainoldus nomine, ex familia sancti Germani, natus in pago Parisiacensi, abiit in territorio Pruiniensi, et duxit uxorem quandam, Abildem nomine, genere liberam; habuitque ex ea duas filias, Mammam scilicet et Rotbergam. Rotberga, soror Mammae, habuit duas filias, Fulcuciam et Angeluciam. Mamma genuit filiam, nomine Sophisiam, cum sorore eius, nomine Girburga, et cum filio nomine Framberto. Sophisia habuit duas filias, scilicet Labildem et Girburgam. Labildis itaque genuit filiam, vocabulo [Freiraum von vier Buchstaben] Plectrudem. Plectrudis habuit filiam, nomine Ingeltrudem, cum alia, nomine Leutberga, ac quinque filios, videlicet: Bernerium, Ioscelmum, Teutbertum, Anselmum, Tetgerium. Suprascripta igitur Girburga, soror Labildis, habuit filiam, nomine Mariam. Maria habuit filium, nomine Landricum. Hi et quicumque ex eorum progenie nati fuerint, debent solvere sin-*

gemeinerbar,³³⁶ wie zuletzt Gudrun Wittig anhand westfälischer Quellen betont hat: „Die Wachszinsigkeit setzt sich durch Geburt über die Mutter fort, die sie gleichermaßen auf Söhne und Töchter vererbt, ohne daß dies urkundlich festgehalten wurde. So wird stets, und dies hat sie mit dem Vererbungsprinzip der Hörigkeit gemeinsam, die Mutter als Vererberin des Abhängigkeitsverhältnisses und der daran gebundenen Verpflichtungen genannt.“³³⁷ Diese Besonderheit des Zensualenstatus dürfte aber auch damit in Verbindung zu bringen sein, dass nicht nur nach Ausweis der Traditionen auffallend viele Frauen dieser Gruppe beitraten, sondern Frauen in einzelnen Zensualenverbänden zahlenmäßig außerordentlich überrepräsentiert waren.³³⁸

In einem nicht vor dem 12. Jahrhundert gefälschten Zensualenrecht des Klosters Bleidenstadt im Taunus heißt es, es sei keinem Sterblichen gestattet, den Wachszinsern zwangsweise Dienste und Abgaben aufzuerlegen (*nulli mortalium aliquid coacti servitii vel iuris reddere debeant*), und dem Abt des Klosters wurde verboten, die Zensualen zu verleihen oder zu veräußern, wohingegen die einzigen rechtlichen Verpflichtungen der Gruppe der Zins und Besthaupt beziehungsweise Bestkleid seien. Diese *antiquae institutionis prerogativa* wird sodann auf eine angebliche Urkunde Karls des Großen und des Mainzer Erzbischofs Lul zurückgeführt: Nach ihrem Betreten der *Francia orientalis* und der Gründung des Klosters hätten sie den *homines altaris censum cere solventes nuncupantur* diese Rechte zugesichert und in diese Verleihung auch gleich ihre *genealogia* mit eingeschlossen.³³⁹ Der hier greifbare Ansatz, die

gulis annis .V. kalendas iunii, in festivitate sancti Germani, unam deneratam cerae, ad luminariam eiusdem sancti (Das Polyptychon von Saint-Germain-des-Prés [wie Anm. 217], S. 159). – Zur weiblichen Erbfolge vgl. auch WITTIG, Frauen und Freiheit (wie Anm. 21), S. 82–85 u. 89f.

³³⁶ Gestützt auf mittel- und niederrheinische Belege hierzu SCHULZ, Zensualität und Stadtentwicklung (wie Anm. 9), S. 118f.: „Bei Ehen zwischen Angehörigen verschiedener Hofrechtsverbände folgten die Kinder ganz offensichtlich der Mutter, gehörten dann also der *familia* an, aus der die Mutter stammte.“

³³⁷ WITTIG, Frauen und Freiheit (wie Anm. 21), S. 84.

³³⁸ Siehe oben Anm. 311 die Angaben zum Urbar des Regensburger Klosters St. Emmeram von 1031.

³³⁹ In der vom Herausgeber in das 11./12. Jahrhundert datierten, aber möglicherweise jüngeren Fälschung bekräftigte der Abt Hertwin von Bleidenstadt angebliche Privilegien der Zensualen des Klosters Bleidenstadt, welche dem Abt untersagten, die Zensualen, die einen Zins von zwei Denaren und Besthaupt beziehungsweise Bestkleid zu zahlen hätten, zu vertreiben oder zu verleihen: *Unde cunctis, qui christiana professione censentur, notum fieri volumus, qualiter persone ille utriusque sexus, qui nostris temporibus tum necessitate tum propria voluntate ducti orientalis Francie partes intravere peregrinaturi, homines altaris censum cere solventes nuncupantur et talis prerogative titulo condonantur, ut nulli mortalium aliquid coacti servitii vel iuris reddere debeant, nec ipse abbas Blidenstadensis ecclesie quenquam illorum exterminare demoliri inbeneficiare potestatem habeat, quia ipsi et omnis illorum genealogia specialiter ad sanctum sanctorum pertinent, secundum quod humanis legibus ut ceteri homines quodammodo non subiaceant; census autem iuris eorum duobus denariis annuatim ab utroque sexu et de viro optimum animal, de femina vero optima vestis que habetur reddetur. Huius antique institutionis prerogativam contulit ecclesie Blidenstadensi Carolus Magnus rex Francorum et venerabilis Lullus Moguntine sedis archiepiscopus, qui eiusdem loci primi fundatores extiterunt et libertate prenominata <et> multiplici honore decoraverunt. Quapropter sub interminatione divini nominis et auctoritate beati Petri apostolorum principis sanctique Ferrutii martyris et anathemate*

Zensualität als einen alten, durch Geburt und jahrhundertelange Deszendenz weitergegebenen, exklusiven Rechtsstand zu verstehen, mag daher für die im zweiten Teil dieser Studie skizzierte Entwicklung, die vom 6. bis ins 12. Jahrhundert reichte, einen geeigneten Schlusspunkt abgeben.

beati Leonis pape et venerabilis Lulli archiepiscopi et omnium electorum dei interdicimus cunctis mortalibus, ne aliquis potestativa manu prefatos homines invadere vel attrahere sibi presumat vel quidquam de rebus eorum iniuste contingat. (Emil SCHAUS, Zwei Bleidenstädter Urkunden, in: NA 31 [1906], S. 197–205, hier S. 198). – Zur Unterbindung der Weiterverleihung von Zensualen vgl. auch BRUNNER, Herzogtümer und Marken (wie Anm. 300), S. 417. Beim Tausch wurde den Zensualen der Fortbestand ihres Rechtes häufig ausdrücklich zugesichert, vgl. KAGEL, Bemerkungen zum Problem der bäuerlichen Abwanderung (wie Anm. 328), S. 151.

III. Die Freiheiten der Zensualen – Resumée und Ausblick

1. *Quid sit collibertus?*

Ein anonymes Regensburger Autor des 11. Jahrhunderts hat das gemeinschaftsstiftende Element der kirchlichen Freilassung am Beispiel der „Mit-Freigelassenen“ (*colliberti*) verdeutlicht: „Was ein ‚Mit-Freigelassener‘ (*collibertus*) sei? Derjenige wird ein ‚Mit-Freigelassener‘ genannt, welcher zuerst Unfreier und Sklave gewesen ist und später aus Gründen der religiösen Hingabe von seinem Herrn an irgendeinen privaten (frommen) Ort, also eine Bischofskirche, ein Kloster oder eine andere geweihte Kirche, zwecks Errettung seiner Sünden der kirchlichen Freiheit geschenkt wird, nicht damit er vollkommen frei oder ‚privat‘ sei, wie die Freigelassenen, sondern damit er unter dem Recht des kirchlichen Hörigenverbandes bedingungsweise für den göttlichen Dienst bestimmt sei – ein Status, den er keinesfalls zu überschreiten wagen möge. Zum Beispiel: Falls ich einen Sklaven habe, so dient mir dieser wie ein Eigenmann, und er ist weder ein Freigelassener noch ein Mit-Freigelassener. Aber sobald ich jenen für mein Seelenheil an den Altar irgendeines Heiligen übergebe, damit er jährlich einen von mir festgesetzten Zins bezahle oder persönlich eine tägliche Dienstleistung erbringe, wird er gleich darauf nicht mehr mein Sklave sein, sondern (m)ein Mit-Freigelassener, was bedeutet, dass er mit mir, der ich ja ein Diener (*servus*) Gottes und desjenigen Heiligen bin, dem ich jenen übertrug, gemäß der Verheißung an derselben Freiheit teilhat.“³⁴⁰ Der Autor dieses Textes, auf den bereits Karl Lamprecht und Marc Bloch aufmerksam gemacht hatten, suchte zu begründen, warum die Freilassung im Sinne der *libertas ecclesiastica* nicht nur einen Freigelassenenstatus konstituierte, sondern zugleich in eine Kommunität von „Mit-Freigelassenen“ initiierte, zu der im Sinne der Verheißung auch der Freilasser selbst gehörte – hatte er doch in einem frommen Akt seinen Sklaven an einen Heiligen übertragen, von dem er sich eine Interzession zugunsten seines Seelenheils erhoffte. Die hier gegebene Erklärung des Wortes *colliberti* ist eine eigentümliche, insofern sie – offenkundig auf paulinisches Gedankengut rekurrierend – den Freilasser mit in eine religiöse Gemeinschaft aller *colliberti secundum spem* einbezog. Im engeren rechtlichen beziehungsweise ständischen Sinne hingegen bezog sich das Wort *conliberti* zuvorderst auf die Gemeinschaft aller Freigelassenen. In diesem Sinne war die Bezeichnung eine weitaus ältere: In Rom verband in heid-

³⁴⁰ *Quid sit collibertus? Ille collibertus vocatur qui ante mancipium et servus fuit et postea causa devotionis a domino suo ad aliquem pium [privatum in der Hs.] locum, id est ad episcopatum vel ad monasterium ... libertati ecclesiastice donator, non ut ex toto liber sit vel privatus sicut liberti, set sub jure ecclesiasticae familiae servitio divino sit mancipatus ... Verbi gratia: si habeo servum, servit mihi sicut proprius et non est libertus neque collibertus. At si ego ad sancti alicujus altare illum pro anima mea tradidero, ut aut singulis annis censum a me constitutum persolvat, aut cotidianum servitium per semetipsum reddat, jam postea non erit servus meus, set collibertus, id est ejusdem libertatis mecum est secundum spem, quoniam ego sum servus Dei et illius sancti cui illum tradidi* (Karl LAMPRECHT, Eine Aufzeichnung zur Standesgeschichte der *Colliberti* in Frankreich, in: Zeitschrift für Rechtsgeschichte 13 [1878], S. 507–514, hier S. 507f.; dt. Übers.: S. E.). Die angezeigte Konjektur von *privatum* zu *pium* folgt einem Vorschlag von BLOCH, *Les colliberti* (wie Anm. 14), S. 411 Anm. 1.

nischer Zeit alle Freigelassenen eines Freilassers auch weiterhin ihr gemeinsamer Patron, was sich nicht selten in gemeinsamen Dedikationen aller *colliberti* für ihren Patron äußerte.³⁴¹ Diese Verbundenheit der Mit-Freigelassenen musste unter christlichen Vorzeichen dort ihren Charakter ändern, wo die Freilassung in einer Kirche erfolgte und an den Vorbehalt geknüpft wurde, dass der Heilige, an dessen Altar der Freilassungsakt vollzogen wurde, zum Patron der Freigelassenen wurde. Nun war nicht der Freilasser Patron seiner Freigelassenen, sondern es wurde der Heilige zum Patron aller Freigelassenen gleich welchen Vorbesitzers sowie von deren Nachkommen. Dem Heiligen als ihrem Patron fühlten sie sich gemeinschaftlich verpflichtet. Das gruppenbildende Element des gemeinsamen Heiligen als Patron wird hier in einer potenziell ständebildenden Qualität erkennbar, die weitaus mehr Personen umfasste als die einstigen Mit-Sklaven desselben Herrn.

Der eingangs zitierte Text ist in der französischen Forschung als unverstandene Erläuterung einer Eigenart der sozialgeschichtlichen Entwicklung des hochmittelalterlichen Frankreich, der *colliberti*, interpretiert worden.³⁴² Freilich ist er zweifach in Augustinus-Handschriften des 11. Jahrhunderts aus dem süddeutschen Raum überliefert und mit Regensburg assoziiert worden,³⁴³ was es nahelegt, ihn auch für die Sozialgeschichte des ostfränkischen Reiches und seiner Nachfolger in Anspruch zu nehmen. Denn der Text fasst das Thema der vorliegenden Studie gewissermaßen in seinem Nukleus zusammen: die christliche Umwertung der antiken Sklavenfreilassung als Ausgangspunkt für die Herausbildung eines mittelalterlichen Rechtsstandes. Denn in der systematisierenden Retrospektive waren es vor allem zwei Wurzeln, denen die mittelalterliche Zensualität ihre Entstehung verdankt: zum einen der spätrömische Freigelassenenstatus, dessen Freiheit allerdings von einer erblichen Patronatsbindung überlagert wurde, welche ihrerseits die Herausbildung eines dauerhaften Zwischenstandes zwischen Freiheit und Unfreiheit beförderte; zum anderen das seit dem

³⁴¹ Vgl. Susan TREGGIARI, *Roman Freedmen during the Late Republic*, Oxford 1969, S. 15f., 97, 102–105 u. 210. – Zur christlichen Adaption dieser Vorstellung, die im zitierten Text im Selbstverständnis der Christengemeinschaft als *colliberti secundum spem* anklingt, vgl. auch Hans HATTENHAUER, *Die Sklaven Gottes*, in: *Sklaverei und Freilassung im römischen Recht. Symposium für Hans Josef Wieling zum 70. Geburtstag*, hg. von Thomas FINKENAUER, Berlin 2006, S. 59–82.

³⁴² Vgl. BLOCH, *Les colliberti* (wie Anm. 14), S. 410–414; Jacques BOUSSARD, *Serfs et colliberti (XI^e–XII^e siècles)*, in: *Bibliothèque de l'École des chartes* 107 (1947/48), S. 205–234; Guy DEVAILLY, *Du nouveau sur les colliberti. Le témoignage du Cartulaire de Vierzon*, in: *Le Moyen Âge* 67 (1961), S. 425–437; Hans WERLE, *Colliberti*, in: *Archiv für Diplomatik* 14 (1968), S. 193–201.

³⁴³ Der Text stammt aus einer Augustinus-Handschrift Regensburger Provenienz (St. Emmeram) (heute München, Bayerische Staatsbibliothek, clm 14491) aus dem 11. Jahrhundert, in der er zwischen den Schriften *De nuptiis und De bono coniugali* auf einem freien Blatt (fol. 57) zusammen mit anderen Texten eingetragen wurde, und ist zudem in einer weiteren, heute in Schaffhausen befindlichen Handschrift überliefert (Schaffhausen, Stadtbibliothek, Ministerialbibliothek 31 [Ende 11. Jahrhundert], fol. 87^v; ebenfalls in Verbindung mit – anderen – Augustinus-Texten; vgl. Rudolf GAMPER/Gaby KNOCH-MUND/Marlis STÄHLI, *Katalog der mittelalterlichen Handschriften der Ministerialbibliothek Schaffhausen*, Dietikon-Zürich 1994, S. 119–121).

6. Jahrhundert fassbare und im frühen 7. Jahrhundert im merowingischen Ostreich vom Königtum mit Nachdruck geförderte Bemühen kirchlicher Kreise, die seit Konstantin mögliche Freilassung in der Kirche als eine religiösen Zwecken dienende heilige Handlung dahingehend zu interpretieren, dass die Patronatsrechte über die freigelassene Person dem Heiligen und damit dem Ort der heiligen Handlung zufallen sollten. Dies ist letztlich der Grund dafür, warum es Zensualen nur in kirchlicher Trägerschaft gab:³⁴⁴ Nicht der kirchliche Grund und Boden, die kirchliche Grundherrschaft bildete deren Definitionsmerkmal, sondern der kirchliche Freilassungsritus, die *manumissio in ecclesia*. Für die Zukunft und für die Genese der Zensualität als einer gesonderten Gruppe entscheidend werden sollte die Verkoppelung von kirchlicher Freilassung und erblichem kirchlichen Patronat.

Und zugleich macht es nachvollziehbar, warum die Zensualität, obwohl auch in anderen Gegenden größere Freigelassenengruppen unter kirchlichem Patronat in Erscheinung traten, vor allem in den ehemaligen Gebieten des austrasischen *regnum* sowie der schwäbischen und bayerischen Dukate des Merowingerreiches als Gruppe mit eigenem Recht nachweisbar ist. Hier war die gesellschaftliche und politische Ausgangssituation von vornherein eine andere als in den meisten gallischen Gebieten des Merowingerreiches, was die Konstituierung kirchlicher Patronatsbindungen in viel größerem Maße begünstigt zu haben scheint. Die politischen und rechtlichen Verfügungen des merowingischen Königtums, die wir in den Leges fassen können, zielten darauf, die Kirchen als „öffentliche“ Einrichtungen zu stärken und die Formierung einer stetig zunehmenden kirchlichen Klientelgruppe zu fördern, die aus frommen Stiftungs- und Zuwendungsakten gespeist wurde, welche ihrerseits einer sich verändernden Religiosität entsprangen.

Die Verfestigung des Zensualenstatus, die in karolingischer Zeit in den ersten Zinsregistern und in Selbsteintritten in die Zensualität erkennbar wird, bedingte im Zusammenspiel mit Immunitätsverleihungen, dass man schrittweise das Bewusstsein dafür verlor, dass es sich einst um einen „Freigelassenenstatus“ gehandelt hatte. Hatten Begriffe wie *servus* und *servitium* schon in der Spätantike ihre standsrechtliche Trennschärfe eingebüßt,³⁴⁵ so galt dies

³⁴⁴ Allein hieraus (und nicht aus Überlieferungsgründen) erklärt sich, warum es nur im Umfeld kirchlicher Institutionen Zensualen gab. Unzutreffend daher Heinrich FICHTENAU, *Lebensordnungen des 10. Jahrhunderts. Studien über Denkart und Existenz im einstigen Karolingerreich* (Monographien zur Geschichte des Mittelalters 30), Stuttgart 1984, Bd. 2, S. 482: „Daß wir fast nur über die kirchlichen Zinsleute unterrichtet sind, liegt an dem Überwiegen der Quellen aus geistlichen Besitzungen, und daneben wohl auch an der ‚besseren Lebensqualität‘ in diesem klerikalen Herrschaftsbereich“. Weltliche Schutzherrn von Zensualen konnte es nur mittelbar aufgrund von deren Patronat über Altäre und Kirchen geben, wie bereits BREBAUM, *Das Wachsinsrecht* (wie Anm. 3), S. 11 mit Recht betonte.

³⁴⁵ Karl PIVEC, *Servus und servitium in den frühmittelalterlichen Salzburger Quellen*, in: Festgabe dargebracht Harold Steinacker zur Vollendung des 80. Lebensjahres, München 1955, S. 55–66; Vincenzo GIUFFRÉ, *Sui servi e la militia secondo il codice Teodosiano*, in: *Labeo* 24 (1978), S. 191–197; Elisabeth MAGNOU-NORTIER, *Servus – servitium: une enquête à poursuivre*, in: *Media in Francia ... Recueil de mélanges offerts à Karl Ferdinand Werner à l'occasion de son 65^e anniversaire par ses amis et collègues*

seit der Karolingerzeit noch mehr für viele Hörigenverbände (*familiae*): Einerseits gehörte man zur *familia*, andererseits wurden die Zinszahlung und die Freiheit von grundherrlichen Verpflichtungen und Frondiensten zu den Eigenheiten einer *libera servitus* oder einer *servilis libertas*, die in der Überlieferung vielfach nur noch an der Höhe eines Kopfszinses feststellbar ist, dessen Höhe augenscheinlich teilweise selbst zum Gegenstand der Aushandlung geworden war. Gleichwohl haben die Zensualen auszudrücken vermocht, dass sie ihren Status als Freiheit verstanden: Die besondere Art und Weise, wie und wo sie ihre Abgaben entrichteten, aber auch die von ihnen betonte religiöse Motivation ihrer Unterstellung unter die Patronatsgewalt des Heiligen sollten sicherstellen, dass der Vogt sie nicht zu den hufensässigen und frondienstpflichtigen Grundholden der kirchlichen Institution rechnete.

Die hier gegebene Herleitung vermag nicht das Problem zu lösen, welches die Überlieferung dadurch aufgibt, dass von den charakteristischen Zensualenabgaben, speziell der Todesfallgebühr und der Ehelizenzabgabe, erst im späten 8. Jahrhundert oder, wenn man den frühesten Beleg als unglaublich einstuft, sogar im späteren 9. Jahrhundert explizit die Rede ist.³⁴⁶ Allein der Kopfszins lässt sich aus den genannten fiskalischen Überlegungen weiter zurückverfolgen. Gleichwohl scheint es mir wichtig, dass eine spätere, flächendeckende Einführung der Gebühren gegen den Widerstand der Beteiligten weitaus weniger plausibel erscheint³⁴⁷ als deren gemeinsame Verwurzelung im Patronatsrecht über Freigelassene – denn in diesem Bereich lässt sich, wie gezeigt, eine deutliche Kontinuitätslinie von der spätrömi-

français, Paris 1989, S. 269–284; John F. MATTHEWS, *Interpreting the Interpretationes of the Breviarium*, in: *Law, Society, and Authority in Late Antiquity*, hg. von Ralph W. MATHISEN, Oxford 2001, S. 11–32, hier S. 21f., sowie – zur Begriffsentwicklung vom antiken *munus* zum mittelalterlichen *servitium* – auch ESDERS, ‚Öffentliche‘ Abgaben (wie Anm. 63), S. 192. – *Servitus* war im römischen Recht nie eine eindeutige ständische Bezeichnung gewesen, sondern hatte beispielsweise bereits in republikanischer Zeit auch Dienstbarkeiten gekennzeichnet, die aus Grundbesitz erwachsen (freundlicher Hinweis von Prof. Cosima Möller, Berlin).

³⁴⁶ Zum frühesten Beleg siehe oben Anm. 26. – Vgl. jedoch in dem hier geäußerten Sinne bereits BRUNNER, *Deutsche Rechtsgeschichte* (wie Anm. 74), Bd. 1, S. 364, Anm. 52: „Da schon in karolingischer Zeit eine Ablösung des Todfalls vorkommt, reicht die Abgabe selbst ohne Zweifel weit über die Zeit der ersten Überlieferung hinauf.“

³⁴⁷ Nicht überzeugend erscheint mir daher die Argumentation von STAAB, *Untersuchungen* (wie Anm. 240), S. 351: „Daß Besthaupt und Gewandfall schon in der Karolingerzeit zur Stellung des Wachszinsers gehörten, ist für das Mittelrheingebiet nicht bezeugt. Man wird im Auftreten dieser Abgaben bei den Wachszinsern im 10. Jahrhundert eine Verschlechterung dieses Standes sehen müssen.“ Anders dagegen Walter MÜLLER, *Die Abgaben von Todes wegen in der Abtei St. Gallen. Ein Beitrag zur Geschichte des sanktgallischen Klosterstaates* (Rechtshistorische Arbeiten 1), Köln u. a. 1961, S. 12: „Schon im letzten Viertel des neunten Jahrhunderts konnte die Naturalabgabe durch eine ziemlich konstante Geldleistung abgelöst werden, was für das höhere Alter der Einrichtung spricht“ (so bereits die in Anm. 346 zitierte Feststellung Brunners). Zu beachten ist außerdem, dass vielen Quellen kein Interesse unterstellt werden darf, etwas über die anderen Leistungspflichten auszusagen. Dies gilt auch für die Traditionsnotizen im *Liber memorialis* von Remiremont, vgl. dazu TELLENBACH, *Servitus* (wie Anm. 247), S. 231.

schen in die frühmittelalterliche Zeit ziehen. Diese ist vielleicht deswegen übersehen worden, weil man die familienrechtlichen Regelungen einem für germanisch gehaltenen Privatrecht zuzuordnen geneigt war und darüber die eigenständige Umformung römischer Rechtstraditionen durch die Kirche und das Fortwirken des fiskalischen Kopfzinses unterschätzt hat.

Mir scheint, dass die hier gegebene Erklärung der schrittweisen Genese eines Rechtsstandes, die sich naturgemäß nie über Nacht vollzieht, weitaus gerechter wird und zudem eine Erklärung für die regionale Ausprägungen des Phänomens liefert sowie eine differenziertere Herangehensweise an das methodische Problem des Verhältnisses von Freiheit und Unfreiheit eröffnet. Die Problematik des „Zwischenstatus“ zwischen Freiheit und Unfreiheit liegt im Fall der Zensualen darin begründet, dass ein prekärer Freienstatus von sehr weitreichenden Patronatsbindungen überlagert, d. h. eingeschränkt, wurde. Rechtlich betrachtet hatte der Zensualenstatus also mit Unfreiheit im ständischen Sinne nichts zu tun; und genau aus diesem Grund trat man schließlich auch freiwillig in die Zensualität ein. Nur eine genetische Betrachtungsweise vermag hier also einigermaßen das Begreifliche zu machen, was sich systematisch nicht verstehen lässt.

In dieser Linie liegt es, dass eine Übertragung der klassischen Zensualenabgaben auf größere Teile der grundherrlich gebundenen Bevölkerung erst für das Hochmittelalter zu konstatieren ist, wie im Anschluss an Charles-Edmond Perrin³⁴⁸ und Pierre Petot³⁴⁹ insbesondere Ludolf Kuchenbuch für die *familia* des Eifelklosters Prüm betont hat: „Die Ergebnisse der Untersuchung von Kopfzins, Heirats- und Todfall sind dürftig, aber das ist bezeichnend. Man muß festhalten, daß die *mansus*-gebundenen Bauernfamilien der Prümer Grundherrschaft – und das kann man auch für viele andere Abteien sagen – am Ende des 9. Jahrhunderts nur in allerersten lokalen Ansätzen (*mortuarium*) vom Stigma späterer ‚servage‘ gezeichnet gewesen sind. Die umstrittene *Trias chevage, formariage, mainmorte* hatte hier noch keine grundlegende Bedeutung. Ihre Formulierung gehört in die folgenden Jahrhunderte und kommt aus anderer Richtung: Die Zensualen und Mundilionen sind die Vorreiter dieses Prozesses.“³⁵⁰

Die vorgestellte Erklärung ermöglicht zudem auch ein besseres Verständnis mancher späterer Eigenarten der entwickelten Zensualität, vor allem ihrer von Michael Matheus herausgestellten hohen sozialen Mobilität.³⁵¹ Dies gilt für den Sonderstatus der Zensualen innerhalb der hochmittelalterlichen *familiae*, aber auch für ihre Rolle in der hochmittelalter-

³⁴⁸ Dazu PERRIN, Recherches (wie Anm. 3), S. 660–665.

³⁴⁹ Zur Unterwerfung von Nichtzensualen unter die *manus mortua* vgl. PETOT, L'origine (wie Anm. 2), S. 286f.

³⁵⁰ KUCHENBUCH, Bäuerliche Gesellschaft (wie Anm. 18), S. 173. In diesem Sinne auch REILING, Zinsleute (wie Anm. 7), Sp. 1717: „Kopfzins, Heiratsabgabe und Mortuar, die charakteristischen Reichtümer der Zensualität als Zeichen ihrer ‚qualifizierten Unfreiheit‘ wurden ... nach und nach zu Verpflichtungen, welche die Leibeigenen allgemein zu erbringen hatten.“

³⁵¹ Vgl. MATHEUS, Forms of Social Mobility (wie Anm. 17).

lichen Kommunebewegung. Wo seit dem Frühmittelalter alle in der Kirche Freigelassenen dem Patronatsheiligen unterstanden und zudem Freie sich freiwillig in diese Patronatsabhängigkeit begaben, musste sich mit einer gewissen Zwangsläufigkeit eine zahlenmäßig vergleichsweise starke „Zwischengruppe“ unter kirchlichem Patronat entwickeln. Dies ist nicht nur im Umfeld der großen Klöster zu beobachten, die erhebliche Memorialleistungen erbrachten. Es ist für verschiedene Städte – vor allem diejenigen Bayerns, des Mittelrheins und Flanderns – aufgezeigt worden, dass Massenübertragungen von Zensualen an Bischofskirchen und große Klöster sowie Freikäufe aus der Hörigkeit³⁵² einen „gewaltigen Zustrom von Zensualen in die Städte“ bewirkten.³⁵³ In den rheinischen und flandrischen Bischofsstädten – in Worms, Trier und Mainz ebenso wie in Lüttich, von wo diese Ausführungen ihren Ausgang nahmen³⁵⁴ – war die Zensualengruppe offenbar zahlenmäßig weitaus größer, da sie keineswegs nur auf den Bezugsrahmen dessen begrenzt war, was man heute eher unglücklich als „Grundherrschaft“ bezeichnet.³⁵⁵ Die Gruppe der Zensualen umfasste hier allem Anschein nach insbesondere Leute, die der patronalen Gewalt ihres bischöflichen Stadtherren unterstanden, ohne seine Pächter und damit grundherrlich gebunden zu sein. Für sie, die erwirtschaften und vererben konnten, die handwerklich tätig waren und Zinsland allenfalls hinzupachteten, war es womöglich naheliegender und einfacher, mit anderen Gruppen in der Stadt gemeinsame Interessen zu entwickeln³⁵⁶ und auch zu artikulieren.³⁵⁷ Und hier konnten sich Zensualen verschiedener Stifter und Klöster als größere Gruppe mit gemeinsamen Interessen formieren.³⁵⁸ In manchen Städten – etwa in Regensburg oder Gent – war das früheste Stadtrecht daher im Wesentlichen nichts anderes als ein Zensualenrecht

³⁵² Vgl. SCHULZ, Freikauf (wie Anm. 9).

³⁵³ SCHULZ, Zensualität und Stadtentwicklung (wie Anm. 9), S. 124 (Lit.).

³⁵⁴ Unter den Gründen, warum die kommunale Bewegung gerade in diesen Städten in Erscheinung trat und sich als Schwureinung konstituierte, wird neben der Reichsnähe dieser Städte auch immer wieder die besondere soziale Zusammensetzung genannt. Vgl. dazu Wolfgang PETERS, *Coniuratio facta est pro libertate*. Zu den *coniurationes* in Mainz, Köln und Lüttich in den Jahren 1105/06, in: Rheinische Vierteljahresblätter 51 (1987), S. 303–312, hier S. 309f. (zu Lüttich), sowie Rudolf HOLBACH, „..... *gravissima coniuratione introducta*“. Bemerkungen zu den Schwureinungen in Bischofsstädten im Westen des Reiches während des Hochmittelalters, in: Geschichtliche Landeskunde der Rheinlande (wie Anm. 210), S. 159–184, hier S. 176–179 u. ö.

³⁵⁵ Zur Kritik vgl. Ludolf KUCHENBUCH, Abschied von der „Grundherrschaft“ – Ein Prüfging durch das ostfränkisch-deutsche Reich 950–1050, in: ZRG GA 121 (2004), S. 1–99.

³⁵⁶ Vgl. BADER/DILCHER, Deutsche Rechtsgeschichte (wie Anm. 9), S. 339f., die für die stadtauswärtigen Zensualen eine „statusrechtliche Mobilität schon in der Phase vor der eigentlichen Stadtgemeindebildung“ einsetzen sehen.

³⁵⁷ Vgl. dazu SCHULZ, Von der *familia* zur Stadtgemeinde (wie Anm. 9); sowie DIESTELKAMP, „Freiheit der Bürger“ (wie Anm. 32), S. 492–499.

³⁵⁸ Dies betonen BADER/DILCHER, Deutsche Rechtsgeschichte (wie Anm. 9), S. 341. Seit dem 13. Jahrhundert begegnen sogar Rechtsaufzeichnungen, in denen die Rechte und Pflichten der Wachzinsigen für das Geltungsgebiet eines Bistums festgelegt werden, vgl. KAGEL, Bemerkungen zum Problem der bäuerlichen Abwanderung (wie Anm. 328), S. 142.

auf Stadtebene.³⁵⁹ Die Verbindungslinie konnte in solchen Fällen also durchaus fließend verlaufen.

Während sich das Bemühen der Zensualen innerhalb der kirchlichen Hörigenverbände darauf richtete, ihren durch erhebliche Freiheiten gekennzeichneten Sonderstatus und ihr eigenes Recht gegen die grundherrlichen Ansprüche der Vogtei zu verteidigen, ergaben sich für die im städtischen Kontext lebenden Zensualen veränderte Zielvorstellungen, Interessenkoalitionen und Gegnerkonstellationen. Den von langanhaltenden, zähen Kämpfen begleiteten Prozess der Abstreifung zensualischer Leistungspflichten im Kontext der hochmittelalterlichen Kommunebewegung, der sich mit erheblichen regionalen Unterschieden vielerorts bis ins ausgehende 13. Jahrhundert hinzog,³⁶⁰ wird man sich aus der hier vorgetragenen Perspektive heraus im wörtlichen Sinne eher als Befreiung von „Bevormundung“ denn von standesrechtlicher Unfreiheit vorzustellen haben³⁶¹ – und zwar unabhängig davon, wie die Zeitgenossen ihre Ziele begrifflich zu fassen und polemisierend zuzuspitzen suchten.³⁶² Das Kernproblem besteht darin, dass Begriffe wie *servitium* und *servitus* schon im Übergang von der Spätantike zum Frühmittelalter standesrechtlich unscharf geworden waren, dieser Prozess in der Karolingerzeit erheblich forciert wurde und dass vollends die hochmittelalterlichen Städte einen andersartigen, radikaleren Freiheitsbegriff ausprägten,³⁶³ der, wie in dem eingangs zitierten Lütticher Beispiel angedeutet, jede Form von Freiheitsminderung als widernatürliche, dem göttlichen Recht widerstrebende „Unfreiheit“ dämonisierte. Die verschiedenen Freiheitsbegriffe korrespondierten mit unterschiedlichen Rechts-

³⁵⁹ Vgl. dazu BOSL, Die Sozialstruktur (wie Anm. 15), S. 132; BADER/DILCHER, Deutsche Rechtsgeschichte (wie Anm. 9), S. 339–344; treffend insbesondere BRUNNER, Herzogtümer und Marken (wie Anm. 300), S. 418: „Das personale Verhältnis zu einer der wirtschaftlich erfolgreichsten Personengruppen wirkte sich, zum Beispiel in aufstrebenden städtischen Gemeinschaften, informell, aber effektiv aus. Bis ins späte Mittelalter waren wohlhabende Regensburger Bürger ihrem Rechtsstand nach Zinsleute von St. Emmeram. Der jährliche Aufzug der ‚Gotteshausleute‘ zum Hochfest des Kirchenpatrons hatte sicher auch soziale Bedeutung. Die Zensualität war also eine Zwischenstufe zwischen der Zugehörigkeit zu einer grundherrschaftlichen Familia und zu einem eigenberechtigten, aber nichtadeligen Dasein. In zentralen Orten und Städten wurde diese Zwischenstufe vom gemeinsamen Markt- oder Stadtrecht abgelöst. Das Zensualenrecht wird geradezu als *conditio urbanae legis*, als eine Gegebenheit städtischer Rechtsformen bezeichnet.“ Vgl. auch SCHULZ, Zensualität und Stadtentwicklung (wie Anm. 9), S. 124f. mit dem Hinweis, dass die Entwicklung in Flandern der am Mittelrhein erst zeitlich versetzt folgte.

³⁶⁰ Vgl. SCHULZ, Stadtrecht und Zensualität (wie Anm. 9), S. 16 zur Entwicklung in den niederrheinischen Städten des 13. Jahrhunderts.

³⁶¹ Dies auch im Unterschied zur Ministerialität.

³⁶² Dazu die Beiträge von BART, *L’imaginaire de la coutume* (wie Anm. 11), und Rolf KÖHN, Wahrnehmung und Bezeichnung von Leibeigenschaft in Mittel- und Westeuropa vor dem 14. Jahrhundert, in: Sozialer Wandel im Mittelalter. Wahrnehmungsformen, Erklärungsmuster, Regelungsmechanismen, hg. von Jürgen MIETHKE und Klaus SCHREINER, Sigmaringen 1994, S. 301–334.

³⁶³ Zuletzt hierzu Knut SCHULZ, Ministerialität und Bürgertum. Rückblick und Bewertung nach vierzig Jahren, in: Kurtrierisches Jahrbuch 47 (2007), S. 189–210.

entstehungskreisen, und gerade die städtische *coniuratio* war es, welche die Entstehung eines besonderen städtischen Rechtes ermöglichte, das sich aus guten Gründen vielerorts an das Zensualrecht anlehnen konnte.³⁶⁴

2. Die Letztverantwortlichkeit des Königs für die Zensualen

Das frühere 11. Jahrhundert erscheint bekanntermaßen als die eigentliche Umbruchszeit in der Entwicklung des Verhältnisses von Freiheit und Unfreiheit, vor allem für die Regierungszeit Konrads II. (1024–1039) mehren sich diesbezügliche Indizien. In einem vielzitierten Bericht hat der Geschichtsschreiber und Hofkaplan Wipo dargestellt, wie zwei Grafen im Jahr 1027 dem aufsässigen Schwabenherzog Ernst die Gefolgschaft verweigerten, als er ihre Vasallentreue gegen Konrad II. einforderte. Seinen Bericht hat Wipo zu einem Exemplan für den Treuvorbehalt zugunsten des Königs ausgestaltet. Dabei verdient aufgrund ihrer grundsätzlichen Argumentation eine Rede Beachtung, die Wipo den Grafen in den Mund legte: *„Wir wollen nicht, dass es verdunkelt würde, dass wir euch (= Herzog Ernst) unverbrüchlich Treue geschworen gegen alle außer gegen denjenigen, der uns euch gegeben hat. Wären wir Unfreie unseres Königs und Kaisers und von ihm eurer Rechtsgewalt übertragen, dann würde es uns nicht erlaubt sein, uns von euch zu trennen. Nun aber, da wir frei sind und als höchsten irdischen Beschützer unserer Freiheit unseren König und Kaiser haben, verlieren wir, sobald wir jenen verlassen, die Freiheit, die, wie jemand gesagt hat, kein guter Mann verliert, es sei denn mit seinem Leben.“*³⁶⁵ Die Grafen hätten, so steht zu vermuten, ihre direkte Unterstellung unter den König bzw. Kaiser auch anders begründen können, doch waren dem Rekurs auf ihr Amt hierbei Grenzen gesetzt. Umso auffälliger erscheint es daher, dass hier der Treuvorbehalt zugunsten des Königs in letzter Konsequenz aus der Dichotomie von Freiheit und Unfreiheit abgeleitet wurde. Dies mochte naheliegend erscheinen, da die Pflicht zum Treueid ursprünglich eine Verpflichtung

³⁶⁴ Vgl. Wilhelm EBEL, *Der Bürgereid als Geltungsgrund und Gestaltungsprinzip des deutschen mittelalterlichen Stadtrechts*, Weimar 1958; PETERS, *Coniuratio facta est* (wie Anm. 354); Gerhard DILCHER, *Bürgerrecht und Bürgereid als städtische Verfassungsstruktur*, in: *Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des Alten Reiches (1250–1550)*, hg. von Rainer Christoph SCHWINGES (ZHF Beiheft 30), Berlin 2002, S. 83–97.

³⁶⁵ Wipo, *Gesta Chuonradi II. imperatoris*, c. 20: *„Nolumus inficiari, quin vobis fidem firmiter promitteremus contra omnes praeter eum, qui nos vobis dedit. Si servi essemus regis et imperatoris nostri et ab eo iuri vestro mancipati, non nobis liceret a vobis separari. Nunc vero, cum liberi simus et libertatis nostrae summum defensorem in terra regem et imperatorem nostrum habeamus, ubi illum deserimus, libertatem amittimus, quam nemo bonus, ut ait quidam, nisi cum vita simul amittit. Quod cum ita sit, quicquid honesti et iusti a nobis exquiritis, in hoc parere volumus vobis. Si autem contra hoc vultis, illuc revertemur liberaliter, unde ad vos venimus conditionaliter“* (Die Werke Wipos, hg. von Harry BRESSLAU [MGH SS rer. Germ. in us. schol. 60], ³Hannover u. a. 1915, 3–69, hier S. 40; dt. Übers.: S. E.). – Zum Treuvorbehalt an dieser Stelle vgl. Walter KLENAST, *Untertaneneid und Treuvorbehalt in Frankreich und England. Studien zur vergleichenden Verfassungsgeschichte des Mittelalters*, Weimar 1952, S. 1f.; BOSL, *Das ius ministerialium* (wie Anm. 291), S. 277f.

aller Freien gewesen war. Doch ging die Argumentation hier deutlich weiter: Entscheidend war der Gedanke, dass die Freiheit unveräußerlich war, jede Herrschaftsgewalt daher nur bedingungsweise (*conditionaliter*) übertragen war und der Herrscher deswegen seine Untertanen noch nicht einmal dann hätte veräußern dürfen, wenn er dies gewollt hätte. Diese Argumentation sollte nicht nur die Treupflicht gegenüber dem König begründen, sondern den König im gleichen Zuge in die Verantwortung ziehen, seinerseits die Freiheit seiner Untertanen zu garantieren.

Die von den beiden Grafen vorgebrachte Begründung, sie seien aufgrund ihrer Freiheit dem König in höherem Maße zur Treue verpflichtet als einem rechtsbrüchigen Herzog, ist häufig als idealisiert gedeutet worden, weil Wipo sich hier – wie auch sonst häufiger – von sallustianischem Gedankengut beeinflusst zeigt. Ob sie deswegen allerdings dem politischen Diskurs der Zeit Konrads II. völlig enthoben war, ist m. E. aus verschiedenen Gründen zu bezweifeln. Exemplarisch mag dies eine ins Jahr 1025 datierende Urkunde verdeutlichen, in welcher derselbe Konrad II. kurz nach seinem Regierungsantritt auf Intervention seiner Gemahlin Gisela einen Freilassungsakt bestätigte: Der Bischof Walter von Speyer hatte elf *mancipia*, die aus zwischen unfreien Männern und freien Frauen geschlossenen Ehen hervorgegangen und nach dem Prinzip der ärgeren Hand unfreien Standes waren, zu Zensualen erhoben und ihnen dabei zugesichert, dass sie für die Zahlung eines (ggf. in Wachs zu entrichtenden) Zinses von jährlich zwei Denaren den Freigeborenenstatus der übrigen dem Altar der hl. Maria unterstellten Zensualen haben (*ingenui sicut ceteri censuales persistent*) und deren Recht teilen sollten (*tali lege utantur, quali ceteri censuales ad altare sanctae Marię pertinentes huc usque sunt usi*). In dem dies bestätigenden königlichen Diplom wird ausdrücklich hervorgehoben, dass Walter nicht im Übermut seines Amtes gehandelt habe, sondern in Übereinstimmung mit kirchlichem und königlichem Recht (*lex canonica et capitularis*), indem er für die elf zu Zensualen Erhobenen elf andere *mancipia* eingetauscht habe, um auf diese Weise einer Entfremdung des Speyerischen Kirchengutes vorzubeugen. Unter Hinweis auf einen westgotischen Konzilsbeschluss und die Verfügungsautorität (*capitularis auctoritas*) seiner Amtsvorgänger Karl, Ludwig und Lothar bestimmte Konrad II., dass ein Bischof unter Kirchenhörigen nur dann Freilassungen vornehmen dürfe, wenn zugleich Unfreie eingetauscht würden.³⁶⁶

³⁶⁶ *Noverit omnium Christi nostrique fidelium universitas, qualiter Uualterus Spirensis aeclesiae venerabilis episcopus interventu dilectissimae coniugis nostrę Giselę reginę nostram celsitudinem adiit humiliter deprecans, ut facta, quę scriptis suis secundum fidelium suorum consilium perpetravit, nostro regali precepto confirmaremus et corroboremus, in quibus continebatur, quod ipse duos fratres Dedericum et Ebernandum et sorores eorum Ruozęlam, Immam, Diezęlam cum filiis et filiabus eorum, quorum nomina sunt hec: Durinc, Bezęcha, Diesęuuib, Diemo, Mazęla, Liutfrid, ex servili patre et matre ingenua progenitos, ob quorundam fidelium consiliariorum petitionem atque eorum, id est patris et matris, voluntariam et strenuam erga se suosque precussores servitutem per commutationem totidem mancipiorum, quorum nomina hec sunt: Huozę, Burga, Gisela, Uocca, Heliza, Engizę, Druda, Nanno, Saleman, Uuibelin, Libezę, ex servilibus personis censuales fecisset, consentiente clero et populo, non aliqua sui honoris presumptione elatus, sed potius canonica capitularisque antecessorum nostrorum Karoli, Luduici, Lotharii auctoritate fultus, ea videlicet ratione ut predicta mancipia pro commutatione data in uice et in loco dominorum suorum seruiant, ipsi vero domini ac domine cum omni*

Diese Regelung lässt sich vergleichbaren Maßnahmen zur Seite stellen wie etwa dem von Heinrich II. im Jahr 1023 bewirkten Ausgleich zwischen den Hörigen des Klosters Lorsch und der Wormser Bischofskirche und dem von Konrad II. urkundlich verfügten Limburger Hofrecht des Jahres 1035 – sie zeigen, wie konkret die Herrscher des früheren 11. Jahrhunderts in Angelegenheiten kirchlicher *familiae* einschritten bzw. dazu veranlasst werden konnten, dies zu tun. Dass dies daneben auch einen gravierenden Eingriff in die innerstädtische Entwicklung bedeutete, hat Gerold Bönnen betont: „Die persönliche Mitwirkung des Herrscherpaares zeigt den Stellenwert eines solchen Rechtsaktes und das hohe Maß an Beteiligung an Fragen der Stadtherrschaft in Speyer bereits ein Jahr nach der Krönung deutlich an, ein Rechtsakt, der immerhin (dies ist keineswegs nur eine übliche Rechtsformel, sondern Ausdruck herrschaftlicher Wirklichkeit) auch *consentiente clero et populo* erfolgt ist und Bezug auf eine allgemeine Rechtsgewohnheit für die dem Marienaltar verpflichteten Zensualen nimmt, mithin auf bestehendes Recht für eine offenbar fest etablierte Gruppierung rekurriert.“³⁶⁷ Unter dem Gesichtspunkt der hier interessierenden Ständeproblematik und ihrer Verbindung zum Königtum erscheint die Speyerer Verfügung Konrads II. darüber hinaus in zwei Hinsichten höchst bemerkenswert: Zum einen sah sich Konrad II., wie der Urkun-

progenie eorum infra legem censualem perpetualliter stabiliantur, canonica lectione affirmante, que in sexagesimo quinto capitulo quinti Toletani concilii sic continet: episcopo licere per commutationem mancipiorum aecclesiasticos liberos facere. Scriptum est etiam in capitulari supra dictorum regum: episcopo libertatem sine commutatione mancipiorum non licere donare. Hac ergo lege, id est canonica et capitulari, roboratus predictos viros et feminas censuales stabilivit, ea lege ut ipsi annis singulis in nativitate sanctae Mariae duos denarios aut precium eorum in cera persolvant et postea sic ingenui sicut ceteri censuales persistent. Cuius autem rationabili petitioni assensum prebentes per hoc nostrum regale preceptum firmiter iubemus, ut prefata mancipia tali deinceps lege utantur, quali ceteri censuales ad altare sanctae Mariae pertinentes huc usque sunt usi. Si quis autem hoc regale preceptum infringere persumserit, sciat se comsiturum X libras optimi auri, medietatem camere nostre medietatemque predictis censualibus (Die Urkunden Konrads II. Mit Nachträgen zu den Urkunden Heinrichs II., hg. von Harry BRESSLAU unter Mitwirkung von Hans WIBEL und Alfred HESSEL, Hannover u. a. 1909, Nr. 41, S. 46f.). – Auf die Bedeutung dieses Rechtsaktes für die Speyerer Stadtentwicklung hingewiesen hat als erster Wolfgang METZ, Städte am Mittelrhein als Stützpunkte salischer Reichspolitik, in: Geschichtliche Landeskunde 7 (1972), S. 34–50, hier S. 37f., der auch die Parallelen der Regensburger Entwicklung betonte.

³⁶⁷ Gerold BOENNEN, Zu den Voraussetzungen der Wahl Speyers als Grablege durch König Konrad II. aus Wormser Sicht, in: Geistliche Zentralorte zwischen Liturgie und Architektur, Gottes- und Herrscherlob: Limburg und Speyer (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 11,5, Deutsche Königspfalzen 6), Göttingen 2005, S. 141–156, hier S. 148. – Das Edikt Heinrichs II. zur Beilegung von Konflikten zwischen Angehörigen der Wormser und der Lorschener *familiae*. Die Urkunden Heinrichs II. und Arduins, hg. von Harry BRESSLAU u. Hermann BLOCH unter Mitarbeit von M. MEYER u. Robert HOLTZMANN (MGH Die Urkunden der deutschen Könige und Kaiser 3), Hannover 1900–1903, Nr. 501, S. 639–641; Codex Laureshamensis, hg. von Karl GLÖCKNER, Bd. 1 (Einführung, Regesten, Chronik), Darmstadt 1929, Nr. 95, S. 376f. – Das Limburger Hofrecht des Jahres 1035: Die Urkunden Konrads II. (wie Anm. 366), Nr. 216, S. 294–296; vgl. dazu SPIESS, Das Limburger Hofrecht (wie Anm. 291), bes. S. 486f. zur Zensualität. – Zur Politik Konrads II. gegenüber Unfreien und Hörigen vgl. auch Herwig WOLFRAM, Konrad II., 990–1039. Kaiser dreier Reiche, München 2000, S. 193–195.

denwortlaut deutlich macht, explizit in Einklang mit kirchlicher und weltlicher Gesetzgebungstradition. Das Verbot, einen Sklaven ohne Stellung von Ersatz freizulassen, reichte materiell in die spätrömische Kolonengesetzgebung des 5. Jahrhunderts zurück, von wo aus es offenbar auf Initiative des fränkischen Königtums auf die zum Kirchenbesitz gehörigen Sklaven angewandt wurde, wie für das Frankenreich der zitierte *tabularius*-Titel der *Lex Ribuaria* zeigt. Der fast zeitgleich entstandene, in der konradinischen Urkunde zitierte westgotische Konzilsbeschluss dokumentiert die Übernahme und Weiterentwicklung der spätrömischen Regelung durch die Kirche; er verfügte, dass ein Bischof einen kirchlichen Unfreien (*mancipium iuris ecclesiae*) unter Verzicht auf das Patronatrecht nur dann freilassen durfte, wenn er gleichzeitig zwei *mancipia* von gleichem Verdienst und *peculium* zum Tausch anbot. Vermittelt über die *Collectio Hispana* fand die Bestimmung Eingang in die fränkische Kirchenrechtstradition.³⁶⁸ Als zweite Besonderheit sticht hervor, dass die dem Zensualen-

³⁶⁸ Die ältesten Belege, die durchgängig mit der spätrömischen Kolonengesetzgebung in Verbindung stehen, sind aufgeführt in: *Lex Ribuaria*, hg. von Rudolf SOHM, in: MGH LL 5, Hannover 1875–1889, S. 185–268, hier S. 243f. Anm. 12; für die folgende Zeit vgl. die Nachweise bei LOENING, *Geschichte des deutschen Kirchenrechts*, Bd. 2 (wie Anm. 78), S. 229 m. Anm. 2 u. 4; BRUNNER, *Die Freilassung* (wie Anm. 158), S. 70, wieder abgedruckt in: DERS., *Abhandlungen zur Rechtsgeschichte*. Gesammelte Aufsätze, Weimar 1931, Bd. 1, S. 240–261, hier S. 258f.; DERS., *Deutsche Rechtsgeschichte*, Bd. 1 (wie Anm. 74), S. 364f. – Zum entsprechenden Titel 61 (58), 3 der *Lex Ribuaria* siehe oben Anm. 154 u. 155; später hat man sich diesbezüglich auf fränkisches Königsrecht in Urkunden bezogen, so etwa König Zwentibold, der sich in einem Diplom sogar auf eine (nicht bezeugte) Bestimmung der *Lex Salica* bzw. des salischen Rechtes berief, als er eine Hörige der Utrechter Kirche Elst durch Schatzwurf freiließ: *Datis postea in mutationem, ut lex Salica docet duobus mancipiis praefatae ecclesiae prius et postea secundum legem Francorum denarium eius excutientes et sic servitutis vinculo liberavimus et ingenuitatis ei confirmationem tribuimus* (Die Urkunden Zwentibolds [wie Anm. 209], Nr. 10, S. 36). – Zur Nachwirkung in den fränkischen Kapitularien vgl. LOENING, a. a. O. S. 229 Anm. 4. – Bei dem fraglichen Beschluss des Konzils von Toledo, auf den sich die Speyerer Urkunde bezog, handelt es sich nicht um c. 58 des 5., sondern um c. 68 des 4. Konzils von Toledo aus dem Jahr 633: *Episcopus qui mancipium iuris ecclesiae non retento ecclesiastico patrocinio manumitti desiderat, duo meriti eiusdem et peculii coram concilio ecclesiae, cui praeminet, per commutationem subscribentibus sacerdotibus offerat, ut rata et iusta inveniatur definitio commutantis; tunc enim liberam manumissionem sine patrocinio ecclesiae concedere poterit, qui eum quem libertati tradere disponit iam iuri proprio adquisivit. Huiusmodi autem liberto adversus ecclesiam cuius iuris existit accusandi vel testificandi denegetur licentia; quod si praesumpserit, placet ut stante commutatione in servitute propriae ecclesiae devocetur, quam nocere conatur* (Concilios visigóticos [wie Anm. 101], S. 214f.). Die falsche Quellenangabe in der Speyerer Urkunde erklärt sich offenbar durch die Rezeption des Kanons, die via *Collectio Hispana* und Regino von Prüm sowie Burchard von Worms erfolgte; vgl. dazu auch die der Urkunde vorangestellten Bemerkungen des Herausgebers Harry BRESSLAU, S. 46. Zur Rezeption dieser Rechtstraditionen unter dem Speyerer Bischof Walter, der an der Redaktion des von seinem Nachbarbischof Burchard von Worms bearbeiteten *Decretum* beteiligt war, vgl. Peter ACHT, *Die ältesten Urkunden der Speyerer Bischöfe. Formulargeschichtliche Beziehungen in Speyerer Urkunden des 10. und beginnenden 11. Jahrhunderts*, in: ZGO 89 (1937), S. 355–364, hier S. 364, sowie weiterführend Georg GRESSER, *Das Bistum Speyer bis zum Ende des 11. Jahrhunderts* (Quellen und Abhandlungen zur mittelhheinischen Kirchengeschichte 89), Mainz 1998, S. 136 Anm. 635. Dass die freigelassenen *mancipia* hier nicht doppelt, sondern einfach kompensiert wurden, erklärt sich aus der Beibehaltung der Patronatsrechte über die Speyerer Zen-

recht neu unterstellten Personen in der Urkunde als aus dem Kirchenbesitz regulär ausgeschieden behandelt wurden und daher durch Unfreie kompensiert werden mussten. Anders hätte das Insistieren auf der Tauschregelung keinen Sinn ergeben. Damit erscheint Konrad hier nicht nur als derjenige, der sicherheitshalber einen bischöflichen Rechtsakt bestätigte und das kanonische Recht respektierte, sondern er verfügte dies in dem Bewusstsein, einer eigenständigen „königlichen“ Rechtstradition zu folgen. Diese galt zwar zunächst dem Veräußerungsverbot von Kirchengut, hatte jedoch gravierende Auswirkungen auf die Stellung der dem Zensualenrecht unterstellten Personen, die im Text nämlich konsequenterweise als *domini ac domine* bezeichnet wurden. Eigentlich wäre die Bestätigung eines Freilassungsaktes durch den Herrscher nicht zwingend gewesen, aber vielleicht war es gerade die strikte Beachtung des Veräußerungsverbot für Kirchenbesitz, die den Herrscher auch für die Zensualen in die Verantwortung zog, wenn diese aus dem Kirchenbesitz offiziell ausschieden und man ihrer möglichen Zurückzwingung in die *servitus* nur so einen wirkamen Riegel vorschieben zu können glaubte. Mit dem Privileg jedenfalls wurde Konrad II. der höchst- und letztverantwortliche Garant für die Freiheit der Zensualen. Vor diesem Hintergrund erscheint die in dem zitierten Bericht Wipos vorgebrachte Argumentation der beiden Grafen nicht so realitätsfremd, wie man vielleicht gemeint hat, sondern reflektiert einen Gedanken der Politik Konrads II., die auch in den urkundlichen Dokumenten ihren Niederschlag gefunden hat. Auch sonst findet sich wiederholt der Gedanke, dass der Herrscher und seine Funktionsträger ungeachtet aller erteilten Immunitäten die eigentlichen Garanten der Freiheit der Reichsbewohner zu sein hätten.³⁶⁹ Und die Tatsache, dass im 12. Jahrhundert Aufzeichnungen von Zensualenrechten in Form von Königs- beziehungsweise Kaiserurkunden und hier besonders gerne auf Karl den Großen gefälscht wurden, darf man nicht ausschließlich, aber zumindest auch in diesem Sinne interpretieren.³⁷⁰

Denn für die Formierung der Zensualität war – wie gezeigt – zentral gewesen, dass der staatliche Rahmen, der erstmals in den Freilassungsgesetzen Konstantins gesetzt worden war, in den östlichen Gebieten des Merowingerreiches bewusst mittels allgemeiner Rechtsätze fortgeschrieben und in einer die kirchliche Patronatsgewalt stärkenden Weise weiter-

sualen. – Zur Frage der Unveräußerlichkeit des Kirchengutes vgl. Stefan ESDERS, Normative Grundlagen des Tausches im früheren Mittelalter, in: Tauschgeschäft und Tauschurkunde vom 8. bis zum 12. Jh. / L'acte d'échange, du VIII^e au XII^e siècle, hg. von Philippe DEPREUX und Irmgard FEES (im Druck).

³⁶⁹ Vgl. etwa die oben Anm. 209 erwähnte Trierer Urkunde mit (Rück-)Übertragung der erzbischöflichen Zensualen an die örtliche Grafschaft und das oben Anm. 339 angeführte Beispiel der Zensualen des Klosters Stablo, die an den König appellieren durften. – Zum grundsätzlichen Problem vgl. auch Karl-Hans GANAHL, Bäuerliche Freiheit als Herrschaftsanspruch des Grafen, in: Abhandlungen zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift Adolf Zycha zum 70. Geburtstag überreicht von Freunden, Schülern und Fachgenossen, Weimar 1941, S. 103–122.

³⁷⁰ Vgl. Alfons DOPSCH, Motive der Freiheitsgarantien für Person und Eigentum im Mittelalter (1936), in: DERS., Beiträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Gesammelte Aufsätze, Bd. 2, Wien 1938, S. 102–110, hier S. 109.

entwickelt worden war. Dies bezeugen, häufig sogar unter direkter Berufung auf die Gesetze Konstantins, die von Königen und Herzögen des 7. und 8. Jahrhunderts erlassenen Leges, die *Lex Ribuaria*, die *Lex Alemannorum*, aber auch die bayerischen Dekrete von Neuching. Diese Tradition findet sich in den Kapitularien, die von Karl dem Großen und Ludwig dem Frommen vorbereitet und erlassen wurden,³⁷¹ fortgeführt. Die Tatsache, dass im 11. Jahrhundert wiederholt dem König die Aufgabe zugeschrieben wurde, die Freiheit seiner Untertanen zu garantieren, muss man daher weder als völlige Neuerung noch als realitätsferne Ideologie betrachten. Die Wormser Bürger haben dies auch nicht getan. Im Jahr 1074, als sie den flüchtigen Heinrich IV. bei sich aufnahmen, durften sie dies in der Hoffnung tun, trotz ihrer kirchlichen Patronatsabhängigkeit aufgrund ihres Status als Freie zum Adressaten eines Privilegs zu werden, welches die Wormser Bürgerschaft rechtlich erst konstituierte.³⁷² Sein Sohn und Nachfolger Heinrich V. berief sich auf die kaiserliche Autorität (*imperialis auctoritas*), mittels derer bereits seine Vorgänger Städte und Völkerschaften (*urbes et populi*) begünstigt hätten, um den Wormser Bürgern im Jahr 1114 auf ihre Bitten hin und mit Zustimmung seiner Fürsten (*ex eorum petitione et consensu principum meorum*) zuzusichern, dass künftig kein Vogt ihre Ehen scheiden³⁷³ oder eine Todfallabgabe erheben durfte und selbst beim Fehlen unmittelbarer Nachkommen die nächsten Erben ihr Vermögen erhalten sollten.³⁷⁴ In einer Urkunde desselben Herrschers, welche drei Jahre zuvor die Speyerer

³⁷¹ Siehe oben Anm. 30 u. 265.

³⁷² Die Urkunden Heinrichs IV., hg. von Dietrich VON GLADISS und Alfred GAWLIK (MGH Diplomata regum et imperatorum Germaniae 6), Hannover 1941/1978, Bd. 1, Nr. 267, S. 341–343. Vgl. dazu SCHULZ, „Denn sie lieben die Freiheit so sehr ...“ (wie Anm. 9), S. 80f. Zur Wormser Entwicklung vgl. insbesondere Gerold BOENNEN, Zur Entwicklung von Stadtverfassung und Stadtgemeinde im hochmittelalterlichen Worms, in: ZGO 150 (2002), S. 113–159.

³⁷³ Zum Recht des Vogtes, eine von Angehörigen der *familia* geschlossene Ehe durch seinen Eid zu scheiden, vgl. SPIESS, Das Limburger Hofrecht (wie Anm. 291), S. 480–482.

³⁷⁴ *Quoniam ex imperiali auctoritate dignitatis antecessores mei reges vel imperatores urbes et populos, quos plus diligebant, sepe pre ceteris speciali honore donabant, volumus et nos simili auctoritate omnibus regni nostri principibus notum esse, quod privilegium honoris dederimus Wormaciensis urbis concivibus. Videlicet lamentabilem eiusdem populi clamorem et infinitas, quas patiebantur insuper conubiis suis, calumnias ex eorum petitione et consensu principum meorum ita terminavi, ut deinceps ob hanc causam non habeant occasionem conquerendi. Nempe volumus statuimus iubemus, ut quicumque aut undecumque sit vir, qui uxorem seu de consorcio suo sive de alia familia ibidem acceperit aut uxoratus aliunde illuc venerit, hanc unam eandemque iusticiam omnis indiscrete ex hoc in perpetuum habeant, ut nullus advocatus coningia eorum iuramenti coactione dissolvat, et nulla vel maior vel minor potestas in obitu vel viri vel mulieris aliquid de rebus relictis tamquam iure debitum exigat, sed sicut in sequentibus ordinavimus, haec res fixa sedeat. Scilicet si vir prior uxore sua obierit, uxor et eius progenies, quam de viro illo habuerit, quicquid possessionis reliquerit vir, ipsa absque omni contradictione obtineat, et eadem lex de muliere, si prior obierit, ad maritum redeat. Si vero sine progenie ambo defuncti fuerint, proximi heredes relictam substantiam habeant. Et nulla ut predictum est ab aliquo advocato aut ab alia qualibet persona pro eisdem bonis calumnia eis fiat* (Urkundenbuch der Stadt Worms Bd. 1 [wie Anm. 303], Nr. 62, S. 53f.). Die Diskussion über die Echtheit des Privilegs berührt nicht die hier behandelten Regelungen, vgl. Gerold BOENNEN, Urkunde Heinrichs V. für die Stadt Worms, in: Canossa 1077. Erschütterung der Welt. Geschichte, Kunst und Kultur am Aufgang der Romanik, hg. von Christoph STIEGEMANN und Matthias WEMHOFF, Bd. 2: Katalog, München 2006, Nr. 292, S. 208f.

Bürger von *buteil* und Todfallabgabe befreit hatte, ließ er diese Rechtsgewohnheiten als *lex nequissima et nephanda* bezeichnen, um ihnen jegliche Legitimation zu entziehen.³⁷⁵ Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass Heinrich V. die Befreiung der Bürger von den kirchlichen Patronatsabgaben, die einst für Freilassungen *pro remedio animi* zu entrichten gewesen waren, mit einer besonderen Auflage verknüpfte: Diese Bürger, so wurde betont, könnten nun nicht nur für ihr eigenes Seelenheil Vorsorge treffen, sondern sollten einmal jährlich alle mit Kerzen in ihren Händen zur Vigil und zur Messe zusammenkommen, um von jedem Haus den Armen ein Brot als Almosen zu geben – und zwar am Jahrestag der Beisetzung Heinrichs IV. in Speyer, der zugleich Tag der Privilegienvergabe durch Heinrich V. war. Der Kerzenumzug der von der Todfallabgabe befreiten (Wachs-)Zinser mündete in eine Armenspende, deren religiöse Zwecksetzung das neue Selbstverständnis der Speyerer Bürger zum Ausdruck brachte. Nur wenige Jahre später würde auch Bischof Albero von Lüttich, wie die zu Beginn dieser Studie zitierte Erzählung verdeutlichte, gleichsam „nachziehen“ und seine Bürger von der „toten Hand“ befreien; angesichts der engen Verflechtungen zwischen Lüttich und dem Reich wird man vermuten dürfen, dass auch hier der König eine Rolle spielte, selbst wenn der legendenhaft verformte Bericht der lokalen Bistumsgeschichtsschreibung diesen Zusammenhang nicht eigens erwähnte.³⁷⁶

Die Letztverantwortlichkeit des Königs für die Aufhebung der Zensualenabgaben ergab sich also nicht allein aus der Bedrängnis, in welche einzelne Herrscher seit Heinrich IV. gerieten.³⁷⁷ Das Königtum war vielmehr aufgrund des Freienstatus der Zensualen, ihres ursprünglich fiskalischen Kopfzinses und wegen seiner früheren Autorisierung der Übertragung von Patronatsrechten an die Kirchen der richtige Ansprechpartner für die beabsichtigte Aufhebung derjenigen Gewohnheiten, die man im städtischen Raum zunehmend für unvereinbar mit seiner neu gewonnenen Freiheit hielt. Diese Zuständigkeit des

³⁷⁵ *Omnes, qui in civitate Spirensi modo habitant vel deinceps habitare voluerint, undecumque venerint vel cuiuscumque condicionis fuerint, a lege nequissima et nephanda, videlicet a parte illa que vulgo ‚buteil‘ vocabatur, per quam tota civitas ob nimiam paupertatem adnichilabatur, ipsos suosque heredes excussimus, ne vero aliqua persona maior vel minor, non advocatus, non eorum naturalis dominus, illis morientibus de eorum suppellectile quicquam auferre presumat interdiximus, et ut omnes liberam potestatem habeant suis heredibus relinquendi vel pro anima sua dandi vel cuiuscumque persone dare voluerint, ipso Spirensi episcopo Brunone in pulpito astante et concedente, concessimus et confirmavimus, ea tamen interposita condicione, ut in anniversario patris nostri sollempniter ad vigilias et ad missam omnes conveniant, candelas in manibus teneant et de singulis domibus panem unum pro elemosina dare et pauperibus erogare studeant* (Urkunden zur Geschichte der Stadt Speyer, hg. von Alfred HILGARD, Straßburg 1885, Nr. 14, S. 17–19). Zum historischen Hintergrund der Privilegienverleihungen Heinrichs V. an die Bistümer und entstehenden Bürgergemeinden von Worms und Speyer vgl. Andreas Urban FRIEDMANN, Die Beziehungen der Bistümer Worms und Speyer zu den ottonischen und salischen Königen (Quellen und Abhandlungen zur mittelrheinischen Kirchengeschichte 72), Mainz 1994, S. 158–170.

³⁷⁶ Siehe oben Anm. 1. Das Verhältnis der Lütticher Kirche zum Reich behandelt die eingehende Untersuchung von KUPPER, Liège et l'église impériale (wie Anm. 1).

³⁷⁷ Vgl. dazu auch die Überlegungen von Ernst PITZ, Europäisches Städtewesen und Bürgertum. Von der Spätantike bis zum Hohen Mittelalter, Darmstadt 1991, S. 302f.

Königtums wird ebenso daran erkennbar, dass auch in Frankreich seit den 20er und 30er Jahren des 12. Jahrhunderts die Könige angefangen mit Ludwig VI. in vielen Städten die *burgenses* von solchen Abgaben freistellten.³⁷⁸ In Laon etwa befreite Ludwig VI. nach langen und heftigen Auseinandersetzungen im Jahr 1128 in einer „Charte de Liberté“ die Bürger von der Todfallgebühr, so dass sie fortan lediglich den Kopfzins zu entrichten hatten, allerdings weiterhin der Gerichtsbarkeit des Bischofs unterstellt blieben.³⁷⁹ Hier wie auch in den Bischofsstädten des Reiches vollzog sich ein mehrstufiger Prozess, der schließlich zur völligen Aufhebung dieser Merkmale von „Unfreiheit“, wie man sie nun verstand, führte. Im Reich waren es nach den großen Fürstenprivilegien und den Veränderungen im politischen Gefüge dann die miteinander konkurrierenden Territorialherren, am Niederrhein allen voran der Erzbischof von Köln und die Grafen von Geldern und Kleve, welche den Zensualenstatus im 13. Jahrhundert regelten. Hier scheint die Aufhebung von Zensualenpflichten äußerst zögerlich verlaufen zu sein, ja vierlerorts wurde niederrheinischen Hörigen das Zensualenrecht überhaupt erst verliehen, um sie von einer Abwanderung abzuhalten oder sie aus der Gewalt der übermächtigen Vögte auszugliedern, die inzwischen nicht selten ihrerseits Territorialherren geworden waren.³⁸⁰

Während die Zensualität somit in vielen ländlichen Gebieten noch im Spätmittelalter eine ausgesprochene Blütezeit erlebte, nahm ihre Entwicklung in den Städten bekanntermaßen einen vollkommen anderen Verlauf. Hier erschien die im spätantiken Patronatswesen wurzelnde „Freiheit der Zensualen“, die zu den unabdingbaren Voraussetzungen ihrer Emanzipation gezählt hatte, bereits im 11. Jahrhundert revisionsbedürftig. Mit ihr verbundene Patronatsrechte wurden nun selbst zur Zielscheibe eines Kampfes für eine neue Identität, die man nicht anders denn als „Freiheit“ verstehen konnte und wollte. Dass Kopfzins, Todfallabgabe und Ehegebühr ursprünglich Zeichen der zensualischen „Freiheit“ gewesen waren,³⁸¹ interessierte auf dem umkämpften Terrain des entstehenden städtischen Milieus bald niemanden mehr, als die eigenartige Geschichte der mittelalterlichen Dialektik von „Freiheit“ und „Unfreiheit“ in eine neue Phase eintrat. Hatte seit dem Frühmittelalter die Patronatsgewalt über schwache Freie ermöglicht, dass sich im Schutze der Heiligen durch Freilassung, Geburt und Selbsteintritt eine eigene Gruppe ebenso bevorrechtigter wie be-

³⁷⁸ Vgl. PETOT, *L'origine* (wie Anm. 2), S. 279–284.

³⁷⁹ *Ordonnances des rois de France de la troisième race*, hg. von Louis F. DE BREQUIGNY, Paris 1723–1849, Bd. 12, S. 186; Bestätigung durch Philipp Augustus: *Recueil des actes de Philippe-Auguste*, hg. von Henri-François DELABORDE, Bd. 1: 1179–1194, Paris 1916, Nr. 279 vom Jahr 1188/90. In Crépy-en-Vâlôis abgeschafft durch Philippe-Auguste im Jahr 1215 (*Ordonnances des rois Francs ...* 11, S. 310–311). Zum Konflikt in Laon vgl. ausführlich SCHULZ, „Denn sie lieben die Freiheit so sehr ...“ (wie Anm. 9), S. 60–73.

³⁸⁰ Vgl. SCHULZ, *Stadtrecht und Zensualität* (wie Anm. 9), S. 24–33. Vgl. auch KAGEL, *Bemerkungen zum Problem der bäuerlichen Abwanderung* (wie Anm. 328), S. 147f. – Zur spätmittelalterlichen Blüte der Wachszinsigkeit am Niederrhein vgl. VAN EICKELS, *Die Verzeichnisse der Wachszinsigen* (wie Anm. 20), S. 93f. u. ö.

³⁸¹ Prägnant dazu ILLICHMANN, *Eigenleute* (wie Anm. 21), S. 54–56.

vormundeter Zinshöriger formierte, so begann nun in zahlreichen Bischofsstädten diese Balance zwischen Privileg und Schutz aus den Fugen zu geraten, setzte man letzteren mit Bevormundung gleich. Nicht zuletzt die städtische Polemik gegen die Patronatsabhängigkeit bedingte, wie zu Beginn dieser Darstellung die Lütticher Geschichte von der „toten Hand“ illustrierte, dass die beschriebene Genese der Zensualität gleichsam enthistorisiert wurde.³⁸² In solcher Polemik dürfen wir die Nachbeben eines Kampfes erkennen, der den ebenso erfolgreichen wie folgenschweren Übergang von einer Freiheit in eine andere markierte. Denn erst ihre Selbstwahrnehmung als „Freie“, ja als „Freigeborene“ (*ingenui*) hatte die Zensualen in den hochmittelalterlichen Bischofsstädten mit anderen städtischen Gruppen an einem Strang ziehen lassen, um über den König als den letztverantwortlichen Garanten ihrer Freiheit den Druck auf ihren bischöflichen Stadtherrn so zu erhöhen, dass dieser auf seine Patronatsrechte verzichtete und ihnen den Weg zur „Freiheit des Bürgers“ ebnete.³⁸³

³⁸² Siehe oben S. 11. – Bekannt sind in Zusammenhang mit der Ermordung des Mainzer Erzbischofs Arnold von Selenhofen die hässlichen Worte, mit denen man noch dessen Leiche bezichtigte. Sie sind wohl auch auf dessen behauptete Gier zu beziehen, Zensualenabgaben mit aller Härte eingetrieben zu haben: *Vita Arnoldi archiepiscopi Moguntini*, in: *Monumenta Moguntina*, hg. von Philipp JAFFÉ (*Bibliotheca rerum Germanicarum* 3), Berlin 1866, S. 604–675, bes. S. 653–655 u. 674f. Vgl. dazu HOLBACH, „... *gravissima coniuratione introducta*“ (wie Anm. 354), S. 174, SCHULZ, „Denn sie lieben die Freiheit so sehr ...“ (wie Anm. 9), S. 175, sowie Stefan WEINFURTER, *Konflikt und Konfliktlösung in Mainz. Zu den Hintergründen der Ermordung Erzbischof Arnolds 1160*, in: *Landesgeschichte und Reichsgeschichte. Festschrift für Alois Gerlich zum 70. Geburtstag*, hg. von Winfried DOTZAUER, Wolfgang KLEIBER, Michael MATHEUS und Karl-Heinz SPIESS (*Geschichtliche Landeskunde* 42), Stuttgart 1995, S. 67–83.

³⁸³ So der treffende Titel der Sammlung wiederveröffentlichter Aufsätze von Knut SCHULZ (wie Anm. 9).

Abkürzungen

AASS	Acta sanctorum
AKG	Archiv für Kulturgeschichte
Bd.	Band
CC	Corpus christianorum
C. Th.	Codex Theodosianus
DA	Deutsches Archiv für Erforschung des Mittelalters
FrMaSt	Frühmittelalterliche Studien
HJb	Historisches Jahrbuch
HRG	Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte
Lex.MA	Lexikon des Mittelalters
MGH	Monumenta Germaniae Historica
AA	Auctores antiquissimi
Capit.	Capitularia regum Francorum
LL	Leges
LL nat. Germ.	Leges nationum Germanicarum
SS	Scriptores
SS rer. Germ. in us. Schol	Scriptores rerum Germanicarum in usum scholarum
SS rer. Mer.	Scriptores rerum Merovingicarum
MIÖG	Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung
NA	Neues Archiv der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde
RAC	Reallexikon für Antike und Christentum
RGA	Reallexikon der germanischen Altertumskunde
RhVjbl	Rheinische Vierteljahrsblätter
VSWG	Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
ZBLG	Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte
ZGO	Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins
ZHF	Zeitschrift für historische Forschung
ZRG	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte
RA	Romanistische Abteilung
GA	Germanistische Abteilung
KA	Kanonistische Abteilung

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Quellen

- [Aegidii Auraevallensis] *Gesta episcoporum Leodiensium abbreviata*, hg. von Johannes HELLER, in: MGH SS 25, Hannover 1880, S. 129–135.
- Capitularia regum Francorum 1*, hg. von Alfred BORETIUS (MGH LL Sect. II, 1), Hannover 1883.
- Capitularia regum Francorum 2*, hg. von Alfred BORETIUS und Victor KRAUSE (MGH LL Sect. II, 2), Hannover 1897.
- Cartulaire de l'abbaye de Saint-Trond*, hg. von Charles PIOT, Bd. 1, Brüssel 1870.
- The Cartulary of Flavigny, 717–1113*, hg. von Constance Brittain BOUCHARD (Medieval Academy Books 99), Cambridge/Mass. 1991.
- Chroniques Liégeoises. Textes latins. Extraits de chronique sur les temps antérieurs à Henri de Guedre*, hg. von Sylvain BALAU, Bd. 1, Brüssel 1913.
- Codex diplomaticus Fuldensis*, hg. von Ernst Friedrich Johann DRONKE, Kassel 1850.
- Codex Iustinianus*, hg. von Paul KRÜGER (Corpus iuris civilis II), ⁹Berlin u. a. 1915.
- Codex Lareshamensis*, hg. von Karl GLÖCKNER, Bd. 1 (Einleitung, Regesten, Chronik), Darmstadt 1929; Bd. 2 (Kopialbuch, 1. Teil: Oberrhein-, Lobden-, Worms-, Nahe und Speiergau), Darmstadt 1933.
- Concilia aevi Karolini*, hg. von Albert WERMINGHOFF (MGH LL Sect. III, Concilia 1), Bd. 1, Hannover 1906.
- Concilia aevi Merovingici*, hg. von Friedrich MAASSEN (MGH LL Sect. III, Concilia 1), Hannover 1883.
- Concilia Galliae A. 314 – A. 506*, hg. von Charles MUNIER (Corpus Christianorum, Ser. Lat. 148), Turnhout 1963.
- Concilios visigóticos e hispano-romanos*, hg. und ins Spanische übers. von José VIVES (España Cristiana, Textos 1), Madrid 1963.
- Diplomata Belgica ante annum millesium cetensimum scripta*, Bd. 1: *Texsten*, hg. von Maurits GYSSELING und Anton C. F. KOCH (Bouwstoffen en studiën voor de geschiedenis en de lexicografie van het Nederlands 1), Brüssel 1950.
- Diplomata, chartae, epistolae, leges aliaque instrumenta ad res Gallo-Francicas spectantia*, hg. von Jean Marie PARDESSUS, Bd. 1 (instrumenta ab anno 417 ad annum 627), Paris 1843 (Nachdr. Aalen 1969).
- Formulae Merovingici et Karolini aevi*, hg. von Karl ZEUMER (MGH LL Sect. V), Hannover 1886.
- Gaius, Institutiones. Die Institutionen des Gaius*, hg., übers. u. komm. von Ulrich MANTHE (Texte zur Forschung 81), Darmstadt 2004.
- François Louis GANSHOF, *Le Polyptyque de l'abbaye de Saint Bertin (844–859). Édition critique et commentaire* (Mémoires de l'Académie des inscriptions et belles-lettres 45), Paris 1975.
- Patrick J. GEARY, *Aristocracy in Provence. The Rhône Basin at the Dawn of the Carolingian Age* (Monographien zur Geschichte des Mittelalters 31), Stuttgart 1985.
- Die Gesetze der Langobarden*, übertr. u. bearb. von Franz BEYERLE, Weimar 1947.
- Gregorii episcopi Turonensis libri historiarum X*, hg. von Bruno KRUSCH und Wilhelm LEVISON (MGH SS rer. Mer. I, 1), ²Hannover 1951.
- S. Gregorii Magni registrum epistularum*, hg. von Dag NORBERG (Corpus Christianorum Ser. Lat. 140), Bd. 1, Turnhout 1982.
- Manfred GROTEN, *Eine Zinspflichtigenurkunde der Abtei St. Peter zu Gent aus der Königszeit Konrads II.*, in: DA 43 (1987), S. 177–184.

- Jean GUEROUT, Le testament de Sainte Fare. Matériaux pour l'étude et l'édition critique de ce document, in: *Revue d'histoire ecclésiastique* 60 (1965), S. 761–821.
- Maurits GYSSELING/Anton C. F. KOCH, Het ‚fragment‘ van het tiende-eeuwse *Liber traditionum* van he Sint-Pietersabdij te Gent, in: *Bulletin de la Commission royale d'histoire* 113 (1948), S. 253–312.
- Alfred HAVERKAMP, Das bambergische Hofrecht für den niederbayerischen Hochstiftsbesitz, in: *ZBLG* 30 (1967), S. 423–506.
- [Justiniani] *Digesta*, hg. von Theodor MOMMSEN (*Corpus iuris civilis* I), ¹¹Berlin 1908.
- Karl LAMPRECHT, Eine Aufzeichnung zur Standesgeschichte der *Colliberti* in Frankreich, in: *Zeitschrift für Rechtsgeschichte* 13 (1878), S. 507–514.
- Leges Alemannorum*, hg. von Karl LEHMANN und Karl August ECKHARDT (*MGH LL nat. Germ.* V, 1), Hannover ²1966.
- Leges Burgundionum*, hg. von Ludwig Rudolf V. SALIS (*MGH LL nat. Germ.* II, 1), Hannover 1892.
- Leges Visigothorum*, hg. von Karl ZEUMER (*MGH LL nat. Germ.* I, 1), Hannover 1902.
- Lex Ribuaria*, hg. von Rudolf SOHM, in: *MGH LL* 5, Hannover 1875–1889, S. 185–268.
- Lex Ribuaría*, hg. von Franz BEYERLE und Rudolf BUCHNER (*MGH LL nat. Germ.* III, 2), Hannover 1954.
- Lex Romana Visigothorum*, hg. von Gustav HAENEL, Berlin 1849.
- Paul MAI, Der St. Emmeramer Rotulus des Güterverzeichnisses von 1031, in: *Beiträge zur bayerischen und deutschen Geschichte. Hans Dachs zum Gedenken*, hg. vom Historischen Verein für Oberpfalz und Regensburg, Regensburg 1966, S. 87–101.
- Jules DE LA MARTINIÈRE, Saint Cybard. Étude critique de textes, in: *Bulletin et memoires de la Société archéologique et historique de la Charente* 7 (1906–1907), S. 1–292.
- Hubert MORDEK, Unbekannte Texte zur karolingischen Gesetzgebung. Ludwig der Fromme, Einhard und die *Capitula adhuc conferenda*, in: *DA* 42 (1986), S. 446–470.
- Germain MORIN, Le testament de S. Césaire d'Arles et la critique de M. Bruno Krusch, in: *Revue Bénédictine* 16 (1899), S. 97–112.
- Ordonnances des rois de France de la troisième race*, hg. von Louis F. DE BREQUIGNY, Bd. 11 u. 12, Paris 1723–1849.
- Passiones viteaque sanctorum aevi merovingici et antiquiorum aliquot*, hg. von Bruno KRUSCH (*MGH SS rer. Merov.* III), Hannover 1896.
- Das Polyptychon von Saint-Germain-des-Prés. Studienausgabe, hg. von Dieter HÄGERMANN, Köln u. a. 1993.
- Polyptyque de l'abbaye de Saint-Remi de Reims: ou dénombrement des manses, des serfs et des revenus de cette abbaye, vers le milieu du neuvième siècle de notre ère, hg. von Benjamin GUERARD, Paris 1853.
- Le polyptyque et les listes de cens de l'abbaye de Saint-Remi de Reims (IX^e–XI^e siècles), hg. von Jean-Pierre DEVROEY, Reims 1984.
- Das Prümer Urbar, hg. von Ingo SCHWAB (*Rheinische Urbare* 5, Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde 20), Düsseldorf 1983.
- Reginonis abbatis Prumiensis Libri duo de synodalibus causis et disciplinis ecclesiasticis, hg. von Friedrich Wilhelm Hermann WASSERSCHLEBEN, Leipzig 1840 (Nachdr. Graz 1964).
- Salviani presbyteri Massiliensis Libri qui supersunt, hg. von Karl HALM (*MGH SS Auct. Antiq.* I, 1), Hannover 1877.
- Emil SCHAUS, Zwei Bleidenstädter Urkunden, in: *NA* 31 (1906), S. 197–205.
- Adolf SCHMIDT, Mitteilungen aus Darmstädter Handschriften, III. Zinsregister und Urkunden der Abtei Seligenstadt, in: *NA* 13 (1888), S. 607–613.
- Hansmartin SCHWARZMAIER, Ein Reichenauer Schuldregister des 9. Jahrhunderts. Ein Beitrag zum Überlieferungsproblem in der Abtei Reichenau, in: *Die Abtei Reichenau. Neue Beiträge zur Geschichte und Kultur des Inselklosters*, hg. von Helmut MAURER, Sigmaringen 1974, S. 17–30.

- Scriptores rerum Germanicarum, hg. von Johann PISTORIUS und Burkhard-Gotthelf STRUVE, Bd. 3, ³Regensburg 1726.
- Thegan, Die Taten Kaiser Ludwigs (*Gesta Hludovici imperatoris*). Astronomus, Das Leben Kaiser Ludwigs (*Vita Hludovici imperatoris*), hg. u. übers. von Ernst TREMP (MGH SS rer. Germ. in us. schol. 64), Hannover 1995.
- Theodosiani libri XVI cum Constitutionibus Sirmondianis et Leges Novellae ad Theodosianum pertinentes, hg. von Theodor MOMMSEN und Paul M. MEYER, Berlin 1905.
- Die Traditionen des Hochstifts Passau, hg. von Max HEUWIESER (Quellen und Erörterungen zur bayerischen Geschichte N. F. 6), München 1930.
- Die Traditionen des Hochstifts Regensburg und des Klosters S. Emmeram, hg. von Josef WIDEMANN (Quellen und Erörterungen zur bayerischen Geschichte N.F. 8), München 1943.
- Traditiones possessionesque Wizenburgenses. Codices duo cum supplementis, hg. von Kaspar ZEUSS, Speyer 1842.
- Traditiones Wizenburgenses. Die Urkunden des Klosters Weißenburg 661–864, eingel. u. aus dem Nachlass von Karl GLÖCKNER hg. von Anton DOLL, Darmstadt 1979.
- Die Urbare der Abtei Werden a. d. Ruhr, A. Die Urbare vom 9.–13. Jahrhundert, hg. von Rudolf KÖTZSCHKE (Rheinische Urbare II, Publikationen der Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde 20), Bonn 1906.
- Die Urkunden Heinrichs II. und Arduins, hg. von Harry BRESSLAU u. Hermann BLOCH unter Mitarbeit von M. MEYER und Robert HOLTZMANN (MGH Die Urkunden der deutschen Könige und Kaiser 3), Hannover 1900–1903.
- Die Urkunden Heinrichs IV., hg. von Dietrich VON GLADISS und Alfred GAWLIK (MGH Diplomata regum et imperatorum Germaniae 6), Hannover 1941/1978.
- Die Urkunden Konrads II. Mit Nachträgen zu den Urkunden Heinrichs II. hg. von Harry BRESSLAU unter Mitwirkung von Hans WIBEL und Alfred HESSEL, Hannover u. a. 1909.
- Die Urkunden Ludwigs des Deutschen, Karlmanns und Ludwigs des Jüngeren, hg. von Paul Fridolin KEHR (MGH Diplomata regum Germaniae ex stirpe Karolinorum I), Berlin 1934.
- Die Urkunden Ludwigs II., hg. von Konrad WANNER (MGH Diplomata Karolinorum 4), München 1994.
- Die Urkunden Pippins, Karlmanns und Karls des Großen, hg. von Engelbert MÜHLBACHER (MGH Diplomata Karolinorum 1), ²Berlin 1956.
- Die Urkunden Zwentibolds und Ludwigs des Kindes, hg. von Theodor SCHIEFFER (MGH Diplomata regum Germaniae ex stirpe Karolinorum 4), Berlin 1960.
- Urkunden zur Geschichte der Stadt Speyer, hg. von Alfred HILGARD, Straßburg 1885.
- Urkundenbuch der Abtei Sanct Gallen, hg. von Hermann WARTMANN, Bd. 2: 840–920, Zürich 1866.
- Urkundenbuch der Stadt Worms, hg. von Heinrich BOOS, Bd. 1: 627–1300 (Quellen zur Geschichte der Stadt Worms I,1), Berlin 1886.
- Urkundenbuch für die Geschichte des Niederrheins oder des Erzstifts Cöln, der Fürstenthümer Jülich und Berg, Geldern, Meurs, Cleve und Mark, und der Reichsstifte Elten, Essen und Werden, hg. von Theodor Joseph LACOMBLET, Bd. 1: Bis zum Jahr 1200 einschliesslich, Düsseldorf 1840.
- Vita Arnoldi archiepiscopi Moguntini, in: Monumenta Moguntina, hg. von Philipp JAFFÉ (Bibliotheca rerum Germanicarum 3), Berlin 1866, S. 604–675.
- Vita Remigii episcopi Remensis auctore Hincmari, hg. von Bruno KRUSCH (MGH SS rer. Merov. III), Hannover 1896, S. 239–349.
- Die Wachszinspflichtigen des St. Viktor-Stiftes zu Xanten, hg. von Friedrich-Wilhelm OEDIGER und Klaus VAN EICKELS (Die Stiftskirche des hl. Viktor zu Xanten 8,1), Kevelaer 1991.
- Margarete WEIDEMANN, Das Testament des Bischofs Berthramn von Le Mans vom 27. März 616. Untersuchungen zu Besitz und Geschichte einer fränkischen Familie im 6. und 7. Jahrhundert (Römisch-Germanisches Zentralmuseum, Monographien 9), Mainz 1986.

Die Werke Wipos, hg. von Harry BRESSLAU (MGH SS rer. Germ. in us. schol. 60), ³Hannover u. a. 1915.

Württembergisches Urkundenbuch, hg. vom königlichen Staatsarchiv in Stuttgart, Bd. 1, Stuttgart 1849.

2. Literatur

- Peter ACHT, Die ältesten Urkunden der Speyerer Bischöfe. Formulargeschichtliche Beziehungen in Speyerer Urkunden des 10. und beginnenden 11. Jahrhunderts, in: ZGO 89 (1937), S. 355–364.
- Markus Rafael ACKERMANN, Mittelalterliche Kirchen als Gerichtsorte, in: ZRG GA 110 (1993), S. 530–545.
- Claus ALTSCHÄFL, Grundbesitz und Zensualen des Klosters Asbach im Raum Birnbach, in: Bad Birnbacher Heimatheft 6 (1996), S. 6–46.
- Thomas Brian ANDERSEN, *Patrocinium*. The Concept of Personal Protection and Dependence in the Later Roman Empire and the Early Middle Ages, Diss. Fordham University, New York 1974.
- Arnold ANGENENDT, Heilige und Reliquien. Die Geschichte ihres Kultes vom frühen Christentum bis zur Gegenwart, München 1994.
- Arnold ANGENENDT, Geschichte der Religiosität im Mittelalter, ²Darmstadt 2000.
- Arnold ANGENENDT, Das Frühmittelalter. Die abendländische Christenheit von 400 bis 900, ³Stuttgart u. a. 2001.
- Arnold ANGENENDT, *Cartam offerre super altare*. Zur Liturgisierung von Rechtsvorgängen, in: FrMaSt 36 (2002), S. 133–158.
- Arnold ANGENENDT, *Donationes pro anima*. Gift and Countergift in the Early Medieval Liturgy, in: The Long Morning of Medieval Europe. New Directions in Early Medieval Studies, hg. von Jennifer R. DAVIS und Michael MCCORMICK, Aldershot 2008, S. 131–154.
- Benjamin ARNOLD, German Knighthood, 1050–1300, Oxford 1985.
- Leopold AUER, Der Kriegsdienst des Klerus unter den sächsischen Kaisern, in: MIÖG 79 (1971), S. 317–407, u. 80 (1972), S. 48–70.
- Karl Siegfried BADER/Gerhard DILCHER, Deutsche Rechtsgeschichte. Land und Stadt – Bürger und Bauer im Alten Europa, Berlin u. a. 1999.
- Joseph BALON, Les lètes chez les Francs, in: Tijdschrift voor Rechtsgeschiedenis 33 (1965), S. 430–446.
- Jean BART, L'imaginaire de la coutume ... ou les tentations de l'étymologie, in: Mémoires de la Société pour l'histoire du droit et des institutions des anciens pays bourguignons, comtois et romands 40 (1983), S. 315–324.
- Hans-Jürgen BECKER, Der Heilige und das Recht, in: Politik und Heiligenverehrung im Hochmittelalter, hg. von Jürgen PETERSOHN (Vorträge und Forschungen 42), Sigmaringen 1994, S. 53–70.
- Heinz BELLEN, Studien zur Sklavenflucht im römischen Kaiserreich (Forschungen zur antiken Sklaverei 4), Stuttgart 1971.
- Franz BEYERLE, Die *Lex Ribuaria*. Volksrechtliche Studien I, in: ZRG GA 48 (1928), S. 264–378.
- Franz BEYERLE, Das Gesetzbuch Ribvariens. Volksrechtliche Studien III, in: ZRG GA 55 (1935), S. 1–80.
- Franz BEYERLE, Zum Kleinreich Sigiberts III. und zur Datierung der *Lex Ribuaria*, in: RhVjbl 21 (1956), S. 357–361.
- Waltraut BLEIBER, Fränkisch-karolingische Klöster als Grundherren in Friesland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1965, III, S. 127–175.
- Peter BLICKLE, Friede und Verfassung. Voraussetzungen und Folgen der Eidgenossenschaft von 1291, in: Innerschweiz und frühe Eidgenossenschaft. Jubiläumsschrift 700 Jahre Eidgenossenschaft, hg. vom Historischen Verein der Fünf Orte, Olten 1990, Bd. 1, S. 15–202.

- Marc BLOCH, *Les colliberti. Étude sur la formation de la classe servile*, in: *Revue historique* 157 (1928), S. 1–48, u. S. 225–263 (wiederabgedruckt in: DERS., *Mélanges historiques*, Paris 1963, Bd. 1, S. 286–355).
- Marc BLOCH, *Liberté et servitude personnelles au Moyen âge particulièrement en France*, in: *Anuario de historia del derecho español* 10 (1933), S. 57–115 (wiederabgedruckt in: DERS., *Mélanges historiques*, Paris 1963, Bd. 1, S. 286–355).
- Gerold BOENNEN, *Zur Entwicklung von Stadtverfassung und Stadtgemeinde im hochmittelalterlichen Worms*, in: *ZGO* 150 (2002), S. 113–159.
- Gerold BOENNEN, *Zu den Voraussetzungen der Wahl Speyers als Grablege durch König Konrad II. aus Wormser Sicht*, in: *Geistliche Zentralorte zwischen Liturgie und Architektur, Gottes- und Herrscherlob: Limburg und Speyer (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 11,5, Deutsche Königspfalzen 6)*, Göttingen 2005, S. 141–156.
- Gerold BOENNEN, *Urkunde Heinrichs V. für die Stadt Worms*, in: *Canossa 1077. Erschütterung der Welt. Geschichte, Kunst und Kultur am Aufgang der Romanik*, hg. von Christoph STIEGEMANN und Matthias WEMHOFF, Bd. 2: *Katalog*, München 2006, Nr. 292, S. 208f.
- Petrus Cornelis BOEREN, *Étude sur les tributaires d'église dans le comté de Flandre du IX^e au XIV^e siècle* (Uitgaven van he Instituut voor middeleeuwse Geschiedenis der Keizer Karel Universiteit te Nijmegen 3), Amsterdam 1936.
- Michael BORGOLTE, *Felix est homo ille, qui amicos bonos relinquit. Zur sozialen Gestaltungskraft letztwilliger Verfügungen am Beispiel Bischof Bertrams von Le Mans (616)*, in: *Festschrift für Berent Schwineköper zu seinem siebzigsten Geburtstag*, hg. von Helmut MAURER und Hans PATZE, Sigmaringen 1982, S. 5–18.
- Michael BORGOLTE, *Freiglassene im Dienst der Memoria. Kultradition und Kultwandel im Übergang von der Antike zum Mittelalter*, in: *FrMaSt* 17 (1983), S. 234–250.
- Michael BORGOLTE, *Gedenkstätten in St. Galler Urkunden*, in: *Memoria. Der geschichtliche Zeugniswert des liturgischen Gedenkens im Mittelalter*, hg. von Karl SCHMID und Joachim WOLLASCH (Münstersche Mittelalter-Schriften 48), München 1984, S. 578–602.
- Michael BORGOLTE, *Die Stiftungen des Mittelalters in rechts- und sozialhistorischer Sicht*, in: *ZRG KA* 74 (1988), S. 71–94.
- Michael BORGOLTE, *Von der Geschichte des Stiftungsrechts zur Geschichte der Stiftungen*, in: Hans LIERMANN, *Handbuch des Stiftungsrechts. Unveränderter Nachdruck der ersten Auflage von 1963*, hg. von Axel VON CAMPENHAUSEN und Christoph MECKING, Tübingen 2002, S. 13*–69*.
- Michael BORGOLTE, *Einleitung*, in: *Stiftungen in Judentum, Christentum und Islam vor der Moderne. Auf der Suche nach ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieden in religiösen Grundlagen, praktischen Zwecken und historischen Transformationen*, hg. von DEMS. (Stiftungsgeschichten 4), Berlin 2005, S. 9–21.
- Egon BOSHOF, *Armenfürsorge im fränkischen Reich des 9. Jahrhunderts*, in: *AKG* 58 (1976), S. 265–339.
- Egon BOSHOF, *Armenfürsorge im Frühmittelalter. Xenodochium, matricula, hospitale pauperum*, in: *VSWG* 71 (1984), S. 153–174.
- Karl BOSL, *Freiheit und Unfreiheit. Zur Geschichte der Unterschichten in Deutschland und Frankreich während des Mittelalters*, in: *VSWG* 44 (1957), S. 193–219.
- Karl BOSL, *Das ins ministerialium. Dienstrecht und Lehnrecht im deutschen Mittelalter*, in: DERS., *Frühformen der Gesellschaft im mittelalterlichen Europa*, München 1964, S. 277–326.
- Karl BOSL, *Die Sozialstruktur der mittelalterlichen Residenz- und Fernhandelsstadt Regensburg. Die Entwicklung des Bürgertums*, in: *Untersuchungen zur gesellschaftlichen Struktur der mittelalterlichen Städte in Europa (Vorträge und Forschungen 4)*, Konstanz u. a. 1966, S. 93–213.
- Karl BOSL, *Franken um 800. Strukturanalyse einer fränkischen Königsprovinz*, München 1969.
- Karl BOSL, *Die ältesten sogenannten germanischen Volksrechte und die Gesellschaftsstruktur der Unterschichten. Bemerkungen zur Kulturkontinuität der Spätantike im fränkischen Reich der Mero-*

- winger und zu den Formen und Phasen ihrer Umwandlung, in: Gesellschaft – Kultur – Literatur. Rezeption und Originalität im Wachsen einer europäischen Literatur und Geistigkeit. Beiträge Luitpold Wallach gewidmet, hg. von DEMS. (Monographien zur Geschichte des Mittelalters 11), Stuttgart 1975, S. 129–152.
- Alan BOUREAU, Das Recht der ersten Nacht (1995), dt. Düsseldorf 2000.
- Jacques BOUSSARD, Serfs et *colliberti* (XI^e–XII^e siècles), in: Bibliothèque de l'École des chartes 107 (1947/48), S. 205–234.
- Joseph BRAUN, Der christliche Altar in seiner geschichtlichen Entwicklung, 2 Bde., München 1924.
- Heinrich BREBAUM, Das Wachszinsrecht im südlichen Westfalen bis zum 14. Jahrhundert, in: Zeitschrift für vaterländische Geschichte und Altertumskunde 71 (1913), S. 1–59.
- Peter BROWN, Die Heiligenverehrung. Ihre Entstehung und Funktion in der lateinischen Christenheit (1981), dt. Leipzig 1991.
- Peter BROWN, Die Gesellschaft und das Übernatürliche. Vier Studien zum frühen Christentum (1982), dt. Berlin 1993.
- Eberhard F. BRUCK, Kirchenväter und soziales Erbrecht. Wanderungen religiöser Ideen durch die Rechte der östlichen und weltlichen Welt, Berlin u. a. 1956.
- Carlrichard BRÜHL, Die merowingische Immunität (1995), in: DERS., Aus Mittelalter und Diplomatik. Gesammelte Aufsätze, Bd. 3: Studien zur Verfassungsgeschichte und Diplomatik, Hildesheim u. a. 1997, S. 148–165.
- Heinrich BRUNNER, Die Freilassung durch Schatzwurf, in: Historische Aufsätze dem Andenken an Georg Waitz gewidmet, Hannover 1886, S. 55–72, wieder abgedruckt in: DERS., Abhandlungen zur Rechtsgeschichte. Gesammelte Aufsätze, Weimar 1931, Bd. 1, S. 240–261.
- Heinrich BRUNNER, Zur Geschichte der ältesten deutschen Erbschaftssteuer (1911), wieder abgedruckt in: DERS., Abhandlungen zur Rechtsgeschichte. Gesammelte Aufsätze, Weimar 1931, Bd. 2, S. 241–271.
- Heinrich BRUNNER, Deutsche Rechtsgeschichte I, ²Berlin 1906.
- Karl BRUNNER, Herzogtümer und Marken. Vom Ungarnsturm bis ins 12. Jahrhundert (Österreichische Geschichte, 907–1156), Wien 1994.
- Peter CLASSEN, Fortleben und Wandel spätrömischen Urkundenwesens im frühen Mittelalter, in: Recht und Schrift im Mittelalter, hg. von DEMS. (Vorträge und Forschungen 23), Sigmaringen 1977, S. 13–54.
- Dietrich CLAUDE, Freedmen in the Visigothic Kingdom, in: Visigothic Spain. New Approaches, hg. von Edward JAMES, Oxford 1980, S. 159–188.
- John H. CORBETT, The Saint as Patron in the Work of Gregory of Tours, in: Journal of Medieval History 7 (1981), S. 1–13.
- Patricia CRONE, Roman, Provincial and Islamic Law. The Origins of the Islamic Patronate, Cambridge 1987.
- Georges DECLERCQ, De *Capitula adhuc conferenda* van Lodewijk de Vrome en de domeinen van de Gentse Sint-Baafsabdij in Noord-Frankrijk, in: Peasants and Townsmen in Medieval Europe. Studia in honorem Adriaan Verhulst, hg. von Jean-Marie DUVOSQUEL und Erik THOEN, Gent 1995, S. 325–345.
- Wendy DAVIES, On Servile Status in the Early Middle Ages, in: Serfdom and Slavery. Studies in Legal Bondage, hg. von Michael L. BUSH, London 1996, S. 225–246.
- Daniel Clement DENNETT, Conversion and the Poll-Tax in Early Islam, Cambridge 1950.
- Guy DEVAILLY, Du nouveau sur les *colliberti*. Le témoignage du Cartulaire de Vierzon, in: Le Moyen Âge 67 (1961), S. 425–437.
- Jean-Pierre DEVROEY, Men and Women in Early Medieval Serfdom: The Ninth-Century North Frankish Evidence, in: Past and Present 166 (2000), S. 3–30.
- Jean-Pierre DEVROEY, Puissants et misérables. Système social et monde paysan dans l'Europe des Francs (VI^e–IX^e siècles), Brüssel 2006.

- Bernhard DIESTELKAMP, „Freiheit der Bürger – Freiheit der Stadt“, in: Die abendländische Freiheit vom 10. zum 14. Jahrhundert, hg. von Johannes FRIED (Vorträge und Forschungen 39), Sigmaringen 1991, S. 485–510.
- Gerhard DILCHER, Bürgerrecht und Bürgereid als städtische Verfassungsstruktur, in: Neubürger im späten Mittelalter. Migration und Austausch in der Städtelandschaft des Alten Reiches (1250–1550), hg. von Rainer Christoph SCHWINGES (Zeitschrift für historische Forschung, Beiheft 30), Berlin 2002, S. 83–97.
- Gerhard DILCHER, „*per gairethinx secundum ritus gentis nostrae confirmantes*“. Zu Recht und Ritual im Langobardenreich, in: *Leges – gentes – regna*. Zur Rolle von germanischen Rechtsgewohnheiten und lateinischer Schrifttradition bei der Entstehung der frühmittelalterlichen Rechtskultur, hg. von DEMS. und Eva-Maria DISTLER, Berlin 2006, S. 419–458.
- Philippe DOLLINGER, Der bayerische Bauernstand vom 9. bis zum 13. Jahrhundert (1949), dt. München 1982.
- Alfons DOPSCH, Freilassung und Wirtschaft im frühen Mittelalter (1933), in: DERS., Beiträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Gesammelte Aufsätze, Bd. 2, Wien 1938, S. 95–101.
- Alfons DOPSCH, Motive der Freiheitsgarantien für Person und Eigentum im Mittelalter (1936), in: DERS., Beiträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Gesammelte Aufsätze, Bd. 2, Wien 1938, S. 102–110.
- Alfons DOPSCH, Herrschaft und Bauer in der deutschen Kaiserzeit. Untersuchungen zur Agrar- und Sozialgeschichte des hohen Mittelalters mit besonderer Berücksichtigung des südostdeutschen Raumes, Jena 1939, S. 26–45.
- Pierre DUPARC, La question des „sainteurs“ ou hommes des églises, in: Journal des savants, Année 1972, S. 25–48.
- Wilhelm EBEL, Der Bürgereid als Geltungsgrund und Gestaltungsprinzip des deutschen mittelalterlichen Stadtrechts, Weimar 1958.
- Diether EIBACH, Untersuchungen zum spätantiken Kolonat in der kaiserlichen Gesetzgebung unter besonderer Berücksichtigung der Terminologie, Diss. Köln 1976, Nachdr. Bonn 1980.
- Siegfried EPPERLEIN, Die sogenannte Freilassung in merowingischer und karolingischer Zeit. Ein Beitrag zur frühmittelalterlichen Sozial- und Wirtschaftspolitik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1963, Teil IV, S. 92–110.
- Stefan ESDERS, Rechtsdenken und Traditionsbewußtsein in der gallischen Kirche zwischen Spätantike und Frühmittelalter. Zur Anwendbarkeit soziologischer Rechtsbegriffe am Beispiel des kirchlichen Asylrechts im 6. Jahrhundert, in: Francia 20/1 (1993), S. 97–125.
- Stefan ESDERS, Römische Rechtstradition und merowingisches Königtum. Zum Rechtscharakter politischer Herrschaft in Burgund im 6. und 7. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 134), Göttingen 1997.
- Stefan ESDERS, Treueidleistung und Rechtsveränderung im frühen Mittelalter, in: Rechtsveränderung im politischen und sozialen Kontext mittelalterlicher Rechtsvielfalt, hg. von DEMS. und Christine REINLE (Neue Aspekte der europäischen Mittelalterforschung 5), Münster u. a. 2005, S. 25–62.
- Stefan ESDERS, Eliten und Raum nach den frühmittelalterlichen Rechtstexten. Überlegungen zu einem Spannungsverhältnis, in: Les élites et leurs espaces: mobilité, rayonnement, domination (VI^e–XI^e siècles), hg. von Philippe DEPREUX, François BOUGARD und Régine LE JAN (Collection Haut Moyen Âge 5), Turnhout 2007, S. 11–29.
- Stefan ESDERS, Verfassungsgeschichte im deutschen Kaiserreich: Wilhelm Sickel (1847–1929), in: Vergangenheit und Vergegenwärtigung. Frühes Mittelalter und europäische Erinnerungskultur, hg. von Helmut REIMITZ und Bernhard ZELLER (Forschungen zur Geschichte des Mittelalters 15), Wien 2009, S. 129–142.
- Stefan ESDERS, ‚Öffentliche‘ Abgaben und Leistungen im Übergang von der Spätantike zum Frühmittelalter: Konzeptionen und Befunde, in: Von der Spätantike zum Frühmittelalter: Kontinuitäten und Brüche, Konzeptionen und Befunde, hg. von Theo KÖLZER und Rudolf SCHIEFFER (Vorträge und Forschungen 70), Ostfildern 2009, S. 189–244.

- Stefan ESDERS, Normative Grundlagen des Tausches im früheren Mittelalter, in: Tauschgeschäft und Tauschurkunde vom 8. bis zum 12. Jh. / L'acte d'échange, du VIII^e au XII^e siècle, hg. von Philippe DEPREUX und Irmgard FEES (im Druck).
- Eugen EWIG, Die Stellung Ribuariens in der Verfassungsgeschichte des Merowingerreiches (1969), in: DERS., Spätantikes und fränkisches Gallien. Gesammelte Schriften (1952–1973) (Beihefte der Francia 3), Bd. 1, Zürich u. a. 1976, S. 450–503.
- Eugen EWIG, Die Merowinger und das Frankenreich, Stuttgart u. a. 2006.
- Fabrizio FABBRINI, La *manumissio in ecclesia* (Università di Roma, Pubblicazioni dell'Istituto di diritto Romano e dei diritti dell'Oriente mediterraneo 40), Mailand 1965.
- Heinrich FICHTENAU, Das Urkundenwesen in Österreich vom 8. bis zum frühen 13. Jahrhundert (MIÖG Ergänzungsband 23), Wien u. a. 1971.
- Heinrich FICHTENAU, Lebensordnungen des 10. Jahrhunderts. Studien über Denkart und Existenz im einstigen Karolingerreich (Monographien zur Geschichte des Mittelalters 30), Stuttgart 1984.
- Richard FINN, Almsgiving in the Later Roman Empire. Christian Promotion and Practice, 313–450, Oxford 2006.
- Brigitte FLUG, Äußere Bindung und innere Ordnung. Das Altmünsterkloster in Mainz in seiner Geschichte und Verfassung von den Anfängen bis zum Ende des 14. Jahrhunderts (Geschichtliche Landeskunde 61), Stuttgart 2006.
- Paul FOURACRE, Eternal Light and Earthly Needs: Practical Aspects of the Development of Frankish Immunities, in: Property and Power in the Early Middle Ages, hg. von Wendy DAVIES und DEMS., Cambridge 1995, S. 53–81.
- Andreas Urban FRIEDMANN, Die Beziehungen der Bistümer Worms und Speyer zu den ottonischen und salischen Königen (Quellen und Abhandlungen zur mittelhochdeutschen Kirchengeschichte 72), Mainz 1994.
- Wolfgang FRITZE, Zur Entstehungsgeschichte des Bistums Utrecht. Franken und Friesen 690–734, in: RhVjbl 35 (1971), S. 107–151.
- Daniela FRUSCIONE, Das Asyl bei den germanischen Stämmen im frühen Mittelalter (Konflikt, Verbrechen und Sanktion in der Gesellschaft Alteuropas 6), Köln u. a. 2003.
- David N. FRYE, From *locus publicus* to *locus sanctus*. Justice and Sacred Space in Merovingian Gaul, in: Nottingham Medieval Studies 47 (2003), S. 1–20.
- Bernd FUHRMANN, Die Stadt im Mittelalter, Stuttgart 2006.
- Carl Gerold FÜRST, *Ecclesia vivit lege Romana*, in: ZRG KA 61 (1975), S. 17–36.
- Numa Denis FUSTEL DE COULANGES, Histoire des institutions politiques de l'ancienne France, IV: L'alleu et le domaine rural pendant l'époque mérovingienne, 2Paris 1914; V: Les origines du système féodal. Le bénéfice et le patronat pendant l'époque mérovingienne. Revu et complété sur le manuscrit et d'après les notes de l'auteur par Camille JULLIAN, 4Paris 1914.
- Rudolf GAMPER /Gaby KNOCH-MUND/Marlis STÄHLI, Katalog der mittelalterlichen Handschriften der Ministerialbibliothek Schaffhausen, Dietikon u. Zürich 1994.
- Karl Hans GANAHL, Studien zur Verfassungsgeschichte der Klosterherrschaft St. Gallen von den Anfängen bis ins hohe Mittelalter (Forschungen zur Geschichte Vorarlbergs und Liechtensteins 6), Innsbruck 1931.
- Karl Hans GANAHL, Bäuerliche Freiheit als Herrschaftsanspruch des Grafen, in: Abhandlungen zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift Adolf Zycha zum 70. Geburtstag überreicht von Freunden, Schülern und Fachgenossen, Weimar 1941, S. 103–122.
- Jane F. GARDNER, Women in Roman Law and Society, London u. a. 1986.
- Franz Georg GAST, Stipendium und Unterhaltsvertrag im fränkisch-kirchlichen Recht, in: ZRG KA 51 (1965) S. 24–138.
- Patrick J. GEARY, Aristocracy in Provence. The Rhône Basin at the Dawn of the Carolingian Age (Monographien zur Geschichte des Mittelalters 31), Stuttgart 1985.

- Jan GERCHOW, Die Gedenküberlieferung der Angelsachsen. Mit einem Katalog der *libri vitae* und Necrologien (Arbeiten zur Frühmittelalterforschung 20), Berlin u. a. 1988.
- Vincenzo GIUFFRÈ, *Sui servi e la militia* secondo il codice Teodosiano, in: *Labeo* 24 (1978), S. 191–197.
- Hans-Werner GOETZ, Serfdom and the Beginnings of a „Seigneurial System“ in the Carolingian Period: A Survey of the Evidence, in: *Early Medieval Europe* 2 (1993), S. 29–51.
- Walter GOFFART, *Caput and Colonate. Towards a History of Late Roman Taxation* (Phoenix Supplementary Volume 12), Toronto 1974.
- Walter GOFFART, Old and New in Merovingian Taxation in: *Past and Present* 96 (1982), S. 3–21.
- Walter GOFFART, The „Techniques of Accommodation“ Revisited, in: DERS., *Barbarian Tides. The Migration Age and the Later Roman Empire*, Philadelphia 2006, S. 119–186.
- Walter GOFFART, Salvian of Marseille, *De gubernatione Dei* 5.38–45 and the „Colonate“ Problem, in: *Antiquité tardive* 17 (2009), S. 19–38.
- Jack GOODY, *Die Entwicklung von Ehe und Familie in Europa* (1983), dt. Frankfurt/M. 1989.
- Hansjörg GRAFEN, Die Speyerer im 11. Jahrhundert, In: *Siedlungen und Landesausbau zur Salierzeit*, hg. von Horst Wolfgang BÖHME, Bd. 2 (Römisch-Germanisches Zentralmuseum, Monographien 26), Sigmaringen 1990, S. 97–152.
- Georg GRESSER, Das Bistum Speyer bis zum Ende des 11. Jahrhunderts (Quellen und Abhandlungen zur mittelhessischen Kirchengeschichte 89), Mainz 1998.
- Campbell GREY, Conceptualizing *Colonatus*: The *Origo* of the Late Roman Empire, in: *Journal of Roman Studies* 97 (2007), S. 155–175.
- Heike GRIESER, Sklaverei im spätantiken und frühmittelalterlichen Gallien (5.–7. Jh.) (Forschungen zur antiken Sklaverei 28), Stuttgart 1997.
- Dieter HÄGERMANN, Der Abt als Grundherr. Kloster und Wirtschaft im frühen Mittelalter, in: *Herrschaft und Kirche. Beiträge zur Entstehung und Funktionsweise episkopaler und monastischer Organisationsformen*, hg. von Friedrich PRINZ (Monographien zur Geschichte des Mittelalters 33), Stuttgart 1988, S. 345–388.
- Sabine HAPP, Stadtwerdung am Mittelrhein. Die Führungsgruppen von Speyer, Worms und Koblenz bis zum Ende des 13. Jahrhunderts (Rheinisches Archiv 144), Köln u. a. 2002.
- Albert HARRILL, *The Manumission of Slaves in Early Christianity* (Hermeneutische Untersuchungen zur Theologie 32), Tübingen 1998.
- Ludo Moritz HARTMANN, *Geschichte Italiens im Mittelalters*, Bd. 2,1: Römer und Langobarden bis zur Theilung Italiens, Leipzig 1900.
- Wolfgang HARTUNG, Adel – Erbrecht – Schenkung. Zu den strukturellen Ursachen der frühmittelalterlichen Besitzübertragungen an die Kirche, in: *Gesellschaftsgeschichte. Festschrift für Karl Bosl zum 80. Geburtstag*, hg. von Ferdinand SEIBT, München 1988, Bd. 1, S. 417–438.
- Hans HATTENHAUER, Die Entdeckung der Verfügungsmacht. Studien zur Geschichte der Grundstücksverfügung im deutschen Recht des Mittelalters (Kieler rechtswissenschaftliche Abhandlungen 9), Hamburg 1969.
- Hans HATTENHAUER, Die Sklaven Gottes, in: *Sklaverei und Freilassung im römischen Recht. Symposium für Hans Josef Wieling zum 70. Geburtstag*, hg. von Thomas FINKENAUER, Berlin 2006, S. 59–82.
- Alfred HAVERKAMP, Das bambergische Hofrecht für den niederbayerischen Hochstiftsbesitz, in: *ZBLG* 30 (1967), S. 423–506.
- Ludmil HAUPTMANN, *Colonus*, Barschalk und Freimann, in: *Wirtschaft und Kultur. Festschrift zum 70. Geburtstag von Alfons Dopsch*, Wien 1938, S. 170–190.
- Ingrid HEIDRICH, Freilassungen als Sicherung des Totengedächtnisses im frühen Frankenreich, in: *Nomen et fraternitas*. Festschrift für Dieter Geuenich zum 65. Geburtstag, hg. von Uwe LUDWIG und Thomas SCHILP (Reallexikon der Germanischen Altertumskunde Ergänzungsband 62), Berlin u. a. 2008, S. 221–233.

- Martin HEINZELMANN, Bischof und Herrschaft vom spätantiken Gallien zu den karolingischen Hausmeiern. Die institutionellen Grundlagen, in: Herrschaft und Kirche. Beiträge zur Entstehung und Wirkungsweise episkopaler und monastischer Organisationsformen, hg. von Friedrich PRINZ, Stuttgart 1988 (Monographien zur Geschichte des Mittelalters 33), S. 23–82.
- Walter HELLINGER, Die Pfarrvisitation nach Regino von Prüm. Der Rechtsgehalt des I. Buches seiner *Libri duo de synodalibus causis et disciplinis ecclesiasticis*, in: ZRG KA 48 (1962), S. 1–116, u. 49 (1963), S. 76–137.
- Hans-Georg HERMANN, Art. „Decreta Tassilonis“, in: HRG² 1 (2008), Sp. 935f.
- Nicole HERMANN-MASCARD, Les reliques des saints. Formation coutumière d'un droit (Société d'histoire du droit, Collection d'histoire institutionnelle et sociale 6), Paris 1975.
- Elisabeth HERMANN-OTTO, Sklaverei und Freilassung in der griechisch-römischen Welt, Hildesheim 2009.
- Wolfgang HESSLER, Fuldaer Studien I. Eine Urkunde zur Sozialgeschichte der Karolingerzeit aus dem *Codex Eberhardi*, in: Archiv für Diplomatik 7 (1961), S. 1–32.
- Otto HINTZE, Weltgeschichtliche Bedingungen der Repräsentativverfassung (1931), in: DERS., Staat und Verfassung. Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte, Göttingen 1970, S. 84–119.
- Hartmut HOFFMANN, Kirche und Sklaverei im frühen Mittelalter, in: DA 42 (1986), S. 1–24.
- Hartmut HOFFMANN, Grafschaften in Bischofshand, in: DA 46 (1990), S. 375–480.
- Erwin ILLICHMANN, Eigenleute, Zinsleute, Dienstleute des Mittelalters in Niederösterreich. Nach den Quellen der Grundherrschaft des Benediktinerstiftes Göttweig, Horn 1975, S. 31–57.
- Matthew J. INNES, Practices of Property in the Carolingian Empire, in: The Long Morning of Medieval Europe. New Directions in Early Medieval Studies, hg. von Jennifer R. DAVIS und Michael MCCORMICK, Aldershot 2008, S. 247–266.
- Franz IRSIGLER, Freiheit und Unfreiheit im Mittelalter. Formen und Wege sozialer Mobilität, in: Westfälische Forschungen 28 (1976/77), S. 1–15.
- Franz IRSIGLER, Grundherrschaft, Handel und Märkte zwischen Maas und Rhein im frühen und hohen Mittelalter, in: Grundherrschaft und Stadtentstehung am Niederrhein, hg. von Klaus FLINK und Wilhelm JANSSEN (Klever Archiv 9), Kleve 1989, S. 52–78.
- Nathael ISTASSE, Les fonctions exercées par les affranchis en Égypte romaine d'après les papyrus et *ostraca* grecs et latins, in: Zeitschrift für Papyrologie und Epigraphik 132 (2000), S. 197–210.
- Franz-Josef JAKOBI, Ministerialität und *ius ministerialium* in Reichsabteien der frühen Stauferzeit, in: Sprache und Recht. Beiträge zur Kulturgeschichte des Mittelalters. Festschrift für Ruth Schmidt-Wiegand zum 60. Geburtstag, hg. von Karl HAUCK u. a., Berlin u. a. 1986, Bd. 1, S. 321–352.
- Arnold Hugh Martin JONES/Philip GRIERSON/John A. CROOK, The Authenticity of the *Testamentum S. Remigii*, in: Revue belge de philologie et d'histoire 35 (1957), S. 356–376.
- Gesine JORDAN, „Nichts als Nahrung und Kleidung.“ Laien und Kleriker als Wohngäste bei den Mönchen von St. Gallen und Redon (Europa im Mittelalter. Abhandlungen und Beiträge zur historischen Komparatistik 9), Berlin 2007.
- Wolfgang KAGEL, Bemerkungen zum Problem der bäuerlichen Abwanderung und der Wachszinsigkeit im Kölner Raum im 12. und 13. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1982, I, S. 137–152.
- Reinhold KAISER, Steuer und Zoll in der Merowingerzeit, in: Francia 7 (1979), S. 1–17.
- Reinhold KAISER, Königtum und Bischofsherrschaft im frühmittelalterlichen Neustrien, in: Herrschaft und Kirche. Beiträge zur Entstehung und Wirkungsweise episkopaler und monastischer Organisationsformen, hg. von Friedrich PRINZ (Monographien zur Geschichte des Mittelalters 33), Stuttgart 1988, S. 83–108.
- Wolfgang KAISER, Authentizität und Geltung spätantiker Kaisergesetze. Studien zu den sogenannten *Sacra privilegia concilii Vizaceni* (Münchner Beiträge zur Papyrusforschung und antiken Rechtsgeschichte 96), München 2007.

- Johannes KARAYANNOPULOS, Das Finanzwesen des frühbyzantinischen Staates (Südosteuropäische Arbeiten 52), München 1958.
- Johannes KARAYANNOPULOS, Die *ingatio-capitatio*-Frage und die Bindung der Agrarbevölkerung an die Scholle, in: Proceedings of the VIIth Congress of the International Federation of the Societies of Classical Studies, hg. von János HARMATTA, Bd. 2, Budapest 1984, S. 59–72.
- Max KASER, Die Geschichte der Patronatsgewalt über Freigelassene, in: ZRG RA 58 (1938), S. 88–135.
- Max KASER, Das römische Privatrecht I: Das altrömische, das vorklassische und das klassische Recht (Handbuch der Altertumswissenschaft X,3.3.1), ²München 1971.
- Max KASER, Das römische Privatrecht II: Die nachklassischen Entwicklungen (Handbuch der Altertumswissenschaft X,3.3.2), ²München 1975.
- Brigitte KASTEN, Erbrechtliche Verfügungen des 8. und 9. Jahrhunderts. Zugleich ein Beitrag zur Organisation und Schriftlichkeit bei der Verwaltung adeliger Grundherrschaften am Beispiel des Grafen Heccard aus Burgund, in: ZRG GA 107 (1990), S. 236–338.
- Walter KIENAST, Untertaneneid und Treuvorbehalt in Frankreich und England. Studien zur vergleichenden Verfassungsgeschichte des Mittelalters, Weimar 1952.
- Byung Yong KIM, Familie und soziale Mobilität im 11. und 12. Jahrhundert. Nach den Traditionen des Hochstiftes Brixen, in: VSWG 86 (1999), S. 343–366.
- Johann Peter KIRSCH/Theodor KLAUSER, Art. Altar III (christlich), in: RAC 1 (1950), Sp. 334–354.
- Gerhard KÖBLER, Die Begründungen der *Lex Baiuvariorum*, in: Studien zu den germanischen Volksrechten. Gedächtnisschrift für Wilhelm Ebel, hg. von Götz LANDWEHR, Frankfurt/M. u. a. 1982, S. 69–85.
- Rolf KÖHN, Wahrnehmung und Bezeichnung von Leibeigenschaft in Mittel- und Westeuropa vor dem 14. Jahrhundert, in: Sozialer Wandel im Mittelalter. Wahrnehmungsformen, Erklärungsmuster, Regelungsmechanismen, hg. von Jürgen MIETHKE und Klaus SCHREINER, Sigmaringen 1994, S. 301–334.
- Jens-Uwe KRAUSE, Spätantike Patronatsformen im Westen des Römischen Reiches (Vestigia 38), München 1987.
- Ludolf KUCHENBUCH, Bäuerliche Gesellschaft und Klosterherrschaft im 9. Jahrhundert. Studien zur Sozialstruktur der Familia der Abtei Prüm (VSWG Beiheft 66), Wiesbaden 1978.
- Ludolf KUCHENBUCH, Abschied von der „Grundherrschaft“ – Ein Prüfung durch das ostfränkisch-deutsche Reich 950–1050, in: ZRG GA 121 (2004), S. 1–99.
- Jean-Louis KUPPER, Liège et l'église impériale XI^e–XII^e siècles (Bibliothèque de la Faculté de Philosophie et Lettres de l'Université de Liège 228), Paris 1981.
- Jean-Louis KUPPER, La double mort de l'évêque de Liège Frédéric de Namur († 1121), in: Bischofsmord im Mittelalter. Murder of Bishops, hg. von Natalie FRYDE und Dirk REITZ (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 191), Göttingen 2003, S. 159–170.
- Peter LANDAU, Hadrians IV. Dekretale „Dignum est“ (X.4.9.1) und die Eheschließung Unfreier in der Diskussion von Kanonisten und Theologen des 12. und 13. Jahrhunderts, in: Studia Gratiana 12 (1967), S. 511–553.
- Peter LANDAU, Art. Zins, in: HRG 5 (1998), Sp. 1707–1713.
- Peter LANDAU, Die *Lex Baiuvariorum*. Entstehungszeit, Entstehungsort und Charakter von Bayerns ältester Rechts- und Geschichtsquelle (Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften., Phil.-hist. Kl., 2004, H. 3), München 2004.
- Götz LANDWEHR, Die Liten in den altsächsischen Rechtsquellen. Ein Diskussionsbeitrag zur Textgeschichte der *Lex Saxonum*, in: Studien zu den germanischen Volksrechten. Gedächtnisschrift für Wilhelm Ebel, hg. von DEMS., Frankfurt/M. u. a. 1982, S. 117–142.
- Hans LANGENFELD, Christianisierungspolitik und Sklavengesetzgebung der römischen Kaiser von Konstantin bis Theodosius II. (Antiquitas I, 26), Bonn 1977.
- Detlef LIEBS, Sklaverei aus Not im germanisch-römischen Recht, in: ZRG RA 118 (2001), S. 286–311.

- Detlef LIEBS, Römische Jurisprudenz in Gallien (2. bis 8. Jahrhundert) (Freiburger rechtsgeschichtliche Abhandlungen N. F. 38), Berlin 2002.
- Eberhard LINCK, Sozialer Wandel in klösterlichen Grundherrschaften des 11. bis 13. Jahrhunderts. Studien zu den *familiae* von Gembloux, Stablo-Malmedy und St. Trond (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 57), Göttingen 1979.
- Edgar LOENING, Geschichte des deutschen Kirchenrechts, Bd. 2: Das Kirchenrecht im Reiche der Merowinger, Straßburg 1878.
- Konrad LÜBECK, Vom Reichskriegsdienste des Klosters Fulda, in: Fuldaer Geschichtsblätter 28 (1936), S. 1–13, u. 29 (1937), S. 55–64.
- Friedrich LÜTGE, Die Agrarverfassung des frühen Mittelalters im mitteldeutschen Raum vornehmlich in der Karolingerzeit, Jena 1937.
- Britta LÜTZOW, Studien zum Reimser *Polyptychon sancti Remigii*, in: Francia 7 (1979), S. 19–99.
- Ute MAASS, Die Freilassung durch Schatzwurf in den Urkunden der karolingischen, sächsischen und salischen Kaiser und Könige. Studien zur Freilassungspraxis frühmittelalterlicher Herrscher, Diss. Bochum 2007.
- Elisabeth MAGNOU-NORTIER, Étude sur le privilège d'immunité du IV^e au IX^e siècle, in: Revue Mabillon 60 (1981/84), S. 465–512.
- Elisabeth MAGNOU-NORTIER, *Servus – servitium*: une enquête à poursuivre, in: *Media in Francia ...* Recueil de mélanges offerts à Karl Ferdinand Werner à l'occasion de son 65^e anniversaire par ses amis et collègues français, Paris 1989, S. 269–284.
- Paul MAI, Der St. Emmeramer Rotulus des Güterverzeichnisses von 1031, in: Beiträge zur bayerischen und deutschen Geschichte. Hans Dachs zum Gedenken, hg. vom Historischen Verein für Oberpfalz und Regensburg, Regensburg 1966, S. 87–101.
- Jochen MARTIN, Die Macht der Heiligen (1988), in: Christentum und antike Gesellschaft, hg. von DEMS. und Barbara QUINT (Wege der Forschung 649), Darmstadt 1990, S. 440–474.
- Jochen MARTIN, Zur Anthropologie von Heiratsregeln und Besitzübertragung. 10 Jahre nach den Goody-Thesen, in: Historische Anthropologie 1 (1993), S. 149–162
- Jochen MARTIN, Spätantike und Völkerwanderung (Oldenburg Grundriss der Geschichte 4), 4München 2001.
- Jules DE LA MARTINIÈRE, Saint Cybard. Étude critique de textes, in: Bulletin et memoires de la Société archéologique et historique de la Charente 7 (1906–1907), S. 1–292.
- Michael MATHEUS, Adelige als Zinsler von Heiligen. Studien zu Zinsverhältnissen geistlicher Institutionen im hohen Mittelalter, unpublizierte Habilitationsschrift Universität Trier 1989.
- Michael MATHEUS, Forms of Social Mobility: The Example of *Zensualität*, in: England and Germany in the High Middle Ages, hg. von Alfred HAVERKAMP und Hanna VOLLRATH, London 1996, S. 357–369.
- John F. MATTHEWS, Interpreting the *Interpretationes* of the *Breviarium*, in: Law, Society, and Authority in Late Antiquity, hg. von Ralph W. MATHISEN, Oxford 2001, S. 11–32.
- Ralph W. MATHISEN, The „Second Council of Arles“ and the Spirit of Compilation and Codification in Late Roman Gaul, in: Journal of Early Christian Studies 5 (1997), S. 511–554.
- Aloys MEISTER, Zur Entstehung der Wachszinsigkeit, in: Studien zur Geschichte der Wachszinsigkeit, hg. von DEMS. (Münstersche Beiträge zur Geschichtsforschung N.F. 32–33), Münster 1914, S. 1–21.
- Wolfgang METZ, Die hofrechtlichen Bestimmungen der *Lex Baiuvariorum* I, 13 und die fränkische Reichsgutverwaltung, in: DA 12 (1956), S. 187–196.
- Wolfgang METZ, Städte am Mittelrhein als Stützpunkte salischer Reichspolitik, in: Geschichtliche Landeskunde 7 (1972), S. 34–50.
- Elizabeth A. MEYER, Legitimacy and Law in the Roman World. *Tabulae* in Roman Belief and Practice, Cambridge 2004.
- Elizabeth A. MEYER, Roman *tabulae*, Egyptian Christians and the Adoption of the Codex, in: Chiron 37 (2007), S. 295–348.

- Heinrich v. MINNIGERODE, Das Wachsinsrecht, in: VSWG 13 (1916), S. 184–192.
- Miroslava MIRKOVIĆ, The Later Roman Colonate and Freedom (Transactions of the American Philosophical Society 87,2), Philadelphia 1997.
- Hubert MORDEK, Unbekannte Texte zur karolingischen Gesetzgebung. Ludwig der Fromme, Einhard und die *Capitula adhuc conferenda*, in: DA 42 (1986), S. 446–470.
- Hubert MORDEK, Die Hedenen als politische Kraft im austrasischen Frankenreich, in: Karl Martell in seiner Zeit, hg. von Jörg JARNUT, Ulrich NONN und Michael RICHTER (Beihefte der Francia 37), Sigmaringen 1994, S. 345–366.
- Germain MORIN, Le testament de S. Césaire d’Arles et la critique de M. Bruno Krusch, in: Revue Bénédictine 16 (1899), S. 97–112.
- Walter MÜLLER, Die Abgaben von Todes wegen in der Abtei St. Gallen. Ein Beitrag zur Geschichte des sanktgallischen Klosterstaates (Rechtshistorische Arbeiten 1), Köln u. a. 1961.
- Walter MÜLLER, Entwicklung und Spätformen der Leibeigenschaft am Beispiel der Heiratsbeschränkungen. Die Ehegenößsame im alemannisch-schweizerischen Raum (Vorträge und Forschungen Sonderband 14), Sigmaringen 1974.
- Eckhard MÜLLER-MERTENS, Karl der Große, Ludwig der Fromme und die Freien. Wer waren die *Liberi homines* der karolingischen Kapitularien (742/743–832)? Ein Beitrag zur Sozialgeschichte und Sozialpolitik des Frankenreiches (Forschungen zur Mittelalterlichen Geschichte 10), Berlin (Ost) 1963.
- Ernst MÜNCH, Bäuerliche Zensualität und entwickelter Feudalismus in Altbayern, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus 10 (1986), S. 29–59.
- Michael MUNZINGER, *Vincula deterrimae condicionis*. Die rechtliche Stellung der spätantiken Kolonen im Spannungsfeld zwischen Sklaverei und Freiheit (Quellen und Forschungen zur Antiken Welt 31), München 1988.
- Alexander Callander MURRAY, Immunity, Nobility, and the Edict of Paris, in: Speculum 69 (1994), S. 18–39.
- Hanns Peter NEUHEUSER, Rechtssicherung durch Sakralisierung. Die Eintragung von Rechtstexten in liturgische Handschriften, in: ZRG KA 90 (2004), S. 355–405.
- Ulrich NONN, Merowingische Testamente. Studien zum Fortleben einer römischen Urkundenform im Frankenreich, in: Archiv für Diplomatik 18 (1972), S. 1–129.
- Ulrich NONN, Beobachtungen zu Bid- und Moselgau im Frühmittelalter, in: Geschichtliche Landeskunde der Rheinlande. Regionale Befunde und raumübergreifende Perspektiven. Georg Droege zum Gedenken, hg. von Marlene NIKOLAY-PANTER, Wilhelm JANSSEN und Wolfgang HERBORN, Köln u. a. 1994, S. 42–64.
- Dieter NÖRR, *Origo*. Studien zu Orts-, Stadt- und Reichszugehörigkeit in der Antike, in: Tijdschrift voor Rechtsgeschiedenis 31 (1963), S. 525–600.
- Otto Gerhard OEXLE, Memoria und Memorialüberlieferungen im früheren Mittelalter, in: FrMaSt 10 (1976), S. 70–95.
- Otto Gerhard OEXLE, Die Gegenwart der Toten, in: Death in the Middle Ages, hg. von Herman BRAET und Werner VERBEKE (Mediaevalia Lovanensia I, Studia 9), Leuven 1983, S. 19–77.
- Otto Gerhard OEXLE, *Tria genera hominum*. Zur Geschichte eines Deutungsschemas der sozialen Wirklichkeit in Antike und Mittelalter, in: Institutionen, Kultur und Gesellschaft im Mittelalter. Festschrift für Josef Fleckenstein zu seinem 65. Geburtstag, hg. von Lutz FENSKE, Werner RÖSENER und Thomas ZOTZ, Sigmaringen 1984, S. 483–500.
- Otto Gerhard OEXLE, Art. Stand, Klasse (Antike, Mittelalter), in: Geschichtliche Grundbegriffe 6 (1990), S. 156–200.
- Monika OFER, St. Stephan in Würzburg. Untersuchungen zu Herrschafts-, Wirtschafts- und Verwaltungsformen eines Benediktinerklosters in Unterfranken 1057–1500 (Dissertationen zur mittelalterlichen Geschichte 6), Köln u. a. 1990.
- Werner OGRIS, Art. ‚Tote Hand‘, in: HRG 5 (1998), Sp. 281f.

- Patronate and Patronage in Early and Classical Islam, hg. von Monique BERNARDS und John NAWAS (Islamic History and Civilization. Studies and Texts 61), Leiden u. a. 2005.
- Charles-Edmond PERRIN, Recherches sur la seigneurie rurale en Lorraine, Straßburg 1935.
- Wolfgang PETERS, *Coniuratio facta est pro libertate*. Zu den *coniurationes* in Mainz, Köln und Lüttich in den Jahren 1105/06, in: RhVjbl 51 (1987), S. 303–312.
- Pierre PETOT, L'origine de la mainmorte servile, in: Revue historique de droit français et étranger 4. sér. 19/20 (1940/41), S. 275–309.
- Pierre PETOT, Licence de mariage et formariage de serfs dans les coutumes françaises au moyen âge (Extrait des Annales d'histoire de droit 2), Poznan 1949, S. 199–208.
- Ernst PITZ, Europäisches Städtewesen und Bürgertum. Von der Spätantike bis zum Hohen Mittelalter, Darmstadt 1991.
- Karl PIVEC, *Servus* und *servitium* in den frühmittelalterlichen Salzburger Quellen, in: Festgabe dargebracht Harold Steinacker zur Vollendung des 80. Lebensjahres, München 1955, S. 55–66.
- Friedrich PRINZ, Klerus und Krieg im frühen Mittelalter. Untersuchungen zur Rolle der Kirche beim Aufbau der Königsherrschaft (Monographien zur Geschichte des Mittelalters 2), Stuttgart 1971.
- Friedrich PRINZ, *Fortissimus abba*. Karolingischer Klerus und Krieg, in: *Consuetudines monasticae*. Eine Festgabe für Kassius Hallinger aus Anlaß seines 70. Geburtstages, hg. von Joachim F. ANGERER und Josef LENZENWEGER (Studia Anselmiana 85), Rom 1982, S. 61–95.
- Richard PUZA, Art. ‚Tote Hand‘, in: Lex.MA 8 (1996), Sp. 894f.
- Wadād AL-QĀDĪ, Population Census and Land Surveys under the Umayyads (41–132/661–750), in: Der Islam 83 (2006), S. 341–416.
- Étienne RÉNARD, Les *mancipia* carolingiens étaient-ils esclaves? Les données du polyptyque de Montier-en-Der dans le contexte documentaire du IX^e siècle, in: Le moines du Der 673–1790, hg. von Patrick CORBET, Langres 2000, S. 179–203.
- Emil REILING, Art. Zinsleute, in: HRG 5 (1998), Sp. 1715–1719.
- Timothy REUTER, Property Transactions and Social Relations between Rulers, Bishops and Nobles in Early Eleventh-Century Saxony: The Evidence of the *Vita Meinweri*, in: Property and Power in the Early Middle Ages, hg. von Wendy DAVIES und Paul FOURACRE, Cambridge 1995, S. 165–199.
- Alice RIO, Freedom and Unfreedom in Early Medieval *Francia*. The Evidence of the Legal *Formulae*, in: Past and Present 193 (2006), S. 7–40.
- Ulrich RITZERFELD, Hof-, Dienst-, Markt- und Stadtrechte der Kölner Erzbischöfe aus dem 12. Jahrhundert. Eine vergleichende Studie, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 197 (1994), S. 7–25.
- Werner RÖSENER, Frühe Hofrechte und Weistümer im Hochmittelalter, in: Agrargeschichte 23 (1990), S. 12–29.
- Barbara H. ROSENWEIN, Negotiating Space. Power, Restraint, and Privileges of Immunity in Early Medieval Europe, Ithaca/N.Y. 1999.
- Paul ROTH, Feudalität und Untertanverband, Weimar 1863.
- Michel ROUCHE, *Religio calcata et dissipata* ou Les premières sécularisations de terres d'église par Dagobert, in: Le septième siècle. Changements et continuités. The Seventh Century. Change and Continuity, hg. von Jacques FONTAINE und Jocelyn N. HILLGARTH (Studies of the Warburg Institute 42), London 1992, S. 236–246.
- Francisco SAMPER, *De bonis libertorum*. Sobre la concurrencia sucesoria del patrono con los hijos del libertero, in: Anuario de historia del derecho español 41 (1970), S. 149–235.
- Charles SAUMAGNE, Du rôle de l'*origo* et du *census* dans la formation du colonat romain, in: Byzantion 12 (1937), S. 487–581.
- Knut SCHÄFERDIEK, Das sogenannte zweite Konzil von Arles und die älteste Kanonensammlung der arelatenser Kirche, in: ZRG KA 71 (1985), S. 1–19.
- Rudolf SCHIEFFER, Über Bischofssitz und Fiskalgut im 8. Jahrhundert, in: HJb 95 (1975), S. 18–32.

- Oliver SCHIPP, Der weströmische Kolonat von Konstantin zu den Karolingern (332 bis 861) (Studien zur Geschichtsforschung des Altertums 21), Hamburg 2009.
- Rolf SCHMIDT, *Legitimum ius totius familiae*. Recht und Verwaltung bei Bischof Ulrich von Augsburg, in: Aus Archiven und Bibliotheken. Festschrift für Raymund Kottje zum 65. Geburtstag, hg. von Hubert MORDEK (Freiburger Beiträge zur mittelalterlichen Geschichte 3), Frankfurt/M 1992, S. 207–222.
- Adrian SCHMIDT-RECLA, Frühmittelalterliche Verfügungen von Todes wegen – juristische Begriffe und Definitionen, in: Fränkische Herrscher- und Fürstentestamente im westeuropäischen Mittelalter, hg. von Brigitte KASTEN (Norm und Struktur 29), Köln u. a. 2008, S. 35–65.
- Clausdieter SCHOTT, Freiglassene und Minderfreie in den alemannischen Rechtsquellen, in: Beiträge zum frühalemannischen Recht, hg. von DEMS., Bühl 1978, S. 51–72.
- Alfred SCHULTZE, Der Einfluss der Kirche auf das germanische Erbrecht, in: ZRG GA 35 (1914), S. 75–110.
- Alfred SCHULTZE, Seelgerät und Besthaupt, in: ZRG GA 38 (1917), S. 301–304.
- Knut SCHULZ, Zum Problem der Zensualität im Hochmittelalter (1976), in: DERS., Die Freiheit des Bürgers. Städtische Gesellschaft im Hoch- und Spätmittelalter, hg. von Matthias KRÜGER, Darmstadt 2008, S. 69–105.
- Knut SCHULZ, Stadtrecht und Zensualität am Niederrhein (12.–14. Jahrhundert), in: Soziale und wirtschaftliche Bindungen im Mittelalter am Niederrhein, hg. von Edith ENNEN u. a. (Klever Archiv 3), Kleve 1981, S. 13–36.
- Knut SCHULZ, Zensualität und Stadtentwicklung im 11./12. Jahrhundert (1982), in: DERS., Die Freiheit des Bürgers. Städtische Gesellschaft im Hoch- und Spätmittelalter, hg. von Matthias KRÜGER, Darmstadt 2008, S. 106–130.
- Knut SCHULZ, Freikauf in der Gesellschaft des Hochmittelalters. Dargestellt an bayerischen Quellen, in: Hochfinanz, Wirtschaftsräume, Innovationen. Festschrift für Wolfgang von Stromer, hg. von Uwe BESTMANN, Franz IRSIGLER und Jürgen SCHNEIDER, Trier 1987, Bd. 3, S. 1107–1226.
- Knut SCHULZ, Reichskloster und Ministerialität. Gefälschte Dienstrechte des 12. Jahrhunderts – Ursachen und Absichten, in: Gesellschaftsgeschichte. Festschrift für Karl Bosl zum 80. Geburtstag, hg. von Ferdinand SEIBT, München 1988, Bd. 2, S. 37–54.
- Knut SCHULZ, Von der *familia* zur Stadtgemeinde. Zum Prozeß der Erlangung bürgerlicher Freiheitsrechte durch hofrechtlich gebundene Bevölkerungsgruppen (1991), in: DERS., Die Freiheit des Bürgers. Städtische Gesellschaft im Hoch- und Spätmittelalter, hg. von Matthias KRÜGER, Darmstadt 2008, S. 41–68.
- Knut SCHULZ, „Denn sie lieben die Freiheit so sehr ...“. Kommunale Aufstände und Entstehung des europäischen Bürgertums im Hochmittelalter, ²Darmstadt 1995.
- Knut SCHULZ, Art. Zensualen, Zinsleute, Zensualität, in: Lex.MA 9 (1998), Sp. 530–533.
- Knut SCHULZ, Das Wormser Hofrecht Bischof Burchards (2000), in: DERS., Die Freiheit des Bürgers. Städtische Gesellschaft im Hoch- und Spätmittelalter, hg. von Matthias KRÜGER, Darmstadt 2008, S. 17–40.
- Knut SCHULZ, Ministerialität und Bürgertum. Rückblick und Bewertung nach vierzig Jahren, in: Kurtrierisches Jahrbuch 47 (2007), S. 189–210.
- Knut SCHULZ, Die Freiheit des Bürgers. Städtische Gesellschaft im Hoch- und Spätmittelalter, hg. von Matthias KRÜGER, Darmstadt 2008.
- Eva SCHUMANN, Entstehung und Fortwirkung der *Lex Baiuvariorum*, in: *Leges – gentes – regna*. Zur Rolle von germanischen Rechtsgewohnheiten und lateinischer Schrifttradition bei der Entstehung der frühmittelalterlichen Rechtskultur, hg. von Gerhard DILCHER und Eva-Maria DISTLER, Berlin 2006, S. 291–320.
- Karl SCHWARZENBERG, Die Hörigkeit in der Erzdiözese Salzburg bis auf die Zeit Eberhards II. nach den Quellen des Salzburger Urkundenbuchs, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde 99 (1959), S. 1–79.

- Fred SCHWIND, Zu karolingerzeitlichen Klöstern als Wirtschaftsorganismen und Stätten handwerklicher Tätigkeit, in: Institutionen, Kultur und Gesellschaft im Mittelalter. Festschrift für Josef Fleckenstein zu seinem 65. Geburtstag, hg. von Lutz FENSKE, Werner RÖSENER und Thomas ZOTZ, Sigmaringen 1984, S. 101–123.
- Eleanor SEARLE, Seigneurial Control of Women's Marriage: The Antecedents and Function of Merchet in England, in: Past and Present 82 (1979), S. 3–43.
- Otto SEECK, Art. Capitatio, in: Pauly-Wissowa, Realencyclopädie der classischen Altertumswissenschaft III, 1 (1899), Sp. 1513–1521.
- Gerhard SEELIGER, Die soziale und politische Bedeutung der Grundherrschaft im früheren Mittelalter. Untersuchungen über Hofrecht, Immunität und Landleihen (Abhandlungen der Königlich Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften, Philologisch-historische Klasse, 22/1), Leipzig 1903.
- Gerhard SEELIGER, Forschungen zur Geschichte der Grundherrschaft im früheren Mittelalter, II: Zur Organisation der fränkischen Grundherrschaft, in: Historische Vierteljahrschrift 10 (1907), S. 305–354.
- Josef SEMMLER, Zum Testament des gallofränkischen Bischofs, in: Herrscher- und Fürstentestamente im westeuropäischen Mittelalter, hg. von Brigitte KASTEN (Norm und Struktur 29), Köln u. a. 2008, S. 573–597.
- Wilhelm STICKEL, Die Privatherrschaften im fränkischen Reiche, in: Westdeutsche Zeitschrift für Geschichte und Kunst 15 (1896), S. 111–171, u. 16 (1897), S. 47–78.
- Harald SIEMS, Zur Entwicklung des Kirchenasyls zwischen Spätantike und Mittelalter, in: *Libertas*. Grundrechtliche und rechtsstaatliche Gewährungen in Antike und Gegenwart. Symposium aus Anlaß des 80. Geburtstages von Franz Wieacker, hg. von Okko BEHREND und Malte DIESELHORST, Ebelsbach 1991, S. 139–186.
- Harald SIEMS, Das Lebensbild der *Lex Baiuvariorum*, in: Rechtssetzung und Rechtswirklichkeit in der bayerischen Geschichte, hg. von Hans-Joachim HECKER, Reinhard HEYDENREUTHER und Hans SCHLOSSER (ZBLG Reihe B, Beiheft 30), München 2006, S. 29–73.
- Harald SIEMS, Zum Weiterwirken römischen Rechts in der kulturellen Vielfalt des Frühmittelalters, in: *Leges – gentes – regna*. Zur Rolle von germanischen Rechtsgewohnheiten und lateinischer Schrifttradition bei der Entstehung der frühmittelalterlichen Rechtskultur, hg. von Gerhard DILCHER und Eva-Maria DISTLER, Berlin 2006, S. 231–256.
- Thomas SIMON, Grundherrschaft und Vogtei. Eine Strukturanalyse spätmittelalterlicher und frühneuzeitlicher Herrschaftsbildung (*Ius commune*, Sonderheft 77), Frankfurt/M. 1995.
- Adriaan Johan Boudewijn SIRKS, Reconsidering the Roman Colonate, in: ZRG RA 110 (1993), S. 331–369.
- Julia M. H. SMITH, Europe after Rome. A New Cultural History, 500–1000, Oxford 2005.
- Pirmin SPIESS, Das Limburger Hofrecht. Ein Sozialmodell des Jahres 1035, in: Wege europäischer Rechtsgeschichte. Karl Kroeschell zum 60. Geburtstag, hg. von Gerhard KÖBLER, Frankfurt/M. u. a. 1987, S. 467–475.
- Goswin SPRECKELMEYER, Zur rechtlichen Funktion frühmittelalterlicher Testamente, in: Recht und Schrift im Mittelalter, hg. von Peter CLASSEN (Vorträge und Forschungen 23), Sigmaringen 1977, S. 91–113.
- Matthias SPRINGER, *Riparii* – Ribuarier – Rheinfranken nebst einigen Bemerkungen zum Geographen von Ravenna, in: Die Franken und die Alemannen bis zur ‚Schlacht bei Zülpich‘ [496/97], hg. von Dieter GEUENICH (RGA Ergänzungsband 19), Berlin u. a. 1998, S. 200–269.
- Franz STAAB, Untersuchungen zur Gesellschaft am Mittelrhein in der Karolingerzeit (Geschichtliche Landeskunde 11), Wiesbaden 1975.
- Franz STAAB, Aspekte der Grundherrschaftsentwicklung des Klosters Lorsch vornehmlich aufgrund der Urbare des *Codex Laureshamensis*, in: Strukturen der Grundherrschaft im frühen Mittelalter, hg. von Werner RÖSENER (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 92), Göttingen 1989, S. 285–334.

- Verena STADLER-LABHART, Freilassung und Taufe in ihren Berührungspunkten, in: Festschrift Karl Siegfried Bader, hg. von Ferdinand ELSENER und Wilhelm Heinrich RUOFF, Zürich u. a. 1965, S. 455–468.
- Edmund Ernst STENDEL, Die Immunität in Deutschland bis zum Ende des 11. Jahrhunderts. Forschungen zur Diplomatik und Verfassungsgeschichte, I. Teil: Diplomatik der Immunitätsprivilegien vom 9. bis zum Ende des 11. Jahrhunderts, Innsbruck 1910.
- Sudien zur Geschichte der Wachzinsigkeit, hg. von Aloys MEISTER (Münstersche Beiträge zur Geschichtsforschung N.F. 32–33), Münster 1914.
- Ulrich STUTZ, Das Wergeld des *Romannus* nach den fränkischen Volksrechten, in: DERS. ‚Römerwergeld‘ und ‚Herrenfall‘. Zwei kritische Beiträge zur Rechts- und Verfassungsgeschichte der fränkischen Zeit (Abhandlungen der Preußischen Akademie der Wissenschaften 1934, Phil.-hist. Kl. 2), Berlin 1934, S. 4–48.
- Gerd TELLENBACH, *Servitus* und *libertas* nach den Traditionen der Abtei Remiremont, in: Saeculum 21 (1970), S. 228–234.
- Constantin Stefan TOMULESCU, Sulla forma del *iusiurandum liberti*, in: Revue internationale des droits de l'Antiquité 3^e série 15 (1968), S. 461–471.
- Susan TREGGIARI, Roman Freedmen during the Late Republic, Oxford 1969.
- Klaus VAN EICKELS, Die Verzeichnisse der Wachzinsigen des Stiftes Xanten im 15. Jahrhundert, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 197 (1994), S. 93–108.
- Léo VERRIEST, Le servage dans le comté de Hainaut. Les sainteurs. Le meilleur catel (Mémoires de l'Académie royale de Belgique, Classe des lettres et des sciences morales et politiques et Classe de beaux-arts, II^{ème} sér., 6, 3), Brüssel 1910.
- Sandy VIEK, Der mittelalterliche Altar als Rechtsstätte, in: Mediävistik 17 (2004), S. 95–184.
- Cyrille VOGEL, Composition légale et commutations dans le système de la pénitence tarifée, in: Revue de droit canonique 8 (1958), S. 289–318.
- Wulf Eckart VOSS, Der Grundsatz der „ärgeren Hand“ bei Sklaven, Kolonen und Hörigen, in: Römisches Recht in der europäischen Tradition. Symposium aus Anlaß des 75. Geburtstages von Franz Wieacker, hg. von Okko BEHREND, Malte DIESELHORST und DEMS., Ebelsbach 1985, S. 117–184.
- Georg WAITZ, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 5: Die deutsche Reichsverfassung von der Mitte des neunten bis zur Mitte des zwölften Jahrhunderts, 3. Aufl. bearb. von Karl ZEUMER, Berlin 1892.
- Wolfgang WALDSTEIN, *Operae libertorum*. Untersuchungen zur Dienstpflicht freigelassener Sklaven (Forschungen zur antiken Sklaverei 19), Stuttgart 1986.
- Heinrich WANDERWITZ, Traditionsbücher bayerischer Klöster und Stifte, in: Archiv für Diplomatik 24 (1978), S. 359–380.
- Paul Richard Carey WEAVER, Children of Freedmen (and Freedwomen), in: Marriage, Divorce, and Children in Ancient Rome, hg. von Beryl RAWSON, Canberra u. a. 1992, S. 166–190.
- Margarete WEIDEMANN, Das Testament des Bischofs Berthramn von Le Mans vom 27. März 616. Untersuchungen zu Besitz und Geschichte einer fränkischen Familie im 6. und 7. Jahrhundert (Römisch-Germanisches Zentralmuseum, Monographien 9), Mainz 1986.
- Helmut WEIGEL, Das Wachzinsrecht im Stift Essen, in: Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen 67 (1952), S. 23–136.
- Ingomar WEILER, Die Beendigung des Sklavenstatus im Altertum. Ein Beitrag zur vergleichenden Sozialgeschichte (Forschungen zur antiken Sklaverei 36), Stuttgart 2003.
- Stefan WEINFURTER, Konflikt und Konfliktlösung in Mainz. Zu den Hintergründen der Ermordung Erzbischof Arnolds 1160, in: Landesgeschichte und Reichsgeschichte. Festschrift für Alois Gerlich zum 70. Geburtstag, hg. von Winfried DOTZAUER, Wolfgang KLEIBER, Michael MATHEUS und Karl-Heinz SPIESS (Geschichtliche Landeskunde 42), Stuttgart 1995, S. 67–83.

- Wilhelm WEIZSÄCKER, Die Familia des Klosters St. Emmeram in Regensburg, in: Verhandlungen des Historischen Vereins von Oberpfalz und Regensburg 92 (1951), S. 5–48.
- Hans WERLE, Udenheim im 8. Jahrhundert (nach Urkunden des Lorscher Kodex), II: *Denariata ceræ*. Die Wachsinspflichtigen zu Udenheim, in: 1200 Jahre Udenheim 767–1967. Beiträge zur Geschichte eines Dorfes, Oppenheim 1967, S. 6–9.
- Hans WERLE, *Conliberti*, in: Archiv für Diplomatik 14 (1968), S. 193–201.
- Charles WEST, The Significance of the Carolingian Advocate, in: Early Medieval Europe 17 (2009), S. 186–206.
- Chris WICKHAM, The Other Transition: From the Ancient World to Feudalism, in: Past and Present 98 (1984), S. 3–36.
- Chris WICKHAM, Problems of Comparing Rural Societies in Early Medieval Western Europe, in: Transactions of the Royal Historical Society 6th ser. 2 (1992), S. 221–246
- Joachim WILD, *Libri censualium*, in: Archivalische Zeitschrift 88/2 (2006) (= Festschrift Hermann Rumschöttel zum 65. Geburtstag, hg. von Gerhard HETZER und Bodo UHL, Bd. 2), S. 1105–1122.
- Jörg WETTLAUFER, Das Herrenrecht der ersten Nacht. Hochzeit, Herrschaft und Heiratszins im Mittelalter und in der frühen Neuzeit, Frankfurt/M. 1999.
- Christopher R. WHITTAKER, Circe's Pigs: From Slavery to Serfdom in the Later Roman World, in: Slavery and Abolition 8 (1987), S. 88–122.
- Gudrun WITTIG, Frauen und Freiheit im Mittelalter. Fallstudie am Beispiel der „Wachsinsigkeit“ in Stift Essen und Kirchspiel Gladbeck, in: Vergessene Frauen an der Ruhr. Von Herrscherinnen und Hörigen, Hausfrauen und Hexen 800–1800, hg. von Bea LUNDT, Köln u. a. 1992, S. 77–97.
- Eugen WOHLHAUPTER, Die Kerze im Recht (Forschungen zum deutschen Recht IV,1), Weimar 1940.
- Herwig WOLFRAM, Salzburg – Bayern – Österreich. Die *Conversio Bagoariorum et Carantanorum* und die Quellen ihrer Zeit (MIÖG Ergänzungsband 31), München 1995.
- Herwig WOLFRAM, Konrad II., 990–1039. Kaiser dreier Reiche, München 2000.
- Joachim WOLLASCH, Gemeinschaftsbewußtsein und soziale Leistung im Mittelalter, in: FrMaSt 9 (1975), S. 268–286.
- Ian N. WOOD, Administration, Law and Culture in Merovingian Gaul, in: The Uses of Literacy in Early Medieval Europe, hg. von Rosamond MCKITTERICK, Cambridge 1990, S. 63–81.
- Ian N. WOOD, The Code in Merovingian Gaul, in: The Theodosian Code. Studies in the Imperial Law of Late Antiquity, hg. von Jill HARRIES und DEMS., London 1993, S. 161–177.
- Karl ZEUMER, Ueber die Beerbung der Freigelassenen durch den Fiscus nach fränkischem Recht, in: Forschungen zur deutschen Geschichte 23 (1883), S. 189–197.
- Hans Hermann ZILLER, Art. Zinsbuch, in: HRG 5 (1998), Sp. 1714.
- Thomas ZOTZ, Adel, Oberschicht, Freie. Zur Terminologie der frühmittelalterlichen Sozialgeschichte, in: ZGO 125 (1977), S. 3–20.
- Thomas ZOTZ, Bischöfliche Herrschaft, Adel, Ministerialität und Bürgertum in Stadt und Bistums Worms (11.–14. Jahrhundert), in: Herrschaft und Stand. Untersuchungen zur Sozialgeschichte im 13. Jahrhundert, hg. von Josef FLECKENSTEIN (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 51), Göttingen 1977, S. 92–136.
- Thomas ZOTZ, Beobachtungen zur königlichen Grundherrschaft entlang und östlich des Rheins vornehmlich im 9. Jahrhundert, in: Strukturen der Grundherrschaft im frühen Mittelalter, hg. von Werner RÖSENER (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte 92), Göttingen 1989, S. 74–125.
- Thomas ZOTZ, Die Formierung der Ministerialität, in: Gesellschaftlicher und ideengeschichtlicher Wandel im Reich der Salier, hg. von Stefan WEINFURTER (Die Salier und das Reich 3), Sigmaringen 1991, S. 3–50.

Register

1. Personen und Orte

Personen

- Abbo, *patricius* d. Provence 42, 43
Aegidius Aureaevallensis (Gilles d'Orval) 14
Aistulf, langob. Kg. 61
Albero, Bf. von Lüttich 11, 108
Aredius, Abt von Attigny 40
Arnold von Selenhofen, Ebf. v. Mainz 110
Augustinus, Bf. v. Hippo 96
Augustus, röm. Ks. 26
Berthram, Bf. von Le Mans 45, 46, 63
Burchard, Bf. von Worms 86, 105
Burcswind, Tradentin 79
Caesarius, Ebf. v. Arles 39
Chlodwig, frk. Kg. 39
Chlothar II., frk. Kg. 49, 52
Dagobert I., frk. Kg. 52, 71
Emmeram, Hl. 74, 87–89, 93, 96, 101
Eparchius, Diakon 40
Ernst II., Hg. von Schwaben 102
Friedrich Barbarossa, röm.-dt. Kg. u. Ks. 92
Gaius, röm. Jurist 22, 24
Germanus, Hl. 68
Gisela, röm.-dt. Kgn. u. Ksn. 103
Gregor I. (der Große), Papst 27, 28
Gregor, Bf. von Tours 65, 66
Heinrich II., röm.-dt. Kg. u. Ks. 104
Heinrich IV., röm.-dt. Kg. u. Ks. 107, 108
Heinrich V., röm.-dt. Kg. u. Ks. 107, 108
Hertwin, Abt von Bleidenstadt 93
Justinian, röm. Ks. 24–26, 49
Karl der Große, frk. Kg. u. Ks. 21, 37, 69, 73, 87, 93, 106
Karl der Jüngere, frk. Kg. 73
Konrad II., röm.-dt. Kg. u. Ks. 102–106
Konstantin I, röm. Ks. 30–34, 44, 45, 49, 57, 60, 61, 64, 97, 106, 107
Liutprand, langob. Kg. 60
Lothar II., frk. Kg. 103
Ludwig der Deutsche, frk. Kg. 78
Ludwig der Fromme, frk. Kg. u. Ks. 16, 68, 72, 77, 78, 103, 107
Ludwig II., frk. Kg. 58, 77, 78
Ludwig VI., frz. Kg. 109
Ludwig IV., frk. Kg. 66
Lul, Ebf. v. Mainz 93, 94
Lupus, Bf. von Soissons 39
Maria, Hl. 86, 87, 92, 103, 104
Martin, Hl. 20, 40, 41, 81
Nazarius, Hl. 69, 70
Paulus, Hl. 45, 46, 95
Paulus, röm. Jurist 25, 26
Petrus, Hl. 27, 40, 45, 46, 66, 81, 82, 93
Philippe-Auguste, frz. Kg. 109
Praeiectus, Hl. 41
Ratgar, Abt von Fulda 79
Regino, Abt von Prüm 60, 105
Remigius, Ebf. von Reims 63, 67, 69
Salamannus, Abt 77
Sallust, röm. Schriftsteller 103
Salvian von Marseille, Schriftsteller 29
Servatius, Hl. 11
Severin, Hl. 19
Tassilo III., Hg. von Bayern 59
Trudo, Hl. 16
Ulpian, röm. Jurist 24
Valens, röm. Ks. 27
Valentinian I., röm. Ks. 27
Walter, Bf. von Speyer 105
Welf IV., Hg. v. Bayern 89
Widerad, Abt von Flavigny 41
Wiomad, Ebf. von Trier 66
Wipo, Hofkaplan u. Geschichtsschreiber 102, 103, 106

Orte

- Agde 35
Alemannien 12, 50, 58–60, 102
Angoulême 40
Arles 35, 39
Attigny 40
Austrasien 60, 61, 70, 73, 84, 90
Bamberg 90
Bayern 13, 30, 37, 50, 59, 60, 85, 86, 89, 90, 92, 100
Bleidenstadt 93
Bourges 49
Brabant 13, 37
Brixen 85, 89
Churrätien 60
Elsass 19
Flandern 13, 30, 37, 73, 77, 100, 101
Flavigny 41, 42
Frankreich 15, 37, 73, 96, 109
Fulda 75, 78–80
Gallien 34, 35, 37, 38, 44, 48, 97
Geldern 109
Gent 20, 73, 77, 81, 100, 109
Hennegau 13, 37
Herstal 21, 37, 69, 73, 78
Hessen 13
Ingolstadt 88
Kleve 109
Köln 19, 69, 109
Limburg 86, 104, 106
Lorsch 69, 70, 81, 104
Lothringen 13, 85
Lüttich 11–14, 100, 101, 108, 109
Mâcon 47, 49
Mainz 93, 100, 110
Maurienne 42
Metz 84
Mittelrheingebiet 13, 37, 98, 100
Neuching 59, 107
Neustadt am Main 87
Niederrhein 13, 37, 73, 101, 109
Nîmes 34
Nonnenmünster 86
Novalese 42
Oberrheingebiet 13
Oppenheim 69
Orange 34
Orléans 44
Österreich 13
Osterhofen 90, 91
Paris 48, 49, 92
Passau 91
Provence 42–44
Prüm 16, 76, 84
Regensburg 15, 74, 87, 88, 89, 93, 95, 96, 100, 101, 104
Reims 39, 67
Remiremont 80, 82, 98
Rhein, Rheinland 14, 21, 37, 44, 50–58, 80, 82, 98
Schaffhausen 94
Seligenstadt 82
Spanien 37–39
Speyer 103, 104, 107, 108
St. Bertin 68
St. Gallen 58, 75, 76, 80, 81
St. Germain-des-Prés 19, 68, 80, 92, 92
St. Trond 16
Stablo-Malmedy 16, 86, 90, 106
Straßburg 78
Susa 42
Taunus 93
Trier 66, 100, 106
Udenheim 69
Utrecht 105
Weingarten 89
Weißenburg 20, 74
Werden an der Ruhr 73, 82
Westfalen 13, 37, 59, 85, 93
Worms 86, 92, 100, 104, 105, 107–109
Xanten 17
Zürich 81

2. Sachen

- Abgaben 11–14, 20, 23, 27–30, 42, 50–52, 64–67, 69–71, 80–84, 88–90, 94, 97, 105
→ *census*, Grundsteuer, Steuer, *tributum*, Wachszins, Zins
adscriptiū → Kolonat
Allod 68
Almosen (*elemosina*) 20, 78, 108
Altar 19, 61–64, 72, 74, 89, 92, 100, 101
Altarhörige, -zinsler 13, 63
ancillae 19, 61, 69
Arbeitsleistungen, -dienste (*operae*), Tagwerke 22, 24, 26–31, 45, 47, 62, 89, 95
→ *servitium*
Autotradition, Selbsteintritt 13, 19, 68, 72–74, 79, 81, 87, 88, 95
Banngewalt 30, 51, 53, 54
beddemund 25
→ Ehegebühr
Besthaupt, -kleid, Gewandfall 12–14, 82, 85–89, 95
→ Nachlass
Bischof, Bistum 11, 13, 33, 35, 37, 40–46, 49, 52, 59, 52, 64, 70, 81, 83–86, 95, 96, 99, 101, 110
Bischöfskirche 19, 71, 82, 95
Bischöfsstädte 14, 15, 85, 96, 98, 109, 110
bonorum possessio → Nachlass
Breviarium Alaricianum 30
Bürgerfreiheit 57, 90, 110
Bürgerrecht, römisches 22, 32, 48, 55, 57, 69
Burgunderreich 39, 48, 51, 63
Buße, Bußbücher 54, 61, 70
Bußsumme 55
buteil 25, 108
→ Besthaupt, Nachlass
camera episcopi 88
capite censi 13, 28
capitularius 43
carta, cartae 39–41, 49, 58, 63, 64
cartularii 21, 57, 60, 69
censuales, censarii 13, 19, 20, 29, 58, 65, 76–78, 83, 85, 99, 101 u. ö.
census 16, 29, 39, 65, 77, 91 u. ö.
ceroensuales → Wachszinsler
Collectio Hispana 105
colliberti, conliberti 13, 72, 95, 96
consensus 26, 99
consortium 27, 90
defensio 40, 41, 45, 46, 48, 74, 78–80, 86, 87
Diakon 41, 49, 52, 63
Dienstrecht, Ministerialenrecht 22, 46, 83, 87
Domkustos (*custos*) 19, 86
Ehe 25, 26, 52, 54, 57, 71, 85, 90, 100, 104
Ehegebühr 12, 13, 17–19, 23, 25, 27, 81, 85, 95, 96, 106
→ *beddemund*
Ehekonsens, -erlaubnis 25–27, 40, 55
Ehescheidung 107
Eheschließung 25, 55, 83, 89
- Ausheirat 26, 27
Eid 22, 25, 54, 104
→ Schwureinung
Eidgenossenschaft 17
epistolarii 20
Erbe, Erben 23, 24, 32, 41, 47, 52, 54, 57, 62, 71, 88, 91, 92, 104
Erbfolge, Erbrecht 24, 25, 52, 84, 90
Erzbischof, -bistum 66, 106
Erzdiakon (*archidiaconus*) 51, 52, 54, 55, 68
Exkommunikation 34, 55
Fälschungen 87, 93, 106
familia 13, 15, 17, 38, 66, 74, 77–84, 88, 90, 91, 93, 95, 97, 99, 101, 105
Feudalismus 15, 91
Fiskalinen (*fiscalini, homines regii*) 44, 51, 53, 55, 66, 71
Fiskus, Fiskalgüter 26, 43, 50–52, 54, 56, 58, 66, 67, 70
Formulare 49, 50, 58, 66, 69, 77
Frankenreich 38, 42, 45, 48, 50–83 u. ö.
Freie 20, 28, 76, 100 u. ö.
Freiegeborene (*ingenui*) 20, 24, 41, 48, 54, 100, 101

Freiglassene 19–31, 34–43, 45–52, 54, 56–63, 65,
 68, 69, 77, 78, 80, 93, 94, 96, 97, 106
 → *cartularii, epistolarii, tabularii*
 → Zensualen
 Freiglasseneneid, *-professio* 38
 Freiglassenenstatus, *-patronat* 13, 21, 25, 31, 43,
 77, 82, 93–95, 109, 110
 Freiheit (*libertas*) 13, 16, 18, 20–24, 28–33, 38, 40,
 41, 50, 56, 57, 58, 60, 73–75, 77, 78, 84, 89–92,
 93, 94, 96, 98–100, 103–109
 Freiheitsbegriff 15, 16, 100, 105–110
 – unfreie Freiheit (*libera servitus*) 15, 16, 96
 Freiheitsentzug → *revocatio in servitutem*
 Freikauf 53, 60, 100
 Freilassung 14, 21–24, 28, 32, 36, 38, 40, 45–53,
 55, 57–63, 67, 69, 70, 75, 79, 83, 92, 94, 101–105
 Freilassung durch Schatzwurf 51, 52, 54, 57, 100
 Freilassung in der Kirche (*manmissio in ecclesia*) 32–
 37, 40, 43–47, 50–52, 54, 57, 60–64, 71, 95
 → *tabularii*
 Freilassungsbrief, *-urkunde* 20, 38–40, 46, 48, 60
 Frondienste 13, 64, 67, 75, 96
 → *operae, servitium*
 Gehorsam (*obsequium*) 23, 31, 34, 35, 38, 39, 42, 48
 Geld 26, 27, 73, 88, 89 u. ö.
 → Kopfizins, Zins
 Geldstrafe 54, 55
genealogia 93
 Gericht, Gerichtsbarkeit 46, 47, 52, 58, 68, 75, 87,
 106
 germanische Traditionen 15, 23, 25, 70, 96
gesta municipalia 32, 35, 62, 64
 Gotteshausleute 13, 16, 71, 93
 Graf, Grafenschaft 48, 65, 83, 99, 100, 103, 106
 Grundbesitz 29, 43, 71, 85, 95 u. ö.
 Grundherrschaft 16, 17, 29, 30, 43, 66, 67, 70, 74–
 77, 81–84, 88, 95–98
 Grundsatz der „ärgeren Hand“ 56, 60, 103
 Grundsteuer 28
 Heilige(r), Heiligenkult 13, 14, 17, 40, 60–64, 92–
 96 u. ö.
 → *sanctuarii*

Heirat → Ehe
 Hochverrat 54
 Hofrecht 14, 75, 82, 84–90, 101, 102, 105
 Hörigkeit 12, 16, 32, 84, 90, 97
 → Grundherrschaft, Unfreiheit
 Hufe(n) (*mansi*), Hufenbesitz, *-land* 41, 42, 66, 74,
 81, 83–86, 88, 96, 97
 Immunität, *-sprivilegien* 30, 59, 60, 64–67, 74–76,
 81, 82, 95, 103
 Infidelität → Treue
ingenui → Freigeborene
ius prima noctis 25
 Kanoniker, Kanonissen 17
 Kapitular, Kapitularien 21, 37, 59, 60, 67, 72, 73,
 77, 78, 86, 105, 107
 Kerzen 65, 66, 70, 108
 → *luminarii*, Wachs
 Kinder 23–25, 31, 38, 42, 44, 52, 53, 55, 57, 73, 81,
 90
 Kirchenasyl 35, 36
 Kirchenbeleuchtung 65, 67
 → Kerzen, *luminari*, Wachs
 Kirchengut, *-besitz, -vermögen* 43, 44, 52, 70, 72,
 83, 100–104
 – Gleichbehandlung mit Fiskalgut 43, 69
 – Unveräußerlichkeit 38, 46, 48, 103, 106
 Kirchenleute (*ecclesiales, homines ecclesiastici*) 14, 16, 50,
 83
 – Kirchensklaven 38, 39, 44, 46, 52
 Kirchenrecht, kanonisches Recht 38, 44–46, 52,
 80, 100, 102, 103
 Kleriker, Klerus 14, 33, 35, 37, 38, 40, 51, 54, 58,
 62, 74 u. ö.
 → Bischof, Diakon, Erzdiakon, Priester
 Kloster, Klöster 13, 19, 20, 39, 42, 44, 58, 59, 69,
 73–75, 79–81, 85–88, 91, 101, 103
 Kolonen (*coloni*), Kolonat 27–30, 34, 35, 38, 42, 52,
 55, 70, 89, 102, 105
 Kommune → Stadt
 König, Königtum 47, 49, 52, 54, 56, 57, 60, 64, 71,
 74, 93, 100–110 u. ö.
 Konkubinat 27

Konzil, Konzilien 34, 35, 38, 44, 46, 47, 58, 102
→ Kirchenrecht
Kopfzins, -steuer 12, 13, 17–19, 24, 28–32, 40, 43, 58, 64, 65, 68, 69, 73, 75, 77–85, 89, 90, 96, 97, 105–107
→ Abgaben, *census*, Zins
kurmede 12, 25
→ Besthaupt
Langobardenreich 60
Leges barbarorum 20, 30, 40, 50, 53, 57–62, 71, 72, 95, 103
Leges Visigothorum 39, 50
Lex Alemannorum 57, 58, 71, 72, 103
Lex Baiuvariorum 58, 69–72
Lex Ribuaria 21, 43, 50–59, 62, 63, 70, 72, 77, 102, 103
Lex Romana Burgundionum 51, 62
Lex Romana Curiensis 60
Lex Salica 105
liber vitae 62
lidimonium 41
Liten 84
luminarii 13, 19, 66, 67, 79, 81, 90
manumissio in ecclesia → Freilassung in der Kirche
maritagium → Ehegebühr
manali 32
Memoria, Memorialwesen 20, 44–46, 57, 60–62, 67, 79, 96, 97, 108
Minderfreiheit, Minderfreie 47, 83, 89
→ Liten
Ministerialität, Ministerialen 14, 59, 74, 78, 83, 84, 86, 88, 99
mortua manus → Tote Hand
mortuarium → Todfallabgabe
mundeburdium, mundium 19, 21, 26, 53, 58, 60, 73, 78, 85
mundiales, mundiliones 13, 83, 96
Nachlass, -gebühren 12, 20, 25, 26
→ Besthaupt, Todfallabgabe
obsequium → Gehorsam
operae → Arbeitsleistungen, *servitium*
origo 39
patrocinium 38, 40, 45, 47, 59, 73
Patron 22, 24, 25–29, 31, 38, 42, 49, 54–58, 61, 65, 92, 93 u. ö.
→ Patronatsheiliger, Patronatsgewalt
Patronat, -swesen 13, 32, 57, 72, 95–97, 104 u. ö.
– islamisches (*manali*, *wala*) 30, 32
→ *mundeburdium, patrocinium*
– Erbllichkeit 31, 37, 38, 43, 46, 47, 71
Patronatsgewalt, -rechte, -pflichten 22, 23, 26–28, 30–32, 34, 37–39, 41–47, 50, 53, 55, 57–61, 65, 66, 71, 82, 94, 96, 102–107, 109, 110
→ *patrocinium*
→ *operae*, Nachlass
Patronatsheiliger 39, 90, 95
– Patronatsfest 64, 80, 85, 86
→ Heiliger
peculium 40, 105
Pflichtteil 25
Polyptychon, Urbar 19, 66, 68, 72, 73, 79–83, 85, 90, 91
Priester (*presbyter*) 21, 39, 52, 63
Recht, römisches 22, 25, 26, 32, 43, 48–51, 54–57, 59, 62, 93–95
– *ecclesia vivit lege Romana* 21, 53
Rechtsgewohnheiten 19–21, 52, 58, 60, 71, 77, 104
Recognitionszins 90
Reliquien, Reliquienkult → Heilige
revocatio in servitutem 31, 38, 85, 103
Ribuarier 50, 51, 55
Richter 42, 46, 50, 54, 77
→ Immunität
Römer, Romanen (*homines Romani*) 21, 25, 29, 51, 53, 55, 57
Salland 88
sanctuarii 12, 13, 16
Schutz, -gewalt, -herrschaft (*tuitio*) 20, 21, 23, 34, 36–40, 45, 46, 50–53, 58, 60–63, 71, 73, 82, 88
→ *defensio, mundeburdium*, Patronat
Schwureinung 100
Seelenheil 41, 48, 50, 53, 59, 92, 107
Selbsteintritt → Autotradition
servitium 48, 78, 85, 89, 94, 96, 100

servitus 16, 31, 49, 78–80, 86–88, 98, 101–106
 → Freiheit, Hörigkeit, Sklaverei, Unfreiheit
 Sklaven, Sklaverei 16, 21–24, 30–35, 38, 43, 46–48,
 51, 55, 56, 58, 61, 68, 69, 71, 77, 78, 80, 84, 93–
 95, 100–103
 → Freiheit, Freilassung
 Sonntag, -sheiligung 33
 Stadt 12–16, 21, 37, 39, 84, 85, 97–99, 101, 105,
 107, 108
 – Kommunebewegung, -bildung 12, 14, 18, 97–99
 – Stadtrecht 14, 87, 88, 98, 100, 101, 107
 Sterbefallabgabe → Todfallabgabe
 Steuer 23, 28, 30, 66, 71, 74, 89
 → Abgaben, *census*, Kop fzins, *tributum*, Zins
 Stiftung, religiöse 21, 32, 44–46, 61–64, 68, 70, 72,
 77, 79, 83, 93, 94
 Sündenvergebung 60, 61, 68
tabulae 51, 54, 62, 64
tabularii 14, 20, 21, 49–57, 59, 62, 64, 69, 70, 72, 76,
 77, 79, 103
 – *lex tabularia* 78
 Taufe 39, 44
 Tausch 72, 88, 92, 103, 104
 Testament 24, 26, 34, 39–41, 44–46, 62, 64
 → Verfügung auf den Todfall
 Todfallabgabe, -gebühr (*mortuarium*) 11–15, 17–20,
 23, 24, 28, 72, 76, 82, 84, 85, 97, 105–108
 → Besthaupt, *buteil*, Nachlass, tote Hand
 ,tote Hand‘ (*manus mortua*) 11, 12, 14, 72, 108
 Tradition, Übergabe 15, 37, 51, 59, 64, 69, 70, 73,
 78–80, 83–88, 90, 91
 → Autotradition
 Traditionsnotizen, -codices 80, 83, 90, 96
 Treue, Treueid 30, 50, 62, 101–103
 Treuevorbehalt 102
tributarii 13, 20, 21, 30, 58, 77, 89, 90
tributum 28, 29, 66, 90
 Undankbarkeit (*ingratia*) 31, 35, 43
 Unfreie, Unfreiheit 15, 17, 22, 26, 55, 56, 61, 65,
 75, 76, 78–82, 84, 86, 94, 96, 97, 99, 101, 102,
 106–108 u. ö.

vadimonium 25
 Verfügung auf den Todesfall 24, 64
 Verjährung 47
 Versorgung von Familienmitgliedern 19, 74, 75, 83,
 88
 Villikationsverfassung 89
 Vogt 76, 85–87, 89, 90, 98, 101, 107
 Wachs, -zins, -abgabe (*cera*) 13, 18, 19, 20, 27, 40,
 60–62, 64, 66, 68–70, 73, 76, 77–82, 89, 91, 93,
 101, 104, 107
 → Kerzen
 Wachszinser, Wachszinsigkeit, Zerozensualität 12–
 20, 67–70, 73, 74, 81, 82, 89, 91, 97, 100
 → *cerarii*, *luminarii*
wala’ 32
 Wergeld 58, 59, 86
 Witwe 11
 Zensualen, Zensualität, Zinsleute 12–16, 18–21,
 23, 27–29, 33, 35, 37, 40, 43, 49, 51, 56, 59, 60,
 65, 67, 70, 73–110 u. ö.
 – Emanzipation 12, 14, 84–89, 102–110
 – Frauen 17, 39, 40, 45, 69, 73, 74, 78, 81, 85–87,
 91, 101
 – Geschlechterrelation 16, 74, 81, 88, 93
 – regionale Verbreitung 12, 17, 37, 43, 72 u. ö.
 → *capite censi*, *censuales*, *colliberti*, *luminarii*, *mundiales*,
sanctuarii, *tabularii*, *tributarii*, Wachszinser
 Zensualenfreiheit 15, 91 u. passim
 Zensualenrecht 12, 25, 64, 72–87, 89, 92, 98, 100,
 104, 106
 Zensualenverzeichnisse (*libri censualium*) 59, 80–83,
 90
 → Zins
 Zeugen 33, 54, 55
 Zins 13, 16, 20, 29, 40, 57, 67, 68, 70, 74, 77, 79–
 83, 87–92, 94, 97, 102 u. ö.
 – Ackerzins 66
 – *magister censuum*, *censuarius* 86, 87, 89, 90
 → Kop fzins, Recognitionzins, Wachszins
 Zinsregister, -rodel, -verzeichnis 80–83, 90, 95
 Zoll 66

Die mittelalterlichen Zensualen waren kirchliche Abhängige, die seit dem 11. Jahrhundert vielerorts ihre Freiheit erkämpften. Die Studie untersucht erstmalig die Formierung dieser Gruppe seit der Spätantike. Weil die frühmittelalterliche Kirche die Freilassung von Sklaven, wenn sie in der Kirche erfolgte, als religiöse Handlung deutete, durch welche die Patronatsrechte über die freigelassene Person dem Heiligen überschrieben wurden, bildete sich unter dessen Schutz die Zensualität als eigene Gruppe heraus. Da dieser Prozess auch vom Königtum gefördert wurde, wirft die Interpretation neues Licht auf die Kommunebewegung in den hochmittelalterlichen Bischofsstädten.



DIESES PRODUKT WURDE IN DEUTSCHLAND HERGESTELLT



ISBN 978-3-7995-6764-0